Werner Onken

MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Band 3

Online-Version 2019/2020
Kapitel 13

oekom

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Werner Onken

Kapitel 13 (von 15)

Realutopische Umrisse einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Ausblicke und Forschungsfragen

Oldenburg 2020

1. Online-Auflage August 2020
© Werner Onken
https://www.werner-onken.de/
onken@sozialoekonomie.info

PrePress / Online:
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

13 Realutopische Umrisse einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Ausblicke und Forschungsfragen

Der Irrtum der klassischen Ökonomie, dass die drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital gleichermaßen legitime Ansprüche auf ‚ihre' Anteile am Sozialprodukt in Gestalt der privaten Bodenrente, des Arbeitslohns und des Kapitalzinses haben - Adam Smith nannte sie die drei „originären Einkommensquellen"[1] - , und der Umstand, dass dieser Irrtum durch die ganze weitere Entwicklung der ökonomischen Theorien mitgeschleppt und nie wirklich behoben wurde, machten die Entwicklung der feudalen zu einer bürgerlichen Gesellschaft von geschwisterlich verbundenen Freien und Gleichen innerhalb einer rechtsstaatlich garantierten freiheitlichen und gerechten Ordnung der Märkte unmöglich. Die mit dem privaten Eigentum am Boden bzw. mit der privaten Vereinnahmung der Bodenrente sowie mit der privaten Verfügungsgewalt über konzentriertes Geld- und Realkapital verbundenen Privilegien brachten die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Westeuropa während der ersten Moderne auf Abwege der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft mit unzähligen sozialen Verwerfungen und mehr oder weniger schweren Krisen. Nachdem die alte Feudalgesellschaft in Russland nach einem nur kurzen bürgerlichen Zwischenstadium nahezu auf direktem Weg in eine kommunistische Diktatur übergegangen war, führte die große Weltwirtschaftskrise von 1929 in Deutschland zu einem Absturz der Weimarer Demokratie in die Barbarei der nationalsozialistischen Diktatur, deren Rassenwahn einen grauenhaften Zivilisationsbruch und den Zweiten Weltkrieg mit einem unermesslichen Leid für Millionen von Menschen nach sich zog.

Statt nach Auschwitz und Hiroshima eine von Privilegien freie, gerechte Ordnung der menschlichen Gesellschaften aufzubauen und in der Wirtschaft gewissermaßen Raum (Boden, Ressourcen und Atmosphäre) & Zeit (Geld) als Grundlage für eine zweite Moderne neu zu ordnen, wurden schon während des Zweiten Weltkriegs bei der Konferenz des Völkerbunds in Bretton Woods und danach im Westen die Weichen in die falsche Richtung einer Restauration der alten ungerechten Strukturen gestellt. Bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 befanden sie sich im Kalten Krieg mit dem kommunistischen Sowjetimperium - begleitet von unzähligen kleineren oder größeren (Stellvertreter-)Kriegen in Ländern des globalen Südens, von wirtschaftlichen und sozialen Krisen sowie von gigantischen Naturzerstörungen. Alle Bestrebungen, diesem Teufelskreis von sozialen und ökologischen Krisen und militärischen Konfrontationen zu entrinnen, blieben bislang aussichtslose Versuche, die sozialen und ökologischen Konflikte zu entschärfen, ohne zugleich jene wirtschaftlichen Privilegien abzubauen, die eine strukturelle

---

1 Adam Smith (1776/1987), S. 211 - 213 und 514.

2 Siehe die Grafiken von Frederic Vester im Kap. 12.2 dieses Buches auf der S. 7 und 12.

Gewalt in die Wirtschaft hineintragen. Diese Privilegien vertiefen die Kluft zwischen Reichtum und Armut und sie schaffen immer wieder auf's Neue einen Nährboden für Demokratieabbau und Populismus sowie für kriegerische und terroristische Gewaltausbrüche.

Angesichts leidvoller Erfahrungen mit totalitären Herrschaftsformen und Kriegen sowie anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrisen während der letzten Jahrzehnte der neoliberalen Globalisierung lässt sich nicht länger verdrängen, dass die Suche nach einem Ausweg aus der multiplen Gesamtkrise der globalen Ökonomie nur dann aussichtsreich sein kann, wenn sie von einem gesamtmenschheitlichen Konsens getragen wird, allen auf dieser Erde lebenden Menschen zu einer *gleichen* Teilhabe an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verhelfen.

Im Zeitalter der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft haben Menschen mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten ihr eigenes Zusammenleben und das Gesicht des Planeten Erde so tiefgreifend verändert, dass viele Wissenschaftler seit einiger Zeit vom „Anthropozän" als jüngster Epoche in der Erdgeschichte sprechen, in der der Mensch selbst Neues hervorbringt. Statt sich jedoch mit langen Debatten über die Frage aufzuhalten, wo genau auf der geologischen Zeitleiste der Beginn des „Anthropozäns" zu datieren sei, wäre es notwendiger, sich der bereits von Frederic Vester gegen Ende der 1980er Jahre grafisch veranschaulichten Tatsache bewusst zu werden, dass sich die Menschengemeinschaft gegenwärtig in einer besonderen Entscheidungssituation befindet und dass sie im Interesse ihres eigenen Überlebens die Richtung ihrer weiteren Entwicklung ändern muss.[2] Sie steht also vor ihrer bislang wohl größten historischen Aufgabe, ihre alte selbstzerstörerische soziale Unordnung auf gewaltlosen und demokratischen Wegen in eine neue sowohl freiheitliche und gerechte als auch naturverträgliche Rechtsordnung zu transformieren, die

a) die auf der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital beruhende Überdimensionierung von Unternehmen, Produktionsmengen und Lieferketten durch eine Dezentralisierung von Kapital mit einer breiten Vielfalt von kleineren und mittleren Unternehmen ersetzt und die es damit zugleich ermöglicht,

b) die während der letzten ca. 200 Jahre eingetretene rasante Zunahme der Auswirkungen ihres wirtschaftlichen Handelns auf die Natur im Sinne eines „Postanthropozäns" zu begrenzen und nach und nach zu verringern.

Die alternativökonomischen Denkansätze, die es hierzu schon seit über 100 Jahren gibt, blieben tragischer Weise bislang im Schatten der großen Orthodoxien in der Ökonomie und Soziologie. Sie wurden allenfalls beiläufig gestreift, ohne dass sie zum Gegenstand systematischer Forschungen gemacht worden wären. Der menschliche Forschergeist drang tief in die Rätsel des Mikrokosmos und des Makrokosmos vor und Menschen setzten ihren Fuß auf den Mond, aber ihr Forschen über eine freiheitliche, gerechte und naturverträgliche Ordnung ihres Zusammenlebens auf der Erde steckt immer noch in seinen ersten Anfängen. Dabei wäre es

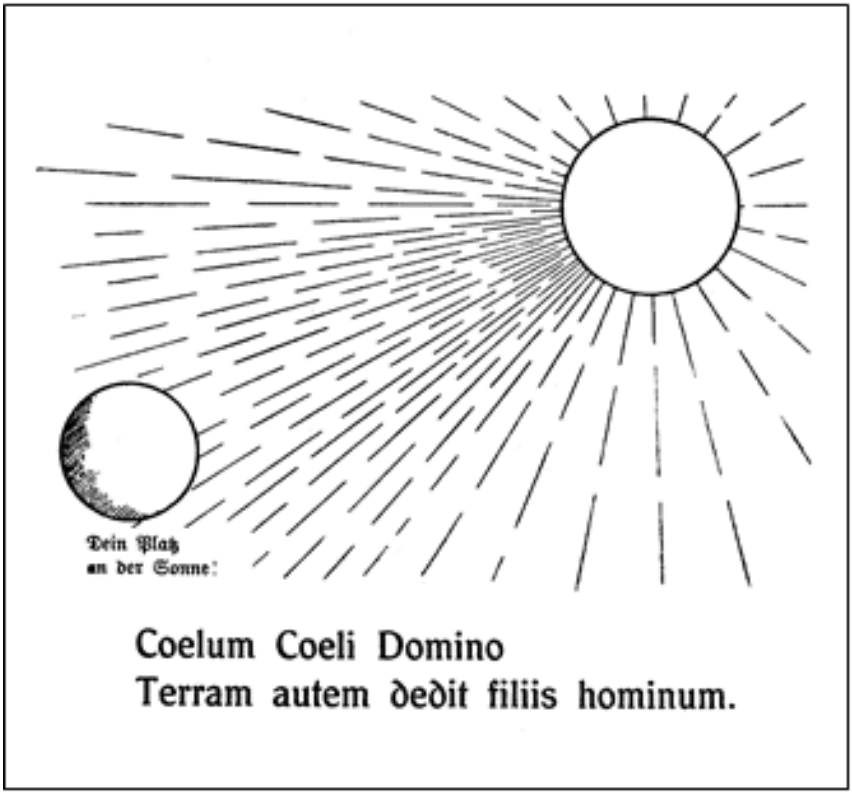
---

[2] Siehe die Grafiken von Frederic Vester im Kap. 12.2 dieses Buches auf der S. 7 und 12.

dringend notwendig, die nachfolgend noch einmal zusammenfassend umrissene Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen zu machen und Antworten auf die mit ihrer praktischen Verwirklichung verbundenen, bislang noch ungeklärten theoretischen Fragen zu suchen.

13.1 „Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen

Oberstes Leitmotiv bei der Inangriffnahme dieser außergewöhnlichen historischen Aufgabe sollte ein, was Silvio Gesell stellvertretend für die frühere Bodenrechtsreformbewegung zum „Punkt eins aller Menschenrechte“ erhob und auch mit einer Zeichnung veranschaulichte:



„Coelum Coeli Domino. Terram autem dedit filiis hominum.“
(übers.: „Der Himmel ist der Himmel des Herrn.
Die Erde aber gab Er den Menschen.“ Ps. 115,16)
aus: Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1920/1991a, S. 53.

„´Die Erde gab Er den Menschenkindern.´ Er gab die Erde nicht den Amerikanern und den Mongolen; den Menschen, der Menschheit, auch den Schreibunkundigen gab Er sie. ... Alle Menschen, jeder einzelne Mensch hat auf den Boden, den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte. Und jede Einschränkung dieses Urrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg. ... Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. ... Wir sind alle Altangesessene dieser Erde. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen."[3]

13.1.1 „Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutsgemeinschaft" (Fritz Andres)

Wie kein anderer hat der Jurist Fritz Andres (1946-2019) ausgehend von dieser Außenperspektive auf die Erde und die Menschheit Friedrich Schillers Gedicht „Die Teilung der Erde" und Leo Tolstois Frage „Wie viel Erde braucht der Mensch?" aufgegriffen und die Grundgedanken der Bodenrechtsreform im Sinne von John Stuart Mill, Henry George und Silvio Gesell weitergedacht. Dem Verständnis des Lebens als unverdientes Geschenk an alle Menschen widerspricht es ihm zufolge, dass nach den Worten, die der Göttervater Zeus in Schillers Gedicht an den Poeten richtete, „die Welt weggegeben (ist)". Zeus hatte den Menschen „von seinen Höhen" zugerufen: „Nehmt hin die Welt! Sie soll euer sein. Euch schenk ich sie zum Erb und ew'gen Lehen; doch teilt euch brüderlich darein." Der Poet hatte diese Worte nicht vernommen und kam zu spät, „nachdem die Teilung längst geschehen" und „alles seinen Herrn" hatte. Die Menschen hatten also die natürlichen Lebensgrundlagen nicht geschwisterlich miteinander geteilt und auch nicht an später Kommende gedacht, sondern sich den Boden und seine Schätze durch gewaltsame Okkupation, Kauf oder Erbschaft privat angeeignet und staatliche Hoheitsrechte über die Ressourcen beansprucht. Für nachfolgende Generationen bedeutete dies nach Auffassung von Andres zwangsläufig, dass „diejenigen, die nichts erben ... , darauf angewiesen (sind), dass ihnen irgendjemand gestattet, auf der Erde Fuß zu fassen, was meist nur gegen Entgelt geschieht. Sie müssen also Eintritt zahlen, um überhaupt hier ankommen und bleiben zu dürfen". Obwohl ihnen das Leben geschenkt wurde, müssen sie für ihr Dasein einen regelmäßigen Tribut an Privilegierte entrichten. „Diesen Eintritt müssen die Eltern für sie bezahlen, z.B. im Bodenanteil einer höheren Miete, die sie für eine größere Wohnung

---

[3] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 53 (Zeichnung „Dein Platz an der Sonne", die noch besser hätte heißen können: „Unser aller Platz an der Sonne"), 64 - 65 („Die Erde gab Er den Menschenkindern.", Krieg), 72 (Erdkugel für alle Menschen) und 99 - 101 (allen gehört die Erde ungeteilt, Erde als Organ jedes Menschen).

aufwenden müssen. ... Manche kommen auch später im Laufe ihres Lebens nicht zu Boden. Sie müssen für ihr Recht, auf der Erde zu leben, lebenslänglich zahlen, d.h. einen Teil ihres Arbeitsertrags an die Bodenbesitzer abführen. Sie bleiben also ihr Leben lang tributpflichtig und damit eigentlich Fremde auf der Erde. ... Unsere Bodenordnung billigt dem Menschen kein ursprünglich-eigenes, ihm kraft seines Daseins zustehendes Zugangs- und Teilhaberecht am Boden" und den natürlichen Lebensgrundlagen „zu, sondern nur ein Eigentum, das er von anderen Menschen auf dem einen oder anderen Wege *erwerben* muss. Eine Bodenordnung, die auf solchen abgeleiteten Rechten beruht, bei der also das Recht, die Erde zu betreten, von der Erlaubnis derer abhängt, die schon da sind, eine solche Bodenordnung prägt die ganze Gesellschaft. Die Früheren" bzw. die Boden besitzenden Teile von ihnen „haben durch sie den Vorrang vor den Späteren. Bodeneigentum ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Vor-Recht, ein Privileg."[4] Durch die private Aneignung der Bodenrente durch jenen Teil der Menschen, die über den Boden und die Ressourcen verfügen, wird die Würde *aller* Menschen strukturell angetastet und verletzt - die Würde der Besitzlosen, die Eintritt für das Leben auf der Erde zahlen müssen und dadurch erniedrigt werden, aber auch die Würde der Besitzenden, die diese Eintrittsgelder privat vereinnahmen und dadurch erhöht werden. Indem das geltende Bodenrecht in der Vergangenheit entstandene Privilegien sanktioniert, engt sie die Lebenschancen der gegenwärtigen und auch schon der zukünftigen Generationen ein. „Eine Privilegienordnung, wie sie durch das kapitalisierte Bodeneigentum etabliert wird, schließt die später Hinzukommenden (die Kinder und die Fremden, aber auch die neuen Fähigkeiten und Bedürfnisse) prinzipiell aus bzw. macht sie tributpflichtig."[5]

Die strukturelle Unterschiedlichkeit des Zugangs der Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen und der Teilhabe an ihnen war für Andres der tiefere Grund für eine allgemeine „Entfremdung des Menschen von der Erde, die ... überwunden werden muss", weil sie die Menschen in Privilegierte und Nichtprivilegierte spaltet und die Erde zum Zankapfel zwischen ihnen macht, statt dass sie sie alle als ihre gemeinschaftliche Lebensgrundlage betrachten und jedem einzelnen Menschen einen gleichen Zugang zu bzw. eine gleiche Teilhabe an diesem „Platz an der Sonne" zugestehen. „Wir brauchen ein ursprünglich eigenes Zugangs- und Teilhaberecht jedes einzelnen Menschen an der ganzen Erde, das ihm mit seinem Dasein vom ersten bis zum letzten Atemzug ohne wenn und aber zusteht." Jeder Frau und jedem Mann, jedem Kind und jedem Alten steht unabhängig von ihrer/seiner Hautfarbe, Religion und gesundheitlichen Verfassung nicht nur ein Recht auf einen eigenen Körper zu, sondern auch ein ebensolches bedingungsloses und unveräußerliches „für alle gleiches Menschenrecht" auf einen gleichen Zugang zur

---

[4] Fritz Andres (2001/2020a), S. 84 – 129, hier: S. 85 (Schillers Gedicht und seine Bedeutung für die Gegenwart). - Leo Tolstoi sympathisierte explizit mit den Bodenrechtsreformvorschlägen von Henry George; vgl. Leo Tolstoi (1974), S. 551 - 553, 583 und 643 - 647. Vgl. hierzu Werner Onken (2010), S. 74 - 78.

[5] Fritz Andres (2001/2020a), S. 103 (Privilegien vs. Kinder und Fremde).

Erde und zu einer gleichen Teilhabe am Boden und an den Ressourcen. „Die Erde ist für unsere Existenz so notwendig wie unser Leib selbst. Was wir daher brauchen, ist eine Boden- und Umweltordnung, die uns kraft unseres Daseins ein Teilhaberecht an der ganzen Erde als unserer Lebensgrundlage zuspricht."[6] Sie hätte sicherzustellen, dass die ganze Erde in Zukunft als gemeinschaftliches Gut aller Menschen einschließlich zukünftiger Generationen behandelt wird und dass es nicht länger möglich ist, privatisierte Teile von ihr wie käufliche Handelswaren und Kapitalgüter zu behandeln und damit zu spekulieren.

Da die „Menschheit als Ganze ... die Erde umsonst ... hat" und „auch für die laufende Nutzung kein Entgelt bezahlen muss", muss dieser ‚Vorteil' eines kostenlosen Aufenthalts auf der Erde auch jedem einzelnen Menschen zugutekommen. Doch wie sollte sich ein gleiches „eigenes, unabgeleitetes Daseinsrecht jedes Einzelnen in Bezug auf die natürlichen Lebensgrundlagen in der Gesellschaft konkretisieren" lassen, wo doch

a) die Menschen trotz ihrer Gleichheit als Menschen in Bezug auf die Nutzung von Boden und Ressourcen individuell unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten haben und wo doch

b) die Böden und Ressourcen hinsichtlich ihrer Lagen und Qualitäten Unterschiede aufweisen und obendrein insgesamt begrenzt sind, so dass eine willkürliche Gleichverteilung absurde Konsequenzen hätte.[7]

Angesichts ihrer Unterschiedlichkeit und Knappheit müssen die natürlichen Lebensgrundlagen entsprechend der unterschiedlichen Fähigkeiten und Wohn-/Arbeitsbedürfnisse der Menschen innerhalb ökologischer Grenzen sinnvoll genutzt werden. Wenn Entscheidungen, wer welches Grundstück und welche Ressource nutzen darf, nicht der Willkür einer Bürokratie überlassen werden sollen, bleibt nur die Möglichkeit einer Vergabe zeitlich befristeter, entgeltlicher privater Nutzungsrechte. „Die Vollentgeltlichkeit ist das ökonomische Korrelat zum Verteilungsmaßstab der Freiheit." Doch wie verträgt sich dies mit dem Ziel, dass die natürlichen Lebensgrundlagen allen Menschen gleichermaßen als Korrelat zum geschenkten Leben unentgeltlich zur Verfügung stehen sollen? „Soll ein Menschenrecht Geld kosten, käuflich sein und damit jedem nur im Maße seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zustehen?" Wie lässt sich dieser Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit auflösen? „Die historisch realisierten Bodenordnungen der Neuzeit haben von der Tendenz her nur entweder - in den kommunistischen Staaten - den Aspekt der Gleichheit und Unentgeltlichkeit zulasten der Freiheit oder - in den kapitalistischen Gesellschaften - den der Freiheit und Vollentgeltlichkeit zulasten der Gleichheit verwirklicht. ... Lassen sich Freiheit und Gleichheit ... nicht auch im Sinne einer wechselseitigen Ergänzung und Bestärkung miteinander ver-

---

6 Fritz Andres (2001/2020a), S. 86 - 88 (ursprünglich-eigenes Daseinsrecht).

7 Fritz Andres (2001/2020a), S. 88 - 89 (Gleichheit und Kostenlosigkeit).

einbaren? Und wie steht es in dieser Hinsicht mit der Vollentgeltlichkeit und Kostenlosigkeit?"[8]

Einen Ausweg aus diesem Konflikt sah Andres in einer Entkapitalsierung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Einrichtung einer rechtsstaatlichen Boden- und Ressourcenordnung mit drei Funktionsebenen:

- ***Planungsebene - Boden und Ressourcen als Gemeinschaftsgüter***

Auf der Ebene demokratisch konstituierter Institutionen, insbesondere der Stadt- und Raumplanung, wird „so dezentral und bürgernah wie ... möglich" entschieden, wo, wie und in welchem Umfang der knappe Boden für Zwecke des Wohnens und Arbeitens sowie des Verkehrs und anderer öffentlicher Zwecke genutzt wird. Durch eine Entkapitalisierung sowohl des Bodens als auch des Geldes und der Unternehmen muss eine Planungsneutralität in dem Sinne sichergestellt werden, dass die öffentlichen Planungen der Siedlungs- und Infrastrukturen nicht durch privatwirtschaftliche Interessen beeinflusst werden. Auf dieser Planungsebene sollen auch internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen und der Weltklimarat die ökologischen Grenzen festlegen, innerhalb derer die private entgeltliche Nutzung von natürlichen Ressourcen zugelassen wird. „Hat das Planungsrecht keine Auswirkungen mehr auf die ökonomische Interessenlage der Inhaber der Nutzungsrechte ... , so ist Spekulation nicht mehr möglich. Planung kann dann als der offene und alle Interessierten einbeziehende Prozess gestaltet werden, der sie in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen sein sollte."[9]

- ***Allokationsebene - Boden als Gegenstand individueller Nutzungsrechte***

Sodann soll die bislang privat vereinnahmte Bodenrente, also der ökonomische Wert der Nutzungsrechte, in eine öffentliche Kasse fließen, d.h. das Nutzungsrecht an einem Grundstück oder einer Ressource und sein/ihr nicht auf persönlichen Leistungen beruhender ökonomischer Wert werden strikt voneinander getrennt. Im Interesse einer sinnvollen Zuordnung von Grundstücken und Ressourcen zu den einzelnen privaten Nutzer/innen kann die Höhe der Nutzungsentgelte Andres zufolge weiterhin durch den Wettbewerb zwischen den Nutzern ermittelt werden. „Die Nutzungsrechte wandern zu den Meistbietenden und das ist im produktiven Bereich der ‚beste Wirt', also der Fähigste, und im Bereich der konsumtiven Bodennutzung, also z.B. des Wohnens, derjenige, der für die Befriedigung der Bedürfnisse nach dieser Art der Bodennutzung am meisten zu zahlen bereit ist." In einer Übergangszeit könnte es notwendig werden zu verhindern, dass bislang Privilegierte sich Vorteile beim Erwerb von Nutzungsrechten verschaffen. Immerhin könnten dann keine Privatpersonen mehr von den Nutzungsentgelten profitieren, da letztere fortan dem öffentlichen Haushalt zufließen. Dies könne - so Andres -

---

[8] Fritz Andres (2001/2020a), S. 90 - 91 (Verteilungsmaßstab der Freiheit; Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit).

[9] Fritz Andres (2001/2020a), S. 104 (dezentrale öffentliche Planung und ökologische Begrenzungen) und 116 - 117 (Planungsneutralität).

gemäß den Vorstellungen von Bodenrechtsreformern auf zweierlei Weise geschehen:

a) Nutzungsrechte an öffentlichen Grundstücken können bereits im Rahmen des geltenden Rechts im Wege der Erbpacht in der Landwirtschaft und bei bebaubaren Grundstücken im Wege des Erbbaurechts vergeben werden.

b) „Die Trennung der Nutzungsrechte von den ökonomischen Werten und zugleich die Verteilung der Nutzungsrechte kann in ähnlicher Weise auch beim Eigentum herbeigeführt werden. Durch eine Abgabe, deren Höhe ... der erzielbaren Bodenrente entspricht ... , kann ... der Grundstückswert auf null gesenkt und damit dem Grundstück vollständig entzogen werden. Auch das Eigentum ist dann nur noch ein - ökonomisch neutralisiertes, von seinem ökonomischen Wert getrenntes - Nutzungsrecht."[10]

- ***Distributions- und Verwendungsebene - Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen***

Im Hinblick auf die Verwendung der fortan der Öffentlichkeit zufließenden Boden- und Ressourcenrenten erinnerte Andres an die Vorstellungen der früheren Bodenrechtsreformer. Gesell habe anfangs die Rückverteilung der öffentlichen Pachteinnahmen in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung und ansatzweise auch deren Verwendung für ökologische Projekte vorgesehen, bevor er sie später als Entgelt für die vorwiegend von Frauen geleistete Haus- und Familienarbeit („Mütterrente") verwenden wollte, während Henry George die Aufgaben eines verkleinerten demokratischen Rechtsstaats allein mit einer Bodensteuer („Single Tax") finanzieren und im Gegenzug andere Steuerarten abschaffen wollte.

Andres war skeptisch, ob das Volumen einer die gesamte Bodenrente steuerlich abschöpfenden „Single Tax" zur Finanzierung der Staatsaufgaben ausreicht. „Überdies ... käme ... vor dem Hintergrund eines gleichen Teilhaberechts aller Menschen am Boden die Einstellung der Bodenrente in den Staatshaushalt einer gleichmäßigen Kopf-Steuer gleich." Skeptisch war er auch gegenüber Gesells „Mütterrente" und plädierte stattdessen dafür, die Kindheit und Jugend der Menschen im Rahmen eines „richtig verstandenen Generationenvertrags" finanziell abzusichern, „bei dem die Kosten der Kinderaufbringung ebenso wie die Renten der Alten von der mittleren Generation im Umlageverfahren aufgebracht werden."[11]

So trat Andres schließlich für eine Rückverteilung der öffentlichen Einnahmen aus der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an *alle* Menschen ein, „weil sie allein das Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden garantiert." Indem eine solche Reform des Bodenrechts den Handel und die Spekulation mit dem Boden

---

[10] Fritz Andres (2001/2020a), S. 10 - 107 (Trennung von Nutzungsrecht und ökonomischem Wert bei öffentlichem und privatem Eigentum am Boden) und 118 - 119 (Erbbaurecht, Grundsteuer, Entschädigungsfrage). – Zu Dirk Löhrs Vorschlag einer Konzeptvergabe anstelle des Meistbieteverfahrens vgl. Dirk Löhr (2019a) und (2020b).

[11] Fritz Andres (2001/2020a), S. 107 - 108 (Verwendung der Bodenrente). Vgl. weiter unten das Kap. 13.6.4.

als einem Kapitalgut beendet und allen Menschen über ihre individuellen Verschiedenheiten hinweg eine gleiche, im Durchschnitt kostenlose Nutzung der Erde verschafft, beendet sie die „Ära des von anderen Menschen abgeleiteten Daseinsrechts und begründet das ursprünglich-eigene, originäre Teilhabe- und Zugangsrecht jedes einzelnen Menschen am Boden und an der übrigen Natur. ... Das ursprünglich eigene Recht auf Teilhabe und Zugang zum Boden steht nicht nur den Starken und Fähigen, sondern auch den Schwachen und Leistungsunfähigen zu. Jeder hat nicht nur als Leistungsträger, sondern als *Mensch* seinen Platz auf der Erde. ... Aus dieser Gesellschaft fällt dann niemand mehr heraus", so dass die Bodenrechtsreform also einen wesentlichen Beitrag zur Umwandlung des sozialdarwinistisch-kapitalistischen Wettbewerbs in einen fairen und kooperativen Wettbewerb liefert.[12] Diese Reform macht gewissermaßen jeden Menschen zu einem Ur-Einwohner und gleichen Teilhaber dieser Erde. Jeder Mensch, dem das Leben geschenkt wird, bekommt ein gleiches Recht auf Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen. Die Daseinsentfaltung ist dann nicht mehr von historisch vorgefundenen Bodeneigentümern abhängig und auf der Basis dieses für alle Frauen und Männer gleichen Daseinsrechts bekommt auch jeder Mensch das Recht, sich sein/ihr Zuhause aus freien Stücken auszuwählen.

Die Rückverteilung der bislang in den Händen von Privilegierten konzentrierten Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Menschen ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung von Geld- und Sachkapital. Werden auf diese Weise die sozialen Gegensätze zwischen den Menschen abgebaut, werden mit dieser gerechteren Verteilung der Lebenschancen zugleich auch die Aussichten auf eine ökologische Begrenzung der Inanspruchnahme der Naturressourcen verbessert. Durch die gleiche Teilhabe an der Bodenrente werden nämlich alle Menschen zugleich auch gleiche Teilhaber an den natürlichen Lebensgrundlagen, d.h. es entsteht „eine unmittelbare Verbindung der Menschen zum Boden", aber nicht etwa im Sinne der Verbindung eines Volkes zu ‚seinem' Boden, sondern im Sinne einer Verbindung jedes einzelnen Menschen zur ganzen Erde. Dadurch werden sie alle „in ihren Interessen mit dem Interesse des Ganzen verbunden. ... Indem die Bodenordnung die Verteilungsprobleme löst und die Erde wirklich zum Gemeinschaftsgut macht, verwandelt sie die Menschheit in eine Gutsgemeinschaft, in der die Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse koordiniert sind." Sobald die Nutzung des Bodens und der Natur nicht mehr von den in der Vergangenheit entstandenen Privilegien mitbestimmt wird, kann sie allein von den Lebensinteressen der gegenwärtigen und auch der zukünftigen Generationen bestimmt werden. „Keine intergenerative ohne intragenerative Gerechtigkeit!"[13]

---

[12] Fritz Andres (2001/2020a), S. 108 und 112 - 113 (Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit).

[13] Fritz Andres (2001/2020a), S. 110 – 111 (Verbindung aller Menschen zur ganzen Erde), 55 (Interessen der Einzelnen und des Ganzen) - 56 (Gemeinschaftsgut und Gutsgemeinschaft) und 58 (intragenerative und intergenerative Gerechtigkeit).

Unter solchen Umständen würde auch jede Form der von strategischen Machtinteressen geleiteten Geopolitik aufhören.[14] Dieser Beitrag einer Bodenreform mit einer gleichmäßigen Rückverteilung der weltweit anfallenden Bodenrenten zu „einer Weltfriedensordnung ... kann gar nicht überschätzt werden, insbesondere wenn man die knapper werdenden Bodenschätze, das Trinkwasser und die übrigen Naturreiche in die Betrachtung einbezieht", wie es Andres auch am Beispiel einer regionalen Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern erläutert hat. „Schließlich lassen sich die aus ökologischen Gründen unumgänglichen Begrenzungen der Nutzung der natürlichen Ressourcen auf der Grundlage einer gerechten Teilhabe aller Menschen an ihnen leichter durchsetzen als innerhalb der bisherigen Privilegien'ordnung', in der die einen Besitzstände verteidigen und die anderen ihre Lebenschancen erkämpfen müssen. „Ihre demokratische Chance ist an diese Bedingung geknüpft."[15] Alles in allem verhilft also die Bodenrechtsreform den Menschen nicht nur zu ihrem *sozialen* Menschenrecht auf ein nicht mehr von der ‚Gnade' privilegierter Mitmenschen abgeleitetes durchschnittlich kostenloses Dasein auf der Erde, sondern sie enthält auch den innersten Kern einer *ökologischen* Einstellung zur Erde als einem Gemeinschaftsgut aller Menschen einschließlich zukünftiger Generationen, das von allen Menschen nur innerhalb ökologischer Grenzen zu gleichen Teilen genutzt werden darf.

Im Hinblick auf die Erde als ein großes Ganzes von Land, Ressourcen, Meeren und Atmosphäre wandte Andres die Grundgedanken einer solchen Bodenrechtsreform mit den drei Ebenen der Planung (Begrenzung der Nutzung der Atmosphäre), Allokation (Zuordnung von Emissionsrechten) und Distribution (Rückverteilung der Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten) auch auf die Klimapolitik an. Am Kyoto-Protokoll bemängelte er, dass die Teilnehmerstaaten der UN-Klimakonferenz in Kyoto 1997 „nicht als ordnende Potenzen" auftraten, sondern „als Besitzstandswahrer und Interessenvertreter. ... In Kyoto hat man das Begrenzungs- von dem Verteilungsproblem getrennt: sowohl die innerstaatliche Verteilung der Emissionsrechte als auch die Verteilung zwischen den Industrie- und Konversionsstaaten und dem Rest der Welt, insbesondere China und Indien, bleiben völlig offen. Selbst die Verteilung der Besitzstände und Reduktionslasten zwischen den Vertragsstaaten von Kyoto folgt keinem Ordnungsgedanken, sondern fragwürdigem Besitzstandsdenken." Mit dem „verfehlten nationalstaatlichen Ansatz ... stellt Kyoto ... die Verlängerung des auf dem Boden zunehmend als überholt anerkannten Nationalstaats in die Luft hinein dar. ... Damit gehen wichtige, für die Rettung des Weltklimas möglicherweise entscheidende Jahre verloren."[16]

---

[14] Zur Geopolitik vgl. Jan Helmig (2007).

[15] Fritz Andres (2001/2020a), S. 111 (Weltfriedensordnung) und 119 - 123 (ökologische Begrenzungen). – Fritz Andres (2007/2020), S. 337 – 342 (Israel und Palästina).

[16] Fritz Andres (2001/2020b), S. 252 – 256.

Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll hielt Andres es für notwendig, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf drei Ebenen zu einer ordnungspolitischen Verständigung durchringt:

- Auf der Planungsebene muss sie „ein globales Volumen im Zeitablauf nutzbarer Emissionsrechte" festlegen und damit die „nachhaltig nutzbare Aufnahmekapazität der Atmosphäre für CO_2-Emissionen" begrenzen.
- Auf der Allokationsebene muss sie „die Verteilung von Emissionsrechten auf die Nutzer bzw. Emittenten gegen ein volles, laufendes Entgelt" organisieren.
- Und auf der Distributionsebene muss sie „die Frage beantworten, wie die ökonomischen Gegenwerte der Emissionsrechte ... verwendet werden sollen". Die Verwendung dieser „Luftrente ... taucht im Kyoto-Protokoll nicht auf". Wenn die Atmosphäre genauso wie die Bodenschätze unter dem Nord- und Südpol, unter dem Meeresgrund oder auf dem Mond als „Erbe der ganzen Menschheit" betrachtet würde, läge es nahe, alle Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten in eine „gemeinsame Kasse der ganzen Menschheit" einzuzahlen und sie von dort aus analog zur Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Weltbevölkerung zurückzuerstatten. „Durch die gleichmäßige Rückverteilung wird die Ungleichmäßigkeit der Umweltnutzung zwischen den Menschen ökonomisch ausgeglichen." Hierin sah Andres besondere Chancen sowohl für die demokratische Durchsetzbarkeit einer solchen Klimapolitik als auch für eine längerfristige Einebnung des Nord-Süd-Gegensatzes, weil nämlich die Menschen im Globalen Süden die Atmosphäre unterdurchschnittlich nutzen und darum mehr Geld aus der internationalen Kasse erhalten würden als die überdurchschnittlichen Nutzer der Atmosphäre im Norden.[17]

Da die Eigentumsideologie im Bewusstsein der Öffentlichkeit beim Boden besonders stark verankert ist und die Vorstellung von der Atmosphäre als einem gemeinschaftlichen Erbe aller Menschen noch eher verstanden werden könnte, sprach Andres in seinen Vorträgen häufiger seine Erwartung aus, dass „die Bodenreform eines Tages vielleicht zuerst aus der Luft kommen könnte". Die weiteren UN-Klimakonferenzen brachten jedoch noch keine Fortschritte, die diese Erwartung bestärken könnten. Und unterdessen bröckelt auch noch die Vorstellung von den Ressourcen unter dem Nord- und Südpol, unter dem Meeresboden und auf dem Mond als gemeinsamem Erbe der ganzen Menschheit, weil die Ressourcen verschlingende „Mega-Maschine" (Lewis Mumford) mittlerweile auch in entlegenste Regionen der Erde vordringt, um die schon von Rosa Luxemburg beschriebene koloniale Landnahme fortzusetzen.[18] -

Das Zusammenwirken der Planungs-, Allokations- und Distributionsebenen würde auf allen Ebenen der Nutzung von natürlichen Lebensgrundlagen bedeuten,

---

[17] Fritz Andres (2001/2020b), S. 260, 268 - 269, 272 - 275 (Verwendung der Luftrente) und 280 - 281 (Nord-Süd-Ausgleich). – Zur Geschichte der klimapolitischen Debatten vgl. Frank Uekötter (2019), S. 10 – 15.

[18] Antje Neumann (2012) (Ressourcen in Polargebieten). – Greenpeace (2019) (Tiefseebergbau). - Marcus Schladebach (2019) (Weltraum).

dass *bevor* überhaupt marktmäßige Tausch- und Kreditbeziehungen ins Spiel kommen, die Staaten und die internationale Staatengemeinschaft mit ihren öffentlichen Planungen von Siedlungs- und Infrastrukturen sowie ökologischen Begrenzungen schon ein öffentliches Flussbett für privatwirtschaftliche Aktivitäten geschaffen haben. Wenn der Begriff der Planwirtschaft nicht aufgrund historischer Erfahrungen mit zentralstaatlich geplanten und verwalteten Wirtschaften so negativ besetzt wäre, könnte also die Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" genau genommen sogar als eine „Markt- und Planwirtschaft ohne Kapitalismus" bezeichnet werden. Anders als der frühere sozialdemokratische Slogan „So viel Markt wie möglich und so wenig Plan wie nötig" oder Ota Šiks Makroplanung einer kapitalistischen Marktwirtschaft wäre sie dann eine neue Form einer Verbindung von Markt und Plan - aber nicht im Sinne einer „mixed economy", bei der sich Staaten durch eine zentralistische Detail- oder Makroplanung in die dezentrale Selbstorganisation der Märkte einmischen. Stattdessen würden sie die selbsttätige Koordination einzelwirtschaftlicher Vorgänge auf den Märkten in zweifacher Weise gesellschaftlich einbetten: zum einen in eine rechtsstaatliche Rahmen*planung* der Siedlungs- und Infrastrukturen sowie der ökologischen Begrenzungen und zum anderen in eine rechtsstaatliche Rahmen*ordnung*, welche die Monopolfreiheit entkapitalisierter Märkte sichert. Unter solchen Umständen kann die Verzahnung von Plan und Markt auf der Allokationsebene durch marktkonforme Methoden der Zuordnung der natürlichen Lebensgrundlagen zu privaten Nutzern erfolgen.

In Übereinstimmung mit der älteren Bodenrechts- und Geldreformbewegung bedarf die Bodenrechtsreform auch nach Auffassung von Andres einer Ergänzung durch eine Geldreform. Ihre Aufgabe ist es, analog zu den Gemeinschaftsgütern Boden, Ressourcen und Klima auch die private Nutzung des Gemeinschaftsgutes Geld so zu regeln, dass neben dem „ökonomischen Band zwischen der Gemeinschaft und den Inhabern der individuellen Bodennutzungsrechte" auch noch ein „ökonomisches Band" zwischen den Inhabern der individuellen Geldnutzungsrechte entsteht, welches die Menschen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit miteinander verbindet, statt die durch Bodenprivilegien bedingte soziale Spaltung noch durch die strukturelle Macht des Geldes zu vertiefen. „Dabei sei angemerkt, dass die Nutzung des Bodens zu einer *Verbindung* des Menschen mit ihm führt, so dass man hier zu Recht von Nutzungsrechten spricht, während die Nutzung des Geldes in seiner Ausgabe, also in der *Trennung* von ihm besteht, weswegen man bei ihm besser von Verfügungsrechten spricht."[19] Eine Gemeinsamkeit und einen Unterschied zwischen dem Boden bzw. der Bodenrente und dem Geld bzw. dem Zins gibt es auch noch hinsichtlich ihrer Allokationsfunktionen und der Art ihrer jeweiligen Neutralisierung. Während die Bodenrente wegen der natürlichen Knappheit des Bodens nicht auf null sinken kann, können die Geld- und Re-

[19] Fritz Andres (2001/2020a), S. 123 - 124 (Verbindung zum Boden, Trennung vom Geld). – Jobst von Heynitz (1997), S. 266 – 282.

al'kapital'renditen beim Erreichen eines Gleichgewichts zwischen ‚Kapital'angebot und -nachfrage auf durchschnittlich null sinken. Die für die Allokation von natürlichen Lebensgrundlagen erforderlichen Nutzungsentgelte sind in ihrer Summe also immer positiv und sie lassen sich darum nur über eine Rückverteilung in gleichen pro-Kopf-Beträgen neutralisieren. Dagegen gleichen sich die positiven und negativen Abweichungen der Zinsen von ihrem durchschnittlichen Niveau von null ohne jede Rückverteilung von selbst aus und bewirken durch ihr Pendeln um null selbsttätig, dass das Geld in bedarfsgerechte Konsumausgaben und Investitionen fließen kann.

13.1.2 Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen

Der Grundgedanke eines nicht mehr von der Gunst Privilegierter abgeleiteten, im Durchschnitt unentgeltlichen Daseinsrechts aller Menschen fehlte in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948. Der § 3 spricht jedem Menschen ein „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person" zu und der § 4 verbietet zwar die Sklaverei und die Leibeigenschaft, d.h. er garantiert jedem Menschen das Recht an seinem eigenen Körper[20], aber er sichert noch nicht jedem Menschen das elementarste Menschenrecht auf ein im Durchschnitt unentgeltliches Dasein auf der Erde.

Obwohl eine abgeschwächte Variante der Bodenrechtsreform, nämlich die Forderung, „die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder eine Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar zu machen", auf Betreiben von Adolf Damaschke und dem „Bund deutscher Bodenreformer" Eingang in den Art. 155 der Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 fand und obwohl auch der Freistaat Bayern diese Forderung wörtlich in den Art. 161 Abs. 2 seiner Landesverfassung vom Dezember 1946 übernahm, fehlt dieser Gedanke im deutschen Grundgesetz vom 23. Mai 1949. Der Artikel 14 Abs. 1 gewährleistet das Eigentum, ohne zwischen dem Eigentum an dem nicht von Menschen erschaffenen Boden und dem Eigentum an von Menschen erarbeiteten Gütern zu unterscheiden. Er unterscheidet auch nicht zwischen selbst erarbeitetem Eigentum und Eigentum, das auf der Investition akkumulierter Vermögenseinkünfte beruht. Das in GG Art. 14 Abs. 2 formulierte Leitbild „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen" spiegelt sich in der Realität bislang kaum wieder - ebenso wenig wie der GG Art. 15: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesell-

[20] Vereinte Nationen (1948), § 3 und 4, auf der Website http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf (Zugriff: 14.8.2017).

schaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden."[21]

13.1.3 Verpasste historische Chancen

Nachdem im Laufe der 1970er Jahre die von der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung beabsichtigte Reform des Bodenrechts im Sande verlaufen war[22], kam unmittelbar nach der friedlichen Revolution von 1989 auch die von dem Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann und anderen Mitgliedern des Runden Tisches angestrebte „Nutzung des Bodens und der Gewässer ... (im) ... Interesse der Allgemeinheit und künftiger Generationen" unter die Räder der Geschichte. Im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR vom Sommer 1990 war in Art. 32 Abs. 2 im Falle von Bodenwertsteigerungen sogar ein Planungswertausgleich zugunsten der Kommunen vorgesehen. Auch der nach der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Roland Geitmann unternommene Versuch, ostdeutsche Kommunalverwaltungen zur Vergabe von entgeltlichen Nutzungsrechten am bis dahin „volkseigenen" Boden zu motivieren, wurde von der Politik überrollt, als sie dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung" folgte und damit eine historische Chance verspielte, in größerem Umfang ein rechtsstaatliches Bodenreformexempel zu statuieren.[23]

Unmittelbar nach der Wende im Herbst 1989 versuchten auch einige US-amerikanische Ökonomen - darunter Mason Gaffney und die Wirtschaftsnobelpreisträger William Vickrey und Joseph Stiglitz - auf die Transformation des Wirtschaftssystems in der Sowjetunion bzw. in Russland Einfluss zu nehmen, und zwar nicht im Sinne eines Übergangs zum westlichen Kapitalismus, sondern im Sinne einer Marktwirtschaft mit einer sozialen Bodenpolitik. Nachdem die an Henry George orientierte Robert Schalkenbach Foundation im August 1990 eine Delegation von sowjetischen Politikern zu einer von ihr finanzierten Tagung an der University of New York eingeladen hatte, reisten US-amerikanische Georgeisten in die

---

[21] Deutsches Reich (1919): § 155, auf der Website http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm (Zugriff: 14.8.2017). - Freistaat Bayern (1946), Art. 161,2 auf der Website http://www.verfassungen.de/de/by/bayern46.htm (Zugriff: 14.8.2017). - Bundesministerium der Justiz (1949), GG Art. 14 und 15, auf der Website http://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html (Zugriff: 14.8.2017). Zur Entstehungsgeschichte von Art. 14,2 GG vgl. Hans-Peter Schneider (2011), S. 67 - 81.

[22] Vgl. hierzu die Anmerkungen 3 - 5 im Kap. 11 des vorliegenden Buches und Hans-Jochen Vogel (2019).

[23] Zur sog. Bodenreform in der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ) von 1945 - 1949 vgl. Arnd Bauerkämper Hrsg. (1996). - Zum Entwurf einer neuen DDR-Verfassung vgl. Wolfgang Ullmann u.a. (1990). Vgl. auch die Rede von Wolfgang Ullmann am 6.7.1990 in der Volkskammer der DDR zum Thema „Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise" auf der Website http://www.ddr89.de/vk/vk_ullmann_5.html (Zugriff: 28.9.2017). - Zur „Erbbaurechts-Initiative" von Fritz Andres u.a. in der Ex-DDR vgl. Fritz Andres & Jobst von Heynitz (1991), Fritz Andres (1992/2020) sowie zahlreiche weitere Aufsätze von Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" in den Jahren von 1990 - 1995 sowie Roland Geitmann (1993a) und (1993b).

Sowjetunion, um Vorträge über eine „neue Art der Marktwirtschaft" zu halten, „die sich nach den sozialen Ansprüchen der Gesellschaft richten sollte". Vor allem unterbreiteten sie den bodenpolitischen Vorschlag, die Boden- und Ressourcenrenten steuerlich abzuschöpfen und damit eine öffentliche Infrastruktur zu finanzieren, in deren Rahmen sich dann die Privatwirtschaft nach und nach entfalten könne. Mit einem „Offenen Brief" wandten sie sich am 7. November 1990 auch an Michail Gorbatschow, der während der 1980er Jahre als Generalsekretär des ZK der KPdSU mit „Glasnost und Perestroika" Bewegung in das erstarrte kommunistische Sowjetimperium gebracht hatte und der noch bis Ende 1991 Staatspräsident der Sowjetunion war, sowie an die Duma und an die Union Russischer Städte. Zu den Mitunterzeichnern dieses „Offenen Briefes" gehörten auch noch die Wirtschaftsnobelpreisträger Franco Modigliani, Robert Solow und James Tobin sowie die namhaften Ökonomen William Baumol und Richard Musgrave. Wie der an diesen Aktivitäten beteiligte britische Georgeist Fred Harrison berichtete, „bestand Gorbatschow darauf, dass trotz der Abschaffung der Kommandowirtschaft Grund und Boden in öffentlichem Eigentum bleiben sollte; allerdings mit sicheren privaten Nutzungsrechten, über deren Vergabe Geld in den Staatshaushalt gebracht werden sollte. ... Es war jedoch ein Wettlauf gegen die Zeit. ... Der Putsch gegen Gorbatschow leitete die Ära Jelzin und die Stunde der Oligarchen ein, die sich die ökonomischen Renten Russlands aneigneten."[24]

In Gorbatschows „Erinnerungen" finden sich in den Abschnitten über den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft allerdings keine Aussagen zur Rolle des öffentlichen oder privaten Bodeneigentums. Es geht darin hauptsächlich um marktwirtschaftliche Reformen des Geldes und der Preise für Konsumgüter sowie um die Sanierung des Staatshaushalts und das Bestreben, den mit großen Turbulenzen verbundenen Systemwechsel unter Kontrolle zu behalten. Ausdrücklich erwähnte Gorbatschow, dass der junge Ökonom Grigori Jawlinski, der in dieser Umbruchzeit zu einem großen Einfluss auf das „Fünfhundert-Tage-Programm" gelangt sei, eine ausgeprägte „Vorliebe für monetaristische Methoden" gehabt habe. Außerdem verwies Gorbatschow darauf, dass die sich damals schon in Auflösung begriffene Sowjetunion auf eine „wirtschaftliche Unterstützung der Reformen durch den Westen" angewiesen war, und er bedauerte sehr, dass der Westen nicht seinen eigenen „Bedarf nach sozialem Wandel" wahrhaben wollte, denn „die traditionellen konservativen, liberalen, sozialistischen, kommunistischen oder christdemokratischen Positionen" waren nach seiner Ansicht keine „Antworten auf

[24] Über Mason Gaffney vgl. Fred Foldvary (2017), S. 119 - 146. - Zum „Offenen Brief" an Gorbatschow vgl. Fred Harrison (2017), S. 32 - 35, 43 und 46, sowie Nicolaus Tideman et al. (1991) und die Website https://en.wikisource.org/wiki/Open_letter_to_Mikhail_Gorbachev_%281990%29 (Zugriff: 13.8.2017). In einer Mail vom 28.9.2017 teilte Prof. Tideman dem Verfasser mit: „I did not ever get a response from Gorbachev."

diese Fragen", die beim Bau eines gemeinsamen Hauses Europa hätten gelöst werden müssen.[25]

Im Sommer 1993 gelang es Fritz Andres, eine russische Übersetzung seines Aufsatzes „Die Bodenfrage in Russland" im Wirtschaftsteil der Zeitung „Isvestija" zu veröffentlichen. Darin nahm er zum Entwurf einer neuen russischen Verfassung Stellung. Mit einer Bodenreform im Sinn einer Schaffung rechtlich gesicherter privater Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden habe Russland die einmalige historische Chance, eine „soziale, von kapitalistischer Durchsetzung freie Bodenordnung" zu schaffen – für sich und als Beispiel für die übrige Welt. Ob dieser Artikel eine Resonanz auslöste, ist nicht bekannt.[26]

13.1.4 „Prinzip und Ende der Rentenökonomie" (Dirk Löhr)

Ermutigt durch Plädoyers von den Ökonomie-Nobelpreisträgern Maurice Allais, William Vickrey und Joseph Stiglitz für eine „Single Tax" im Sinne von Henry George unternimmt der Ökonom Dirk Löhr (*1964) gegenwärtig - mehr als 30 Jahre nach Binswangers erstem Anlauf - wieder einen größeren Versuch, die von John Bates Clark vor rund 100 Jahren aus der Ökonomie verdrängte Bodenfrage in die Ökonomie zurückzuholen. „Heute haben wir erkannt", so zitiert Löhr eine zentrale Aussage von Stiglitz aus dessen Buch „Der Preis der Ungleichheit", „dass Renten viele Formen annehmen können - sie können nicht nur von Grundbesitz abgeschöpft werden, sondern auch vom Wert von Rohstoffen wie Erdöl, Gas, Erzen und Kohle. ... Eine hohe Besteuerung all dieser Renten würde nicht nur den Grad der Ungleichheit verringern, sondern auch Anreizen entgegenwirken, den Rent-Seeking-Aktivitäten nachzugeben, die unsere Wirtschaft und unsere Demokratie verzerren."[27]

In seinem Buch „Prinzip Rentenökonomie - Wenn Eigentum zu Diebstahl wird" (2013) tritt Löhr vor allem dem neoliberalen Glauben an die Segnungen der Privatisierung und dessen wissenschaftlicher Legitimation entgegen. Die von Garrett Hardin behauptete Tendenz zur Übernutzung von Allmenden („Tragedy of Commons", 1968) hält er für einen „klassischen Fall von Fehletikettierung". Ohne in Abrede stellen zu wollen, dass es in der Vergangenheit auch Übernutzungen von

---

[25] Michail Gorbatschow (1995), S. 543 - 570, bes. S. 550 (Jawlinskis monetaristische Ambitionen) sowie 1117 (westliche Unterstützung) und 1135 (Desinteresse des Westens an einem eigenen sozialen Wandel). Vgl. hierzu auch Antje Vollmer & Hauke Ritz (2014), auf der Website http://www.fr.de/kultur/25-jahre-nach-dem-mauerfall-mutwillig-verspielt-a-622059 (Zugriff: 13.8.2017).

[26] Fritz Andres (1993/2020), S. 219 – 229, hier: S. 229. – Um Kredite vom IWF bekommen zu können, wurde in der Ukraine im Frühjahr 2020 eine sog. Bodenreform beschlossen, die landwirtschaftliche Flächen zu handelbaren Waren machte. Indem ukrainischen Käufern auch die Aufnahme von Hypotheken bei ausländischen Banken erlaubt wurden, wurden auch Hintertüren für ausländische Investoren geöffnet. Vgl. Bernhard Clasen (2020).

[27] Vgl. Maurice Allais (1947), S. 477 - 509 und 568 - 629, William Vickrey (19 99) und (2001) sowie Joseph Stiglitz (2012), S. 281 - 282 (mit einer „Steuer auf Bodenrenten" gegen „Rent-Seeking-Aktivitäten"), (2015a), (2015b) und (2015c). - Dirk Löhr (2017a), S. 5 (Stiglitz-Zitat).

Allmenden gab, lasse sich dennoch nicht bestreiten, dass in Wirklichkeit auch „eine Vielzahl von Allmenden über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte hinaus nachhaltig und ohne Übernutzung bewirtschaftet wurden. ... Diese Konfusion wurde durchaus ideologisch missbraucht, um andere Eigentumsformen als Privateigentum zu diskreditieren" und die neoliberale „Agenda der Privatisierung zu stärken". Insbesondere von Harold Demsetz und Richard Posner wurde sie zu einer das Privateigentum auf ganzer Linie rechtfertigenden „Theorie der Eigentumsrechte" („Property Rights-Theorie") ausgebaut und nicht nur auf den Boden und die Produktionsmittel bezogen, sondern auch auf das Wasser, die Luft als Aufnahmespeicher für CO_2 und andere Ressourcen sowie auf das Wissen (Patente als geistige Eigentumsrechte zum Beispiel an Saatgut und Genen). Privateigentum verbürge in jeder Hinsicht einen effizienteren Umgang mit den Vermögensgegenständen als andere Eigentumsformen, weil nur bei ihm ein enger Zusammenhang zwischen den Kosten des Erwerbs und des Unterhalts einerseits und dem damit erzielbaren Nutzen andererseits bestehe. Dass diese Legitimation jeglichen Privateigentums sehr einseitig ist und dass die pauschale Kritik an Allmenden in keiner Weise berechtigt ist, hat nebenbei bemerkt auch die US-amerikanische Politologin Elinor Ostrom (1933-2012) in ihrem Buch „Governing the Commons" (1990; dt. „Die Verfassung der Allmende - Jenseits von Staat und Markt", 1999) als Quintessenz ihrer Forschungen über Gemeingüter belegt.[28]

Ohne die Property Rights-Theorie pauschal zu verurteilen, hält Löhr ihr jedoch entgegen, dass Privateigentum - je nach dem, um welche Vermögensgegenstände bzw. Assets es sich handelt - „nicht gleich Privateigentum" ist. Wie schon Pierre Proudhon um die Mitte des 19. Jahrhunderts festgestellt habe, kann es unter Umständen auch teilweise oder gar ganz auf Diebstahl beruhen. „Die ideologische Rechtfertigung über Effizienz verschleiert den typischerweise eigentlichen ökonomischen Grund für das Privateigentum an Boden: Die Suche nach ökonomischen (Boden-)Renten." Das private Eigentum an besonders „kritischen Assets" wie Boden - er ist geradezu der „Archetypus und die Blaupause für andere Formen der Rentenökonomie" - verschafft seinen Inhabern leistungslose Renteneinkünfte und verleitet geradezu zu einem „rent seeking", also zum Bestreben, durch weitere Privatisierungen von öffentlichen Infrastrukturen und Ressourcen zusätzliche Quellen von Renteneinkünften zu erschließen. „Immer mehr Allmenden werden ‚eingefriedet'. (‚Einfrieden' ist dabei ein Euphemismus; in Wirklichkeit handelt es sich um einen aggressiven, räuberischen Akt der Usurpation.) ... Die modernen Ausprägungen der Bodenrente, nämlich die Wasserrente, die Ölrente, diverse andere Ressourcenrenten, die Rente aus geistigen Eigentumsrechten bis hin zu neu geschaffenen Renten an Senken und Deponien (zum Beispiel über Verschmutzungsrechte, die unentgeltlich, also per ‚Grandfathering' vergeben wurden), ge-

[28] Dirk Löhr (2013), S. 21 (Hardins „Tragödie der Allmenden") und 24 - 28 (Property Rights-Theorie von Demsetz und Posner). - Elinor Ostrom (1999) und Elinor Ostrom & Silke Helfrich (2011).

wannen relativ zur klassischen Bodenrente immer mehr an Bedeutung." Auch die sog. Public-Private-Partnerships „stellen oft ein Eldorado für rent seeking-Aktivitäten dar. ... Um an die Pfründe zu gelangen, besteht eine latente Versuchung, den Staat für die eigenen Sonderinteressen zu vereinnahmen (sog. ‚state capture') - dies geht vom ‚einfachen' Lobbyismus bis hin zu systematischer Korruption. ... Nutzen und Kosten werden also entkoppelt, Marktversagen wird institutionalisiert."[29]

Löhr zufolge gibt es also die von der Property Rights-Theorie dem Privateigentum zugutegehaltene hohe Korrelation zwischen Kosten und Nutzen bei „kritischen Assets" wie Land, Ressourcen usw. gerade nicht. Im Gegenteil - deren Privateigentümern fließt der Nutzen in Gestalt von Renteneinkünften zu, obwohl sie die Kosten der Entstehung ihrer Vermögenswerte gar nicht selbst aufgebracht haben. Bei Grundstücken ergibt sich die Höhe der privat vereinnahmten Bodenrente nämlich ganz wesentlich durch ihre Lage, d.h. durch ihre Nähe oder Ferne zu den von der Öffentlichkeit finanzierten Infrastrukturen. Die Höhe der Bodenrente hängt - so Löhr weiterhin in Anlehnung an Henry George - maßgeblich vom Umfang öffentlicher Infrastrukturen in einer Region ab. „Ein Grundstück ‚in the middle of nowhere' ... ist allenfalls von sehr geringem Wert. ... Der Wert zum Beispiel von Wohnbauland ist umso höher, je mehr die Gemeinschaft in Kinderbetreuung, Schulen, Schwimmbäder, Dorferneuerung, die Erreichbarkeit von Behörden etc. investiert." Auch von der Verkehrsinfrastruktur und der Entfernung zu kulturellen Einrichtungen hängt die Höhe der Bodenrente ab. „Je mehr die Allgemeinheit in Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Theater etc. investiert, umso attraktiver wird eine Stadt und umso höher die Bodenrenten. ... Im Übrigen ermöglicht allein die - investitionsintensive - Bevölkerungsagglomeration eine Intensivierung der Arbeitsteilung und erzeugt ... eine Aufwertung der Standorte. Dennoch: Alle diese Vorteile werden von den Bodeneigentümern nahezu ohne Gegenleistung eingesammelt." Die anfallenden Erschließungsbeiträge decken längst nicht die von der Allgemeinheit getragenen Gesamtkosten der Erschließung. Und die viel zu geringe Grundsteuer „reicht nicht im Entferntesten an die Kosten heran, die für die Inwertsetzung von Grundstücken erforderlich sind."[30]

Gemäß einer Schätzung von Löhr belief sich die von ihm als Lage- bzw. Standortrente betrachtete Bodenrente in Deutschland im Jahr 2016 auf eine „Höhe von 230,4 Milliarden Euro. Davon dürften ca. 88,4 % (203,7 Milliarden Euro) in

---

[29] Dirk Löhr (2007), S. 12 – 30, ders. (2009), S. 11 – 29. – Dirk Löhr (2013), S. 14 (Proudhon), 53 (state capture), 55 (Marktversagen), 57 - 59 (Bodeneigentum als Archetypus und Blaupause), 63 (ideologische Rechtfertigung des Privateigentums an Boden), 74 - 75 (PPPs) und 88 - 93 (Energiebananenrepublik Deutschland). – Schon der Ordoliberale Alexander Rüstow kritisierte das Subventions(un)wesen deutlich; vgl. das Kap. 9, S. 40. Dem Kieler Subventionsbericht zufolge gewährte der deutsche Staat im Jahr 2018 mehr als 50 Milliarden Euro an Subventionen; vgl. Claus-Friedrich Laaser & Astrid Rosenschon (2019), S. 15. Außerdem David Böcking (2018).

[30] Dirk Löhr (2013), S. 41 (Trennung von Kosten und Nutzen beim privaten Bodeneigentum) und 65 (Zusammenhang zwischen dem Umfang der öffentlichen Infrastruktur und der Höhe der Bodenrenten).

private Taschen geflossen sein." Der Boden ist also generell und durch die Entwicklung von negativen Leitzinsen in einem noch verstärkten Maße eine große „Umverteilungsmaschine".[31]

Da die Boden- bzw. Standortrente aufgrund ihrer privaten Vereinnahmung durch die Bodeneigentümer nicht für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung steht, muss diese „durch solche Steuern" finanziert werden, „die nicht von den Grundstückseigentümern aufgebracht werden". Also „müssen die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital umso stärker zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen herangezogen werden. Die Lasten werden dabei vorrangig dem Faktor Arbeit aufgebürdet, da sich dieser dem Tribut weniger gut entziehen kann als das flüchtige Kapital. ... Die Stützung der ökonomischen Rente durch steuerfinanzierte öffentliche Leistungen geht daher mit einer Umverteilung von unten nach oben einher." Löhr sieht darum in der „Entkopplung von Nutzen und Kosten" im Steuerstaat ein „Gegenstück zum Rentenstaat", der auf die Bodenrente als seine eigentliche Steuerquelle verzichtet und sich dafür an anderer Stelle durch Zwangsabgaben finanziert. Den Anteil der Bodenrenten und Zinsen am gesamten Volkseinkommen im Jahr 2010 schätzt Löhr vorsichtig auf etwa 16 % und den Anteil der selbstständigen und unselbstständigen Arbeiten auf ca. 84 %. Zum Staatshaushalt tragen die ersteren ihm zufolge jedoch nur „schätzungsweise 5 %" bei, während sich der Anteil der „Bezieher von Leistungseinkünften ... auf etwa 95 % aller Steuern und Abgaben ... belief. ... Die größten Melkkühe sind dabei die Zahler von Lohnsteuern und Mehrwertsteuern" (2010: ca. 128 bzw. 136 Mrd. Euro). „Diese beiden Steuerarten machen allein nahezu die Hälfte des gesamten Steueraufkommens aus (2010: ca. 531 Mrd. Euro)". Die Allgemeinheit zahlt also Renten und Zinsen an die Vermögenden und entlastet diese obendrein noch, indem sie auch den bei weitem größten Teil der Steuern und Abgaben aufbringt. Dies wiederum führt zu chronischen Engpässen bei den Steuermitteln, die dann eine Tendenz zur Aufnahme von Staatsschulden und zur Kürzung staatlicher Leistungen nach sich ziehen.[32]

„Als Spiegelbild des Rentenstaates" mit seiner Entkopplung von Kosten und Nutzen des Bodens und der Ressourcen kommt hinzu, dass im Steuerstaat „die Einnahmenseite ... von der Ausgabenseite der Staatsfinanzierung entkoppelt ... ist. Grob gesagt: alles Steuergeld fließt in einen Topf, alles wird aus diesem Topf entnommen. Die Steuergelder werden vom Staat ohne Zweckbindung und ohne Verpflichtung zu konkreten Gegenleistungen eingenommen und zu einem beträchtlichen Teil „zugunsten der Bezieher von Zinsen und ökonomischen Renten" ausgegeben, „die jedoch am wenigsten zur Finanzierung des Gemeinwesens beigetragen haben. ... Ähnlich wie die Entkopplung von Nutzen und Kosten bei den privaten

---

[31] Dirk Löhr (2018), S. 11, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020).

[32] Dirk Löhr (2013), S. 15 (Steuerstaat und Rentenstaat) und 41 - 42 (Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur), 44 (Lohn- und Mehrwertsteuern) und 141 - 142 (geschätzte Größenordnungen von Bodenrenten, Zinsen und Arbeitseinkommen, Folgekosten der Entkopplung von Nutzen und Kosten).

Akteuren in der Wirtschaft zu Marktversagen führen kann ... , kommt es durch die Entkopplung von Einnahmen und Ausgaben zu Staatsversagen" und die Folgen werden zumeist auf nachfolgende Genrationen abgewälzt.[33]

Gemäß der von Gerhard Scherhorn im Vorwort zu Löhrs „Prinzip Rentenökonomie" zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, dass „wir das Abdriften der freiheitlichen Wirtschaftsordnung in den Rentenstaat rückgängig ... machen müssen, indem wir das Eigentumsrecht modernisieren", strebt Löhr eine Überwindung der „für die Rentenökonomie charakteristischen Entkopplung von Nutzen und Kosten (fehlende Reziprozität)" an. Im Interesse der Herstellung einer tatsächlichen „Kopplung von Kosten und Nutzen" fordert er gemäß dem „Henry George-Theorem" eine Anhebung der Grundsteuer bis zu der Höhe, in der sie die Bodenrente vollständig steuerlich erfassen und als „Single Tax" andere Steuerarten ersetzen kann. Jedoch ist „eine Stärkung der Grundsteuer zur besseren Abschöpfung der ökonomischen Renten ... bezeichnenderweise ein steuerpolitisches Tabu in Deutschland."[34]

Dessen ungeachtet gehen die Vorstellungen Löhrs in Anknüpfung an die „Tradition der Physiokraten, die die Bedeutung der natürlichen Ressourcen bei der Wertschöpfung betonten und die Bodenrente als Steuerquelle erkannten", sowie an John Stuart Mill, an Henry George, an Vickrey und Stiglitz weiter in die Richtung einer Schaffung einer „besseren Kopplung von Nutzen und Kosten ... durch ein entsprechend ausgestaltetes Grundsteuersystem. ... Die Grundsteuer dürfte sich mit ihrer Bemessungsgrundlage aber nur auf den Grund und Boden bzw. die Renten hieraus beziehen, nicht aber auf die aufstehenden Gebäude, Anpflanzungen etc. Diese Werte gehen nämlich nicht auf Leistungen der Gemeinschaft, sondern auf die der Eigentümer zurück." Das private Eigentum würde bei dieser Steuerlösung bestehen bleiben, aber entkapitalisiert werden. Immobilienblasen, wie sie in den USA und einigen anderen Ländern platzten, könnten dann gar nicht erst entstehen. Da, wo sich noch Boden in öffentlichen Händen befindet oder von ihnen zurückgekauft werden kann, hält Löhr auch das von Gesell bevorzugte Erbbaurechts- und Pachtsystem für sinnvoll – allerdings plädiert er hierbei für eine Vergabe der Nutzungsrechte im Wege einer „Konzeptvergabe" anstelle ihrer von Gesell und auch noch von Andres bevorzugten Vergabe gegen Höchstgebote.[35]

Im Fall ihrer Verallgemeinerung würde jedoch „die Erbbaurechts- und Pachtlösung im Gegensatz zur Steuerlösung einen Übergang des Eigentums an Grund und Boden in die öffentliche Hand voraussetzen." Angesichts der dabei fällig werdenden gigantischen Entschädigungsleistungen bezweifelt Löhr die Finanzierbar-

---

[33] Dirk Löhr (2017a), S. 143 (Entkopplung von Staatseinnahmen und -ausgaben) - 144.

[34] Dirk Löhr (2013), S. 11 (Gerhard Scherhorn im Vorwort), 15 (Kopplung von Kosten und Nutzen), 43 (steuerpolitisches Tabu), 51 (Entkopplung).

[35] Zum Vorschlag, die Vergabe der Erbbaurechte über Konzeptvergaben zu regeln, vgl. Dirk Löhr (2019a), S. 188 – 191, und ders. (2020b). Außerdem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2020), S. 18f., 21, 22, 25 und 43 – 44.

keit dieser Variante einer Bodenrechtsreform.[36] Aus diesem Grund bevorzugt er eindeutig die Steuerlösung und nimmt anders als Andres auch hinsichtlich der Verwendung der über die Grundsteuer abgeschöpften Bodenrente noch eine Differenzierung vor, und zwar eine Differenzierung zwischen

a) dem Anteil der Bodenrente, der auf das Vorhandensein öffentlicher Infrastrukturen zurückzuführen ist und der darum auch zur Finanzierung dieser Infrastrukturen herangezogen werden könnte (anders als Andres, der diese Kopfsteuer kritisch sah), und

b) dem „auf die pure Knappheit zurückgehenden Teil der Bodenrente", der nicht in den Staatshaushalt einfließen, sondern - ähnlich wie von Andres vorgeschlagen - in gleichen pro-Kopf-Beträgen als „ressourcenbasiertes Grundeinkommen" an alle Menschen rückverteilt werden sollte.[37]

Damit entscheidet sich Löhr ebenso wie Andres auch gegen Gesells Idee einer Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente", ohne dies explizit zum Ausdruck zu bringen. Erst recht lässt er dessen abwegige Ideen von einem „Abbau des Staates" bzw. einer „Akratie" auf sich beruhen und deutet eine ganz andere, an Pierre Proudhons „Theorie der Steuer" anknüpfende und auch mit dem frühen Ordoliberalismus vereinbare Richtung an, in der sich der bisherige Rechts- und Machtstaat infolge einer solchen Reform des Bodenrechts („Henry George 2.0") und auch einer Reform des Geldwesens (!) schrittweise in einen reinen demokratischen Rechtsstaat verwandeln könnte.

Als erste Annäherung an „Konturen eines reformierten Abgabensystems" stellt sich Löhr die schrittweise „Herstellung der Reziprozität von Leistung und Gegenleistung (Bürger) sowie Einnahmen und Ausgaben (Staat)" vor. „Ähnlich wie Proudhon plädieren wir für ein ausgewogenes Nebeneinander verschiedener Abgabenarten":

- „Die Basis ist die Finanzierung des Staates aus der ökonomischen Rente", wobei Löhr besonders an „Bereitstellungskosten mit Fixkostencharakter, darunter z.B. Investitionen in ein U-Bahn-Netz, in Schulen oder Krankenhäuser" denkt.
- „Ergänzt wird dies durch servicebezogene Gebühren (Anspruch auf individuelle Gegenleistung) und Beiträge (Anspruch auf gruppenweise Gegenleistung)", die die damit verbundenen Kosten decken sollten, „sowie - in ergänzender Funktion - Steuern (kein Anspruch auf Gegenleistung)", zum Beispiel für „bestimmte sozialpolitische Transferleistungen", bei denen keine unmittelbare Kopplung von Kosten und Nutzen möglich ist oder nicht gewünscht wird.[38]

---

[36] Dirk Löhr (2013), S. 15 - 16 (Physiokraten), 72 (Grundsteuer, Steuer vs. Erbbaurecht und Pacht) - 73 (Immobilienblasen). - Zu den Physiokraten vgl. auch Mary Cleveland (2017), S. 94 - 95.

[37] Dirk Löhr (2013), S. 74 (Aufteilung der Bodenrente für Infrastrukturen und als ökologisches Grundeinkommen) und 155 - 164 (ÖGE). Vgl. auch Nicolaus Tideman (2017), S. 339 – 355.

[38] Dirk Löhr (2013), S. 55 (Ordoliberalismus), 57 (George), 59 (Mill und Gossen), 136 (Sozialpolitik), 144 (Henry George 2.0), 147 - 149 (differenzierterer Blick auf die Single Tax besonders im Hinblick auf die umlagefinanzierte Sozialversicherung) und 149 (Reziprozität bei Bürgern und Staat).

Als große Richtung geht es Löhr um eine „Finanzverfassung", die im Sinne von Proudhons Gegenseitigkeitsprinzip „den Konnex zwischen Einnahmen und Ausgaben so weit wie möglich wiederherstellt, und zwar nicht nur in den Tausch- und Kreditbeziehungen zwischen einzelnen Bürger/innen, sondern auch in deren Verhältnis zu einem bürgernahen Rechtsstaat. „Der Staat entwickelt sich weg vom Steuerstaat und hin zu einem stark durch gebührenartige Abgaben finanzierten Gemeinwesen. ... Der Charakter des Staates würde sich durch die Umgestaltung des Abgabensystems entscheidend ändern: Statt eines verlängerten Arms von wirtschaftlichen Sonderinteressen mit repressiven und obrigkeitsstaatlichen Zügen wäre er ein transparenter, sich selbst beschränkender (Gewähr-)Leistungsstaat und ein unabhängiger Hüter des Gemeinwohls." Statt ein neues System von staatlichen Einnahmen und Ausgaben schon in näheren Einzelheiten zu konzipieren, geht es Löhr zunächst darum, im Anschluss an Proudhon ebenso wie an Wilhelm von Humboldts „Grenzen des Staates" (1851) sowie an die Bodenrechts- und Geldreformer und den Ordoliberalismus Euckenscher und Böhmscher Prägung ein Grundverständnis dafür zu wecken, dass

a) mit der privaten Vereinnahmung von Boden- und Ressourcenrenten Privilegien einhergehen, welche geradezu eine „Feindin der Freiheit" darstellen, so dass die Verwirklichung einer echten gleichen Freiheit aller Menschen eine „Negation der Macht" erfordert, und dass es

b) jenseits der „libertären Sicht, die eine staatliche Abstinenz bei vorheriger Spezifikation der Eigentumsrechte predigt", und des „sozialistischen, auf die Universalverantwortung setzenden Interventionsstaates" sowie eines durch mächtige Interessengruppen geschwächten Staates eines „starken, sich selbst beschränkenden Staates" bedarf. Der Staat soll entgegen der Hoffnung von Friedrich Engels also nicht „absterben", sondern seinen widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaat nach und nach ablegen, sich dabei aus der Umklammerung durch Lobbyverbände befreien und ein reiner Rechtsstaat werden. Als ein gegenüber Interessengruppen gestärkter, demokratischer Rechtsstaat soll sich der Staat darauf konzentrieren, jegliche Macht zurückzudrängen und allen Menschen zu ihrer gleichen Freiheit und zu ihrem gleichen Recht zu verhelfen. Zudem soll ein solcher Rechtsstaat das Subsidiaritätsprinzip stärken, demzufolge politische Entscheidungen so weit wie möglich dezentral auf kommunalen und regionalen Ebenen getroffen werden.[39] Dabei obliegen ihm auch die Einbettung der Privatwirtschaft mit monopolfreien Märkten in eine rechtsstaatliche Rahmen*ordnung* und eine Rahmen*planung* der Versorgung mit öffentlichen Gütern. Ein solcher Staat könnte eine Alternative sowohl zum sog. ‚schlanken' Staat des Neoliberalismus als auch zu den verschiedenen Spielarten des staatlichen Etatismus werden.

---

[39] Dirk Löhr (2013), S. 152 - 153 (Strukturwandel des Staates), 165 (Humboldt) -166 (libertäre Sicht und sozialistischer Interventionsstaat), 172 - 173 (Eucken und Böhm) und 175 („Die Gefangennahme des Staates durch private Sonderinteressen zur Sicherung von Renten schwächt den Staat systematisch.")

Wie sich dann im Laufe einer solchen Transformation des Staates zu einem reinen Rechtsstaat die Zahlungsströme der Steuereinnahmen und -ausgaben im Detail verändern werden, lässt sich im Vorhinein noch nicht genau absehen, zumal die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) getreu der alten klassisch-marxistischen Vorstellung vom Kampf zwischen Kapital und Lohnarbeit nur die Kategorien „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" und „Einkommen aus unselbstständiger Arbeit" kennt und keinerlei Angaben zur Größenordnung der Bodenrente macht.[40] Die Diskussion über die Gestalt eines nachkapitalistischen demokratischen Rechtsstaats, über die durch ihn bereit zu stellenden öffentlicher Güter und über die Neujustierung seiner Einnahmen und Ausgaben steckt erst in ihren Anfängen und es bedarf noch intensiver Forschungen, um die Konturen eines zukünftigen Rechtsstaats einschließlich einer neuen VGR weiter präzisieren zu können.

Neben alledem erweist sich die alte Vorstellung vom Kampf oder der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Lohnarbeit nicht nur in der VGR, sondern ganz allgemein als überholt, wenn auch die allzu lange verdrängte Rolle der Bodenrente mit in den Blick auf gesellschaftliche Grundwidersprüche genommen wird. Wie Löhr in Übereinstimmung mit dem US-amerikanischen Ökonomen Mason Gaffney zeigt, stellen nämlich die Gewinne großer Unternehmen, insbesondere großer Kapitalgesellschaften, schon längst nicht nur ‚Profite' dar, bei denen sich darüber streiten ließ, ob die Zinsen ein untergeordneter Teil der Profite sind oder ob umgekehrt die Eigen- und Fremdkapitalzinsen vor den anderen Bestandteilen des Gewinns rangieren. In zunehmendem Umfang bestehen die Unternehmensgewinne - was bislang kaum wahrgenommen wird - auch aus Boden-/Standort- und anderen Renten. Die Schwerindustrie entwickelte sich in Bergbauregionen wie dem Ruhrgebiet und die Chemieindustrie entstand zum großen Teil auch auf den „virtuellen Grundstücken der Patente. ... Im 19. und 20. Jahrhundert waren die landintensiven Unternehmen - siehe die Eisenbahn, Kohle, Stahl, chemische Industrie etc. - zumindest in den westlichen Industrieländern nahezu allesamt als Aktiengesellschaften organisiert. Diese waren zugleich große Eigentümer von ‚Land' im weiteren Sinne. Wo die (Boden-)Renten wuchsen, wuchs auch die Kapitalakkumulation."[41]

Galt zum Beispiel der Siemens-Konzern in den 1980er Jahren noch als ‚Bank mit angeschlossener Elektroabteilung', so sind besonders Großkonzerne („High Performer") längst auch große Immobilieneigner mit untergeordneten Abteilungen für die Herstellung und den Vertrieb von Waren. „Die ökonomischen Renten sind der harte Kern des Unternehmensgewinns. Somit reflektieren Unternehmensgewinne vor allem die rentengenerierende Kapazität des Portfolios an Key Assets einer Unternehmung." Löhr verdeutlicht dies am Beispiel der Fastfood-Kette McDo-

---

[40] Dirk Löhr (2013), S. 141 - 142 (VGR).

[41] Dirk Löhr (2013), S. 123 - 125 (Land- und Kapitalakkumulation). Vgl. auch Dirk Löhr (2007) und (2009) (Patente als virtuelle Landnahme).

nald's, die ihre Gewinne vermutlich mehr aus Bodenrenten als aus ihrem Verkauf von sog. Burgern beziehe. „McDonald's ... nutzt ... konsequent Standortvorteile, die durch die Öffentlichkeit geschaffen wurden, durch Agglomeration, Infrastruktur usw." Auch Supermarktketten und Discounter nutzen Standortvorteile, die ihnen „in der Vergangenheit in überaus großzügiger Weise durch die Bauleitplanung gewährt wurden." Ein weiteres Beispiel für „ökonomische Renten als Kern des Unternehmensgewinns" sind Löhr zufolge „Zeitnischen in koordinierten Flughäfen", also die Zuweisung von bestimmten Zeiten für Starts und Landungen an die Fluggesellschaften. „Die Zuweisung von Zeitnischen erfolgt allerdings ... grundsätzlich via ‚Grandfathering'." Schließlich betrachtet er auch die Stromproduktion zum Beispiel in Kohlekraftwerken geradezu als ein „Treibhaus für ökonomische Renten".[42] -

Ähnlich wie Andres betont auch Löhr den Charakter einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" zu guter Letzt als Kombination von öffentlicher Planung und privatem Marktgeschehen. Berühmt gewordene Begriffe von Marx umdeutend, spricht er von der öffentlichen Planung und von Gemeinschaftsgütern als von einem „Reich der Notwendigkeit" mit einer „vertikalen Koordination" und vom entkapitalisierten Markt mit Produktionsmitteln in privaten, genossenschaftlichen und anderen Rechtsformen als von einem „Reich der Freiheit" mit einer „selbsttätigen horizontalen Koordination. ... Freiheit und Planung sind keine Widersprüche", sondern sie können sich innerhalb einer freiheitlich und gerecht gestalteten Rahmenordnung funktional ergänzen.[43] Nach diesem Verständnis ist eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" also alles andere als eine ultraliberal-staatsfeindliche Verabsolutierung von Privateigentum und Wettbewerb. In einem breiten Spektrum von unterschiedlichen Eigentumsformen könnten sich - wie schon Ernst Friedrich Schumacher vermutete – privates Eigentum am besten für kleinere Unternehmen und genossenschaftliches Eigentum für mittlere und größere Unternehmen eignen. Umgeben wären dann privates und genossenschaftliches Unternehmenseigentum von einer ganzen Reihe von Gemeinschaftsgütern, die sich nicht zur Behandlung als käufliche Handelswaren eignen und die darum gegen Gebühren und Steuern vom Staat als entkapitalisierte öffentliche Güter bereitgestellt werden könnten: Boden, Wasser und andere Ressourcen, Infrastrukturen und Netze, Gesundheit, Bildung und Wissen, Verschmutzungsrechte und Energie. Trotz einiger Unterschiede in ihren Ansichten über die Verwendung der Bodenrente und über die Staatsfinanzierung stimmten Löhr und Andres schließlich auch darin überein, dass sich die älteren und neueren Bodenreformansätze einerseits und das Wissen

---

[42] Dirk Löhr (2013), S. 107 - 139, und ders. (2017), S. 211 - 240 (Kapitalgesellschaften auf der Jagd nach ökonomischen Renten), bes. S. 212 (High Performer), 220 (Renten als Kern des Gewinns), 255 - 226 (McDonald's), 227 (Supermarktketten und Discounter), 229 - 231 (Start- und Landezeiten auf Flughäfen) und 233 - 236 (Stromproduktion).

[43] Dirk Löhr (2013), S. 165 (Reiche der Notwendigkeit und der Freiheit) und 168 (Planung).

um Allmenden und die neuere Gemeingüterforschung von Elinor Ostrom andererseits wechselseitig sinnvoll ergänzen können.[44]

Trotz der dringenden Notwendigkeit einer Schaffung gleicher Zugangsrechte aller Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen und einer entsprechenden Reform des Steuersystems einschließlich der Grundsteuer geht Löhr davon aus, dass es „noch ein langer steiniger Weg bis zum allgemeineren Verständnis" für den eigentlichen Sinn einer solchen Reform sein dürfte. Das seit der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise verstärkt um sich greifende Landgrabbing im In- und Ausland verlängert diesen steinigen Weg sogar noch. Und die bisherigen Erfahrungen mit der von Löhr mitgetragenen Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!" scheinen diese Einschätzung zu bestätigen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu einer Reform der Grundsteuer aufgefordert hat, sind Fragen des Bodenrechts zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden. Allerdings bleibt es schwierig, neben den konventionellen Reformvorschlägen der Interessenverbände auch dem Vorschlag einer Trennung der Besteuerung von Boden und aufstehenden Gebäuden und der Umwandlung der bisherigen Grundsteuer in eine reine Bodenwertsteuer eine größere Aufmerksamkeit zu verschaffen, obwohl so unterschiedliche Organisationen wie der Mieterbund, der Naturschutzbund (NABU) und das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft diese Initiative unterstützen. Auch das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans Böckler-Stiftung setzt sich in einem „Drei-Säulen-Konzept gegen Ungleichheit und Armut" für einen Umbau der bisherigen Grundsteuer in eine neue Bodenwertsteuer ein.[45] Verabschiedet wurde schließlich ein enttäuschender politischer Kompromiss – jedoch enthält er eine sog. Länderöffnungsklausel, die es den Bundesländern ermöglicht, in der Frage der Grundsteuerreform eigene Wege zu gehen. Somit könnte immerhin ein einzelnes Bundesland in die Richtung einer Bodenwertsteuer vorangehen.[46]

13.2 Geld - vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel

Im Zuge der neueren Null- und Negativzinsentwicklung scheint in den letzten Jahren im Bereich des Geldwesens schon etwas mehr in Bewegung gekommen zu sein[47] als im Bereich des Boden- und Ressourcenrechts. Aber auch hier könnte der

---

[44] Zu Infrastrukturen als „gebauter Geschichte" vgl. Dirk van Laak (2017), S. 3 – 11. – Silke Helfrich (2012) (Ostrom, Commons-Forschung). – Elisabeth Meyer-Renschhausen & Klaus Prätor (2018), S. 51 – 60 (Allmenden).

[45] Dirk Löhr (2013), S. 184 (langer steiniger Weg). - Zur Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!" vgl. die Website www.grundsteuerreform.net sowie Ulrich Kriese (2016), S. 53 - 56, und (2017), S. 30 - 32. - Gustav Horn (2017), S. 17 - 18 (gewerkschaftliches Plädoyer für eine „reine Bodenwertsteuer").

[46] Ulrich Kriese & Philipp Heuer (2020). – Vgl. auch ein Interview mit Dirk Löhr in: Dietrich Heißenbüttel (2020), S. 2.

[47] Vgl. hierzu die Kap. 12.6 und 12.7 in diesem Buch.

„wirtschaftspolitische Gezeitenwechsel" (Keynes) noch ganz am Anfang stehen. Während Keynes die Geld-(und Boden-)reformbewegung seinerzeit als Initialkraft für eine „sanften Tod des Rentners (Rentiers), des funktionslosen Investors" betrachtet hatte, ließe sie sich treffender als eine Hospizbewegung für die kapitalistischen Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik charakterisieren. Und sie ließe sich auch mit der Vorstellung vom Beginn von Geburtswehen einer neuen Zeit in Verbindung bringen.[48]

Zusätzlich zu einer Entfeudalisierung und Entkapitalisierung der *natürlichen Lebensgrundlagen,* die die Menschen ihrer ursprünglich-eigenen Würde entsprechend aus Abhängigkeiten befreit und sie gleichsam in der *Vertikalen* wieder aufrichtet, wäre es genauso notwendig, auch die *sozialen Lebensgrundlagen* des Geldes und der Unternehmen zu entkapitalisieren. Die Forderungen von Scherhorn und Peukert, die internationalen Finanzmärkte zu bändigen, indem Finanzinstitute und ihre Produkte besser überwacht werden, indem zur Risikominderung höhere Eigenkapitalanforderungen an Banken gestellt werden, indem Geschäfte außerhalb von Bilanzen und an nicht anerkannten Wertpapierbörsen sowie Leerverkäufe und Risikoverbriefungen verboten werden usw., gehen gewiss in die richtige Richtung.[49] Sie werden aber noch nicht ausreichen, um die strukturelle Überlegenheit des Geldes über die menschliche Arbeit und ihre Erzeugnisse und die daraus erwachsene Dominanz der Finanzmärkte zu überwinden. Zusammen mit einer Reform der Boden- und Ressourcenordnung bedarf es einer strukturellen Reform des Geldes, um dem Geld bzw. den Geldvermögen die Kraft zu nehmen, sich fortwährend selbst zu vermehren und sich dabei auch der öffentlichen Güter zu bemächtigen und sie zu privatisieren. Darüber hinaus könnte sie gewährleisten, dass die Würde der Menschen auch innerhalb der *Zirkulationssphäre* beim gleichsam *horizontalen* Handel mit Gütern und Dienstleistungen einschließlich von Bankdienstleistungen nicht länger durch eine „kapitalistische Parteilichkeit" (Suhr[50]) des Tausch- und Kreditmittels Geld verletzt werden kann. Und schließlich muss in Verbindung mit einer Neutralisierung des Geldes eine Entkapitalisierung und Dezentralisierung von Geld- und Realvermögen dafür sorgen, dass auch innerhalb der *Produktionssphäre* nach dem Zeitalter der Kapitalakkumulation und -konzentration mitsamt der Haftungsbeschränkungen sowie der Patent- und Markenprivilegien anstelle der hierarchischen, geradezu gigantomanischen „Dinosaurier-Unternehmen" (Röpke[51]) in einer Zweiten Moderne egalitär-demokratische Unternehmensstrukturen und technische Produktionsstrukturen im Sinne von Schumachers „mittleren Technologien" und Illichs „konvivialen Werkzeugen" entstehen können, in denen sich die Produzent/innen durch eine unmittelbare Teilhabe und

---

[48] John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317. – Die Vorstellung von Geburtswehen einer neuen Zeit findet sich bereits im Matthäus-Evangelium (Mt. 24.8).

[49] Vgl. hierzu Gerhard Scherhorn (2008), S. 3 – 13, sowie ders. (2009). – Helge Peukert (2013/2015) und das Kapitel 11.5.12 in diesem Buch.

[50] Dieter Suhr (1983/2015), S. 18.

[51] Wilhelm Röpke (1948b), S. 155 – 174, hier: S. 156 und 162 – 163 (Dinosaurier-Unternehmen).

nicht durch ein imaginäres sog. Volkseigentum mit ihren Produktionsmitteln verbinden. Aus einer Gesamtperspektive der Reform der Geld- und Bodenordnung, der Kritik des frühen Ordoliberalismus am „Kult des Kolossalen"[52] und der „Small is beautiful"-Bewegung geht es also keinesfalls um eine Rückkehr in eine vorindustrielle Gesellschaft oder gar in die Steinzeit, sondern um einen Verbleib in der Moderne - aber nicht mehr in der auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhenden ersten Moderne. Vielmehr geht es um eine allmähliche und gewaltfreie Transformation der ersten in eine zweite Moderne, bei der das Geld entthront und mitsamt der Arbeitsteilung und der Märkte als Diener so in die sozialen und ökologischen Lebenswelten eingebettet wird, dass eine Aufteilung der Großkonzerne und eine „Repersonalisierung" der Unternehmensverfassungen (Binswanger[53]) beginnen können.

Sobald das Geld die Gesellschaft nicht mehr in sich spalten und sie von der Natur abspalten kann, verlieren sowohl das „Naturkapital" als auch das „Humankapital", „Sozialkapital" oder „Realkapital" ihren Kapitalcharakter. Die dezentralisierten Produktionsmittel sind dann nur noch Hilfsmittel der Produktion, aber keine strukturellen Machtmittel mehr, die ihren privaten und genossenschaftlichen Eigentümern noch länger einen Mehrwert einbringen.[54] Sobald die kapitalistischen Finanzmärkte mit dem von Peukert aufgestellten Maßnahmenkatalog reguliert werden und sobald die Akkumulation und Konzentration von leistungslosen Einkünften aus Bodenrenten, Kapitalzinsen und anderen Privilegien nach und nach unmöglich werden, können die arbeitenden Menschen zusätzlich zu ihrer politischen Gleichberechtigung im Laufe einer Übergangszeit auch in den Vollbesitz ihrer ökonomischen Kräfte gelangen. Sie können sich auf gleicher ökonomischer Augenhöhe begegnen und werden dann – was Emmanuel Sièyes zur Zeit der Französischen Revolution vergeblich erhoffte – zu einem sowohl politisch als auch ökonomisch homogenen „Dritten Stand" von Bürgern und Bürgerinnen in einer nicht mehr hierarchisch geschichteten nachkapitalistischen Bürgergesellschaft, die die Spaltung in eine Großbourgeoisie, kleinbürgerliche Mittelschichten und prekäre Unterschichten hinter sich lässt. Dem Historiker Jürgen Kocka zufolge „blieb die Wirklichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weit hinter dem Modell der bürgerlichen Gesellschaft zurück", welches die Philosophen des Humanismus und der Aufklärung entworfen hatten. Während sie sich im Kontrast zur Feudalherrschaft von Adel und Klerus mit Geburtsprivilegien und konservativen Traditionen eine „säkularisierte Gesellschaft freier, mündiger Bürger (citoyens)" vorgestellt hatten, „die ihre Verhältnisse friedlich, vernünftig und selbstständig regeln, ohne allzu viel soziale Ungleichheit, ohne obrigkeitsstaatliche Gängelung", waren seit dem

---

[52] Wilhelm Röpke (1948), S. 162, und Alexander Rüstow (1949), S. 124 (Glaube an eine „Unsterblichkeit durch Größe").

[53] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 274 (Repersonalisierung). Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (2009), S. 150 – 160.

[54] Vgl. hierzu die ausführlicheren Darlegungen im Kap. 13.5 über einen Strukturwandel der Arbeitswelt.

Beginn der Ersten Moderne neue wirtschaftlich-strukturelle Privilegien entstanden, die genau das durchkreuzten, was die Grundlage der neuen bürgerlichen Gesellschaft hätte werden sollen – nämlich ein Arbeits- und Leistungsethos anstelle des aristokratischen Müßiggangs, Bildung und Kultur für alle sowie die Regelung politischer Angelegenheiten mit Hilfe der Vernunft. Aufgrund der neuen kapitalistischen Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft widersprach sie jedoch ihrem ursprünglichen Modell, weshalb sie - mit tragischen Folgen - zum Feindbild von kommunistischen und faschistisch-nationalsozialistischen Gegenbewegungen wurde. Obwohl die kapitalistischen Privilegien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch immer nicht überwunden wurden, sah Kocka angesichts der Entwicklung der Bürgergesellschaft zur Zivilgesellschaft Anzeichen für eine „Renaissance der Bürgerlichkeit".[55] Diese Tendenz könnte durch Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie der Unternehmensverfassung und des Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts entscheidend gestärkt werden, so dass die bisherige in sich widersprüchliche bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in eine nachkapitalistische Gesellschaft von selbstständigen und selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern übergehen kann, die auf der Basis ihrer aller gleicher Freiheit solidarisch miteinander verbunden sind. Im Laufe dieses Transformationsprozesses verlieren auch Wirtschaftskriminalität, Korruption und mafiöse Strukturen ihren Nährboden.

Neben diesen bislang noch kaum wahrgenommenen gesellschaftspolitischen Potentialen dieser Reformen könnte ein im Sinne von Gesell und Keynes reformiertes Geld, das die Einheit von Geben und Nehmen sowohl in der Tausch- als auch in der Kreditsphäre nicht mehr aufspalten kann, auch noch zwei miteinander zusammenhängende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, die ebenfalls noch kaum bedacht worden sind. Zum einen könnte es dazu führen, dass sich die bislang vielfach durch Unterbrechungen gestörten Geldkreisläufe sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit schließen. Im hochkomplexen Netzwerk von Geld- und Wirtschaftskreisläufen können sich diese ineinander verwobenen Kreisläufe sowohl auf ihren jeweiligen lokalen und regionalen als auch globalen Ebenen schließen. Dadurch können sich ihre Schwerpunkte auf die unteren Ebenen verlagern, so dass die Lieferketten in ihrer Gesamttendenz kürzer werden. Und zum anderen könnte eine Reform des Geldes seine Fähigkeit stärken, die Komplexität der Wirtschaft zu strukturieren und sie in einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichten zu stabilisieren. Indem ein reformiertes Geld die dezentrale Selbstorganisation durch den Preiskosmos verbessert, verringert es das Chaos in der Wirtschaft und damit zugleich auch den Bedarf an einer staatlich-büro-

---

[55] Jürgen Kocka (2008), S. 3 (Renaissance der Bürgerlichkeit) und 5 - 6 (Modell der bürgerlichen Gesellschaft). Vgl. auch Jürgen Kocka (2010), S. 4 - 8, und die historische Übersicht über die Entwicklung des Bürgertums von Michael Schäfer (2009). – Außerdem Peter Ulrich (2009) (Wirtschaftsbürgertum) sowie Gunilla Budde & Eckardt Conze & Cornelia Rauh (2010).

kratischen Verwaltung und Reparatur der Unordnung, die ohne moderne Informationstechnologien schon längst nicht mehr zu bewältigen wäre.[56]

Dem sinkenden Bedarf an einer mit Informationstechnologien unterstützten Verwaltung der Folgen der Dysfunktionalität des kapitalistischen Geldes entspricht im Übrigen die in Geldreformkreisen verbreitete Zurückhaltung gegenüber Kryptowährungen wie Bitcoin oder Libra.[57]

Da die neuere wissenschaftliche Diskussion über Null- bzw. Negativzinsen bislang überwiegend technisch-instrumentell geführt wird[58], sei hier zusätzlich zu ihr durch einige Verbindungslinien zur Religion, Philosophie und Wirtschaftsethik dargestellt, worum es bei einer Reform des Bodenrechts und des Geldwesens letztlich geht. Und es sei auch auf weitere offene Fragen in der gegenwärtigen Diskussion über diese Reformen verwiesen.

13.2.1 Berührungspunkte mit dem Judentum, Christentum und Islam

Affinitäten zwischen den Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform und den drei abrahamitischen Religionen sind von Roland Geitmann und Christoph Körner verdeutlicht worden.[59] Schlüsselstellen im Ersten und Zweiten Testament sowie im Koran sind

- jene Passagen in den mosaischen Gesetzen, in denen Mose im Zusammenhang mit den Regeln zu Erlass- und Halljahren bestimmte, die letztlich Gott gehörende Erde dürfe „nicht für immer verkauft" werden, „denn das Land ist mein und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir"; außerdem verlangte Mose, „deinem Bruder keinen Zins aufzuerlegen" (während er es gestattete, „dem Fremden Zins aufzuerlegen", womit vielleicht mehr ein Risikoausgleich als eine Zinsnahme im engeren Sinn gemeint war)[60];
- Jesu Bergpredigt in der Fassung des Apostels Lukas, wo sich im unmittelbaren Zusammenhang mit den Seligpreisungen und dem Gebot der Feindesliebe die Aufforderung findet: „Tut Gutes und leihet, ohne etwas zurückzuerwarten", d.h. für das Ausleihen von Geld keine Zinsen zu verlangen. Mit den „Feinden" könnten we-

---

[56] Die neuere Forschungsrichtung der Komplexitätsökonomik hat das Geld weder in seiner herkömmlichen noch in seiner reformierten Gestalt im Blick. Dabei könnte es interessant sein, nicht nur äußerliche Phänomene wie chaotische Turbulenzen an den Börsen oder das Verkehrschaos, sondern auch das innere Gesamtchaos der Wirtschaft und die Rolle verständlich zu machen, welche eine gerechte Geld- und Boden-/Ressourcenordnung bei der Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen für eine funktionierende Selbstorganisation der hochgradig komplexen Gesamtwirtschaft spielen könnte.

[57] Beate Sauer (2017), S. 40 – 49. - Max Danzmann (2019), S. 65 – 74. Vgl. auch das Kapitel 13.5.9 in diesem Buch.

[58] Vgl. hierzu die Kap. 12.6 und 12.7 dieses Buches.

[59] Roland Geitmann (2016), S. 12 - 32 (Judentum), 38 - 69) und 148 - 156 (Islam). - Christoph Körner (2017), S. 112 - 119 (Boden und Religion) und 124 - 150 (Geld und Religion).

[60] 3. Mose 25, 13-16 (Verbot des Landverkaufs) sowie die Zinsverbote in 2. Mose (Exodus) 22,24; 3. Mose (Leviticus) 25,35-37; 5. Mose (Deuteronomium 23, 19-20.

niger äußere „Feinde“ gemeint sein als vielmehr innere „Feinde“ in der in starke Reiche und schwache Arme gespaltenen Gesellschaft, die allesamt aufgefordert werden, über ihre Interessengegensätze hinweg solidarisch miteinander zu sein. „Gib jedem, der dich bittet.“ Und die Empfehlung „Was ihr von anderen erwartet, das tut ebenso auch ihnen“ entspricht ganz dem später von dem aufgeklärten Philosophen Immanuel Kant formulierten „kategorischen Imperativ“. Demzufolge soll alles zwischenmenschliche Handeln einschließlich des wirtschaftlichen Handelns auf der Grundlage der Gerechtigkeit im gegenseitigen Geben und Nehmen vonstattengehen und auch die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe einschließen. In Notlagen soll es sogar nach dem Vorbild des Samariters durch eine selbstlose Barmherzigkeit geprägt sein. Ganz allgemein besteht „der Sinn des Lebens ... nicht darin, dass ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluss lebt.“[61] Dem entsprechen die Mahnung in der Bergpredigt in der Fassung von Matthäus, dass „niemand zwei Herren dienen ... kann: Gott und dem Mammon“, und die Aufforderung, „nicht Schätze hier auf der Erde ... zu sammeln, sondern sammelt euch Schätze im Himmel. Denn wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz.“ (Mt.6,19-21) Eher werde „ein Kamel durch ein Nadelöhr“ gehen als dass „ein Reicher ... in das Himmelreich komme.“[62]

- Eine entsprechende Aussage zum Geld und Zins, die in ihrer Differenziertheit an die aristotelische Unterscheidung zwischen dem Geld als Tauschmittel in einer „natürlichen Erwerbskunst“ und dem Geld in einer chrematistischen Geldvermehrungswirtschaft heranreicht, macht der Koran: „Gott hat nun einmal das Kaufgeschäft erlaubt und die Zinsleihe verboten.“ Diese Sure wurde zur Richtschnur für das in den letzten Jahrzehnten neu entstandene islamische Bankwesen.[63]

Wie der Ring in Lessings Parabel im „Nathan der Weise“ verbindet alle drei abrahamitische Religionen die gemeinsame Vorstellung, dass die allen Menschen von Gott geschenkte Lebenszeit nicht von einzelnen Menschen durch die Zinsnahme auf Kosten anderer Menschen zu Geldvorteilen gemacht werden darf. Daraus folgt: Time may no longer be money! Außerdem soll das Leben nicht vom renditeorientierten Geld zu einer ruhe- und rastlosen, sich zudem noch selbst beschleunigenden Dauergeschäftigkeit angetrieben werden, sondern es soll mit rhythmisch wechselnden Zeiten des Tätigseins und der Muße einhergehen.

- Geitmann und Körner skizzierten auch die weitere Entwicklung des biblisch-kanonischen Denkens über das Geld und die Zinsnahme bei den Kirchenvätern und die mit dem Aufstieg des modernen Kapitalismus einhergegangene Lockerung des Zinsverbots seit der Reformation, die in der katholischen und in den protestantischen Kirchen unterschiedlich verlief. Außerdem verbanden sie mit dem Bau von

---

[61] Lukas 6,20-49, bes. 6,27 (Feindesliebe), 6,31 (Gegenseitigkeit) und 6,35 (Zinsverzicht) sowie Lukas 10,25-37 (Barmherzigkeit) und Lukas 12,15 (Lebenssinn).

[62] Matthäus 6,19-21 (irdische oder himmlische Schätze), Matthäus 6,24 (Gott oder Mammon) und Matthäus 19,23-24 (Reicher vs. Kamel).

[63] Koran Sure 2,275. - Zum Wirtschaftsverständnis des Islams vgl. Roland Geitmann (2016), S. 148 - 156, sowie Abdelaali El Maghraoui (2015), S. 28 – 40, und ders. (2019).

Verständigungsbrücken zwischen den Religionen und den Ansätzen einer Bodenrechts- und Geldreform eine eindeutige Distanzierung vom Antijudaismus bzw. Antisemitismus von Luther und anderen christlichen Autoren.[64]

Die Bedeutung der schleichenden Aufgabe des biblisch-kanonischen Zinsverbots wurde bislang weder vom Religiösen Sozialismus noch von der lateinamerikanischen Befreiungstheologie in ihrer ganzen Tragweise erkannt. In neuerer Zeit findet die Bodenrechts- und Geldreform nur wenig Aufmerksamkeit bei Theolog/innen und Kirchen. In seiner Denkschrift „Evangelii Gaudium" (2013) und seiner Enzyklika „Laudato si'" (2015) beklagte Papst Franziskus zwar, dass „diese Wirtschaft tötet", und er forderte, dass das Geld nicht herrschen, sondern dienen solle; aber er ließ völlig offen, wie der qualitative Wandel von Geld und Wirtschaft vonstattengehen könnte. Während der protestantische Theologe Ulrich Duchrow sich auf die Forderung nach einer Einführung von Vollgeld in Verbindung mit einer Gemeinwohlökonomie beschränkte, plädierte der katholische Theologe Eugen Drewermann für Vollgeld und auch für Freigeld aus Auswege aus dem Finanzmarktkapitalismus.[65] Demgegenüber gehörten für Hans Küng, den Begründer der „Stiftung Weltethos", nur der „religiöse Fundamentalismus ... , rigorose Moralismus und postmoderne Beliebigkeitspluralismus" zu den „Spaltpilzen der Gesellschaft" – nicht aber das Geld. So blieb seine Suche nach einer Alternative zum „Manchester-Liberalismus" und zur "sozialistischen Planwirtschaft" vordergründig. „Nach den verheerenden Erfahrungen der gegenwärtigen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise dürfte es schwer sein, Menschen heute von der ‚Marktwirtschaft pur' zu überzeugen", die von den „Ultraliberalen" Mises, Hayek und Friedman konzipiert wurde. Keynes habe mit seinem Deficitspending nur zwischenzeitlich einen anderen Akzent gesetzt; aber wegen der dadurch eingetretenen Überschuldung der Staaten seien die „Schwachpunkte" seiner Theorie offenkundig, so dass sich der Ultraliberalismus dagegen leicht durchsetzen konnte. „Was für eine Rolle spielen in diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt ethische Prinzipien?"[66] Mit dieser Frage leitet Küng seine Rückbesinnung auf das westdeutsche Wirtschaftswunder während der 1950er und 1960er Jahre ein. Dieser „Erfolg der sozialverpflichteten Marktwirtschaft" sei insbesondere Ludwig Erhard zu verdanken gewesen, der „von Anfang an dem Hitler-Regime ablehnend gegenübergestanden" habe, und auch Alfred Müller-Armack, der dem Ordoliberalismus „praktisch zum Durchbruch verhalf". Die Soziale Marktwirtschaft lobt Küng als Alter-

---

[64] Roland Geitmann (2016), S. 17 - 20 und 26 - 32 (Widerspruch zum Antisemitismus). - Speziell zu Luther vgl. Dieter Fauth (2017), S. 3 - 10. - Vgl. auch Werner Onken (2007a).

[65] Zu den Verlautbarungen von Papst Franziskus vgl. Werner Onken (2015). – Ulrich Duchrow (2013), S. 227 – 229 (Entgierung des Geldes) und 238 – 248 (Gemeinwohlökonomie). - Eugen Drewermann (2017), S. 140, 157 – 158, 199, 219 und 343. - Vgl. auch Eugen Drewermann (1996), S. 474 - 475 und 498 - 500 (Bezugnahmen auf Geldreformgedanken).

[66] Hans Küng (2020), S. 234 – 240 (gesellschaftliche Spaltpilze), 277 - 278 (weder Manchester-Liberalismus noch sozialistische Planwirtschaft), 279 – 296 (Marktwirtschaft pur), 283 (Keynes) und 287 (Ethik).

native zu „zügellosem Kapitalismus und bürokratischem Sozialismus". Und obwohl sie Ende der 1960er Jahre in eine schwere Krise geriet, hält Küng an ihr als Leitbild bei der Suche nach Antworten auf die Exzesse des Finanzmarktkapitalismus fest. Im Interesse eines „anständigen Wirtschaftens" bedürfe es einer „ethischen Rahmenordnung", um die hemmungslose Profitgier des „Finanzmonsters" zu bändigen.[67] Küngs neues „Wirtschaftsethos" enthält keinerlei Gedanken über die Herstellung eines für alle Menschen gleichen Zugangs zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Zwar erwähnt er, dass Ludwig Erhard bei Franz Oppenheimer promoviert hat; aber er erwähnt nicht, dass Erhard Oppenheimers Bodenreform als zentrales Element des Liberalsozialismus außen vorgelassen hat. Zur strukturellen Macht des Geldes äußert sich Küng ebenfalls nicht und rechtfertigt ausdrücklich den Abschied der Kirchen von der früheren biblisch-kanonischen Zinskritik. „So war die Zinsfrage im christlichen Europa bereits im 16./17. Jahrhundert, am Beginn der Neuzeit, durchdiskutiert und schließlich gelöst worden." Dass die Zinsfrage in den islamischen Ländern erst im 20. Jahrhundert virulent wurde, sei ein Zeichen für ihren verspäteten Eintritt in die Moderne. „Auch die echten Idealisten müssten verstehen, dass idealistische Forderungen wie zinslose Darlehen (oder zu geringen Zinsen) mit Berufung auf das biblische Zinsverbot zwar im Kreis der Familie, innerhalb von Nachbarschaft und Kirchgemeinden oder auch für soziale Aktionen, für Entwicklungsprojekte, für diakonische oder ökologische Vorhaben höchst sinnvoll sein können. Aber sie können keine allgemein gültige volkswirtschaftliche Lösung sein, weil sich nun einmal das wirtschaftliche Umfeld völlig verändert hat." Eine solche Kritik an den geltenden Gesetzen der Weltwirtschaft entstammt Küng zufolge nur einer „bloßen Gesinnungsethik der Ideal-Ökonomen'". Anstelle von strukturethisch begründeten Reformen der Wirtschaft empfiehlt Küng nur ein „Ethos für Führungskräfte".[68] -

Unabhängig von solchen Verdikten gibt es schließlich von Seiten der Bodenrechts- und Geldreform auch Interesse an den Einstellungen zur Wirtschaft innerhalb des Buddhismus und der Hindu-Religionen.[69]

13.2.2 Berührungspunkte mit der Philosophie

Wie die Religionen standen auch große Philosophen vor der Frage, ob der Boden privates oder gemeinschaftliches Eigentum sein sollte. Aristoteles war zwischen beiden Eigentumsformen hin- und hergerissen. „In bestimmtem Sinne müssen die Güter gemeinsam sein, im Allgemeinen dagegen privat. ... Es ist also offenbar

---

[67] Hans Küng (2020), S. 260 (anständiges Wirtschaften), 298 – 299 (Erhard und die soziale Marktwirtschaft), 302 (Müller-Armack), 303 (Soziale Marktwirtschaft als Alternative), 305 – 313 (Krise), 316 (ethische Rahmenordnung), 337 (Finanzmonster) und 344 – 348 (Profitgier).

[68] Hans Küng (2020), S. 298 (Erhard und Oppenheimer) sowie 368 und 371- 372 (gelöste Zinsfrage, Zinsfrage im Islam, Gesinnungsethik), 384 (Ethos für Führungskräfte) und 412 (anständiges Wirtschaften).

[69] Vgl. hierzu Hans-Günter Wagner (2012), S. 46 - 56, und ders. (2013), S. 47 - 59.

besser, dass der Besitz privat bleibt, aber durch die Benutzung gemeinsam wird." John Locke war sich zwar dessen bewusst, dass „Gott ... die Welt den Menschen gemeinsam ... gab", aber er rechtfertigte das private Eigentum am Boden als Resultat von menschlicher Arbeit. Und auch Immanuel Kant trat für „gesichertes Grundeigentum" in „schon errichteten Staaten" ein, obwohl ihm auch bewusst war, dass „das Recht der Oberfläche ... der Menschengattung gemeinschaftlich zukommt".[70] Erst in neuerer Zeit brachte der kanadisch-britische Philosoph Hillel Steiner in Anknüpfung an Henry George den Gedanken in die Politische Philosophie ein, dass natürliche Ressourcen Gemeinschaftsgüter sind und dass die Staaten jedem einzelnen Menschen ihren/seinen gleichen Anteil an den natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern haben.[71] -

Die von Aristoteles in seiner „Politeia" vorgenommene Unterscheidung zwischen der „natürlichen Erwerbskunst" mit dem Geld als neutralem Tauschmittel und der „Chrematistik" mit dem Geld als Mittel der grenzenlosen Geldvermehrung und sein Hinweis, dass in der Praxis beide Formen des Geldgebrauchs „ineinander übergehen", stellen noch immer die differenzierteste Form der philosophischen Auseinandersetzung mit dem Geld dar. Nur zog Aristoteles daraus noch keine Konsequenz in dem Sinne, dass er eine Oikonomia mit einem Geld als bloßem Tauschmittel gefordert hätte, das sich nicht mehr durch Zinsen und Zinseszinsen vermehren lässt. Vielmehr erscheint das Geld in seiner „Nikomachischen Ethik" nur noch als Tauschmittel, das „die Mitte zwischen dem Zuviel und Zuwenig" und damit das wohlproportionierte Gerechte und Gleiche bereits jetzt verkörpert. Und es erscheint in seiner später besonders von Georg Simmel hervorgehobenen Funktion als universales, abstraktes Wertmaß, das die konkreten Werte vergleichbar macht. „Das Geld macht also wie ein Maß die Dinge messbar und stellt eine Gleichheit her. Denn ohne Tausch wäre keine Gemeinschaft möglich, und kein Tausch ohne Gleichheit und keine Gleichheit ohne Kommensurabilität."[72]

Dem entspricht Simmels besondere Betonung der Abstraktheit und Rechenhaftigkeit des Geldes. Letztendlich fehlte Simmel ebenso wie Aristoteles - obwohl auch ihm stellenweise das gleichsam chrematistische „Superadditum des Reichtums" auffiel - der Blick für die Notwendigkeit, das Geld durch eine Reform seiner inneren Struktur auf ein bloßes Tausch- und Kreditmittel zu reduzieren, das die quantitative Gleichheit und die qualitative Unterschiedlichkeit der Waren gleichrangig miteinander zum Ausgleich bringt und den Kreislauf des Geldes so schließt, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein in jeder Hinsicht ökonomisch gleichwertiges Kontinuum werden, bei dem nicht gegenwärtige Güter höher geschätzt werden als zukünftige und bei dem die Zukunft nicht mehr ‚herab diskontiert' wird. Im Gegensatz zum renditeorientierten und kreislaufgestörten G-W-G'

---

[70] Aristoteles (1978), S. 74 - 75 (Privat- oder Gemeineigentum am Boden). - John Locke (168972007), S. 34 - 36. - Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 und 28.

[71] Hillel Steiner (1981). - Zu Hillel Steiner vgl. auch Ulrich Steinvorth (1999), S. 123 - 138.

[72] Aristoteles (1972/1978), S. 159 - 161 und 165 - 167.

wäre ein geschlossener Kreislauf W-G-W ohne G' bei einem Zinsniveau von durchschnittlich null und einer Vergesellschaftung der Bodenrente kein rast- und ruheloses Hamsterrad mehr; vielmehr könnte die Wirtschaft in eine in sich ausbalancierte Einheit von „vita activa und vita contemplativa" (Hannah Arendt) übergehen. Ihr geschlossener Kreislauf würde allen Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihrer Leistungsfähigkeit eine existenzielle Sicherheit verschaffen und ihnen damit die Möglichkeit geben, vom Immer-mehr-Habenwollen von Statussymbolen und Prestigeobjekten zum Sein überzugehen (Erich Fromm), statt sich in unsicheren Verhältnissen an Grundstücksbesitz, hohen Kontoständen, Gold oder anderen Scheinsicherheiten zu klammern.

An die Stelle kurzfristiger Renditeinteressen, die die menschliche Vernunft auf rational erscheinende Abwege führen, würde eine langfristige Wirtschaftlichkeit von wirtschaftlichem Handeln treten, das sich von den Akteuren auch persönlich verantworten lässt. In einem solchen Wirtschaftskreislauf ohne G', dafür aber mit ordoliberalen Haftungsregeln würden durch die engere zeitliche Synchronisierung von Käufen und Verkäufen, Sparen und Investieren auch die räumlichen Entfernungen verkürzt, so dass sich wirtschaftliche Aktivitäten ohne Handelsprotektionismus, aber auch ohne staatliche Subventionierungen von Transporten stärker von der globalen auf lokale und regionale Ebenen verlagern und begrenzen können. -

Unmittelbar nach dem Beginn der Weltfinanzkrise 2008 stand die Frage, ob das Geld die Welt im Innersten zusammenhält, im Mittelpunkt des „Philosophicums Lech am Arlberg". In Anbetracht des allgemeinen Erschreckens über diesen „Geld-Tsunami" konnte Margrit Kennedy die Grundgedanken der Geldreform und praktische Erfahrungen mit Regionalwährungen im Rahmen dieses Philosophicums vorstellen, aber sie wurden nicht philosophisch vertieft.[73] Zwar knüpfte der Philosoph Konrad Liessmann als Veranstalter in seinem Eröffnungsvortrag an Aristoteles an, aber er bezog sich nur auf Aristoteles' Charakterisierung des Geldes in der „Nikomachischen Ethik" als ein Mittel der „Universalisierung des Tausches". Aristoteles' Hinweise auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes und dessen Kritik an der Geldvermehrung durch den Zins und Zinseszins in der „Politeia" blieben außen vor. Liessmann lenkte die Aufmerksamkeit des Publikums stattdessen auf die Geldkritik in Marx' Frühschriften und auf Simmels tiefgründige Untersuchung des Geldes als ein abstrakt-unpersönliches generalisiertes Mittel des Tauschens und der gesellschaftlichen Integration.[74] Nur Christoph Deutschmann öffnete auch den Blick über „den schöpferisch-zerstörenden Kapitalismus" hinaus in eine Richtung, in der „wieder der historische Normalzustand sozialer Einbettung der Wirtschaft" liegen könnte.[75] -

---

[73] Margrit Kennedy (2009), S. 148 (Geld-Tsunami) - 167.

[74] Konrad Liessmann (2009), S. 9 (Universalisierung des Tausches) und 13 - 15 (Marx und Simmel).

[75] Christoph Deutschmann (2009), S. 239 - 263, hier. S. 262 (zukünftiger Normalzustand einer sozialen Einbettung der Wirtschaft).

Weil nach der letzten großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 keine ausreichenden Maßnahmen zur Vermeidung ihrer Wiederkehr getroffen wurden, befürchtete der Philosoph Christoph Türcke bereits die „nächste Krise". Jedoch gab er in seinem Buch „Mehr - Philosophie des Geldes" (2015) noch keine Antwort auf die Frage, wie sie sich verhüten ließe und wie sich darüber hinaus erreichen ließe, dass Geld seine „unheimliche Anziehungs- und Umwendungskraft" verliert, mit der es bislang „in nicht-monetäre Räume eindrang" und Sinn in Unsinn umwendete. Trotz seiner hohen Wertschätzung für „Marx' Mammutwerk" und Simmels „Philosophie des Geldes" hielt Türcke deren Deutungen des Geldes noch für unvollständig, weil sie sich nur auf die letzten 150 - 200 Jahre des kapitalistischen Zeitalters beziehen. Selbst die letzten 5000 Jahre stellen für ihn nur eine „Spätzeit der Menschengeschichte" dar, weshalb es für ein richtiges Verständnis des Geldes unerlässlich sei, noch weiter in die Geschichte zurückzugehen und seine Entstehung aus Menschenopfern in grauer Vorzeit zu beleuchten. Türcke wollte also mit einer neuen „Geldzeitrechnung" eine Ahnung davon vermitteln, „wie tief es in der Menschheit sitzt. ... Je weiter man in die Geldgeschichte zurückblickt, desto episodenhafter nimmt sich der globale Kapitalismus aus, desto absurder der Glaube an seine Unabänderlichkeit. ... Das bestehende Geldsystem als vergänglich verspüren zu lernen, könnte für jene erdrückende Mehrheit, die unter ihm leidet, enorm beflügelnd sein. ... Deshalb werden alle Details dieses Buches von zwei Grundfragen zusammengehalten: wo das Geld herkommt und ob es sich abschaffen lässt." Trotz leidvoller historischer Erfahrungen mit Versuchen einer Abschaffung des Geldes sei „der Wunsch nach einer ... geldlosen Mitmenschlichkeit nicht erloschen."[76]

Als Türcke nach seinem langen, an Bernhard Laums Studie „Heiliges Geld" (1924) anknüpfenden Rückblick auf die Vor- und Frühgeschichte der Menschheit und die sakralen Ursprünge des Geldes in das 20. Jahrhundert zurückkehrte, begegnete er der ganz profanen, von ihm auch als zutreffend befundenen Einsicht von Keynes, dass „die Liquiditätspräferenz ... der Faktor individueller Freiheit und Willkür ... ist ... , der nie ganz berechenbar wird, immer Sand im wirtschaftlichen Getriebe bleibt und dafür sorgt, dass der Kapitalismus nicht von selbst funktioniert. ... Sich von Liquidität zu trennen, bedeutet aktuellen Potenzverlust." Den Hang des Geldes, „im Bereitschaftsdienst zu verharren" und damit die Effektivität der Nachfrage zu vermindern, habe Keynes genau richtig als den entscheidenden „archimedischen Punkt" der Wirtschaft erkannt. Umso mehr überrascht Türckes Vorwurf an Keynes, dass er diesen „psychologischen Faktor ... ökonomisch umschleicht wie die Katze den heißen Brei" und sich ganz auf das staatliche Deficitspending konzentriert habe.[77]

---

[76] Christoph Türcke (2015), S. 8 (nächste Krise), 10 und 13 (nicht-monetäre Räume) - 15 (Marx und Simmel) und 19 (neue Geldzeitrechnung) - 21 (Wunsch nach geldloser Mitmenschlichkeit).

[77] Christoph Türcke (2015), S. 59 (Wurzeln des Geldes in Menschenopfern) und 373 - 375 (Keynes und die Liquiditätspräferenz).

Doch wie wollte Türcke die „modernen Finanzkrisen" überwinden, die - unabhängig von seiner philosophischen Untersuchung der Vor- und Frühgeschichte des Geldes - nach seiner mit Keynes übereinstimmenden Auffassung dadurch „entstehen ... , dass der Geldumlauf stockt"?[78] Holte Türcke nach, was Keynes aus seiner Sicht versäumt habe? Ging er ohne Scheu direkt auf den „heißen Brei" zu und wollte er das Geld so umformen, dass es als Tausch- und Kreditmittel ohne Stand-by-Unterbrechungen *stetig* (nicht schneller!) zirkuliert und dabei keine ‚Menschenopfer' mehr in Gestalt von Ungerechtigkeiten sowie strukturelller und offener Gewalt fordert? Gerade das war nicht das Resultat seines Ausflugs in die Prähistorie des Geldes. Sein Anliegen war es vielmehr, den Geldreformansatz von Gesell, den Keynes „in den Kreis der ernst zu nehmenden Ökonomen einführte", wieder aus dem interdisziplinären Gelddiskurs zu entfernen, indem er ihn als antisemitisches Klischee diskreditierte. Obwohl Türcke einräumte, dass Gesells Bodenreform „der Blut-und-Boden-Ideologie sogar konträr" gegenüberstand, „senkt ... die Gleichsetzung von arbeitslosem Einkommen mit Geldgeschäften ... Gesells Theorie unter ein diskutables Niveau." Seine „Stereotypen vom guten Arbeiter ... und dem bösen Zinsnehmer ... trägt deutliche Züge paranoider Verengung". Auch wenn Gesell „nicht dafür verantwortlich" zu machen sei, „wie der Nationalsozialismus seine Gedanken fortschrieb", hätten „die Nazis ... sein Ressentiment ... nur wenig umcodieren" brauchen, „um dann ihre Version der ‚Brechung der Zinsknechtschaft' ins Werk zu setzen."[79] Bei aller notwendigen Wachsamkeit gegenüber (neo-)nazistischen Denkmustern zeugte Türckes Abqualifizierung der Vorstellung einer strukturellen Reform des Geldes als Alternative sowohl zum herkömmlichen kapitalistischen Geld als auch zu einer kommunistischen Abschaffung des Geldes nicht von einem Bemühen, vorurteilsfrei-kritisch und differenziert nach einem Ausweg aus der anhaltenden großen Weltfinanzkrise zu suchen. Mehr leitete ihn stattdessen sein Wunsch einer Ehrenrettung von Marx, der die Zinsproblematik klarer erkannt habe als Gesell mit seiner (gar nicht von ihm vertretenen) Idee einer „Abschaffung des Zinses". Zwar sei es ein „missglückter Versuch" von Marx gewesen, „Ausbeutung als Mehrwert errechenbar zu machen" und die Wirtschaft zentral zu planen. Aber das „entkräftet nicht im Mindesten die spezifische Art von Plusmacherei, die er als treibende Kraft des Kapitalismus erkannt hat. Auch sein Verdacht, dass diese Plusmacherei nicht ewig so weitergehen kann und an ihrer eigenen Dynamik zugrunde gehen wird, ist keineswegs widerlegt."[80]

Auf die unausweichliche Frage „Und dann?", also auf die Frage, was auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus folgen könnte, vermochte Türcke jedoch keine überzeugende Antwort zu geben. Marx habe einerseits „für das Trennende am

---

[78] Christoph Türcke (2015), S. 8 (stockender Geldumlauf).

[79] Christoph Türcke (2015), S. 422 - 430 (Keynes und Gesell). - Vgl. hierzu das Kap. 8.6 dieses Buches.

[80] Christoph Türcke (2015), S. 424 (Marx vs. Gesell), 427 (Abschaffung des Zinses) und 430 (Marx Analyse der Plusmacherei).

Geld ein überfeines Gespür gehabt"; andererseits bestritt Türcke nicht, dass alle nachrevolutionären Anläufe zu einer geldlosen Vergesellschaftung von Produktion und Verteilung - wie Marx selbst schon vorausgeahnt habe - die „Muttermale der alten Gesellschaft" behielten. Unzweifelhaft sei der Kriegskommunismus in Russland vor einhundert Jahren gescheitert. Und heutzutage würde auch ein „Computerkommunismus" scheitern - also die von Paul Mason noch immer gehegte Hoffnung, dass moderne Technologien der elektronischen Datenverarbeitung jene gesellschaftliche Komplexität erfassen könnten, mit der frühere Planungsbürokratien überfordert waren. „Die zentrale staatliche Leitbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse ist ein Unding. Marktregionen sind unverzichtbar."[81]

Zu Recht hielt Türcke also „das Gelobte Land des höheren Kommunismus und das der Selbstregulierung des Marktes" für „gleichermaßen utopisch." Berechtigt war auch seine Kritik am „aktuellen Dauerinterventionismus von Staaten und Zentralbanken zur Rettung maroder Banken oder Staaten". Weitergehende Schritte wie eine Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen hätten die Schwäche, dass sie „ans Große, Grundsätzliche ... nicht heranreichen. Aber es wäre fatal, sie mit diesem Einwand mundtot zu machen." Auch die Aktivisten von „Occupy Wallstreet" und „Jubilee 2000" seien „bis zum Entscheidenden nicht vorgedrungen". Nichts von alledem, was derzeit diskutiert wird, „reicht ... an die Wurzeln des Geldsystems ... heran".[82] Am Ende drang jedoch auch Türcke nicht zu ihnen vor. Statt nämlich zwischen konstruktiven und destruktiven Seiten des Geldes zu differenzieren (die nichts mit dem Judentum und anderen Religionen zu tun haben) und die destruktiven Seiten strukturell überwinden zu wollen, um seine konstruktiven Seiten zur vollen Geltung zu bringen und die von ihm als unverzichtbar erkannten „Marktregionen" gerecht zu ordnen, fiel er trotz des leidvollen Scheiterns aller Versuche eines geldlosen Wirtschaftens in den Glauben zurück, dass es letztlich „nicht gelingen" werde, „die Utopie des geldlosen Kommunismus aus dem kollektiven Wunschleben zu entfernen. ... Umso dringender ist die Rückbesinnung aufs Urgeld. ... Geld kam in die Welt, um seine Anlässe zu beseitigen und damit sich selbst überflüssig zu machen. Das ist und bleibt seine Grundbestimmung, auch wenn sie sich niemals erfüllt" - was auf eine Konservierung des Geldes in seiner kapitalistischen Gestalt hinausläuft![83] –

Während sich Türcke bei seinem Versuch, Marx' Ehre durch eine unzureichende Kritik an seinem Herausforderer Gesell zu retten, in Widersprüche verwickelte,

---

[81] Christoph Türcke (2015), S. 438 - 440 (Vergesellschaftung), 442 (Muttermale der alten Gesellschaft), 446 - 456 (Kriegskommunismus und Computerkommunismus), bes. S. 454 (Bezugnahme auf den Technikoptimismus von Michael Hardt und Antonio Negri) und 459 (zentralstaatliche Leitbarkeit der Wirtschaft). - Vgl. hierzu auch das Kapitel 12.8 dieses Buches (Paul Masons Begeisterung für „Supercomputer").

[82] Christoph Türcke (2015), S. 458 und 465 (Gelobte Länder des geldlosen Kommunismus und des Marktradikalismus), 460 (Tobin-Steuer), 462 (Occupy und Jubelee) und 465 (Wurzeln des Geldsystems).

[83] Christoph Türcke (2015), S. 434 - 435 (Expropriation der Expropriateure - und dann?), 444 (trennendes Geld) und 466 - 467 (Utopie des geldlosen Kommunismus und Rückbesinnung auf das Urgeld).

vermied es der Philosoph Fritz Reheis, die beiden gegeneinander auszuspielen. In Anknüpfung an Aristoteles' Unterscheidung zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst" und der ganz und gar „unnatürlichen Chrematistik" als Kunst der kapitalistischen Geldvermehrung sah Reheis im „Akkumulationszwang ... das Kraftzentrum des Kapitalismus, von dem alle strukturelle Gewalt ausgeht. ... Die Orientierung des gesamten Lebens am Gelderwerb wird zum Spaltpilz des friedlichen Zusammenlebens." In seinem Buch „Resonanz-Strategie" (2019) stellte Reheis auch jene Verbindung zwischen der Resonanztheorie und der Geldreform her, die bei Hartmut Rosa noch fehlte. Der widersprüchliche Doppelcharakter des Geldes, das sowohl vorübergehende Stillstände der Wirtschaft auslösen als auch als Beschleunigungsmotor wirken kann, führt Reheis zufolge zu gravierenden Störungen der Resonanz zwischen Produzenten und Konsumenten sowie zwischen Sparern und Investierenden. „Die gigantische Beweglichkeit des Geldes, seine atemberaubende Fließgeschwindigkeit und die Möglichkeit, es zu speichern, führen zur Verwischung aller Grenzen, zwischen Räumen wie zwischen Zeiten. ... Eine Gelderwerbswirtschaft stülpt also der Welt ein anderes Zeitmuster auf als eine einfache geldvermittelte Tauschwirtschaft. An die Stelle von Kreisläufen und Rhythmen, an die Stelle von Regenerativität, Reziprozität und Reflexivität tritt unter dem Zwang der Geldvermehrung eine lineare, letztlich exponentielle Bewegung, an die Stelle einer negativen tritt eine positive Rückkopplung. ... In der Gleichung ‚Zeit ist Geld' begegnet uns ... die ganze Arroganz der europäischen Moderne, die das Geld zu ihrem neuen Gott erhoben hat." In der Einführung von negativen Zinsen und einer Reduktion des Geldes auf seine dienende Funktion als Tausch- und Kreditmittel sah Reheis auch einen Weg zur Überwindung der Resonanzstörungen in der Wirtschaft. „Wenn Geld nämlich nur als Transportmittel für Waren begriffen wird und man dabei, wie bei anderen Transportmitteln auch, davon ausgeht, dass diese vor sich hin rosten, also mit der Zeit an Wert verlieren, ist es angebracht, das Bunkern von Geld nicht zu belohnen, sondern zu bestrafen." Schließlich stellte Reheis ebenso wie die Geld- und Bodenreformbewegung auch die „herrschende globale Eigentumsordnung" in Frage und stellte ihr die Betrachtung des Bodens, der Ressourcen und der Erdatmosphäre als gemeinsames Erbe der gesamten Menschheit gegenüber. „Sie bestünde im Kern darin, die Erde als Miet- und Pachtobjekt zu betrachten, das den Erdbewohnern immer nur für eine bestimmte Zeit zur Nutzung überlassen wird, wobei dem Eigentümer ein fairer Miet- oder Pachtzins zu zahlen ist. Und sie bestünde weiter darin, die Erde nach Ablauf des Miet- und Pachtvertrags dem Eigentümer - der Menschheit! - möglichst verbessert zurückzugeben."[84]

[84] Fritz Reheis (2019), S. 277, 282, 286, 296, 299 - 304 (Negativzinsen) und 335 – 336 (Eigentumsfrage).

13.2.3 Berührungspunkte mit den Naturwissenschaften?

Bislang wurden kaum Affinitäten zwischen der Bodenrechts- und Geldreform und den Naturwissenschaften herausgearbeitet, die neben die Affinitäten zwischen ihr und den Religionen und der Philosophie gestellt werden könnten. Es gab nur vereinzelte Naturwissenschaftler wie die Chemiker Wilhelm Ostwald und Frederic Soddy sowie den Physiker Albert Einstein, die sich außerhalb ihrer Fachgebiete auch noch mit der sozialen Frage befassten, ohne unmittelbare Verknüpfungen zwischen ihr und den Naturwissenschaften herzustellen.

- Besonders bedauerlich war, dass Gesell – als er sich enttäuscht von Religion und Kirchen abwandte, seiner Vorliebe für Naturstudien folgte und sich in die Werke von Darwin und Haeckel vertiefte[85] - nicht auch eine Kenntnis der Werke des Naturforschers Alexander von Humboldt (1769-1859) erlangte. Knapp 100 Jahre bevor Gesell während seines ersten längeren Aufenthalts in Argentinien seine Geldreformgedanken entwickelte und begann, sich auch mit der Bodenreform zu beschäftigen, hatte Humboldt eine mehrjährige Forschungsreise durch Lateinamerika unternommen und dabei ein Naturverständnis mitsamt politischer Implikationen entwickelt, das mit Gesells bodenreformerischem Verständnis von der „Erde als Organ jedes einzelnen Menschen" eng verwandt war.[86]

Im Gegensatz zum mechanistischen Naturverständnis seiner Zeit war die Natur für Humboldt ähnlich wie für Goethe ein „harmonisch geordnetes Ganzes", eine „Einheit in der Vielheit" von unzählig vielen verschiedenen Lebensformen zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit „gegenseitiger Einwirkung von Luft, Meer und Land". Humboldt sprach von einem auch in ästhetischer Hinsicht schönen „wohlgeordneten … Weltgebäude"[87] und empfand es als eine große schmerzhafte Verletzung des „durch innere Kräfte bewegten und belebten … Naturganzen", dass die spanische Kolonialmacht in Mittel- und Südamerika („Neuspanien") mit brutaler Gewalt ein hierarchisches Herrschaftssystem mit Weißen an der Spitze und rassistisch abgestuften Schichten von Kreolen, Mestizen, Mulatten und anderen Untertanen aufgerichtet hatte. Die Indigenen wurden zu „Opfern der europäischen Grausamkeit" und „auf das Tiefste erniedrigt". Ihnen wurde ihr Land geraubt und „Bergwerke waren die Hauptquelle der großen Vermögensmassen in Mexiko. … Ungeheure Reichtümer, welche sich im Besitze einiger Privatpersonen in Neuspanien befinden und sich mit denen von Großbritannien … in Hindustan messen

---

[85] Am 22.4.1907 schrieb Gesell seinem Freund Georg Blumenthal aus Buenos Aires: „Ich habe 15 Jahre, meine besten Jahre, der Angelegenheit (gemeint war damit die Geld- und Bodenreform) gewidmet und möchte nun mich mit philosophischen Fragen und Naturstudien beschäftigen, für die ich von Jugend an ein besonderes Interesse hatte." Vgl. ders. (1907/1997), S. 58.

[86] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 und 99 – 101.

[87] Alexander von Humboldt (1845-1862/2019), S. 7 - 12 (Natur als Ganzes), 21 (Goethe), 30 (Natur kein „totes Aggregat") sowie 42 und 52 (schön geordnetes Weltgebäude) und 218 (Naturganzes mit gegenseitiger Einwirkung von Luft, Meer und Land). – Zu Humboldts Freundschaft mit Goethe vgl. Andrea Wulf (2015), S. 25, 50 – 53, 61 – 63 und 171.

können. … Alle Fehler der Feudalregierung sind von der einen Halbkugel auf die andere verpflanzt worden. In Neu- wie in Altspanien befindet sich der Boden großenteils im Besitz einiger mächtiger Familien, welche nach und nach alles Privateigentum verschlungen haben."[88]

Leidenschaftlich beklagte Humboldt auch, dass ‚christliche' Europäer in „Neuspanien" eine „den Gesetzen der Natur und somit dem Wohle der Gesellschaft entgegenlaufende Ordnung der Dinge" etabliert hatten und dass sie obendrein noch Farbige aus Afrika verschleppten, um sie als Sklaven in riesigen Zucker-, Kaffee-, Kakao-, Gewürz-, Baumwoll- und Tabakplantagen auszubeuten. Die der Anlage solcher Plantagen oftmals vorausgehenden Brandrodungen erkannte Humboldt sogar schon als gefährliche Eingriffe in das Klima.[89]

Begeistert von den Idealen der Französischen Revolution und von der Unabhängigkeitserklärung der USA erhoffte Humboldt auch für „Neuspanien" eine „wahre Vervollkommnung der gesellschaftlichen Institutionen". Über die tatsächlichen Verläufe der bürgerlichen Revolutionen, besonders derjenigen von 1848 in Deutschland, war Humboldt tief enttäuscht. Immerhin ließen sich die US-amerikanischen Philosophen David Henry Thoreau und Ralph Waldo Emerson von ihm dazu inspirieren, dem frühkapitalistischen Way of Life ihre Vorstellungen eines naturnahen, einfachen Lebens gegenüberzustellen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts forderte Thoreau außerdem den Schutz von unberührter Natur vor der weiteren Ausbreitung der Zivilisation. Jede Stadt sollte von mehreren Hundert Hektar Wald umgeben sein – „für immer unveräußerlich". Ebenso setzten sich George Marsh, für den „der Mensch … überall ein Störenfried der Harmonien der Natur" war, und John Muir als Pioniere der US-amerikanischen Umweltbewegung für „nationale Reservate" als „unveräußerliches Eigentum" ein.[90] Damit wurden Thoreau, Marsh und Muir im Anschluss an Humboldt zu Wegbereitern einer Schaffung von Allmenden in den USA. Übrigens betrachtete Humboldt die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Natur auch schon als ein Gemeingut, das die Menschen miteinander teilen sollten – im Interesse einer „Vervielfältigung der Bande, die das ganze Menschengeschlecht umschlingen sollen".[91] Allerdings dran-

---

[88] Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 48, 64 und 65 - 77 (europäische Grausamkeiten), 102 – 103 (Vermögensmassen in Mexiko) sowie Teil 2, S. 129 (feudalistische Fehler in Nord und Süd).

[89] Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 110 (der Natur und dem Wohl der Gesellschaft entgegenlaufende Ordnung der Dinge, Sklaverei) - Alexander von Humboldt (1859), S. 187 – 188 und 213 (Sklaverei, Christentum und „Schein gewaltigen Religionseifers") – Teil 2, S. 3 und 38 (gleichmäßig über die Erde verteilte Wärme, Regen- und Dürrezeiten). – Andrea Wulf (2015), S. 24 und 84 – 86 (Humboldts Kritik an Abholzungen).

[90] Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 75, und Teil 2, S. 127 (Lektüre von Adam Smith's „Wohlstand der Nationen"). - Andrea Wulf (2015), S. 130 - 133 (Humboldts Begeisterung für die bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und in den USA, seine Freundschaft mit Thomas Jefferson), 348 (Humboldts Enttäuschung über den Verlauf der bürgerlichen Revolution, besonders der Revolution von 1848 in Deutschland), 314 – 330 (Thoreau und Emerson), 366 (Mensch als Störenfried), 369 (unveräußerliche Waldflächen); S. 354, 361 und 368 – 370 (Marsh und unveräußerliche Reservate) sowie 408 (Muir).

[91] Alexander von Humboldt (1845-1862/2019), S. 29 und 237 (Wissen als Gemeingut).

gen Humboldt und seine Nachfolger noch nicht weiter vor zu der bodenreformerischen Vorstellung, dass die Erde als ein „Naturganzes" ein Gemeinschaftsgut der gesamten Menschheit ist und dass allen Menschen ein Grundrecht auf eine gleiche Teilhabe an dieser natürlichen Lebensgrundlage zusteht.

- Nachdem die Chemiker Wilhelm Ostwald (1853-1932) und Frederic Soddy (1877-1956) sich nur mit dem Geld und nicht mit der Bodenfrage beschäftigt hatten[92], brachte der weltberühmte Physiker Albert Einstein (1879-1955) in Briefen an Henry George's Tochter Anna George De Mille auch dessen „Single Tax" eine große Wertschätzung entgegen. Dagegen erschien ihm das „Heilmittel der Verstaatlichung des Bodens und der Bodenschätze allerdings mehr als ein Problem als eine Lösung". Zugleich fand Einstein George's noch der Neoklassik verhaftete Zinstheorie unbefriedigend.[93]

Im Jahr 1926 war Einstein auch John Maynard Keynes einmal in Berlin persönlich begegnet. Wenige Jahre nach dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 legte er seine religiös-philosophischen und pazifistischen Überzeugungen in seinem Buch „Mein Weltbild" (1934) nieder und äußerte sich darin auch zu den wirtschaftlichen Problemen seiner Zeit. Ausdrücklich würdigte Einstein Keynes' Forderung einer Abkehr von der damaligen Goldwährung und eines Übergangs zu einer anhand von Warenpreisindices stabilisierten reinen Papierwährung. „Die Schwankungen des Geldwerts müssen vermieden werden, und zwar vermittels Ersetzung des Goldstandards durch den Standard einer festgesetzten, nach dem Gebrauchsverhältnis gemischten Warenmenge, wie sie – wenn ich nicht irre – Keynes schon längst vorgeschlagen hat." Da die ‚freien' Märkte in der Krise versagt hatten, tendierte Einstein auch zu „einer planmäßigen Ordnung der Erzeugung der Güter, der Verwendung der Arbeitskräfte und der Verteilung der produzierten Waren", um dann doch wegen des in Russland „bis jetzt geübten Terrors" zu mahnen, „dass ein rascher Übergang der Produktionsleitung in die öffentliche Hand im Interesse der Gütererzeugung nicht vorteilhaft ist. Der privaten Initiative soll ihr Wirkungsfeld belassen werden, soweit sie" – worauf Einstein offenbar großen Wert legte – „in Form von Kartellierung durch die Wirtschaft nicht selbst ausgeschaltet worden ist. ... Die unerträgliche Übermacht der Besitzer der Produktionsmittel (Boden, Maschinen) über die Lohnarbeiter ... wäre ... im weitesten Sinne zu beseitigen", wobei Einstein an Arbeitszeitverkürzungen, Mindestlöhne und staatliche Preiskontrollen dachte.[94]

---

[92] Wilhelm Ostwald und Frederic Soddy erhielten 1909 bzw. 1921 die Nobelpreise für Chemie. Ostwald sprach sich 1914 in einem zweiteiligen Aufsatz „Geld" in den „Monistischen Monatsheften" für eine Geldreform aus; vgl. Wilhelm Ostwald (1914), S. 337 - 352 und 369 - 384. - Zu Soddys Eintreten für eine Geldreform vgl. Herman Daly (1996), S. 173 - 190, und Claude Million (2006), S. 31 - 36.

[93] Albert Einstein über Henry George (1931), (1934) und (1939). - Vgl. auch den Schluss von Kap. 7.1 dieses Buches.

[94] Albert Einstein (1934/1972), S. 48, 72 – 73 (planmäßige Ordnung der Produktion) und 75 (Keynes, Papier- statt Goldwährung). - John Maynard Keynes (1933/1972), S. 382 - 384 (erste Begegnung von Keynes mit Einstein am 22.6.1926. In einer Anmerkung erwähnten die Herausgeber von Keynes' „Collected Writings", dass er Hilfen für jüdische Flüchtlinge aktiv unterstützt habe.) – Zu einem zweiten

Ob ein Einstein zugeschriebener, auf Silvio Gesell gemünzter Satz „Die Schaffung eines Geldes, das sich nicht horten lässt, wird zur Bildung von Eigentum in wesentlicherer Form führen" wirklich von Einstein stammt, ist höchst ungewiss; eine gesicherte Quelle gibt es dafür nicht.[95] Gleichwohl gab es offenbar einen persönlichen Kontakt zwischen Einstein und Gesell, der 1929 durch Vermittlung von Franz Oppenheimer zustande gekommen sein könnte. Im Nachlass von Einstein sind Korrespondenzen aus dem Frühjahr 1930 erhalten, die auf einen solchen Kontakt in Gesells letzten Lebensmonaten hindeuten.[96]

In einem 1949 erschienenen Aufsatz „Warum Sozialismus?" schrieb Einstein, dass „in einem sozialistischen Wirtschaftssystem ... die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst ... gehören. ... Und ihr Gebrauch wird geplant." Allerdings legte er auch Wert auf die Feststellung, „dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen."[97] Noch immer schwankte Einstein zwischen Sympathien für sozialistische Vorstellungen und Zweifeln an ihnen. Ein Brief, den er am 6.10.1950 an Emilie Bonhoeffer schrieb (sie war die Frau von Dietrich Bonhoeffers Bruder Klaus, der ebenso wie Dietrich Bonhoeffer wegen seiner Tätigkeit im Widerstand gegen das NS-Regime hingerichtet worden war) enthält offenbar Gedanken Einsteins über Gesells Geldreform. In einem weiteren Brief an Erich Nobis vom 4.9.1951 äußerte er Zweifel an einer solchen Geldreform.[98]

Treffen von Keynes und Einstein im Juni 1941 in Princeton/USA vgl. John Maynard Keynes, Collected Writings Vol. 23, S. 113.

[95] Der Einstein zugeschriebene Satz über nicht hortbares Geld befand sich auf dem Umschlag der 1949 von Karl Walker im Rudolf Zitzmann Verlag in Lauf bei Nürnberg herausgegebenen 9. Auflage von Gesells „Die Natürliche Wirtschaftsordnung" und fand dadurch eine weite Verbreitung. Als Quelle wurde Einsteins „Mein Weltbild" (1934) angegeben. Jedoch enthält das Buch diesen Satz nicht und auch keine Äußerung zu Henry George.

[96] Der Nachlass von Oppenheimer befindet sich in den „Central Zionist Archives" in Jerusalem (www.zionistarchives.org.il/en) und das „Einstein-Archiv" ebenfalls in Jerusalem in der Hebrew University (http://www.alberteinstein.info/vufind1/Search/Results?lookfor=Silvio+Gesell&type=AllFields&submit=Find). Dort sind die folgenden Korrespondenzen verzeichnet: 1. ein Brief von Gesell an Einstein vom 3.1.1930 (http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003895), 2. ein Brief von Oppenheimer an Einstein mit einer beigefügten Korrespondenz von Gesell vom 16.2.1930 (http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003005) und 3. ein Brief von Gesell an Einstein vom 23.2.1930 (http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003897). Am 11.3.1930 verstarb Gesell in Eden-Oranienburg. Ob er und Einstein sich noch persönlich getroffen haben, nachdem Einstein im September 1929 in sein Sommerhaus in Caputh bei Potsdam gezogen war, ist ungewiss. Am 21.11.1932 besuchte Oppenheimer Einstein in Caputh; vgl. dazu die Website https://www.einstein-website.de/z_biography/gaestebuch.html (Zugriff: 8.5.2020).

[97] Albert Einstein (1949).

[98] Brief Albert Einsteins an Emilie Bonhoeffer vom 6.10.1950 im Einstein-Archiv in der Hebrew University (http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000030027). Brief an Erich Nobis vom 4.9.1951 ebendort (http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000027976). – Nachdem Einstein eine Botschaft an den Weltkongress der Intellektuellen am 25.-28. August 1948 an der Technischen Universität Wrocław gesandt hatte, bat ihn der "Freiwirtschaftsbund" in einem Offenen Brief vom 6.11.1948: „Leihen Sie, verehrter Herr Professor, uns deshalb Ihre gewichtige Stimme und rufen Sie dazu auf, Silvio Gesells

● Der aus Ungarn stammende Physiker Leo Szilard (1898-1964), der gemeinsam mit Einstein an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war und danach ihren Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki unbedingt verhindern wollte, beschäftigte sich ebenfalls mit politischen und ökonomischen Fragen. Als ein „Amateuerökonom" - wie ihn der US-amerikanische Ökonom und Keynesianer der ersten Generation Lawrence Klein nannte – entwickelte Szilard eine Geldreform, bei der die Funktionen des Geldes als Tausch- und Sparmittel voneinander getrennt werden sollten. „Leo Szilard ... independently conceived a monetary economy without trade cycles. Szilard's dual money proposal was related to Gesell's stamp-taxing of money to maintain spending." Ob Szilard sich dabei außer von Gesell auch von Eisler anregen ließ, ist ungewiss. Sein „two-currency system with red dollars und green dollars" existiert nur als Manuskript mit Anmerkungen von Abba Lerner.[99]

Von den beiden berühmten Ausnahmen Einstein und Szilard abgesehen zogen Naturwissenschaftler zwar religiöse Glaubensvorstellungen in Zweifel, aber lange Zeit nicht den modernen Fortschrittsglauben einschließlich des säkularen Glaubens an das Geld und die Segnungen des unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Zu sehr waren die Naturwissenschaften als Lieferanten von technischen Innovationen mit der Wachstumsökonomie verwoben.

● In neuerer Zeit veranschaulichte der Geologe und Geograph Eckhard Grimmel (*1941) in seinem Buch „Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde" (1993) die schier unvorstellbare Dauer der Erdgeschichte, indem er sie bildhaft auf einer Zeitleiste von einem einzigen Jahr darstellte. Demnach „war die Erde zwei bis drei Monate lang ‚wüst und leer', wie es in der Schöpfungsgeschichte der Bibel heißt. Erst dann entstand im Laufe des März/April das erste Leben, und zwar im Meer. Aber erst im November kamen einige Tiere auf die Idee, an Land zu gehen. Die endgültige Landbesiedelung, zunächst durch Amphibien, dann durch Reptilien, geschah Anfang Dezember. Die ersten Säugetiere entstanden am Ende der ersten Dezemberwoche. Aber die meisten der heute lebenden Arten haben sich erst am Silvestertag gebildet. Menschenähnliche Säugetiere treten erst in der zweiten Hälfte dieses letzten Tages auf. Die Anfänge der Kultur – dokumentiert in schriftlichen Aufzeichnungen in Indien, China, Mesopotamien und Ägypten – bildeten sich um 23.59 Uhr. Jesus lebte vor 20 Sekunden, Karl der Große vor zehn Sekunden, Bismarck vor einer Sekunde. Wie kommt es, dass die Menschen mit immer schneller werdendem Tempo die Erde ruinieren, in ‚Erdsekunden' das zerstören,

---

Natürliche Wirtschafts-Ordnung als Weg zum Frieden ernst zu nehmen." (in: „Blätter der Freiheit" Nr. 7-8/1949, S. 11) Ob Einstein darauf reagiert hat, ist nicht bekannt. - Leider haben das Einstein-Archiv in Jerusalem und das Einstein-Forum in Potsdam keine Bitten des Verfassers vom 30.4. und 6.5.2020 um Kopien der Originaldokumente beantwortet.

[99] Leo Szilard (1949). – Lawrence Klein & Mancur Olson & Paul Samuelson & Robert Solow & James Tobin (1995), S. 1 – 2. Klein berichtete auch, dass sein Kollege Dudley Dillard, der die erste Dissertation über Proudhon-Gesell-Keynes geschrieben hatte (vgl. Dudley Dillard 1940), mit Szilard im persönlichen Gedankenaustausch über dessen Variante einer Geldreform stand. Sein Nachlass befindet sich in der University of California in San Diego/USA. - Über Szilard vgl. Markus Schulte von Drach und Bernd Oswald (2010).

was im ‚Erdenjahr' davor mühsam aufgebaut worden ist? ... Warum haben die Menschen noch immer keine naturgemäßen Wirtschafts- und Sozialordnungen, welche den Erhalt des Lebens und der Lebensgrundlagen gewährleisten?"[100] Die kosmischen und die irdischen Kreisläufe der Atmosphäre, des Wassers, der Gesteine und Mineralien, der Ressourcen und der Biosphäre setzte Grimmel deshalb in eine Beziehung mit der Vorstellung von Wirtschafts- und Geldkreisläufen sowie ihren Störungen.

In Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am Ende des Zweiten Weltkriegs sowie unter dem Eindruck der Reaktorunfälle in Harrisburg und Tschernobyl verurteilte Grimmel die atomare Rüstung und die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie als extrem gefährliche Technologien, welche die irdischen Kreisläufe im buchstäblichen Sinne sprengen, da es keine Möglichkeit gibt, die Jahrtausende lang radioaktiv strahlenden Abfälle in die Kreisläufe zurückzuführen oder außerhalb von ihnen eine ‚sichere Endlagerung' zu bewerkstelligen. In unverantwortlicher Weise wird das ‚ewige' Leben auf der Erde gefährdet - nur weil es als ökonomisch und politisch rational gilt, das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe für ‚Sekundenbruchteile' mit Hilfe der Atomenergie in Schwung zu halten und den (Schein-)Frieden auf der Welt durch atomare Abschreckung aufrecht zu erhalten. „Darüber hinaus bedrohen auch die militärisch oder zivil genutzten Chemiebetriebe die Umwelt und eher noch größer ist die Gefahr, die von biologischen Laboratorien und Produktionsstätten ausgeht."[101]

Umso unverständlicher ist, dass Grimmel die Verantwortung des Menschen für die globale Klimaerwärmung in Frage stellte. Klimaveränderungen habe es im Laufe der Erdgeschichte immer wieder gegeben. „Ob eine fortschreitende CO_2-Produktion überhaupt zu einer Klimakatastrophe mit den befürchteten negativen Merkmalen führt, ist fraglich." Dabei ist unbestreitbar, dass die gegenwärtigen ‚Sekundenbruchteile' der Erdgeschichte nicht nur im Hinblick auf die Nutzung der Atomenergie, sondern auch im Hinblick auf den Raubbau an fossilen Brennstoffen durch große Konzerne, in denen Unmengen von Kapital konzentriert sind, eine einmalige erdgeschichtliche Ausnahmesituation darstellen. Warum also sollte das noch nie dagewesene, von Menschen zu verantwortende gigantische Ausmaß der Verbrennung von Holz, Erdöl, Erdgas und Kohle keine gravierenden Auswirkungen auf die hochkomplexen und hochsensiblen Kreisläufe in der Atmosphäre haben? Unzweifelhaft stellt es ähnlich wie die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie eine extreme Störung der irdischen Kreisläufe dar. Immerhin hielt es Grimmel für möglich, dass die Klimadebatten zu einer Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe führen könnten.[102]

---

[100] Eckhard Grimmel (1993), S. 16 - 17 (Erdgeschichte im Zeitraffer).

[101] Eckhard Grimmel (1993), S. 57 - 58 (Atomwaffen und Atomenergie), 60 - 61 (Chemiebetriebe und biologische Laboratorien) und 105 - 106 (Unmöglichkeit der Endlagerung atomarer Abfälle).

[102] Eckhard Grimmel (1993), S. 60 - 61 (Zweifel an der anthropogenen Klimaerwärmung). – Vgl. die Studie von Olga Scheer & Gerald Hosp & Joana Kelén & Eugen Fleckenstein (2019) über die Erderwär-

Dem Fortschrittsglauben der ersten Moderne hielt Grimmel entgegen, dass es in einer endlichen Welt kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben könne. Beim Geld müsse der „Funktionsfehler" behoben werden, dass es außer als Tauschmittel bislang auch als Mittel zu seiner eigenen „Selbstvermehrung" eingesetzt werden könne. „Das Zinseszinssystem setzt eine Automatik in Gang, die dem mathematischen Gesetz des exponentiellen Wachstums gehorcht." Erst ein von dieser Selbstvermehrungsautomatik befreiter Geldkreislauf könne die Wirtschaft störungsfrei in die Kreisläufe der Natur einfügen. Allerdings fehlte bei Grimmel ein Hinweis darauf, dass eine ökologische Kreislaufwirtschaft zusätzlich zu einer Neutralisierung des Geldes auch eine Behandlung aller Kreisläufe des Lebens in der Atmosphäre, der Hydrosphäre, der Lithosphäre, der Pedosphäre und der Biosphäre als allen Menschen(generationen) und Mitgeschöpfen gemeinsam gehörende Lebensgrundlagen zur Voraussetzung hat. Den Boden bezeichnete er als „'Unterwelt' des Lebens" und beschränkte sich mit seiner Forderung, ihn „mit sehr viel Einfühlungsvermögen" zu behandeln, auf die Methoden des Anbaus, ohne seinen Charakter als Gemeinschaftsgut zu beachten.[103] -

- Auch der Astrophysiker Peter Kafka (1933-2000) dachte ähnlich wie Frederic Vester und Grimmel in längeren erdgeschichtlichen Zeiträumen. Und auch er blickte ‚von außen' auf die Entwicklung von Erde und Menschheit, besonders auf ihre gegenwärtige „globale Beschleunigungskrise" und den trotzdem noch immer stark verbreiteten Glauben, auf dem seit mehr als 200 Jahre begangenen Weg des technischen Fortschritts auch weiterhin immer schneller, immer höher und immer weiter fortschreiten zu können - obwohl Böden erodieren, Regenwälder und Arten sterben, Städte zu astronomischen Megacities mit Elendsvierteln werden und alle Augenblicke Kinder verhungern, obwohl Umweltzerstörungen zunehmen, Mülldeponien größer und sogar die Ozeane zu Müllhalden werden und obwohl sich eine „drohende Klimakatastrophe" abzeichnet. „Die jahrzehntelange Freisetzung sogenannter Treibhausgase beginnt unübersehbar Folgen zu zeigen." In Millionen von Jahren sind „Kohle, Öl und Gas aus Sonnenenergie" entstanden und „wir verpuffen all das innerhalb weniger Generationen und wundern uns noch, dass dabei schließlich Probleme auftauchen. Da gibt es nichts zu wundern!"[104]

Statt eines rastlosen ‚Weiter so wie bisher' bedarf es Kafka zufolge eines Innehaltens und der Bewusstwerdung der Tatsache, dass die Menschheit in eine falsche Richtung rennt. „Fortschritt - was ist das eigentlich? ... Wohin ohne Ziel?"

---

mung und auch die Studie des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) über den fortschreitenden Verlust der Artenvielfalt auf der Welt (2019).

[103] Eckhard Grimmel (1993), S. 151 (einfühlsame Behandlung des Bodens), 163 (unbegrenztes Wachstum vs. endliche Welt) - 165 (Funktionsfehler des Geldes, Boden als ‚Unterwelt' des Lebens). - In die 3. Auflage dieses Buches hat Grimmel den Gedanken eines gemeinschaftlichen Eigentums an Grundstücken und Ressourcen aufgenommen (Münster 2006, S. 169 - 175). Seine Zweifel am anthropogenen Klimawandel behielt er jedoch bei. (S. 52 - 55)

[104] Peter Kafka (1989), S. 7 (Krisensymptome) und 18 (Verbrauch fossiler Brennstoffe), und ders. (1994), S. 35 und 64 - 65 (Klimakatastrophe), 110 – 123 (globale Beschleunigungskrise).

Gestützt auf Erkenntnisse der Physik und Astrophysik über den Urknall und Naturgesetzlichkeiten, über komplexe Strukturen, Chaos, Selbstorganisation und Ordnung mahnte Kafka, dass die Menschheit auf ihrem langen Weg der Evolution im Zeitalter der ersten Moderne die Orientierung verloren habe. „Warum geht mit uns schief, was in der Evolution der Welt immer gutging? ... Wenn nun die höchstentwickelten Blüten am Baum des Lebens dessen Wurzeln zu vernichten beginnen, also der Mensch sich als Naturkatastrophe erweist - woran liegt das?" Während viele Naturwissenschaftler die Entstehung der Erde und des Lebens oder die Tiefen des Alls beforschten, um vielleicht in weiter Ferne Sterne mit höheren Lebensformen zu entdecken, verwies Kafka im Interesse einer Erhaltung des Lebens auf der Erde auf das Phänomen der gegenwärtig stark überhöhten „Änderungsgeschwindigkeit", also der sich selbst beschleunigenden Veränderungen der Lebensverhältnisse seit dem Übergang von der stationären Agrargesellschaft in die dynamische kapitalistische Industriegesellschaft. Durch den technischen Fortschritt „ist es uns gelungen, ‚Vielfalt und Gemächlichkeit' durch ‚Einfalt und Eile' zu ersetzen". Jedoch gehe damit eine „fortschreitende Instabilität" in Form sozialer und ökologischer Krisen einher. „Die Anzeichen erinnern an Suchtsymptome: das immer engere Umkreisen der einen fixen Idee vom Wachstum des Wohlstands ... , schließlich die Beschaffungskriminalität mit rücksichtsloser Vernichtung von allem, was dem Suchtfortschritt im Weg steht. Ist der Stoff erschöpft oder lässt seine Wirkung nach, wird verzweifelt nach Innovationen gesucht - nach Ersatzstoffen oder noch härteren Drogen."[105]

Kafka brachte die Ideologie des Wirtschaftswachstums in einen Kausalzusammenhang mit der Konzentration großer Kapitalmassen im Dienst der großindustriellen Massenproduktion, welche die lebendige Vielfalt durch monotone Einfalt und die Gemächlichkeit durch ein sich selbst beschleunigendes Tempo ersetzt habe. Ohne für eine Kurskorrektur schon „detaillierte Entwürfe vorstellen" zu wollen, hielt er es im Interesse einer „Sicherung unserer Evolutionsfähigkeit" für notwendig, wirtschaftliche und politische Großmachtstrukturen aufzuteilen bzw. einen „festen Rahmen" zu schaffen, in dem sie sich selbsttätig aufteilen können. „Kleinere und mittlere Strukturen sollen zwar in Konkurrenz treten, jedoch nicht über gewisse Grenzen anwachsen können." Im Hinblick auf eine „Aufteilung der Supermächte von innen her" und die „Entstehung wirklich gleichberechtigter vereinter Nationen" oder Regionen mit jeweils etwa 10 Millionen Einwohnern bezog sich Kafka ausdrücklich auf Leopold Kohrs „Vom Ende der Großen". Und im Hinblick auf die Auflösung wirtschaftlicher Großstrukturen müssten „Selbstbeschränkungsmechanismen in den Markt eingebaut werden" - sowohl beim Eigentum an Boden und Wohnungen als auch beim Geld, in dem „ein Wurm ... steckt, der alles

---

[105] Peter Kafka (1989), S. 11 (Fortschritt), 18 (Mensch als Naturkatastrophe), 19 (Änderungsgeschwindigkeit), 59 - 65 (Erdgeschichte im Zeitraffer), 100 (Wachstum und Innovationen als Droge), 120 - 121 (Wachstum) und 157 (Fortschritt ohne Ziel). - Ob es außer auf der Erde irgendwo im Universum noch höheres Leben auf anderen Planeten geben könnte, „geht uns gar nichts an. ... Wir müssen uns jetzt um unsere eigenen Möglichkeiten kümmern." (S. 75)

zu sprengen droht: die Forderung, dass das Kapital jährlich um so und so viel Prozent wachsen müsse. ... Die Idee des Kapitalwachstums widerspricht den Bedingungen evolutionärer Wertschöpfung." In Übereinstimmung mit Dieter Suhr hielt Kafka deshalb eine „Marktwirtschaft ohne Machtzusammenballung ... und mit Besteuerung aller als schädlich erkannten oder vermuteten Aktivitäten" für eine „evolutionsverträgliche Wirtschaftsform", die in der Lage sein könnte, das Große und Schnelle schrittweise zu verringern. Eine „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus" erschien ihm als Weg zu einer „Selbstorganisation der Freiheit" innerhalb einer Rahmenordnung, in der „die Menschen nicht um ihre biologischen und seelischen Lebensgrundlagen konkurrieren müssen, sondern um jene ganz anderen ‚höheren' Werte, die dann freilich wieder ‚ganz von selbst' in den Köpfen und Herzen wachsen."[106]

- Ähnlich wie Kafka war auch der Physiker Hans-Peter Dürr (1929-2014) davon überzeugt, dass die „westliche, wachstumsorientierte Wirtschaftsform mit ihrem aufwändigen und verschwenderischen Lebensstil" und ihrer „bedrohlichen ... , ruinösen Eigendynamik" ein Fremdkörper im Gesamtsystem des irdischen Lebens ist. „Offensichtlich stehen die Forderungen der Nachhaltigkeit im Widerspruch zum Wirtschaftsparadigma der heute dominanten industriellen Zivilisation, die sich immer noch an einem ungehemmten materiellen Wachstum orientiert, obwohl die Gegenwart zeigt, wie wenig solide und zukunftsfähig dieses Paradigma ist." Damit meinte Dürr insbesondere die Energiegewinnung aus Kohle, Gas, Öl und Uran. „Geopolitische, soziokulturelle wie ökonomische Machtstrategien, die unbegrenzte Expansion globalisierter Marktwirtschaft und ihrer Produktivitätszwänge bedrohen und zerstören die räumliche und stoffliche Begrenztheit unserer Erde."[107]

Der im mechanistischen Weltbild der klassischen Physik wurzelnde Fortschrittsglaube der Moderne und die eindimensional auf ständiges Wachstum eingestellte Wirtschaft passen Dürr zufolge nicht zu den hochgradig komplex vernetzten „Beziehungsstrukturen" des Lebens, die er ähnlich wie Humboldt als ein unteilbares, sich in dynamischen Gleichgewichten stabilisierendes Ganzes betrachtete. Innerhalb dieser „ganzheitlichen, hoch differenzierten Formstruktur" gebe es keine kleinsten, voneinander isolierbaren ‚Bausteine', sondern nur eine „fundamentale

---

[106] Peter Kafka (1989), S. 101 (noch keine detaillierten Gegenentwürfe), 103 (kleine und mittlere Strukturen), 105 (Leopold Kohr),108 (Nationen mit jeweils etwa 10 Millionen Menschen) - 113, 123 (Boden und Wohnungen) und 124 - 127 (Geld und Marktwirtschaft ohne Machtgebilde). - Ders. (1994), S. 113 - 116 (Ersatz von Vielfalt und Gemächlichkeit durch Einfalt und Tempo), 139 (Rückbau des Großen und Schnellen), 157 (Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus), 159 - 160 (Selbstorganisation unter veränderten Rahmenbedingungen), 167 - 176 (Gesell, Keynes und Suhr) und 194 (Dieter Suhr). – Kafka stand auch mit Suhr im persönlichen Kontakt und es sind auch zwei Briefe von Suhr an Kafka vom 17.1.1990 und 16.5.1990 erhalten; vgl. die Website https://dieter-suhr.info/de/briefe.html (Zugriff: 30.4.2020).

[107] Hans-Peter Dürr (2009), S. 122, 124 und 126 (Eigendynamik der westlichen Wachstumswirtschaft) sowie 133 (zukunftsunfähiges Wirtschaftsparadigma), 149 (Energiegewinnung) und 166 (zerstörerische Expansion der globalisierten Marktwirtschaft).

Verbundenheit" von allem mit allem innerhalb einer „fortwährenden kreativen Entfaltung. ... Die Welt ist eine Einheit. Es gibt streng genommen überhaupt keine Möglichkeit, die Welt in Teile aufzuteilen, weil alles mit allem zusammenhängt."[108]

Dürrs Antwort auf die Frage „Wie soll ein Umsteuern gelingen?" blieb jedoch hinter Kafkas Einsicht zurück, dass im Geld „ein Wurm ... steckt, der alles zu sprengen droht". Ausgehend vom Grundverständnis der Welt als einem komplex vernetzten, auch sehr verletzlichen Gesamtgefüge von unzählig vielen, innig verwobenen und in dauernder Bewegung begriffenen Beziehungsstrukturen ließe sich analog dazu auch die Wirtschaft als eine komplexe Gestalt betrachten, deren innere Dynamik sich selbsttätig über die mit Hilfe des Geldes übertragenen Preisinformationen steuert und in der Balance hält. Doch dafür dürfte das Geld nicht die Möglichkeit haben, die enge Verbundenheit von Geben und Nehmen in den Tausch- und Kreditsphären zeitweise aufzuspalten und durch seine „kapitalistische Parteilichkeit" (Dieter Suhr) die gleichmäßigen Proportionen zwischen ihnen auch noch durcheinander zu bringen.

In diese Richtung gingen Dürrs Überlegungen jedoch nicht. Er verwies nur ganz allgemein auf die Notwendigkeit, dass der Staat „Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung" vorgeben müsste. Jedoch fehle ihm aufgrund seiner Verflechtung mit der Weltwirtschaft die dafür erforderliche Kraft. Wegen der „Hilflosigkeit der Politik" appellierte Dürr an die Bereitschaft der einzelnen Menschen, innerhalb ökologischer Grenzen liegende suffiziente „neue Lebensstile" einzuüben. „Das ist kein Leben in Sack und Asche, sondern entspricht dem Lebensstil eines Schweizers Ende der 1960er Jahre. ... Wir brauchen eine neue Erziehung, die Zusammenarbeit, Partizipation und Kreativität fördert und ermöglicht."[109] Gewiss gibt es innerhalb der falschen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft Möglichkeiten, suffiziente Lebensstile einzuüben, und es ist auch unerlässlich, dass sie der Gesellschaft von vielen einzelnen Menschen vorgelebt werden. Doch kann auch ein ‚nachhaltiger' Konsum diesen falschen Strukturen nur teilweise entrinnen, denn die Konsumentensouveränität stößt oftmals an die Grenzen der Souveränität des Geldes und der Produzenten. -

Denkbar wäre es schließlich noch, auch in der Medizin Ausschau nach Analogien zwischen natürlichen und sozialen Kräften der Selbstorganisation und Selbstheilung zu halten, die die Notwendigkeit einer gerechten Rahmenordnung unterstreichen, statt lediglich wie die neoklassische Ökonomie die Behauptung aufzustellen, dass sich selbst überlassene Märkte dank ihrer Selbstheilungskräfte von allein in ihre Gleichgewichte zurückfinden, wenn sie ihre Balance verloren haben. Ebenso denkbar könnte es sein, die von dem französischen Klassiker Frederic Bastiat voreilig postulierte „Economie harmonique" wieder aufzugreifen und zu fragen, ob es

---

[108] Hans-Peter Dürr (2009), S. 95 und 97 (altes Weltbild der Physik) sowie 98 – 106 (neues Weltbild der Physik), bes. S. 102 - 103.

[109] Hans-Peter Dürr (2009), S. 123 (Umsteuern) – 126 (Notwendigkeit von Rahmenbedingen, Hilflosigkeit der Politik), 152 – 153 (neue suffiziente Lebensstile) und 174 (neue Erziehung).

in der Harmonielehre der Musik vielleicht etwas gibt, was die Aufgabe hat, ein wohltemperiertes Gesamtgefüge mit harmonischen Proportionen zwischen den Tönen zu erhalten oder wiederherzustellen, wenn es ‚aus den Fugen geraten' ist - was also mit einer Analogie aus der Musik verdeutlicht, wie unerlässlich eine gerechte Rahmenordnung für eine Erhaltung bzw. Wiederherstellung harmonischer Proportionen in der Wirtschaft ist.

13.3 Menschenbild - Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus

Mit seiner übermäßig starken Betonung des menschlichen Eigennutzstrebens - die damals auch eine Reaktion auf die allzu lange Unterdrückung durch kirchliche und weltliche Machtstrukturen und ihre ideologischen Rechtfertigungen war - fiel Silvio Gesells Menschenbild hinter Adam Smiths auch von John Stuart Mill geteilte Vorstellung zurück, wonach die arbeitsteilig wirtschaftenden Menschen zwar ihrem Eigennutzstreben folgen, aber zugleich auch durch „Sympathiegefühle" miteinander verbunden sind. Zwar fehlte auch in Gesells Menschenbild nicht die Annahme eines „sozialen Richtsinns"; aber er stand gewissermaßen im Schatten des Eigennutzstrebens. Das haben erst seine Nachfolger korrigiert, indem sie im Sinne des Menschenbilds von Proudhon, George und Oppenheimer eine Gleichrangigkeit und polare Ergänzung von Egoismus und Altruismus, Wettbewerb und Kooperation postulierten.[110]

- Auch Dieter Suhr hob den Charakter des Menschen als „soziales Wesen" hervor, als er verdeutlichte, wie bislang das sachliche Aufeinanderangewiesensein der arbeitsteilig wirtschaftenden Menschen mit persönlichen Abhängigkeiten verquickt war und wie sie nach einer Strukturreform des Geldes auch inmitten ihres bleibenden sachlichen Aufeinanderangewiesenseins persönlich unabhängig, frei und selbstständig werden können. Aber „die Menschen können niemals selbstständiger sein, als ihre Nächsten verlässlich sind". Ihre gleiche Selbstständigkeit ist nur als „Selbstständigkeit auf Gegenseitigkeit" möglich, sofern ein allokations- und distributionsneutrales Geld die Vertragsfreiheit zur „Rechtstechnik zur Transformation von Abhängigkeit in Freiheit und Selbstständigkeit" macht. Die modernen Staats- und Gesellschaftstheoretiker hätten „ihre Vorstellungen vom Einzelnen her konzipiert und auf den Einzelnen gebaut", statt sie auf einer polaren Ergänzung von Individuum und Gemeinschaft zu gründen. „Die Geselligkeit der Menschen erscheint dabei nur in der Form von sozialen Bindungen und Schranken, nicht als Grundlage und Voraussetzung, nicht als Form und Erscheinungsweise menschlicher Freiheit."[111]

---

[110] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67 (sozialer Richtsinn). - Näheres hierzu im Kapitel 7.3 des vorliegenden Buches und in der Übersicht von Werner Onken (2007b), Kap. 4 und 5.

[111] Dieter Suhr (1982), S. 6 (Menschen als soziale Wesen), 10 - 11 (wechselseitige Verlässlichkeit), 13 (Vertragsfreiheit) und 16 (Geld, Freiheit durch Geselligkeit). - Vgl. auch Dieter Suhr (1984). Eines der

● Obwohl der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich kurz vor der großen Finanzkrise von 2008 die zentrale Frage nach der Rolle des „Geldkomplexes" bei den sozialen und ökologischen Krisenentwicklungen aufwarf[112], erlangten weder sie noch die Frage nach dem Eigentum am Boden und an den Ressourcen in der von ihm maßgeblich mitbegründeten St. Galler „Integrativen Wirtschaftsethik" die ihnen gebührende Bedeutung.

Zuvor hatte sich die „Integrative Wirtschaftsethik" der Geld- und Bodenrechtsreform nur einmal in einer von Ulrich angeregten Dissertation von Roland Wirth zugewandt. Wirths Gesamteindruck, dass der Geld- und Bodenrechtsreform „bislang ein gesellschaftlich-politisches Konzept gefehlt hat, das die geforderten wirtschaftlichen Reformen vernunftethisch haltbar begründet", bekräftigte deren Interesse an der Wirtschaftsethik als ihrer möglichen Ergänzung. Während es Gesell noch allzu stark darum gegangen war, „die ‚natürlichen' Gesetze zu erkennen und ihnen auch in der Sozialordnung Ausdruck zu verleihen", hatte Wirth die Verbindung der Geld- und Bodenrechtsreform mit einem „kulturalistischen Bewusstsein" angeregt, also mit der „Überzeugung, dass der Mensch kraft seiner Vernunft die Gesellschaft nach frei gewählten und im politischen Prozess bestimmten Prinzipien einrichten kann" und dass diese Reformen „auch und vor allem in einem kulturalistischen Gesellschaftskonzept sinnvoll sind".[113]

Ansonsten nahm die Integrative Wirtschaftsethik den „Geldkomplex" und die Boden- und Ressourcenproblematik nicht in ihre Forschungen auf. Ulrich ging darauf weder in seiner „Zivilisierten Marktwirtschaft" (2005) noch in seiner Abschiedsvorlesung (2009) ein. Wohl unterschied er zwischen einer „produktiven Marktwirtschaft" und „ihrer Übersteigerung zu einer totalen Marktgesellschaft, die alle, unser ganzes Leben und auch die Politik, der ‚Sachlogik' des Marktes unterwirft." Mit deutlichen Worten kritisierte Ulrich das neoliberale Effizienzdogma und die Dominanz „mächtiger Kapitalverwertungsinteressen auf der Suche nach neuen Märkten und kostengünstigeren Produktionsstandorten". Er widmete sich auch der Entwicklung eines „wirtschaftsethischen Orientierungswissens", mit dem „verantwortliche Wirtschaftsbürger" parallel zu ihrem Handeln als politische Bürger auch ihr wirtschaftliches Handeln am Ziel einer „Lebensdienlichkeit" ausrichten können.[114] Mit Anknüpfungen an Kant, Weber, Polanyi, Gray, Keynes und Habermas stellte Ulrich dem „Ökonomismus" mit seiner scheinbar „wertfreien Sachlogik" als der „Großideologie der Gegenwart" eine „nachholende Aufklärung"

Bücher von Suhr trug den an Proudhon erinnernden Titel „Die Entfaltung des Menschen durch den Menschen" (Berlin 1976), auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/ Suhr_ Entfaltung%20der%20Menschen%20durch%20die%20Menschen.pdf

[112] Vgl. hierzu den Abschnitt 12.3 des vorliegenden Buches.

[113] Roland Wirth (2003) und (2004), S. 16 - 24, hier: S. 20 und 22 (kulturalistisches vs. naturalistisches Bewusstsein). - Schon in den Anfängen der „Integrativen Wirtschaftsethik" hatte die „Zeitschrift für Sozialökonomie" Peter Ulrich zu einem Gastbeitrag eingeladen: „Wirtschaftsethik zwischen Moralismus und Ökonomismus", in: 81. Folge (1989), S. 20 - 27.

[114] Peter Ulrich (2005), S. 10 (Kapitalverwertung) - 11 (Sachlogik), 13 (wirtschaftsethische Orientierung) und 17 (Lebensdienlichkeit) sowie 22 - 27 (Effizienz).

gegenüber. Zum einen sollte sie die Ursachen des Konflikts zwischen dem Gewinnstreben und dem moralischen Handeln aufzeigen und zum anderen sollte sie die „harmonistische Metaphysik des Marktes" durchschaubar machen, die einen Ausgleich aller Interessen vortäuscht und damit die tatsächliche „Parteilichkeit des Marktes" verdrängt.[115]

Jedoch verlor Ulrich kaum ein Wort über das strukturell mächtige kapitalistische Geld als Antriebskraft der angeblich effizienten, de facto aber geradezu unwirtschaftlichen rentablen Kapitalverwertung. Dementsprechend blieben seine Vorstellungen von einer „zivilisierten Marktwirtschaft" unvollständig. Zwar wandte er sich gegen den homo oeconomicus als Menschenbild der Ökonomie und betonte das „soziale Wesen" des auf gelingende Beziehungen angelegten Menschen. Und einmal verwies er auch auf die „freiheitsbedrohende Macht ... des Geldes" - jedoch ohne ihr auf den Grund zu gehen. Auch war die Schaffung gleicher Teilhaberechte aller Menschen an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen nicht explizit Bestandteil der „Wirtschaftsbürgerrechte", die Ulrich für ein Leben in einer „anständigen Gesellschaft" jenseits von „marktradikalem Wirtschaftsliberalismus" und „Sozialetatismus" forderte. Seine Vorstellungen gingen eher in die drei Richtungen eines Wirtschaftsbürgerrechts auf „Erwerbsarbeit für alle", auf ein „erwerbsunabhängiges Grundeinkommen für alle (Bürgergeld) ... oder gar ein Wirtschaftsbürgerrecht auf Teilhabe am volkswirtschaftlichen Kapital für alle (Bürgerkapital)".[116] Sodann sollten das „Ethos der Selbstbegrenzung im privaten Vorteilsstreben" sowie ein Selbstverständnis als „kritischer Konsument" und verantwortungsbewusster Kapitalanleger zu den Tugenden eines jeden Wirtschaftsbürgers gehören. Schließlich hob Ulrich die besondere Bedeutung der Unternehmensethik hervor, also die ethische Vertretbarkeit des Verhaltens von Unternehmern und insbesondere von anonymen Aktiengesellschaften. Wenn diese ihren Anspruch, „Good Corporate Citizens" zu sein, erfüllen wollten, müssten sie dazu bereit sein, ihr „legitimes Gewinnstreben als stets moralisch begrenztes Gewinnstreben zu begreifen".[117]

Da sich jedoch auf kapitalistischen Märkten der Konflikt zwischen Gewinn und Moral auch bei bestem Willen von den einzelnen Akteuren nicht auflösen lässt, soll Ulrich zufolge zur unternehmerischen Individualethik eine politische „Ordnungsethik" hinzukommen, welche den vom Neoliberalismus „entgrenzten Wettbewerb auf deregulierten globalen Märkten" bändigt und in eine schon von den Ordoliberalen konzipierte rechtsstaatliche Rahmenordnung einbettet. „Springender Punkt" war dabei für ihn die Notwendigkeit, die „Entmachtung der Politik" durch einen ebenso selbstherrlichen wie unerbittlich „belohnenden und strafenden Finanz-

---

[115] Peter Ulrich (2005), S. 35 (Ökonomismus als Großideologie und nachholende Aufklärung) - 41 (Metaphysik des parteilichen Marktes) und 45 - 71 (Kant, Weber u.a).

[116] Peter Ulrich (2005), S. 84 (Mensch als soziales Wesen), 86 (Wirtschaftsbürgerrechte) - 87 (Macht des Geldes), 92 (dritter Weg einer anständigen Gesellschaft) und 94 - 96 (Wirtschaftsbürgerrechte).

[117] Peter Ulrich (2005), S. 111 - 117 (persönliche Tugenden) und 128 - 157 (Unternehmensethik), bes. S. 128 (Good Corporate Citizens) und 151 (moralisch begrenztes Gewinnstreben).

marktgott" und durch die transnationalen Global Player rückgängig zu machen. Die u.a. von Hayek vertretene „altliberale Metaphysik des Marktes" sollte also durch die ordoliberale und auch von Polanyi vertretene Einsicht ersetzt werden, dass der Rechtsstaat und in zunehmendem Maße auch internationale Institutionen „unabdingbare konstitutive und komplementäre Funktionen für jede Marktwirtschaft" erfüllen müssen. „Die Vordenker des so verstandenen Ordoliberalismus, namentlich Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, weniger eindeutig Walter Eucken, vertreten daher ausdrücklich den Primat der politischen Ethik vor der ökonomischen Logik des Marktes." Abgesehen davon, dass Eucken keineswegs weniger klare Gedanken zum Ordoliberalismus beitrug als Röpke und Rüstow, hatte Ulrichs Erinnerung an die Potenziale des Ordoliberalismus zweifellos ihre Berechtigung; aber in seinen Vorstellungen von den Grundrechten der Wirtschaftsbürger in einer „zivilisierten ... lebensdienlichen Marktwirtschaft" und deren „Randnormen" fehlte noch jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit, die Souveränität des kapitalistischen Geldes gegenüber den Menschen und der Natur aufzuheben und allen Menschen im Rahmen ökologischer Begrenzungen *gleiche* Rechte auf die Teilhabe an sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verschaffen. Zwar hat Ulrich die Unterschiede zwischen dem Paläo-, Neo- und Ordoliberalismus deutlich herausgearbeitet und seine Vorstellungen von einer „vitalpolitisch orientierten Global Governance mit weltweiten Menschenrechts-, Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards" sind auch gewiss nicht falsch; aber ihnen haftet der Charakter einer bloß zweitbesten Lösung an.[118]

Auch in seiner 2009 unter dem Eindruck der großen Weltfinanzkrise gehaltenen Abschiedsvorlesung ging Ulrich nicht nochmals auf den kurz zuvor an anderer Stelle thematisierten „Geldkomplex" ein. Dabei betrachtete er es als die große Aufgabe der Ökonomie und Wirtschaftsethik, der gerade „außer Rand und Band" geratenen Weltwirtschaft einen neuen Rand und ein neues Band zu verschaffen, also eine „Einbindung der ökonomischen ‚Sachlogik' in zwischenmenschliche Verbindlichkeiten (des Anstands, der Verantwortung, der Solidarität und der Gerechtigkeit)." Ulrichs erneute Anknüpfung an den Ordoliberalismus hätte zugleich einer Erweiterung in dem Sinne bedurft, dass der Wirtschaft und Gesellschaft

a) mit einem reformierten Geld ein neues Band gegeben wird, das ihre sog. Systemrationalität und die ökonomische Vernunft von Grund auf ändert, indem sie der Wirtschaftlichkeit den Vorrang vor der Rentabilität gibt. Und

---

[118] Peter Ulrich (2005), S. 151 (Ordnungsethik), 161 (entgrenzter Wettbewerb und Entmachtung der Politik) - 164 (Finanzmarktgott), 169 (Paläo-, Neo- und Ordoliberalismus) sowie 170 - 172 (Ordoliberalismus), 174 und 176 (zivilisierte, lebensdienliche Marktwirtschaft), 178 (Global Governance). - Nur Hans Georg Nutzinger unternahm in der „Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik" noch einen Versuch, die Bodenrechts- und Geldreform in den wirtschaftsethischen Diskurs einzubringen; vgl. seine Rezension des Buches „Silvio Gesell: Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat - Werkauswahl zum 150. Geburtstag", in: ZfWU Nr. 1/2014, S. 154 - 158.

b) würden sie mit einem gleichen Recht aller Menschen auf die Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen innerhalb ökologischer Grenzen einen neuen Rand erhalten.

Genau diese Reformen hätten den Kern einer von Ulrich zu Recht geforderten „neutralen öffentlichen Grundordnung" bilden können, „die rechtsstaatlich durchzusetzen ist als Ermöglichungsbedingung eines bunten gesellschaftlichen Pluralismus der Lebensformen und Weltanschauungen auf der Ebene der gleichberechtigten, unantastbaren Privatsphäre aller Bürger". Ohne diese Reformen fehlen die materiellen Voraussetzungen für die von Ulrich als Alternative zur „korrektiven Sozialpolitik" geforderte Schaffung von „fairen Chancen für alle auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Existenzsicherung". Die „emanzipatorischen Wirtschaftsbürgerrechte" bleiben unter diesen Umständen ein Torso und ein „Bürgersinn" in Gestalt eines Gefühls der Mitverantwortung eines jeden einzelnen Menschen für die ganze Gesellschaft und für die Erde kann sich ebenfalls nicht voll entwickeln, solange das Wirtschaftsleben von struktureller Ungerechtigkeit durchsetzt bleibt und Sonderinteressen von einigen auf Kosten der Allgemeinheit durchgesetzt werden können.[119]

Weil sich nicht nur der von Ulrich in St. Gallen initiierte Ansatz der Integrativen Wirtschaftsethik, sondern der gesamte wirtschaftsethische Diskurs in der vergangenen Jahren sehr auf eine systemimmanente Unternehmensethik fokussiert haben („Corporate Social Responsibility"), versuchte die neuere Geld- und Bodenrechtsreformbewegung, sich einen Überblick über das ganze Spektrum wirtschaftsethischer Positionen zu verschaffen.[120] Eine detaillierte wirtschaftsethische Begründung für ihre Reformvorschläge und eine Darstellung ihrer Auswirkungen auf das Verständnis von wirtschaftlicher Rationalität stehen noch aus.

- Sehr positiv rezipierte die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung auch die Kritik des Psychiaters und Psychotherapeuten Joachim Bauer an der These der neodarwinistischen Soziobiologie vom „Kampf egoistischer Gene" im Kampf ums Dasein. Dem früheren Sozialdarwinismus ebenso wie der neueren Soziobiologie hielt Bauer das von neurobiologischen Studien gestützte Bild des Menschen entgegen, „dessen zentrale Motivationen auf Zuwendung und gelingende mitmenschliche Beziehungen gerichtet sind. ... Wir sind auf soziale Resonanz und Kooperation angelegte Wesen. ... Nichts spricht dafür, dass Gene ‚kämpfen'. ... Gene sind sowohl in ihrer Beziehung untereinander als auch gegenüber der Umwelt ein kooperierendes Netzwerk. ... Das Streben des Menschen nach Zuwendung und Kooperation bildet den Kern des menschlichen Daseins."[121]

---

[119] Peter Ulrich (2009), S. 1 (Rand und Band), 7 (Polanyi), 13 (neutrale öffentliche Grundordnung), 15 - 17 (faire Chancen und Bürgerrechte, korrektive Sozialpolitik, Bürgerrechte und Bürgersinn).

[120] Hans-Günter Wagner (2017a), S. 11 - 20, und (2017b), S. 50 - 58, bes. S. 53: „Kennzeichnend für den gegenwärtigen Diskurs im deutschsprachigen Raum ist die Schwerpunktsetzung auf das Handeln betrieblicher und staatlicher Akteure."

[121] Joachim Bauer (2006), S. 7 - 8 und 21 - 22 (kooperative Gene) sowie S. 133 - 135, 153, 160 und 179. - Vgl. hierzu auch Eva-Maria Hubert (2008), S. 59 - 61.

Auch ohne die Geld- und Bodenrechtsreformgedanken zu kennen, kam Bauer ihnen mit seiner Auffassung entgegen, dass die gesellschaftliche Realität diesem Menschenbild noch nicht entspreche, weil eine „gesellschaftliche Ideologie" vorherrsche, „die auf maximale Kapitalverzinsung, die Wahrung individueller Vorteile und kurzfristige Ausbeutung menschlicher Ressourcen eingeengt ist." Den Primat der Kapitalverzinsung machte Bauer also dafür verantwortlich, dass der kapitalistische Verdrängungswettbewerb noch nicht in eine Balance von fairem Wettbewerb und Kooperation übergehen konnte. „Oberste Maxime" müsse es deshalb werden, „dass Kooperation und Menschlichkeit vor maximaler Rentabilität rangieren." Allerdings beschränkte sich Bauer abschließend auf die realpolitisch-pragmatische Forderung, dass innerhalb der bestehenden hierarchisch organisierten Unternehmen mehr Wert auf Kooperation zwischen der Leitung und der Belegschaft gelegt werden müsste.[122]

Bislang prallen solche Appelle jedoch am Primat der Rentabilitätsmaximierung ab oder sie werden in Maßnahmen eines sog. Corporate Social Responsibility umgemünzt, die das Image der Großunternehmen verbessern sollen, ohne das Rentabilitätsprinzip anzutasten. Noch dreht sich das Denken insbesondere der Evolutorischen Ökonomik nicht mehr nur um die Vorstellung der Ökonomie vom Menschen als eines homo oeconomicus, sondern um das Verständnis der wirtschaftlichen Evolution als eines Prozesses, bei dem hierarchisch strukturierte Großunternehmen auf vermachteten Märkten mit einer „Selektionsdynamik" (!) in einem monopolistischen „Kampf ums Dasein" stehen. Darin behaupten sie sich mit den Mitteln der Werbung und eines aggressiven Marketings und erzielen mit Hilfe von fortwährenden Innovationen zum Beispiel in den Bereichen der Gen- und Biotechnologien im Sinne von Schumpeters „schöpferischer Zerstörung" jene Produktivitätsfortschritte und Wohlstandssteigerungen, die letztlich als Legitimation dieser Form des Wirtschaftens dienen.[123] Demgegenüber erfordern eine echte „soziale Resonanz und Kooperation" (Bauer) in der Wirtschaft ein in seiner Grundstruktur verändertes Geld, das

a) die Anbieter und Nachfrager in eine unmittelbare „soziale Resonanz" miteinander bringt statt sie wie bisher sowohl miteinander zu verbinden als sie auch voneinander zu trennen und das

b) einen Übergang von hierarchischen Großunternehmen zu egalitären kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht, in denen die Menschen auf gleicher Augenhöhe kooperieren und die in einem fairen Wettbewerb miteinander stehen.

- Aus der Sicht der Geld- und Bodenrechtsreform kritisierte Norbert Rost den primär eigennützigen, nur auf seine Nutzenmaximierung bedachten homo oeconomicus als „Fiktion der Standardökonomie". „Dieses Modell menschlichen Han-

---

[122] Joachim Bauer (2006), S. 196 (Vorrang der Rentabilität vor der Kooperation) und 203 (Vorrang der Kooperation vor der Rentabilität) - 207; vgl. auch S. 21.

[123] Zur Evolutorischen Ökonomik vgl. Werner Onken (2007b), Kap. 6.2 und Ulrich Witt (2006), S. 26 - 27 (Selektionsdynamik) und 32 - 35 (Innovationswettlauf).

delns vereinfacht die ökonomische Welt und erlaubt die Übertragung mechanischer und mathematischer Methoden in die Wirtschaftswissenschaft." In Anknüpfungen an die Spieltheorie und die neueren Forschungszweige der experimentellen Ökonomie und Neuroökonomie verwies Rost auf die Wirksamkeit des Prinzips der Gegenseitigkeit und der Reziprozität in wirtschaftlichen Beziehungen: „Wie Du mir, so ich dir." Der Mensch sei ein „homo cooperativus" und werde in seinem wirtschaftlichen Verhalten von dem Wunsch nach wechselseitiger Fairness geleitet statt vom bloßen Streben nach eigenen Vorteilen. „Nach diesem Menschenbild steht beim menschlichen Fühlen und Handeln der kooperative Gedanke im Vordergrund. Er basiert auf der Erfahrung von Sympathie zwischen uns Menschen und der sich daraus ergebenden gegenseitigen Hilfe sowie der Ablehnung der Herrschaft des Menschen über den Menschen mittels autoritärer Systeme." Ähnlich dem Freiheitsbegriff von Suhr plädierte Rost für ein stärkeres Bewusstsein der universalen sozialen und ökologischen Vernetztheit eines jeden Menschen, das seine „Abgrenzung zwischen Ich und Nicht-Ich" transzendiert. „Sich selbst bewusst zu machen, dass absolute Unabhängigkeit in einer vernetzten Welt unmöglich ist, fördert das Verantwortungsgefühl auch für jene Dinge und Entwicklungen, die sozial, räumlich und/oder zeitlich weit weg erscheinen."[124]

An der experimentellen Ökonomie kritisierte Rost allerdings auch, dass in ihren „Experimenten immer um Geld gespielt wird" und dass eine erst noch herzustellende Neutralität dieses Geldes als bereits bestehend unterstellt werde. Und die neuroökonomische „Durchleuchtung des menschlichen Gehirns für ökonomische Erkenntnisse" erschien ihm als sehr fragwürdig, „da das bisher einzige Anwendungsfeld unter dem Stichwort ‚Neuromarketing' bekannt ist."[125]

- Bislang gibt es noch keinen Versuch seitens der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung, eine Verbindung zwischen ihr und der modernen Hirnforschung herzustellen. Jedoch enthalten die Ausführungen des Neurobiologen Gerald Hüther entsprechende Anknüpfungspunkte. Ähnlich wie Joachim Bauer in seiner Kritik an der Soziobiologie und Martin Nowak in seinen evolutionstheoretischen Forschungen über die „kooperative Intelligenz" betrachtet auch Hüther die Menschen als „miteinander verbundene, voneinander abhängige und aneinander wachsende Einzelwesen", die trotz aller Individualität ohne ein tragfähiges Beziehungsgeflecht nicht lebensfähig sind. Weil das menschliche Gehirn von Beginn an durch Erfahrungen mit Eltern, Familienangehörigen, Lehrern, Arbeitskollegen usw., d.h. durch Eindrücke von außen geprägt wird, betrachtet Hüther jedes ‚einzelne' Gehirn als ein „Sozialorgan" aus komplexen „neuronalen Verknüpfungen" und „synaptischen Netzwerken". Genau genommen gibt es also gar keine einzelnen Gehirne, sondern nur ein hochgradig komplexes gesellschaftliches Netzwerk von Gehirnen, in dem

---

[124] Norbert Rost (2008), S. 50 (homo oeconomicus), 54 (homo cooperativus) und 57 - 58 (Netzbewusstsein).

[125] Norbert Rost (2008), S. 53 (experimentelle Ökonomie) und 54 (Marketing als Zweck der Neuroökonomie).

sich unzählige Bedürfnisse - nicht zuletzt auch das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu Gemeinschaften - , Gefühle, Denkanstöße und Erfahrungen gegenseitig beeinflussen. „Wo also beginnt und wo endet das menschliche Gehirn", wenn alle Gehirne gleichsam fließend ineinander übergehen und ein unteilbares Ganzes darstellen? Und das Fließgleichgewicht zwischen jedem Ich und seiner Bereitschaft zur Anpassung an seine Umgebung ist Hüther zufolge dann am stabilsten, wenn niemand von Not, Elend und Existenzängsten bedrängt wird. Besonders Existenzängste in Zeiten mit sozialen Auflösungserscheinungen können ein geradezu archaisches Klammern an Familienbande sowie an Pseudogemeinschaften und Sekten auslösen. „Verbundenheit entsteht jenseits von Angst und Not."[126]

Ökonomische Ungleichgewichte führen demnach unweigerlich zu „Störungen des emotionalen Gleichgewichts. ... Viele Probleme, die unser Zusammenleben so schwer machen ... , sind in den letzten Jahren eher größer als geringer geworden." Nach Auffassung von Hüther „sind wir auf unserer Suche nach einem glücklichen und sinnerfüllten Leben vom Weg abgekommen" und haben uns in Sackgassen „verrannt" - besonders in die Vorstellung, dass Menschen wie Maschinen zu funktionieren hätten und im Falle von Funktionsstörungen von Ärzten repariert werden könnten. Die „Interessen des Wirtschaftssystems" mit ihrem vom Wettbewerb erzeugten Leistungsdruck hätten die Menschen in die „abstrusesten Spezialisierungen" hineingetrieben. Hüthers Forderung nach einem „Abschied vom Machbarkeitswahn" hat unzweifelhaft ihre Berechtigung. Aber hat nicht gerade Marx, dem Hüther eine Referenz erweist, diesen Machbarkeitswahn mit seinem Glauben an die Planbarkeit des gesamten Wirtschaftslebens geradezu auf eine Spitze getrieben? Jedenfalls stellt Hüthers möglicherweise von Marx übernommene undifferenzierte Abneigung gegen den Wettbewerb eine ebenso undifferenzierte Reaktion auf die einseitige ideologische Überhöhung des Marktes durch seine neoliberalen Protagonisten dar und sie übersieht die Möglichkeit einer Unterscheidung zwischen dem bestehenden monopolistischen Verdrängungswettbewerb, der die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer spaltet, und der Realutopie eines monopolfreien Wettbewerbs in einer Gesellschaft ohne Verlierer, der sich auch mit kooperativem Handeln verträgt.[127]

Mit den Mitteln der Hirnforschung möchte Hüther auch zu einem Ausstieg aus dem „sozialen Hamsterrad der von uns selbst geschaffenen Organisations- und Verwaltungsstrukturen" und zu einem „Wechsel von einer Gesellschaft der Ressourcenausnutzung zu einer Gesellschaft der Potenzialentfaltung mit mehr Raum und Zeit für das Wesentliche" beitragen. Da er jedoch zum einen nicht so weit geht,

---

[126] Martin A. Nowak & Roger Highfield (2013). - Gerald Hüther (2011/2017), S. 19 (Menschen als verbundene Einzelwesen), 37 und 40 (neuronale Verknüpfungen), 44 (Gehirn als Sozialorgan), 56 (Balance zwischen Ich und Anpassung) sowie 23 - 27 und 69 (Existenzängste und archaische Reflexe).

[127] Gerald Hüther (2011/2017), S. 66 (Probleme des Zusammenlebens), 69 (Marx), 71 (emotionale Gleichgewichtsstörungen), 77 (Reparaturmedizin), 80 - 82 (Wettbewerb und Leistungsdruck), 85 - 86 (Machbarkeitswahn, Zunahme von Problemen), 104 („Wir sind keine Maschinen."), 111 (verlorene Orientierung) und 158 (Friedrich Engels).

das „alle Bereiche durchdringende Wirtschaftssystem" mit seinem gnadenlosen Wettbewerb und Leistungsdruck völlig abschaffen zu wollen, und da ihm zum anderen die Perspektive eines monopolfreien und kooperativen Wettbewerbs noch unbekannt ist, bleibt ihm am Ende nur die Möglichkeit, innerhalb der falschen Verhältnisse Anregungen für kleine Schritte zur sinnvolleren Gestaltung des Lebens in den Familien und Schulen sowie in der Arbeitswelt zu geben. „In jedem einzelnen Menschen steckt mehr als das, was bisher aus ihm ... geworden ist. ... Statt so weiterzumachen wie bisher, könnten wir auch versuchen, über uns hinauszuwachsen." Da besonders Kinder große Potentiale für eine bessere Zukunft mitbringen, konzentriert sich Hüther bei den Schlussfolgerungen aus seinen neurobiologischen Befunden auf die Erziehung und Bildung.[128]

Dies ist zweifellos von großer Bedeutung, bleibt aber letztlich im begrenzten Rahmen individuellen Handelns und reicht noch nicht an die falschen gesellschaftlichen Strukturen heran. Um den von Hüther angestrebten Übergang aus dem „sozialen Hamsterrad" der „auf maximale Ressourcenausnutzung orientierten Gesellschaft" in eine „Gesellschaft der Potentialentfaltung" auch auf der Ebene der Gesamtstrukturen vorzubereiten, könnte es hilfreich sein, sich zusätzlich zum sozialen Charakter eines jeden menschlichen Gehirns auch noch das Geld als ein überindividuell-gesellschaftliches ‚Gesamtgehirn' vorzustellen. Von da aus könnte es dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Überlegung sein, dass das Geld in seiner bisherigen Gestalt nicht nur verbindend, sondern auch sozial spaltend wirkt und dass es erst noch zu jenem Medium der gesellschaftlichen Selbstorganisation umgeformt werden muss, das gerechte und gleichgewichtige ‚Verschaltungen' im quasi sozioökonomisch-neuronalen Netzwerk des Preiskosmos vorzunehmen vermag. Ein durch eine Geldreform herbeigeführter geschlossener Kreislauf eines stetig zirkulierenden Geldes und ein durch die Bodenrechtsreform herbeigeführtes im Durchschnitt unentgeltliches Daseinsrecht aller Menschen auf dieser Erde könnten allen Menschen jene von Not, Elend und Existenzängsten freie Sicherheit des gleichberechtigten Dazugehörens zum Ganzen geben, die sie brauchen, um - statt in Krisensituationen als beschädigte Individuen auf „archaische Notfallprogramme im Hirnstamm" zurückzugreifen - im Sinne von Suhrs „Freiheit durch Geselligkeit" als selbstsichere, freie und gleiche Individuen ein stabiles und weltoffenes „Wir-Gefühl" entwickeln zu können. Solche Reformen könnten Hüthers Bestreben, auf individueller Ebene „Brücken zu bauen und Vertrauen zu stiften", auf sozialer Ebene unterstützen und das Gefühl der Menschen von „Geborgen- und Gehaltensein in der Welt" stärken. Insofern erweitern sie den Ansatz der Hirnforschung, „in Beziehungen zu denken und in Beziehungsfähigkeit zu investieren".[129]

---

[128] Gerald Hüther (2011/2017), S. 11 (menschliche Potentiale), 114 (soziales Hamsterrad), 120 (Wirtschaftssystem), 122 (menschliche Potentiale), 145 (Potentialentfaltung) und 161 - 171 (Erziehung und Bildung).

[129] Gerald Hüther (2011/2017), S. 25 - 27 (Verbundenheit und Wir-Gefühl), 118 (Notfallprogramme), 119 (Brücken und Vertrauen), 124 - 125 (Sicherheit, Gehaltensein), 126 (soziales Hamsterrad) - 127 (Beziehungsfähigkeit), 137 - 140 (Wir-Gefühl) und 145 (Gesellschaft der Potentialentfaltung).

Eine Umformung des Geldes zu einem „inneren Band", das die „menschliche Gemeinschaft ... zusammenhält" und eine dauerhafte „soziale Resonanz" gewährleistet, wäre im Gegensatz zum Glauben an eine Planbarkeit aller wirtschaftlicher Vorgänge keine Neuauflage des von Hüther zu Recht kritisierten „Machbarkeitswahns". Sie würde das Geld von seinem widersprüchlichen Doppelcharakter als dienendes Tauschmittel und strukturell herrschenden Machtmittel befreien und es in ein Mittel der gewaltfreien ökonomischen Kommunikation umwandeln, das keine leistungslosen Kostenfaktoren mit in die dezentralen Preisbildungsprozesse mehr einschleust und das jeden Handel zu einem fairen Handel mit wirklich fairen Preisen macht. Die Einsicht, dass Märkte eine gerechte rechtsstaatliche Rahmenordnung des Zugangs zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen brauchen, um den sozialdarwinistischen Verdrängungswettbewerb zu überwinden und zu einer „vollständigen Konkurrenz" (Eucken) zwischen vielen kleinen und mittleren, auch miteinander kooperierenden Mitbewerbern werden, wäre eine Erweiterung des ordoliberalen „Denkens in interdependenten, sich selbst steuernden Ordnungen", für die eine in das Soziale ausgeweitete Hirnforschung vielleicht noch einmal eine Unterstützung liefern wird.[130]

13.4 Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten

Gerade die urliberale Marktform des vollständigen, d.h. von mächtigen Mono- und Oligopolen freien Wettbewerbs, die sowohl von Marx & Engels und ihren Nachfolgern als „planlos-anarchische Konkurrenz" als auch von späteren Neoliberalen als „Schlafmützenkonkurrenz" (Friedrich A. Lutz) belächelt wurde, könnte diejenige dezentralisierte Marktform werden, die sich nahtlos in soziale und ökologische Lebenswelten einbetten lässt, d.h. sie könnte sich nach langen Umwegen der privaten und staatlichen Kapitalkonzentration und des generellen Misstrauens gegen den Markt als solchen schließlich - angereichert mit kooperativen Elementen - als erstrebenswertes Ziel einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" erweisen.

Diese einzige Marktform, in der Wettbewerbsfähigkeit nicht gleichbedeutend ist mit einer Verdrängung von Schwächeren durch Stärkere, nämlich die Marktform der vollständigen Konkurrenz, war jedoch nach der ersten systematischen Darstellung ihrer „konstituierenden Prinzipien" durch Walter Eucken jahrzehntelang kein Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen mehr. Ihre Voraussetzungen - freier Marktzutritt, umfassende Informationen über die Märkte und Anpassung der Anbieter an die von den Nachfragern gewünschten Mengen und Qualitäten von Gütern - galten als unerfüllbar und darum als weltfremd.

---

[130] Gerald Hüther (2011/2017), S. 85 (Machbarkeitswahn) und 181 (inneres Band der Gesellschaft). - Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Buch „Der symbiotische Planet - wie die Evolution wirklich verlief" von Lynn Margulis (Frankfurt/M. 2018).

Nachdem aber die kanadische Journalistin Naomi Klein bereits um die Jahrtausendwende in ihrem globalisierungskritischen Buch „No Logo" gegen die markenrechtliche Grundlage der Marktmacht von Global Playern gekämpft hatte, führte Euckens Enkel Walter Oswalt (1959-2018) die Machtbasis der Konzerne in seinem Buch „No Mono" (2017) nicht nur auf das Markenrecht zurück, sondern mehr noch auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft und auf die Beschränkung der Haftung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns. Der Untertitel seines Buches „Kapitalismus ohne Konzerne" ist allerdings irreführend, denn Oswalt wollte gerade keinen Kapitalismus, sondern eine „konzernfreie Marktwirtschaft" mit einer „gleichen Freiheit für alle". Ganz im Sinne des frühen Ordoliberalismus lautete Oswalts zentrale Aussage: „Nicht der Missbrauch von Konzernmacht, die Existenz der Konzerne selbst ist das Problem." Die ordoliberalen Zweifel an der politischen Kontrollierbarkeit von wirtschaftlicher Macht erhalten ihre Bestätigung nicht zuletzt durch die Einflussnahme der Konzerne auf die Gesetzgebung und ihre systematische Vermeidung von Steuerzahlungen.

Im vorherrschenden neoliberalen Glauben an die Selbststeuerungsfähigkeit der monopolistisch vermachteten Märkte und an die Kontrollierbarkeit der konzentrierten Macht von Agrar-, Chemie- und Pharma-, Energie-, Rüstungs- und Internetmultis sah Oswalt sehr zu Recht eine Pervertierung des Ordoliberalismus in sein Gegenteil. „Die Neoliberalen sind heute die mächtigsten Feinde der Freiheit", weil sie ihre Machtinteressen mit einer (schein-)liberalen Rhetorik ummänteln. Um dem von Hayek und anderen verwässerten Liberalismus wieder einen „starken Liberalismus" entgegenzusetzen, hat Oswalt wichtige Quellentexte von Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow in der „Edition Zweite Aufklärung" neu herausgegeben.[131] Mit einer „Politischen Ökonomie der Machtminimierung" wollte er Euckens Ziel einer „vollständigen Konkurrenz", d.h. eines Wettbewerbs mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen ohne jede marktbeherrschende Konzernmacht wiederbeleben. Dieses Ziel einer „antimonopolistischen Transformation" stellte Oswalt sowohl dem vorherrschenden neoliberalen Marktfundamentalismus als auch den staatsinterventionistischen Denkrichtungen entgegen und hoffte insbesondere, den oftmals noch in der „Sackgasse der alten Linken" steckenden globalisierungskritischen Bewegungen eine neue ordnungspolitische Orientierung geben zu können.[132]

Um die ursprüngliche ordoliberale Perspektive zu untermauern, erinnerte Oswalt an einige ideengeschichtlichen Vorläufer aus der „Tradition des individualistischen Sozialismus" während der Zeit der großen bürgerlichen Revolutionen in England, in den USA und in Frankreich. Besonders hob er Thomas Paine hervor, der die Sklaverei bekämpfte und mit seiner Schrift „Common Sense" einen er-

---

[131] Walter Oswalt (2017), S. 16 (konzernfreie Marktwirtschaft, gleiche Freiheit), 24 (gleiche Freiheit), 45 (nicht Machtmissbrauch ist das Problem, sondern die Existenz der Macht), 56 (Neoliberalismus als Feind der Freiheit), 110 (starker Liberalismus) und 129.

[132] Walter Oswalt (2017), S. 8 - 22, 25 und 58 (politische Ökonomie der Machtminimierung, antimonopolistische Transformation, Sackgasse der Linken).

heblichen Einfluss auf die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776 hatte, und die sog. „Antifederalists". Allerdings erwähnte Oswalt nicht, dass Paine in seiner Schrift „Agrarian Justice" auch schon erste Anregungen für Bodenreform- und Grundeinkommensüberlegungen gab. Bei den englischen Vorläufern verwies er besonders auf die Bewegung der Leveller, die der Privatisierung des „common land" entgegentraten, und verwies auch auf John Stuart Mill. Und von den französischen Vorläufern schätzte er besonders die antimonopolistischen Bestrebungen des „Cercle social" und der Zeitschrift „L'Atelier", deren Mitarbeiter in Anlehnung an die Frühsozialisten Buchez und Saint-Simon für ein soziales Unternehmertum sowie für Produktionsgenossenschaften eintraten. Schließlich finden sich in Oswalts Wegweisung in die Richtung einer „egalitären Form der Modernisierung" auch Anklänge an die neuere „Small is beautiful"-Bewegung von Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich sowie an die verschiedenen Ansätze selbstverwalteter Unternehmen.[133]

Leider ging Oswalt bei alledem nicht weiter auf die Kritik der Vorläufer eines „starken Liberalismus" am privaten Bodeneigentum bzw. an der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten als leistungslosen Einkünften ein. Dabei war es ihm durchaus ein wichtiges Anliegen, den „unerfüllten Auftrag der gestürzten Demokratien" im Iran 1953, in Guatemala 1954 und in Chile 1973 „dem Vergessen zu entreißen". Angesichts des gegenwärtigen Landgrabbings „ahnen wir, wie aktuell das Vermächtnis dieser strangulierten Revolutionen und ihrer Agenda ist."[134]

Ebenso bedauerlich ist, dass Oswalt den Gedankenhorizont des ursprünglichen Ordoliberalismus auch nach der Finanzkrise von 2008 nicht stärker in die Richtung einer Kritik an der dem Geld innewohnenden strukturellen Macht und Akkumulationskraft ausweitete, obwohl - wie er zutreffend feststellte - die Finanzmärkte mit ihrer Macht in zunehmendem Maße die politische Gewaltenteilung unterlaufen. Als Antriebskräfte der Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlicher Macht sah er nur die Beschränkung der Haftung von Aktiengesellschaften und deren Subventionierung durch den Staat, aber nicht die Kraft des Geldes bzw. des Geldkapitals, sich durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Dabei hat diese Form der Konzentration von leistungslosen Einkünften zusammen mit der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten die Grundlage für die Überdimensionierung von Unternehmen und deren Bedürfnis geschaffen, sich der Haftung für die immensen Folgen ihres Handelns und ihrer Steuerpflichten zu entziehen.[135]

Ohne eine Kritik an der problematischen Struktur des Geldes beließ es Oswalt bei der Forderung nach einem „Finanzsystem, in welchem alle sogenannten sys-

---

[133] Walter Oswalt (2017), S. 20 (bürgerliche Revolutionen), 25 (Schumacher und Small is beautiful), 40 (Illich), 109 - 114 (Paine und die Antifederalists, Levellers), 114 - 116 (Cercle Social, L'Atelier) und 118 (Mill).

[134] Walter Oswalt (2017), S. 72 - 73 (weggeputschte demokratische Regierungen im Iran, in Guatemala und in Chile; Landgrabbing).

[135] Walter Oswalt (2017), S. 26 und 32 (Haftungsbeschränkungen und staatliche Subventionen), 130 - 132 (politische Gewaltenteilung) und 145 (Beschädigung der Demokratie durch die Finanzmärkte).

temrelevanten Banken in einem Maße schrumpfen, bis sie nicht mehr ‚too big to fail' sind", sowie nach Vermögens- und höheren Erbschaftssteuern. Ansonsten erinnerte er an Euckens „konstituierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung", vor allem an das Plädoyer für eine Aufhebung der Haftungsbeschränkungen und der im Patent- und Markenrecht verfestigten Privilegien, ging aber nicht darüber hinaus. Dem „Goodbye Lenin" soll nun auch ein „Goodbye Coca-Cola, Goodbye Google, Goodbye Gazprom" folgen, um Platz zu schaffen für „die große Vision einer Gesellschaft der Selbstständigen im vollen Sinn des Begriffs". Eine wirklich freie Marktwirtschaft soll frei werden nicht nur von sozialistischen Kombinaten, sondern auch von kapitalistischen Konzernen. Nach dem Vorbild der früheren US-amerikanischen Anti-Trust-Politik soll generell eine „Zivilisierung der Märkte" eingeleitet werden. „Eine jedweder Macht feindliche Wirtschaftsverfassung sollte ausschließlich den Wettbewerb legitimieren. Ohne Sozialisierung von Verlusten, ohne Haftungsbeschränkung, ohne Protektion durch Diktaturen und Subvention durch Demokratien, ohne ökologischen Raubbau, ohne militärischen Schutz und ohne rechtliche Privilegien - auf tatsächlich freien Märkten hätte kaum einer der großen Konzerne die Chance zu existieren."[136]

Obwohl Oswalt Euckens ordoliberale „konstituierende Prinzipien" eines monopolfreien Wettbewerbs nicht um eine Kritik des geltenden Bodenrechts und des bestehenden Geldwesens erweiterte, leistete er mit seinem Buch „No Mono" einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung darüber, dass es dem Neoliberalismus gelungen ist, „durch Etikettenschwindel eine am Interesse von Konzernen orientierte Politik als liberalen Freiheitskampf zu verkaufen. Der Neoliberalismus vertritt eine politische Ökonomie, die das Gegenteil der Ökonomie des ursprünglichen Liberalismus ist", und entpuppt sich als ein „falscher Freund der Offenen Gesellschaft".[137] Ein „starker Liberalismus" erfordert also - wenn er jedwede Form von wirtschaftlicher Macht überwinden und die Freiheit auf sozialer Gleichheit gründen will - nicht nur einen Abbau der Privilegien im Gesellschafts-, Haftungs-, Marken- und Patentrecht. Wo Oswalts „antimonopolistischer Imperativ" vorzeitig endete, erfordert er auch noch, gleichsam im Stockwerk darunter, einen Abbau der Privilegien im Zugang zur privaten Nutzung der gemeinschaftlichen natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen.

Während die boden- und ressourcenrechtlichen Bedingungen einer vollständigen Konkurrenz bislang noch nicht wettbewerbstheoretisch betrachtet worden sind, hat Fritz Andres in Anknüpfung an Proudhon, George, Oppenheimer, Gesell, Key-

---

[136] Walter Oswalt (2017), S. 10 (Anti-Trust-Politik und Zivilisierung der Märkte), 14 (Finanzsystem), 20 (Vermögens- und Erbschaftssteuern), 50 (Goodbye), 58 (Gesellschaft der Selbstständigen), 61 (weder privater noch staatlicher Monopolismus), 64 (Haftungs-, Marken- und Patentrecht, Subventionen) und 78 (Leistungs- statt Machtwettbewerb). – Zum „komplexen Subventionsdickicht, durch das private Konzerne mit Steuergeldern kontinuierlich gefördert werden", vgl. auch Fabian Scheidler (2015), S. 57 – 64, und die Anm. 171.

[137] Walter Oswalt (2017), S. 85 (Neoliberalismus vs. ursprünglicher Liberalismus) und 106 (Neoliberalismus als falscher Freund der Offenen Gesellschaft).

nes und vor allem Franz Böhm eine erste Begründung geliefert, warum es für eine Verwirklichung des ordoliberalen Leitbilds des vollständigen Wettbewerbs notwendig ist, den „Defekt unseres Geldwesens" als „eigentliche Quelle für die Vermachtungstendenzen der Wirtschaft" zu erkennen. Demnach wurde in der Moderne zwar die staatliche Macht an das Recht gebunden, so dass die alten feudalabsolutistischen Staaten in neue demokratische Rechtsstaaten übergehen konnten. Jedoch wurde es dabei versäumt, auch die privatwirtschaftliche Macht dem staatlichen Recht und Gewaltmonopol zu unterstellen, „obwohl private Macht in jeder Form ein Feind des Rechts ist". Auch die Gründer des Ordoliberalismus hätten noch nicht erkannt, dass eine in jeder Hinsicht „machtfreie Begegnung" zwischen den Anbietern und Nachfragern erst dann auf freien Märkten stattfinden kann, wenn eine völlige Parität zwischen dem Geld einerseits und den arbeitenden Menschen und den Produkten ihrer Arbeit andererseits hergestellt wird. Solange dies nicht geschehe, würden das strukturelle Übergewicht des Geldes über die Arbeit und ihre Erzeugnisse sowie die Störanfälligkeit und Unregelmäßigkeit der Geldzirkulation der gesamten Realwirtschaft den Charakter des Spiels „Die Reise nach Jerusalem" verleihen, in dem die Zahl der vorhandenen Stühle nicht für alle Mitspieler reicht. Aus Angst, in der nächsten Spielrunde keinen Stuhl zu bekommen, entwickeln *alle* Produzenten je nach ihren Möglichkeiten der Kapitalakkumulation und -konzentration und völlig unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion aggressive Strategien, durch ihr Größenwachstum und Fusionen sowie durch Marketing und Werbung die Märkte zu beherrschen und im rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb ‚wettbewerbsfähig' zu sein.[138]

In diesem Zusammenhang sprach Andres von einer „monetären Kernspaltung", bei der es sich genau genommen sogar um eine doppelte monetäre Kernspaltung handelt:

- Zum einen wird der Waren-Geld-Kreislauf im engeren Sinn durch die Möglichkeit seiner vorübergehenden Unterbrechung in sich gespalten und durch die Dominanz des Strebens nach einem G' auch noch in eine nach oben offene und instabile Spirale verwandelt.
- Und zum anderen wird der Geldkreislauf im weiteren Sinn auch noch durch die private Vereinnahmung der Bodenrente aus der Balance gebracht, so dass das Angebot und die Nachfrage sowohl mikro- als auch makroökonomisch in ein dauerhaftes Ungleichgewicht geraten.

Diese doppelte monetäre Kernspaltung führt zu einem unmittelbaren Marktversagen und mittelbar auch zu einem Staatsversagen, weil der Staat die Folgen des Marktversagens bislang nur durch unzureichende Maßnahmen einer sekundären

---

[138] Walter Oswalt (2017), S. 27 - 28 (antimonopolistischer Imperativ). - Fritz Andres (2009/2020a), S. 353 – 354 und 362 - 363 (Macht und Machtfreiheit, Defekt des Geldwesens, Parität und machtfreie Begegnung). Fritz Andres (2009/2020b), S. 367 und 374 - 375 (Reise nach Jerusalem) sowie 375 - 376 (Proudhon, Gesell und Keynes).

Umverteilung bekämpft statt von vornherein für eine ungestörte Primärverteilung zu sorgen - was aber notwendig wäre, um die für ein „funktionsfähiges Preissystem" (Eucken) erforderliche Gleichwertigkeit der Anbieter und Nachfrager und letztlich eine „Eliminierung von Macht aus der Wirtschaft" (Andres) zu erreichen. „Als Ergebnis kann man davon ausgehen, dass eine Reform, die diesen monetären Defekt behebt" (und von Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Marken-, Patent- und Steuerrechts begleitet wird),

- „die Tauschmärkte aus der Verfassung eines Existenzkampfes, einer Gewinner-Verlierer-Gesellschaft usw. befreien und in eine solche des Parallellaufs der Mitbewerber, in dem allein das ‚Leisten für andere' maßgebend wird, überführen und
- mittelfristig eine Umwandlung der Unternehmensverfassungen auslösen würde, die die Arbeiter aus der Abhängigkeit vom Unternehmer und diesen aus der Umklammerung durch das Kapital befreit und damit sowohl zu einer Dezentralisierung der Unternehmen als auch zu einer Dezentralisierung und Entflechtung der Gesamtwirtschaft entscheidend beiträgt."[139]

13.5 Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt - Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten

Ganz zweifellos ist es seit der Mitte des 20. Jahrhunderts dank des Einflusses der Gewerkschaften und der Sozialverbände sowie des staatlichen Handelns gelungen, die auf Kosten der Natur errungenen Produktivitätsfortschritte so zu verteilen, dass sich die Arbeitswelt schrittweise humanisieren ließ. Innerhalb der Hierarchie von Kapital und Arbeit, die vielerorts sogar etwas flacher wurde, ließ sich die Lage der abhängig Beschäftigten verbessern. Nach und nach ging die kapitalistische Lohnarbeit in ein sog. Normalarbeitsverhältnis über, das den Schrecken der Entfremdung der Arbeitenden von sich selbst zumindest scheinbar verlor. Durch Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte in den Betrieben sowie durch gesetzlichen Schutz vor den Risiken von Krankheit und Alter, durch Leistungen für Familien oder Arbeitslose unterschied es sich erheblich von der Lohnarbeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und erst recht von der früheren Sklaverei und Leibeigenschaft. Trotz all ihrer Rechte blieben die ‚freien' Arbeitnehmer/innen jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis - nicht nur mehr oder weniger ‚frei' in der Wahl ihrer Arbeitsplätze, sondern auch ‚frei' von eigenem Eigentum an Produktionsmitteln. Deren Konzentration in immer weniger Händen

[139] Fritz Andres (2009/2020a), S. 356 - 357 (Gleichwertigkeit der Anbieter und Nachfrager), 361 - 363 (Eliminierung von Macht, Umwandlung des Verdrängungs- in einen Leistungswettbewerb und Dezentralisierung der Unternehmen). - Fritz Andres (2009/2020b), S. 366 - 367 (monetäre Kernspaltung), 380 - 381 und 385 - 386.

von weltweit verflochtenen Großunternehmen schritt in den letzten Jahrzehnten der Globalisierung noch in großem Tempo voran.[140]

Nach einer zwischenzeitlichen Phase der sog. Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit haben sich die Kräfte zwischen ihnen während der letzten drei Jahrzehnte wieder eindeutig verschoben, und zwar zugunsten des Finanz- und Realkapitals. Zwar wurde die Humanisierung der Arbeitswelt nicht auf ganzer Linie zurückgenommen, aber der Arbeitsmarkt ist mittlerweile tief gespalten in einen ersten Arbeitsmarkt, auf dem Arbeitnehmerrechte noch weitgehend Bestand haben, und in einen zweiten Arbeitsmarkt, auf dem Menschen zur schleichend entrechteten, flexibilisierten Verfügungsmasse des hauptsächlich am shareholder value interessierten Kapitals geworden sind. „Man hat vom Investorenkapitalismus gesprochen, der sich neben dem älteren Managerkapitalismus und dem noch älteren Eigentümerkapitalismus geltend machte, diese zwar nicht verdrängend, wohl aber durchdringend." Im Zuge dieser „Fragmentierung der Arbeit" hat Jürgen Kocka zufolge auch ihre Flexibilisierung zugenommen: „Während 1970 die Relation zwischen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und die Summe der Teil- und Kurzzeitbeschäftigten, der befristet und geringfügig Beschäftigten ... in der Bundesrepublik Deutschland etwa 5:1 betrug, verschob sie sich bis 1990 auf 4:1 und bis heute auf etwa 2:1. Jeder Dritte arbeitet in Teilzeit, befristet, als Leiharbeiter oder in einem Minijob. Die Elastizität der Erwerbsarbeit und die Fluidität der Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Flexibilisierungszumutungen an die Einzelnen steigen."[141]

Dass diese Entwicklung in Einzelfällen auch individuelle Vorteile mit sich bringt, zum Beispiel für „neue Selbstständige" oder bei der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass sie gesamtgesellschaftlich und in globaler Perspektive, in deren Mittelpunkt die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Drittweltländer mit minimalen oder gar keinen sozialen und ökologischen Standards steht, eine soziale Rückwärtsentwicklung darstellt. Innerhalb der Hierarchie von Kapital und Arbeit spalten sich die hierarchischen Strukturen sowohl aufseiten des großen und kleineren Kapitals als auch aufseiten der abhängig Beschäftigten auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt sowie aufseiten der ‚industriellen Reservearmee' immer noch weiter auf. Angesichts des sich beschleunigenden strukturellen und technologischen Wandels verbreiten sich in den unteren Mittelschichten wie auch in den unteren Schichten Ängste vor einem Schwinden der Erwerbsarbeit, einem sozialen Abstieg in den prekären Niedriglohnsektor und überhaupt vor einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

---

140 In der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre spielt der Herrschaftscharakter von Organisationen allerdings keine Rolle. Darin werden Organisationen zwar auch als veränderbare „soziale Konstruktionen" mit hochkomplexen internen und externen sozialen Beziehungen betrachtet, aber nur unter institutional-instrumental-funktionalen Aspekten; vgl. hierzu Niklas Lang & Norbert Lang 2010, S. 8 - 38.

141 Jürgen Kocka (2015), S. 15 - 16. - Zu den Schattenseiten der flexibilisierten Arbeit im Kapitalismus vgl. auch Richard Sennett (1998/2008).

13.5.1 Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz

Ohne jede Erinnerung an technikkritische Debatten der 1970er und 1980er Jahre über eine Neutralität oder Nichtneutralität der Technik - nicht zuletzt der Atombomben und der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie - und über den Zusammenhang zwischen Technik und Herrschaft preisen die Protagonisten der „Vierten Industriellen Revolution" die Digitalisierung der Produktion geradezu euphorisch als Chance für eine Dezentralisierung von Produktionsprozessen an. Ihr Ziel ist es, „möglichst alle Elemente von Produktionsprozessen, die sie flankierenden Dienstleistungen und die verschiedenen Logistikprozesse durchgängig digital miteinander zu vernetzen. Das Stoffliche soll mit dem Digitalen verschmelzen. Von der lokalen Produktion bis zu globalen Wertschöpfungsketten soll sich alles dezentral über elektronisch eindeutig identifizier- und nachverfolgbare Produkte bzw. Produktkomponenten steuern lassen."[142]

Als Vorsitzender des Davoser Weltwirtschaftsforums erwartet Klaus Schwab gar ein allgemeines „Empowerment" der Menschen durch die „Vierte Industrielle Revolution". Eine solche „Ermächtigung beziehungsweise Befähigung zur Selbstbestimmung" werde alle Beziehungen zwischen den Menschen und dem Staat, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen großen und kleinen Staaten grundlegend verändern. „Ermächtigte Akteure werden sich als Teile eines weitverzweigten Machtsystems verstehen, das nur mit kooperativen Formen der Interaktion erfolgreich sein kann."[143]

Die Verheißungen der „Vierten Industriellen Revolution", die seit der Hannover-Messe 2011 auch unter dem Stichwort „Industrie 4.0" wie ein „digitaler Tsunami" verbreitet werden, lauten: „Smart Factory" und „Smart Service Welt". Auch ‚grüne' Verfechter einer ökologischen Modernisierung sehen in der „Vierten Industriellen Revolution" trotz der Überwachungsmöglichkeiten von Big Data und der Gefahren der Internetkriminalität[144] Chancen für die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit und für mehr ‚Nachhaltigkeit' des Wirtschaftens in einer „smarten grünen Welt". Allzu verlockend erscheinen offenbar die Möglichkeiten einer ‚Zusammenarbeit' von Menschen und Maschinen/Robotern, von 3D-Druckern, selbst fahrenden Autos sowie am Körper tragbaren digitalen Geräten wie Datenbrillen und sog. smarten Handschuhen, die das menschliche Handeln stressfrei steuern sollen.[145]

Abgesehen davon, dass die komplexen Auswirkungen einer „Vierten Industriellen Revolution" auf den Arbeitsmarkt noch weitgehend unübersehbar sind, stellt sie - auch in einer ‚grünen' Variante - lediglich eine Fortschreibung der vorangegangenen drei industriellen Revolutionen der Mechanisierung, der Elektrifizierung und

---

[142] Zu den technikkritischen Debatten vgl. Otto Ullrich (1977). - Sabine Pfeiffer (2015), S. 6 – 7, und Helmut Woll (2018), S. 3 – 10.

[143] Klaus Schwab (2016), S. 46.

[144] Vgl. hierzu Yvonne Hofstetter (2014) und (2016) sowie Constanze Kurz & Frank Rieger (2018).

[145] Sabine Pfeiffer (2015), S. 6. - Steffen Lange & Tilman Santarius (2018).

der Informatisierung der Produktion auf der verfehlten Grundlage der Akkumulation und Konzentration von Kapital in Großunternehmen dar. Zementiert werden dabei auch die marktbeherrschende Macht der Internetkonzerne und deren Überwachungsmöglichkeiten.[146]

Die „Vierte Industrielle Revolution" führt zu einer weiter fortschreitenden Entfremdung der Menschen voneinander und von der Natur und sie erfordert einen mehr als nur ‚nachhaltigen' Verbrauch von Ressourcen und Energie. Mit einer echten Dezentralisierung der Produktion auf der Basis einer Dezentralisierung der Produktionsmittel in einer von Konzernen befreiten Marktwirtschaft hat sie nichts zu tun und sie entspricht auch nicht der von Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich angedachten Entwicklung einer „mittleren Technologie" bzw. von „konvivialen Werkzeugen". Im Gegenteil - sie stellt eine noch ‚höhere' technische Perfektion der schon von Lewis Mumford kritisierten „Megamaschine" dar. Es bleibt also mit den Worten von Klaus Schwab ein „weit verzweigtes Machtssystem" erhalten, das in keiner Weise einer von einem Rechtsstaat herrschaftsfrei und gerecht geordneten Marktwirtschaft ohne private Machtgebilde entspricht.

Es kommt im Übrigen nicht von ungefähr, dass die Wirtschaftspolitik die Digitalisierung vorantreibt, denn sie sieht hierin ganz im Sinne von Schumpeters Vorstellung eines unendlichen Wettlaufs um immer neue Innovationen einen Weg zur Schaffung neuer rentabler Wachstumsmärkte. Nachdem die Wachstumsraten der Weltwirtschaft infolge der großen Finanzkrise von 2008 zurückgingen, befürchteten manche Ökonomen sogar eine dauerhafte „säkulare Stagnation". Schlimmstenfalls könnte Schwab zufolge „in einem extremen Szenario die jährliche Wachstumsrate des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf zwei Prozent fallen, was bedeuten würde, dass es 36 Jahre dauern würde, bis sich das globale BIP verdoppelte." Schließlich macht Schwab keinen Hehl aus seiner Ansicht, dass große und mittelständische Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige „einem permanenten darwinistischen Auslesedruck unterworfen sein" werden. Überleben könne nur, wer sich in der entstehenden „Ich-zentrierten Gesellschaft" bei einem „enormen Tempo des Wandels" durch ständige Innovationen wachse.[147]

Eine Studie des IT-Branchenverbands BITKOM und des Fraunhofer-Instituts geht von einem „durch Industrie 4.0 generierten Wirtschaftswachstum für Deutschland in Höhe von 78 Milliarden Euro bis 2025" aus, „verbunden mit Wachstumsraten von bis zu 30 Prozent in einzelnen Branchen, etwa dem Maschinen- und Anlagenbau". Der Vorstandsvorsitzende des Siemens-Konzerns Joe Kaeser erklärte die Digitalisierung sogar zu einer „Schicksalsfrage der deutschen Industrie". Und als Wirtschaftsminister pflichtete Sigmar Gabriel (SPD) dem mit seiner Forderung bei, dass Deutschland „als digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa etabliert" werden müsse. Genau so stand es auch im Koalitionsvertrag der „GroKo" von CDU/CSU

---

[146] Vgl. hierzu Philipp Staab (2020).

[147] Klaus Schwab (2016), S. 48 - 49, 98 (darwinistische Auslese), 106 (Tempo des Wandels) und 140 - 141 (Ich-Zentrierung).

und SPD vom Januar 2018. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die sprunghaft ansteigende Zahl der Anmeldungen von neuen Patenten.[148]

Dementsprechend breitet sich auch in der Ökonomie eine unkritische, geradezu euphorische Begeisterung für die Künstliche Intelligenz (KI) aus. Als Direktor des WeltWirtschaftsInstituts in Hamburg schwärmt beispielsweise Henning Vöpel von der durch die KI entstandenen „Möglichkeit, den Wachstums- und Innovationsprozess zu endogenisieren, was gelegentlich mit dem Begriff der Singularisierung umschrieben wird. ... KI ist ökonomisch somit keine Fortsetzung der industriellen Automatisierung mit anderen Mitteln, sondern ein qualitativer Sprung in die Automatisierung von Prozessen und Entscheidungen. ... KI erhöht" – auch das sieht Vöpel positiv – „die Substituierbarkeit von hochqualifizierter Arbeit und spezialisiertem Humankapital." Im diametralen Gegensatz zu Binswangers Bestreben in den ökobewegten 1970er Jahren, den Boden und die Natur in die ökonomische Produktionsfunktion zurückzuholen, plädiert Vöpel dafür, dass die Ökonomie sich noch weiter von der Natur entfernt und „Daten als eigenständigen ... dritten Produktionsfaktor in die Produktionsfunktion neben Kapital und Arbeit" aufnimmt. Dies wäre aus seiner Sicht ein willkommener Ausdruck der „Ablösung des Industriekapitalismus durch den Datenkapitalismus. So wie im Industriekapitalismus das Kapital die Arbeit beschäftigt hat, werden im Datenkapitalismus die Daten das Kapital beherrschen" - und, was Vöpel nicht sagt, auch die substituierbare menschliche Arbeit - , „weil sie", was er ebenfalls nicht problematisiert, „die ökonomischen Renten abschöpfen wie der Faktor Boden in der Agrarwirtschaft und das Kapital in der Industrialisierung."[149]

Während Ökonomen mit der Vierten Industriellen Revolution in erster Linie Hoffnungen auf die Erschließung neuer rentabler Wachstumsfelder verbinden, forschen sog. transhumanistische Biologen, Genetiker, Mediziner und Philosophen schon an der Frage, wie sich Menschen mit Hilfe der Künstlichen Intelligenz mit Maschinen verschmelzen und in einer schönen neuen künstlichen Welt von „Mängelwesen" (Arnold Gehlen) zu „Übermenschen" (Friedrich Nietzsche) weiterentwickeln (züchten?) lassen.[150] Wenn es gelingen sollte, Menschen durch technische Beherrschungen von Lebensanfang, -verlauf und -ende schrittweise aus dem Eingebettetsein in das rhythmische Werden und Vergehen allen Lebens herauszulösen, würden sie sich nach und nach dem gewissermaßen über diesem Leben stehenden unsterblichen kapitalistischen Geld angleichen. An die Stelle einer notwendigen Einbettung ihrer ersten Natur in eine freiheitliche, gerechte und mit der übrigen Natur verträglichen Ordnung ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens

---

[148] Sabine Pfeiffer (2015), S. 10. - Vgl. den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf der Website https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf, S. 97, und die Studie „Eine Wachstumsstrategie für das digitale Zeitalter", auf der Website http://research.handelsblatt.com/assets/uploads/Wachstumsstrategie_Digitales_Zeitalter.pdf

[149] Henning Vöpel (2018), S. 829 – 830 (Daten als neuer dritter, ökonomische Renten abschöpfender Produktionsfaktor).

[150] Zum Transhumanismus vgl. Oliver Krüger (2019).

würde dann eine von Allmachtsphantasien geleitete technische Perfektionierung ihrer zweiten, künstlichen ‚Natur' treten.

13.5.2 Zukunft der Arbeit - Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit

Die durch die Digitale Revolution und die Künstliche Intelligenz noch verstärkte Befürchtung, dass der Arbeitsgesellschaft die (noch immer männlich dominierte) Erwerbsarbeit ausgehen könnte[151], hat Diskussionen über die innere Zwiespältigkeit der Erwerbsarbeit und über selbstbestimmte, sinnerfüllende und Existenzen sichernde Tätigkeiten in den Hintergrund gedrängt. Dabei hatten die Philosophin Hannah Arendt sowie der Philosoph Fritjof Bergmann und der Ökonom Jeremy Rifkin die Grundfrage nach dem Sinn der menschlichen Arbeit schon während der 1960er bzw. 1980er und 2000er Jahre neu gestellt.

In den Jahren des westdeutschen Wirtschaftswunders thematisierte Hannah Arendt die „neuzeitliche Umkehrung des Verhältnisses von Vita contemplativa und Vita activa" und den „Sieg von Homo faber", der sich in seiner Fixierung auf das „Machen, Fabrizieren und Herstellen" einseitig auf den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt konzentrierte, um eine „Verfeinerung in der Herstellung neuer Instrumente und Apparate" zu erreichen. „Produktivität und schöpferische Genialität, die Götter und Götzen der Neuzeit, sind die maßgebenden Ideale für Homo faber und sein fabrizierendes Herstellen." Auch Marx habe übrigens den „selbstverständlichen Anspruch auf Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse im Namen ihrer ‚Produktivität'" erhoben.[152]

Aufgrund dieser „Radikalität der Weltentfremdung" des modernen „Homo faber", der im „Homo oeconomicus" der neoklassischen Ökonomie gleichsam einen Zwillingsbruder hatte, hegte Hannah Arendt jedoch Zweifel, ob die „Tendenz, alles Vorfindliche und Gegebene als Mittel zu behandeln" und ob die „Hochschätzung der Produktivität im Sinne des Hervorbringens künstlicher Gegenstände, die Verabsolutierung der Zweck-Mittel-Kategorie" und das primäre Streben nach einer Steigerung des Nutzens dieser Gegenstände schon als Gipfel der Menschheitsentwicklung betrachtet werden könnten. Vielmehr attestierte sie ein „eigentümliches Versagen von Homo faber", dessen Denken ohne „anschauende Kontemplation ... zu einer Gehirnfunktion degradiert" werde, „welche die elektronischen Rechenmaschinen erheblich besser, schneller und reibungsloser vollziehen als das menschliche Gehirn." Und lange bevor der Begriff der Künstlichen Intelligenz aufkam, mahnte Hannah Arendt weitblickend: „Es ist durchaus denkbar, dass die

---

151 Vgl. hierzu eine Studie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf der Website http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb1316.pdf (Zugriff: 11.5.2020).

152 Hannah Arendt (1958/1998), S. 375 - 377 (Homo faber) und 390 (Marx).

Neuzeit ... schließlich in der tödlichsten, sterilsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt."[153] -

In die Richtung einer neuen Balance von Vita activa und Vita contemplativa ging auch der österreichisch-amerikanische Sozialphilosoph Frithjof Bergmann, der 1984 in den USA ein erstes „Zentrum für neue Arbeit" gründete und damit eine „New Work"-Bewegung auslöste. Ihr Leitbild war die Vorstellung einer Dreiteilung der „neuen Arbeit". Zu jeweils einem Drittel sollte sie aus der herkömmlichen „Pathologie des Lohnarbeitssystems" sowie aus Selbstversorgung und aus Arbeit bestehen, „die man wirklich will".[154] Zum einen wollte Bergmann der Erwerbsarbeit einen geringeren Stellenwert verschaffen und die Arbeitszeiten flexibler gestalten und zum anderen wollte er den Stellenwert von Subsistenz- und Familienarbeiten erhöhen. Auf diese Weise sollten der mit Erwerbsarbeiten verbundene Stress und die seelischen Folgen von Arbeitslosigkeit ausgeglichen werden.

Ähnlich wie Bergmann hoffte auch der US-amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin, dass sich parallel zu einem durch eine „High-Tech-Wirtschaft" ermöglichten Rückgang der Erwerbsarbeit in den Industrie- und Dienstleistungsbereichen in Zukunft ein „Dritter Sektor" mit gemeinnützigen und zivilgesellschaftlichen Nonprofitunternehmen ausbreiten könne. Durch steuerliche Begünstigungen sollte er als „nichtkommerzielles ... soziales Rückzugsgebiet" wettbewerbsfähig gemacht werden und mit sog. „Zeitbanken" auch eine parallel zum US-Dollar zirkulierende „Sozialwährung" erhalten. „Wir treten in ein neues Zeitalter ein, in dem die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch Maschinen ersetzt wird. Die automatisierte Zukunft steht vor der Tür. ... Um der drohenden Sturmflut der technologischen Veränderungen und ihrer Folgen etwas entgegenzusetzen, werden wir den dritten Sektor zu einem gut befestigten Auffangbecken für all die vom Marktbereich frei gesetzten Menschen ausbauen müssen."[155]

Bergmann und Rifkin stießen zwar Debatten über ein erweitertes Verständnis von menschlicher Arbeit an, das neben der Erwerbsarbeit auch Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und obendrein noch Mußezeiten einschloss. Aber sie vermochten nicht zu sagen, wie sich die neue Drei-Drittel-Arbeit bzw. ein „Dritter Sektor" innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft ohne eine Änderung der Grundstrukturen der Gesamtwirtschaft und der Unternehmen durchsetzen könnte und wie sich auf dieser Grundlage die soziale Sicherung gewährleisten ließe. Im Gegenteil - indem sie ignorierten, dass eine automatisierte High-Tech-Wirtschaft auf einer enorm hohen Konzentration von Kapital beruht, kapitulierten Bergmann und Rifkin geradezu vor der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft und verzichteten von vornherein ganz auf weitergehende Überlegungen über grundlegende Strukturreformen der modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Informations-

---

[153] Hannah Arendt (1958/1998), S. 383 (Weltentfremdung), 389 (künstliche Gegenstände), 397 (Versagen von Homo faber) und 410 - 411 (degradiertes Denken).

[154] Frithjof Bergmann (2004), S. 79 - 120 (Lohnarbeit) und 121 - 191 (selbst gewählte Arbeit).

[155] Jeremy Rifkin (2004), S. 37 und 39 (nichtkommerzieller dritter Sektor), 39 - 44 (Steuerumschichtung), 44 - 49 (Sozialwährungen), 53 (High-Tech-Wirtschaft) und 226 - 227 (automatisierte Zukunft).

gesellschaft. Abgesehen davon, dass der gemeinnützige Dritte Sektor auf eine staatliche Unterstützung aus Steuern (deren Zahlung sich große Konzerne immer mehr entziehen) angewiesen bliebe, würde seine Koexistenz mit den renditeorientierten Ersten und Zweiten Sektoren kaum etwas an der Vorherrschaft des konzentrierten Geld- und Realkapitals ändern. -

In den krisenhaften Umbrüchen der Arbeitsgesellschaft[156] geht es jedoch nicht nur um eine *quantitative* Verringerung der lohn- und gehaltsabhängigen Erwerbsarbeit, sondern auch um ihren *qualitativen* Wandel von einer fremd- zu einer selbstbestimmten Tätigkeit und um deren gleichrangige Verbindung mit Subsistenz- und Carearbeiten. Ein solcher sowohl quantitativer als auch qualitativer Wandel der Arbeitswelt erfordert freilich auch eine nur mit sozialer statt künstlicher Intelligenz erreichbare Systemtransformation von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. In deren Verlauf können die hierarchisch strukturierten (Groß-)Unternehmen in eine Vielfalt von mittleren und kleineren Unternehmen übergehen. In diesem Sinne hatte schon Pierre Proudhon um die Mitte des 19. Jahrhunderts erstmals einen Übergang der wenigen großen Aktiengesellschaften in viele kleinere und mittlere genossenschaftliche „Arbeiter-Assoziationen" und in ein „Gleichgewicht des Eigentums" mit einem „durchschnittlichen Umfang" vor Augen.[157] Unter solchen Umständen kann dann die alte Hierarchie von Kapital und Arbeit in eine neue egalitäre Arbeitswelt übergehen, in der sich leitend und ausführend Tätige auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Hierüber haben innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung zuerst Dieter Suhr in den 1980er Jahren und um 2000 Fritz Andres am gründlichsten nachgedacht. Im Anschluss an die Diskussionen über die Mitarbeiterunternehmen während der 1970er im „Seminar für freiheitliche Ordnung"[158] haben sie beschrieben, wie eine Geldreform die Voraussetzung sowohl für eine Überwindung von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit als auch für eine Überwindung der unfreiwilligen Lohn- und Gehaltsabhängigkeit schaffen würde.

Als tiefere Ursache der hochkomplexen und in sich widersprüchlichen sozialen und ökologischen Krise betrachtete Suhr das herkömmliche nicht neutrale, sondern parteiliche „Geld mit Mehrwert". Es bewirkt eine permanente Umverteilung von Arbeitenden zu Vermögenden und schafft dabei eine innere Unordnung der Wirtschaft mit „anschwellenden Zinsströmen" und Schulden, mit einem Gegensatz zwischen „Bedarf ohne Geld" und „Geld ohne Bedarf" sowie mit einem Gemisch aus Massenarbeitslosigkeit und „pathologischem Wachstum".[159] Diese „monetäre

---

[156] Vgl. hierzu den von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebenen „Atlas der Arbeit" (2018), auf der Website
https://www.boeckler.de/pdf/atlas_der_arbeit_2018.pdf (Zugriff: 25.6.2019).

[157] Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 161 - 168 (Arbeiter-Assoziationen). - Pierre Proudhon (1866/2010), S. 131 - 133 und 174 - 177 (Gleichgewicht des durchschnittlichen Eigentums).

[158] Vgl. hierzu das Kap. 10.4 des vorliegenden Buches.

[159] Dieter Suhr (1983b), S. 5 (Zinsströme), 8 - 9 (Bedarf ohne Geld und Geld ohne Bedarf) und 13 (Wachstum und Arbeitslosigkeit).

Absurdität" machte Suhr auch für „institutionelle Spuren" in der Arbeitswelt verantwortlich, d.h. die Parteilichkeit des Geldes hat zu „Vorrechten des Kapitals" geführt, die sich wiederum in den historisch gewachsenen Machtstrukturen innerhalb der Unternehmen niedergeschlagen haben. „Die Vorteile des Kapitals gegenüber den anderen Beteiligten sind zu Institutionen unserer Rechtsordnung geronnen und gesetzlich kodifiziert worden. Sie sitzen uns so tief in den Gewohnheiten und Institutionen, dass sie uns vollkommen legitim zu sein scheinen. Sie werden sogar nach dem Modell ‚Sacheigentum' vorgestellt und auf diesem Umweg geradezu als grundrechtlich geschützte Herrschaftsrechte verkleidet, obwohl es sich dabei um alles andere handelt als um Sachherrschaft von Menschen über tote Gegenstände. So legt das überlieferte Gesellschafts-, Arbeits- und Unternehmensrecht im großen Stile Zeugnis dafür ab, dass und in welchem Umfang das überlieferte Geld kraft seiner kapitalistischen Parteilichkeit zu kapitalistischen Institutionen geführt hat." Unter diesen Umständen haben Genossenschaften Suhr zufolge einen schweren Stand gegenüber den großen Kapitalgesellschaften und es zeichne sich auch ab, „dass immer weniger Menschen selbstständig arbeiten oder in Partnerschaften mit ebenbürtigen Rechtsstellungen tätig sind."[160] -

Fritz Andres verband schließlich Elemente des Ordoliberalismus von Eucken und Böhm mit der Geldreform von Gesell und entwickelte daraus ordnungspolitische Vorstellungen, wie die Herstellung einer „völligen Parität und Äquivalenz zwischen Geld und Arbeit/Ware" (Gesell[161]) und eines geschlossenen Geldkreislaufs zum einen die unfreiwillige Arbeitslosigkeit unmöglich macht und wie sie sich zum anderen auch ausgleichend auf die Kapital- und Arbeitsmärkte auswirkt, indem sie in Verbindung mit Reformen der Bodenordnung sowie des Haftungs-, Marken- und Patentrechts deren bisherige vertikale Schieflagen in horizontale Kräftegleichgewichte transformiert und dabei Hierarchien zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen abbaut. Zwar konzentrierte sich Andres in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen einer Geldreform auf die Unternehmensverfassung, jedoch werden diese Auswirkungen auch durch eine Entprivatisierung der Boden-/Ressourcenrenten und den Abbau von Privilegien in den Bereichen des Haftungs-, Marken- und Patentrechts begünstigt, also durch einen Übergang aller leistungslosen Einkommen in einen vollen Arbeitsertrag.[162]

13.5.3 Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes

Als eine zuerst eintretende Wirkung einer Geldreform erwartete Andres eine Inkraftsetzung des von der neoklassischen Ökonomie voreilig für längst wirksam

---

[160] Dieter Suhr (1983b), S. 15 (monetäre Absurdität), und ders. (1983/2015), S. 18 - 19 (strukturelle Übermacht des Kapitals in der Arbeitswelt). Zur strukturellen Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit vgl. auch Dieter Suhr (1988d), S. 65 - 77, bes. S. 72 - 73.

[161] Silvio Gesell (1897/1988), S. 24. - Vgl. hierzu auch das Kap. 7.3 im vorliegenden Buch.

[162] Vgl. die entsprechende Andeutung in Fritz Andres (2005), S. 34, Anm. 2. - Zum Patentrecht vgl. Fritz Andres (2000/2020), S. 513 - 525, und Dirk Löhr (2009), S. 11 - 29.

gehaltenen Sayschen Gesetzes. Erst jetzt könne jedes Angebot seine Nachfrage finden und vom Markt geräumt werden, so dass es keine Absatzstockungen mehr gebe, welche Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nach sich ziehen könnten. Nach einer Schließung des Geld- und Wirtschaftskreislaufs werde sich die industrielle Reservearmee nach und nach auflösen. „Ein geschlossener Wirtschaftskreislauf und damit Dauerkonjunktur beseitigt im Laufe einiger Jahre die Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze werden reichlich angeboten, Mitarbeiter werden knapp und gesucht. Damit ändert sich das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer am sogenannten Arbeitsmarkt." Ähnlich wie in den 1960er Jahren während des damaligen Wirtschaftswunders würden „sich Unternehmen gezwungen sehen, immer mehr auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter (und derer, die es werden wollen) einzugehen. Das bedeutet zunächst höhere Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter kommen allmählich aus ihrer traditionellen Unterlegenheit gegenüber den Unternehmern heraus."[163] Unter solchen Umständen einer sich allmählich einstellenden Dauerkonjunktur könnte sich neben der industriellen Reservearmee auch der zweite Arbeitsmarkt auflösen und damit die Spaltung des Arbeitsmarktes überwunden werden. Damit verband Andres aber nicht unbedingt die Vorstellung einer Vollbeschäftigung bei einem herkömmlichen Acht-Stunden-Tag - die sich aus ökologischen Gründen kritisieren ließe - , sondern das Ende der *unfreiwilligen* Arbeitslosigkeit und die ersten Anfänge einer Wahl von Arbeitsplatz und -zeit, die nicht mehr wie in der Vergangenheit von Kapitalinteressen vorgegeben wird[164], sondern von den Arbeitenden souverän selbst bestimmt wird.

Vollbeschäftigung kann dann je nach ihren individuellen Vorstellungen vom Lebensstandard für bescheidene Menschen eine drei- oder vierstündige tägliche Erwerbsarbeit bedeuten oder für anspruchsvollere Menschen auch einen sechs- oder neunstündigen Arbeitstag. Entscheidend ist, dass sie nicht mehr vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden und nicht mehr in eine industrielle Reservearmee oder ein Prekariat herabfallen können. Dann könne im Übrigen auch die Rivalität zwischen den Arbeitswilligen um knappe Arbeitsplätze aufhören und es werde ein „Übergang vom Gewinner-Verlierer-Verhältnis zum Ergänzungsverhältnis" möglich. „Ergänzung in der Zusammenarbeit und Beteiligung aller am ökonomischen Erfolg dieser Zusammenarbeit gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille."[165]

Allerdings würde Andres zufolge eine solche Entwicklung noch „in einem zentralen Punkt unbefriedigend ... bleiben." Damit meinte er die nunmehr zwar gemilderte, aber im Grundsatz vorläufig fortbestehende Lohn- und Gehaltsabhängigkeit der Arbeiter und Angestellten, die der Regie der Unternehmer untergeordnet bleiben. Für die Unternehmer bleiben sie ein Kostenfaktor und indem sie

---

[163] Fritz Andres (2005), S. 32.

[164] Zur fremdbestimmten Arbeitszeitflexibilisierung vgl. Krause, Alexandra & Köhler, Christoph Köhler Hrsg. (2012).

[165] Fritz Andres (1999/2013), S. 56; auch in ders. (1999/2020), S. 428.

unselbstständig für die Unternehmer arbeiten, bleiben die Arbeiter und Angestellten vorerst noch im buchstäblichen Sinn des Wortes Beschäftigte, die in erster Linie wegen des Gelderwerbs und weniger aus eigenem Antrieb arbeiten. Da sich gleichwohl in einem geschlossenen Geld- und Wirtschaftskreislauf die Position der Beschäftigten gegenüber den Unternehmern tendenziell bessert, könnten die Unternehmer angesichts ihrer tendenziell schwindenden Macht versuchen, ihr „betriebliches Antriebs- und Kontrollsystem" durch einen Abbau der vermeintlichen „Überbeschäftigung" aufrecht zu erhalten - beispielsweise durch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer und ein Festhalten an prekären Beschäftigungsverhältnissen. „Das wäre jedoch ein echter sozialer Rückschritt, dem die Politik widerstehen muss." Als Aufgabe der Politik betrachtete es Andres deshalb, die nach einer Schließung des Geld- und Wirtschaftskreislaufs entstehende bessere Position der Arbeitenden gegenüber den Unternehmern als Chance für einen schrittweisen „Ersatz des Lohnverhältnisses durch Beteiligungsverhältnisse" zu nutzen, „durch die der Arbeiter in irgendeiner Weise am Ergebnis seiner Leistung und am Unternehmenserfolg beteiligt wird. Dadurch entsteht eine partnerschaftliche Beziehung zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern", wie sie in den vergangenen Jahrzehnten schon ansatzweise von einigen Mitarbeiterunternehmen erprobt wurde. In diesem frühen Stadium der Transformation der Arbeitswelt behält der Unternehmer noch seinen Doppelcharakter als Unternehmerkapitalist, der einerseits - wie es Engels im 3. Band des „Kapital" ausdrückte - den Produktionsprozess wie ein „bloßer Dirigent" leitet und dabei auch selbst arbeitet und der andererseits als „Verwalter" von eigenem und fremdem Kapital dessen rentable Verwertung betreibt. Und der Arbeiter wird in diesem Stadium noch nicht zum Mitunternehmer und Miteigentümer. „Er hat keine Außenverantwortung und -haftung; aber er bleibt im Innenverhältnis gegenüber dem Unternehmer auch nach Abschluss des Arbeitsvertrags ein gleichberechtigter Partner (sog. Innenverhältnis)."[166]

13.5.4 Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts

Über solche Verbesserungen der Lage der abhängig Beschäftigten hinaus fragte Andres auch noch nach Möglichkeiten einer völligen Überwindung von Abhängigkeitsverhältnissen in der Arbeitswelt. „Wie können der Unternehmer und die Mitarbeiter bzw. der Unternehmer und die Kapitalgeber in ein Verhältnis der Machtgleichheit oder richtiger: der gleichgewichtigen Machtlosigkeit gebracht werden, in dem keine Seite mehr der anderen überlegen ist? ... Wie wird die Unternehmensverfassung aussehen, wenn keiner der Beteiligten: Unternehmer, Mitarbeiter,

[166] Fritz Andres (2005), S. 32 - 33. - Vgl. Fritz Andres (1999/2013), S. 42 – 44; auch in ders. (1999/2020), S. 405 - 409. - Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), S. 393, 395, 452 (bloßer Dirigent und Kapitalverwalter) und 822. - Zu den Mitarbeiterunternehmen vgl. das Kap. 10.4 in diesem Buch.

Sparer/Kapitalgeber mehr dem anderen überlegen ist, wenn sich also alle in einem gleichgewichtigen der Machtlosigkeit zueinander befinden?"[167]

Ein solches höheres Stadium der Transformation der Arbeitswelt erwartete Andres mittel- und längerfristig davon, dass sich parallel zum qualitativen Wandel des Arbeitsmarktes auch der Kapitalmarkt qualitativ wandeln werde. Und zwar werde bei geschlossen bleibendem Geld- und Wirtschaftskreislauf das Kapitalangebot vermehrt werden, bis bei einem langfristigen Zinssatz von durchschnittlich null eine Sättigung des Kapitalmarkts erreicht werde. Abgesehen von Konsumentenkrediten und Krediten an den Staat bleibt dann „nur noch die Sachinvestition des Unternehmers als Möglichkeit der Wertaufbewahrung übrig. Die Sparer bzw. die ihre Ersparnisse weiter vermittelnden Banken sind dann in gleicher Weise auf die die Sachinvestitionen tätigenden Unternehmer angewiesen wie diese es schon immer auf die Sparer/Banken und ihre Ersparnisse waren. Dadurch entsteht ein Gleichgewicht zwischen Unternehmern und Sparern bzw. Banken, das auch in der Art und Weise, wie Kapital dem Unternehmen zugeführt wird, seinen Niederschlag finden wird. Im Zustand des Machtgleichgewichts oder besser: der gleichen Machtlosigkeit beider Seiten werden sich sachlich sinnvolle und den beiderseitigen Interessen angemessene Formen der Kapitalzuführung durchsetzen. Dabei ist das Interesse des Unternehmers auf eine freie Verfügungsbefugnis über das Kapital ohne die Mitwirkung des Kapitalgebers bei seinen unternehmerischen Entscheidungen gerichtet, das Interesse des Kapitalgebers dagegen auf die Werterhaltung seiner Ersparnisse. Dieser Interessenlage entspricht der Kredit (Kredit = Vertrauen). Es ist daher zu erwarten, dass das sogenannte Eigenkapital, durch das der Kapitalgeber heute eine quasi-unternehmerische Position erlangt, weitgehend ersetzt wird durch Fremdkapital. Eigenkapital bleibt dann nur noch dort notwendig, wo der Unternehmer Risiken eingehen will, deren Bewältigung der Kapitalmarkt ihm nicht zutraut. Aber dann wird es funktionell nur ein Anhängsel des Unternehmers sein und nicht wie heute die Unternehmerfunktion für sich usurpieren."[168]

Im Zuge einer solchen Entwicklung des Kapitalmarkts in die Richtung seines Gleichgewichts bei einem langfristigen Durchschnittszins von null - und einer gleichzeitigen pro-Kopf-Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten! - können alle am Wirtschaftleben beteiligten Akteure den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter ablegen, den sie in der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft hatten. Sämtliche Unternehmen sind dann - unabhängig davon, ob sie Güter produzieren oder Bank-, Handels- oder sonstige Dienstleistungen erbringen - nicht mehr gleichzeitig Anbieter *und* Renditemaximierer, sondern nur noch Dienstleister für die Gesellschaft, deren Bedürfnisse sie durch Preise erfahren, welche

---

[167] Fritz Andres (1999/2013), S. 45 und 47 - 51 (bisherige Macht- und Interessenlage auf der Kapitalseite); auch in ders. (1999/2020), S. 410 – 420.

[168] Fritz Andres (1999/2013), S. 43 und 56 - 57 (Verhältnis zwischen Sparen und Investieren); auch in ders. (1999/2020), S. 407 und 428 – 430.

sowohl die soziale als auch die ökologische Wahrheit sagen. In der Gesamttendenz wird - wie es Andres ausdrückte - „im Verhältnis zum Unternehmer die Position der Arbeit aufgewertet, die des Kapitals abgewertet. Die Arbeit wird gewissermaßen von unten her zum Unternehmer ins Gleichgewicht gebracht, die Position des Kapitals dagegen von oben ins Gleichgewicht herabgesenkt." Und weiter: „Der Arbeiter rückt in die Nähe des Unternehmers und bleibt auch im Vollzug des Arbeitsverhältnisses sein gleichberechtigter Partner, das Kapital wird aus seiner heutigen pseudo-unternehmerischen Position herausgedrückt in eine einflusslose, dafür aber auf Vertrauen (Kredit) beruhende Vertragsbeziehung. Das Arbeitsverhältnis wandelt sich vom Austauschvertrag (Lohnverhältnis) zum Beteiligungsvertrag, die Kapitalbeziehung vom Beteiligungsverhältnis (unternehmerfremdes Eigenkapital) zum Austauschvertrag (Kredit). Arbeit und Kapital erhalten dadurch im Unternehmen die ihnen angemessene und ihren legitimen Interessen entsprechende Stellung."[169]

13.5.5 Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen

Sobald der Kapitalmarkt aus seiner bisherigen chronischen Schieflage im Laufe der Zeit in ein dauerhaftes Gleichgewicht übergeht und der Zins für langfristige Geldanlagen sich um null einpendelt, können sich alle an den Unternehmen beteiligten Personen als Freie und Gleiche auf gleicher Augenhöhe begegnen und egalitäre Unternehmensformen entwickeln. Hinzu kommt Andres zufolge, dass dann „alle heutigen, auf Beteiligung am Eigenkapital basierende Konzernbildungen in selbstständige unternehmerische Einheiten zerfallen (können) ... , wenn von der Kapitalseite kein Einfluss mehr auf die Unternehmen ausgeübt werden kann. ... Kapitalbeteiligungen ... werden angestrebt, weil über den Kapitalbesitz", d.h. über die Beteiligung am Eigenkapital, „das Unternehmen beeinflusst bzw. beherrscht werden kann. Alle auf diesem Wege heute miteinander verbundenen und voneinander abhängigen Unternehmen würden durch die Zurückdrängung des Kapitals aus dem Beteiligungs- ins Austauschverhältnis in selbstständige Teile auseinanderfallen." Die bisherige ‚Monokultur' der (welt-)marktbeherrschenden multinationalen Konzerne kann in eine breite Vielfalt von zugleich konkurrierenden und kooperierenden Unternehmen in kleineren und mittleren Unternehmen übergehen. Dank ihres nicht mehr durch Kapitalzinsen und Bodenrenten geschmälerten vollen Arbeitsertrags können die Arbeitenden mehr Ersparnisse bilden als bisher und damit auch eigene Unternehmen gründen oder sich zu Genossenschaften zusammenschließen. „Es ergibt sich also nicht nur eine Dezentralisierung innerhalb der Unternehmen, die bis zur Verselbstständigung und

[169] Fritz Andres (2005), S. 33; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 – 390.

Ausgliederung von Unternehmensteilen führen kann, sondern auch eine Dezentralisierung der gesamten Unternehmenslandschaft durch Auflösung der Konzernverflechtungen und der sonstigen auf Beteiligungsbesitz beruhenden Beherrschungsverhältnisse zwischen den Unternehmen."[170]

Solchermaßen entkapitalisierte und dezentralisierte Produktionsmittel würden ihren Herrschaftscharakter verlieren, den sie in der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft hatten, und zu bloßen Hilfsmitteln der Produktion werden. Die notwendige „Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten" würde im Gegensatz zu Marx & Engels nicht die Form eines ‚volkseigenen' „unmittelbaren Gesellschaftseigentums" annehmen[171], sondern die von ihnen bekämpfte, aber von Proudhon, Mill, Oppenheimer und Gesell befürwortete Rückverwandlung des konzentrierten Kapitals in das private und genossenschaftliche Eigentum einzelner oder frei assoziierter Produzenten. In Anknüpfung daran und an die später von den Ordoliberalen wieder aufgenommene Vorstellung von einer „vollständigen Konkurrenz" zwischen vielen machtlosen Unternehmen hob Andres besonders hervor, dass unter solchen Umständen auch noch der Börsenhandel und die Spekulation auf fallende oder steigende Aktienkurse hinfällig werden. „Wenn aus dem Kapitalbesitz kein Einfluss mehr auf das Unternehmen abgeleitet werden kann ... , entfällt ... die Grundlage auch für den Kauf und Verkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen."[172] Im Verbund mit einer Geld- und Bodenreform könnten also die ordoliberalen Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts die bisherige Dominanz anonymer Kapitalgesellschaften beenden und dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Akteure keine ihre persönlichen Haftungsmöglichkeiten übersteigenden Risiken mehr eingehen und die Folgen ihrer Dispositionen nicht mehr wie bei Unternehmen, die „too big to fail" sind, auf die Allgemeinheit abwälzen können. Die Verfügungsgewalt über privates, genossenschaftliches oder öffentliches Produktionsmitteleigentum beschränkt sich dann auf ein Nutzungsrecht ihrer jeweiligen Inhaber an diesen Produktionsmitteln, während ihr Vermögenswert allein bei den Sparern läge, deren Interesse es unter diesen Rahmenbedingungen ist, den Wert ihrer Geldersparnisse durch zeitlich befristete Realinvestitionen zu erhalten statt ihn vermehren zu wollen. Letztlich gehören Unternehmen sich unter solchen Umständen selbst, ohne dass sie den Unternehmern Machtpositionen verschaffen.[173]

---

[170] Fritz Andres (1999/2013), S.61 (Zerfall der Konzerne); auch in: ders. (1999/2020), S. 435. - Fritz Andres (2005), S. 33 – 34; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 – 390.

[171] Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), S. 453.

[172] Fritz Andres (2005), S. 34; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 – 390.

[173] Keine kleinere oder mittlere Bank wäre so systemrelevant, dass sie im Falle ihres Eingehens zu hoher Risiken vom Staat ‚gerettet' werden müsste. Und kein kleineres oder mittleres Unternehmen würde jemals Atomkraftwerke, Supertanker oder andere Großprojekte betreiben. Selbst die großen Energiekonzerne wurden dafür vom Staat mit irrsinnigen Milliardensummen subventioniert, um den angeblich ‚billigen' Atomstrom anbieten zu können. Gemäß einer Greenpeace-Studie wurde die Atomenergie seit 1950 in Deutschland mit mehr als 200 Milliarden Euro vom Staat bzw. Steuerzahler subventioniert und weitere hohe Milliardensummen kamen durch zwischenzeitliche Laufzeitverlängerungen

Sobald auf der Grundlage eines geschlossenen Geld- und Wirtschaftskreislaufs ein Übergang von der Kapitalakkumulation und -konzentration zur Dezentralisierung entkapitalisierter Produktionsmittel einsetzt, kann eine breite ökonomische Diversität von Privatunternehmen, Genossenschaften, Non-Profit-Betrieben und öffentlichen Versorgungsbetrieben entstehen. Und im Sinne der „Small is beautiful"-Vorstellungen von Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich können ihre Produktionsmittel die Gestalt von „mittleren Technologien" bzw. von „konvivialen Werkzeugen" annehmen. Mit einer solchen Dezentralisierung der Unternehmen kann schließlich auch eine Regionalisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen einhergehen, so dass die überdimensionierten globalen Wertschöpfungsketten kürzer werden und der mit ihnen einhergehende Transportverkehr mit gigantischen Containerschiffen und Flugzeugen geringer werden kann. Überhaupt könnte ein geschlossener Geldkreislauf als integrierende Kraft auch die innerhalb einzelner Länder und weltweit aus den Fugen geratene Teilung und Spezialisierung der Arbeit gewissermaßen wieder einfangen und auf ein sinnvolleres Maß reduzieren.

13.5.6 Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen

Auch nach einer Befreiung der Unternehmer von ihrer widersprüchlichen Doppelrolle als Unternehmer und Kapitalisten betrachtete Andres die Unternehmer weiterhin als zentrale Knotenpunkte in den nunmehr egalitären statt hierarchischen Netzwerken von Arbeitenden und Sparern/Banken. Aufgrund von ernüchternden Erfahrungen mit selbstverwalteten Unternehmen im Westen und im früheren Jugoslawien äußerte er sich skeptisch zu der „Vorstellung ... , die Gleichheit als Begegnungsebene und Basis der Unternehmensverfassung müsse zur Demokratisierung der Unternehmen, ja der ganzen Wirtschaft führen. Über alle Unternehmens- und Betriebsangelegenheiten sollte basisdemokratisch unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitarbeiter durch Abstimmung entschieden werden. Jedes Problem müsste letztlich vor die Vollversammlung aller Betriebsangehörigen gebracht und dort für alle verbindlich geregelt werden können." Einer solchen Unternehmensverfassung sollte „rechtlich ... nichts in den Weg gestellt werden" und es „gibt sicher Fragen, in denen eine gleichberechtigte Mitwirkung aller im Prinzip gerechtfertigt ist. Dazu gehören insbesondere die innerbetrieblichen Rechts- und Verfahrensfragen." Aber es gebe im Zusammenwirken zahlreicher Menschen in einem Unternehmen auch individuell ganz unterschiedliche Kompetenzen bei der Beurteilung von Sachfragen, die in Entscheidungsprozessen nicht ignoriert werden sollten. Es könnte „sich herausstellen, dass basisdemo-

---

hinzu; vgl. hierzu http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/atomkraft-subventionen-greenpeace (Zugriff: 20.7.2019). Auch der Rückbau der Atomkraftwerke wird irrsinnige Milliardensummen verschlingen. - Zum zukünftigen Charakter des Produktionsmitteleigentums vgl. Fritz Andres (1999/2013), S. 58 – 60; auch in: ders. (1999/2020), S. 430 – 435.

kratische Vollversammlungen - außerhalb der genannten Bereiche - weder zweckmäßig noch notwendig sind."[174]

Auf der Grundlage einer Begegnung aller Betriebsangehörigen unter Gleichen braucht eine Respektierung unterschiedlicher fachlicher Kompetenzen keineswegs zur Bildung neuer innerbetrieblicher Machtstrukturen zu führen. Vielmehr können sich diese unterschiedlichen Kompetenzen bei den vielfältigen leitenden und ausführenden Aufgaben auch auf gleicher Augenhöhe sinnvoll ergänzen. „Die Gemeinsamkeit der Zielsetzungen und der Gleichlauf der Interessen erlaubt es, dem Einzelnen im Leistungsbereich sehr weit gehende Freiheiten einzuräumen und die Kontrolle ebenfalls zu dezentralisieren, nämlich den Mitarbeitern und angrenzenden Abteilungen zu überlassen. All diese wünschenswerten Entwicklungen könnten sich nicht ausbreiten, wenn aus einem falsch aufgefassten Gleichheitsgedanken heraus ein basisdemokratischer Zentralismus etabliert wird, hinter dessen Tendenz, alle betrieblichen Fragen durch ein allgewaltiges Plenum ‚demokratisch' entscheiden zu lassen, im Grunde ein Misstrauen gegen die Freiheit des Einzelnen und ihre gesellschaftliche Organisierbarkeit steht."[175] Auf diese Weise könnten in einem Unternehmen schwerfällige und ineffiziente Entscheidungsstrukturen entstehen, die auch abschreckend auf qualifizierte Mitarbeiter wirken könnten.

Wenn die ordnungspolitische Grundlage einer Begegnung aller leitend und ausführend Arbeitenden als Gleiche erst einmal gelegt sein wird, kann man es der Experimentierfreudigkeit der in den einzelnen Unternehmen tätigen Menschen überlassen, sich an bisherigen Erfahrungen und Forschungen zu orientieren[176] und sich innerhalb der rechtlichen Rahmenordnung der Wirtschaft die ihnen adäquate Unternehmensverfassung zu geben und sie gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Dies können je nach branchenspezifischen Besonderheiten private Familienbetriebe und Genossenschaften ebenso sein wie kommunale und staatliche oder auch kirchliche und gewerkschaftliche Betriebe, die der Gesellschaft das ihrem jeweiligen Selbstverständnis entsprechende Modell einer herrschaftsfreien Unternehmensverfassung als Vorbild vorleben wollen. In der von der Agrarindustrie pervertierten Landwirtschaft können sich die bereits in Ansätzen bestehenden Formen einer solidarischen Landwirtschaft und eines „Urban Gardening" ausbreiten und weiterentwickeln. Im Bereich der Banken gibt es ebenfalls schon Pioniere

---

[174] Fritz Andres (1999/2013), S. 52 - 55 (Demokratisierung der Wirtschaft); auch in: ders. (1999/2020, S. 422 - 426. Als Jurist verfügte Fritz Andres über langjährige praktische Erfahrungen als Leiter eines mittelständischen Familienunternehmens, bevor er sich um die Mitte der 1990er Jahre daraus zurückzog und sich als Privatgelehrter wissenschaftlichen Studien widmete. Vgl. seine Aufsatzsammlung „Boden-Ressourcen-Klima – Geld - Unternehmen" (Münster 2020). Skeptisch war Andres nicht nur gegenüber „basisdemokratischen Vollversammlungen", sondern auch gegenüber den Assoziationen in Rudolf Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus", obwohl er ansonsten durchaus Sympathien für die Dreigliederung und darin besonders für die Forderung nach einem (staats-)freien Bildungswesen hegte.

[175] Fritz Andres (1999/2013), S. 53; auch in ders. (1999/2020), S. 423.

[176] Vgl. hierzu zum Beispiel Gerard Endenburg (1992) und Gustav Bergmann (2017).

eines ethischen, sozial- und umweltverträglichen Umgangs mit Geldanlagen, die nach und nach an die Stelle der herkömmlichen (Groß-)Banken treten können, wenn deren Kund/innen sich gemäß einer ATTAC-Kampagne auf eine „Krötenwanderung" begeben[177] und ihre Ersparnisse bei alternativen Banken anlegen. Im Bereich des Handels gibt es den „Fairen Handel", genossenschaftliche oder kommunale Dorfläden und „Unverpackt"-Läden als erste Beispiele, die beim Strukturwandel des Handels Denkanstöße geben können. Gleichermaßen gibt es in den Bereichen des Hand- und Kunsthandwerks, der Dienstleistungen und des kulturellen Schaffens zahlreiche Beispiele von „solidarischen Ökonomien", von denen im Übergang von der kapitalistischen in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Arbeitswelt wichtige Impulse ausgehen könnten.[178]

Freilich wird dieser Transformationsprozess mehr als nur einige Jahrzehnte dauern, denn die herkömmlichen Übergrößen von Unternehmen sind im Laufe von mehr als 100 Jahren entstanden und werden sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen lassen, zumal sie durch entsprechende Banken- und Versicherungshochhäuser, industrielle Großanlagen usw. im buchstäblichen Sinne für längere Zeiträume zementiert und betoniert worden sind. Eine von Dinosaurier-Unternehmen und Megakonzernen befreite nachkapitalistische Marktwirtschaft wird auch eine ihr adäquate dezentrale Architektur und Stadtplanung benötigen und sich dabei vielleicht von der Transition-Town-Bewegung inspirieren lassen.

Abgesehen von der längeren Dauer dieser Umstrukturierung der Arbeitswelt wird sie nicht nur mit einem qualitativen Wandel der Erwerbsarbeit einhergehen, sondern auch mit einem Wandel der Arbeitsteilung. Innerhalb kleinerer und mittlerer Unternehmen bringt er die leitenden und ausführenden Arbeiten einander wieder näher und nimmt auch die übertriebene Spezialisierung von Arbeiten im fordistischen Zeitalter der industriellen Massenproduktion, mit der die kapitalistische Wirtschaft ökologische Grenzen gesprengt hat, tendenziell wieder zurück.

13.5.7 Auswirkungen auf den Gütermarkt

Nach einer Schließung des Geldkreislaufs und einem Absinken der Zinsen gegen null sowie einer Entprivatisierung der Boden-/Ressourcenrenten und einer Begrenzung des Naturverbrauchs kann schließlich auch der Gütermarkt eine nachkapitalistische Gestalt annehmen. Die arbeitsteilige Produktion von Waren würde dann fortbestehen - aber in Formen, in denen die Gebrauchswerte und Tauschwerte der Waren zur Übereinstimmung kommen, d.h. die Produktion von Waren ist dann nicht mehr primär an ihren Tauschwerten orientiert, um die Rentabilität

---

[177] Näheres hierzu gibt es auf der Website https://www.attac.de/kampagnen/bankwechsel/worum-geht-es/ (Zugriff: 24.7.2019).

[178] Vgl. hierzu Susanne Elsen (2007). - Clarita Müller-Plantenberg (2008). - Sven Giegold & Dagmar Embshoff Hrsg. (2008). - Christine Ax (2009). - Elisabeth Voss (2010) und Susanne Elsen (2011).

des eingesetzten Kapitals zu maximieren, sondern es geht im Sinne eines sparsamen Umgangs mit menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen um die Erzeugung von Gebrauchswerten, deren Tauschwerte ihnen nahezu entsprechen. Anstelle der bisher vom Geld- und Warenfetischismus fehlgeleiteten rentablen Produktion von Wegwerfwaren mit eingebautem Verschleiß wird es wirtschaftlich, länger haltbare und reparierbare Güter herzustellen. Auf solchen Gütermärkten bedarf es keiner aggressiven Marketing- und Werbestrategien mehr, um den Konsumenten ‚billige' Massenartikel aufzudrängen. Die Marktpreise sagen dann die ganze soziale und ökologische Wahrheit und steuern damit die Produktion dezentral gemäß den menschlichen Bedürfnissen. Die Produzentensouveränität kann in eine Konsumentensouveränität übergehen – aber nicht in dem Sinne, dass Kunden nun in bloßer Umkehrung der bisherigen Hierarchie zu Königen werden. Vielmehr sind ja alle wirtschaftlichen Akteure sowohl Produzenten als auch Konsumenten, so dass sie im Gleichgewicht zwischen ihren beiden Rollen zu Prosumenten werden. In Ergänzung zum Preissystem können zwischen ihnen noch weitere Informationen fließen, wenn persönlich verantwortliche und in den einzelnen Regionen bekannte Unternehmen an die Stelle von anonymen Kapitalgesellschaften treten; aber diese Informationen haben keinen manipulativen Werbecharakter mehr.

13.5.8 Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften

Bei alledem konnten Suhr und Andres nur erste Umrisse einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Arbeitswelt andeuten, so dass weitere Detailforschungen unerlässlich sind, um ihr den Weg zu bereiten. Dies gilt besonders auch für einen Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, der sich im Zuge des Übergangs von der Kapitalakkumulation und -konzentration zu einer Dezentralisierung des Produktivvermögens ergeben wird. In ferner Zukunft werden sie sich nicht mehr als Macht und Gegenmacht gegenüberstehen und sich hierauf rechtzeitig einstellen müssen. Vorläufig behalten die Gewerkschaften noch ihre historisch gewachsene Rolle als Gegenmacht zur Macht des Kapitals und es wäre darum absurd, sie wie in totalitären Regimen gleichschalten oder zerschlagen zu wollen. Die Gewerkschaften bleiben noch lange unverzichtbar als Hebammen einer menschenwürdigen und naturverträglichen Arbeitswelt.

In diesem Sinne legt auch Ulrich Brand den Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, als „Kindern des Industriekapitalismus" nahe, sich von ihrer Fixierung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere in den exportorientierten Kohle-, Stahl-, Chemie- und Pharma- sowie Autoindustrien zu lösen. Ihr Eintreten für eine ökologische Modernisierung allein durch effizientere Technologien ist für Brand noch ein Zeichen eines „eher korporatistischen Interesses an der Aufrechterhaltung des Status quo". Ebenso sieht er auch in der Elektromobilität noch keine hinreichend zukunftsfähige Alternative zur fossil basierten Mobilität. Stattdessen

sollten die Gewerkschaften Brand zufolge stärker nach einer „Industriekonversion“ streben und sich nicht der Einsicht verschließen, „dass die Industrieproduktion - aber auch die industriellen Anteile der Dienstleistungen wie etwas das Fliegen - stark reduziert werden müssen.“[179]

13.5.9 Internetkonzerne

Weitgehend ungeklärt ist noch die Frage, ob und inwieweit sich Reformen der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung sowie des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts gleichsam automatisch auch dezentralisierend auf die während der letzten 30 Jahre entstandenen großen Internetkonzerne wie Microsoft, Apple, Google, Amazon, Facebook und Twitter in den USA oder Huawei, Tencent und Alibaba in China auswirken oder ob es zur Überwindung von deren gewaltiger Marktmacht zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Im Unterschied zu der schon von Rosa Luxemburg beschriebenen Landnahme und Akkumulation begrenzter natürlicher Ressourcen sprengte die digitale Revolution diesen Rahmen, indem sie die Landnahme und Akkumulation im schier grenzenlosen virtuellen Raum der Daten und Clouds fortsetzte. Zwar blieb auch sie letztlich auf Ressourcen und Energie angewiesen; jedoch ist „die erzeugte und verarbeitete digitale Datenmenge, ausgedrückt in Zettabytes (= 1000^7 Bytes = 1 Trillion Bytes), längst ins Astronomische gestiegen. Nach Auffassung der Berkeley School of Information hat die Menschheit seit der Verwendung von Computern zu Beginn der 1970er Jahre etwa 85mal so viele Daten prozessiert wie in der gesamten Geschichte davor analoge Daten.“[180] In diesem Zusammenhang spricht der Soziologe Philipp Staab von einer „relativen Unknappheit digitaler und digitalisierter Güter“.[181]

Zweifellos brachten die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien den Menschen vielerlei Möglichkeiten, in Sekundenschnelle rund um die ganze Welt Informationen miteinander auszutauschen und sich im buchstäblichen Sinn des Wortes Internet miteinander universal zu vernetzen. Den Annehmlichkeiten stehen jedoch auch etliche Schattenseiten gegenüber – und zwar nicht nur die Entstehung des Internets während des Kalten Krieges innerhalb des „Kapital-Digital-Militär-Komplexes“ (Werner Rügemer[182]) und ihre enge Verflechtung mit der Raumfahrtindustrie.

Statt die strukturellen Funktionsmängel des Geldes und des Preiskosmos als ‚Internet‘ der Märkte zu beheben, schufen sich das dysfunktionale kapitalistische Geld und die internationalen Finanzmärkte mit der Digitalisierung das zu ihrer

---

[179] Ulrich Brand (2019), S. 79 - 88, hier: S. 82 (Gewerkschaften als Kinder des Industriekapitalismus), 83 (Reduktion der Industrieproduktion), 87 (Status quo vs. Industriekonversion). -

[180] Heinz D. Kurz (2017), 785 – 792, hier: S. 787 (astronomische Datenmengen).

[181] Philipp Staab (2019), S. 76 - 81 (Unknappheit).

[182] Werner Rügemer (2018), S. 232 – 245. – Susanne Lange (2017), S. 7 – 26. - Philipp Staab (2019), S. 63 – 67 (US-amerikanischer Militärkeynesianismus, der – so eine Anmerkung des Verfassers – Keynes niemals in den Sinn gekommen wäre).

weiteren Entfesselung notwendige technische Instrumentarium. Herkömmliche (Groß-)Banken entwickelten sich mehr und mehr zu Investmentbanken, neben denen sich fortan auch noch Schattenbanken, Private-Equity-Fonds und Hedgefonds ausbreiteten. Die größte Schattenbank BlackRock stieg zum Großaktionär bei rund 17.000 multinationalen Konzernen auf und verwaltete im Jahr 2018 bereits ein Gesamtvermögen in Höhe von 6 Billionen US-Dollar. Mit Hilfe seines ‚allwissenden' Computerprogramms „Aladdin" beeinflusst Blackrock die geschäftlichen Dispositionen der Konzerne und ist mittlerweile ein Hauptmotor der wieteren Monopolisierung von Märkten.[183] Zugleich bieten die Internetkonzerne neue gigantische Anlagemöglichkeiten für renditehungriges Kapital, von denen es auf den herkömmlichen Märkten zunehmend weniger gibt. „Das viele Geld kommt aus der ganzen Welt, oft von im Auftrag staatlicher Vermögensfonds agierender Finanzinvestoren", so dass man mit Evgeny Morozov von einer „wechselseitigen Durchmischung von Finanzkapitalismus und technologischem Kapitalismus" und mit Philipp Staab von „historischen Filiationen zwischen Finanzwirtschaft und Internetökonomie" sprechen kann.[184]

Innerhalb von nur drei Jahrzehnten sind geradezu „Internetgiganten" entstanden, die die früheren Großkonzerne nochmals weit in den Schatten stellen. „Ihr gemeinsamer Börsenwert übersteigt das Bruttosozialprodukt der meisten Länder der Welt und ist Ausweis ihrer immensen Macht. Noch vor fünf Jahren (2013) dominierten Ölmultis die Top-Ten-Liste der weltweit wertvollsten Unternehmen; heute rangieren Apple, Alphabet (Google), Microsoft und Amazon auf den Plätzen eins bis vier, auf den Plätzen sechs bis acht folgen die Internetriesen Alibaba, Tencent (beide China) und Facebook." Die technischen ‚Hilfsmittel' in den Haushalten und Unternehmen haben ein riesiges Konglomerat aus Nachrichten, Werbung, Onlinehandel und digitaler Unterhaltung hervorgebracht. Weil Information und Manipulation fließend ineinander übergehen, insistiert Thilo Bode, der frühere Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland und Gründer von „Foodwatch", darauf, dass „Algorithmen nicht neutral sind".[185]

Die Renditemaximierung ist freilich auch im IT-Bereich nur auf der Basis niedriger Sozial- und Umweltstandards möglich, also auf der Basis stark eingeschränkter Arbeitnehmerrechte, einer zu billigen Inanspruchnahme von Ressourcen und Energie, einer Ausnutzung von Lagevorteilen für die Logistikzentren, einer kostenlosen Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen, zu deren Unterhalt die Internetkonzerne als Steuervermeider kaum etwas oder gar nichts beitragen, und einer Externalisierung der Kosten der Berge von Computerschrott. An diesen Missständen ändert auch die Gründung großer Stiftungen wie derjenigen von Bill Gates, der längere Zeit im Steuerparadies Irland produzieren ließ, nichts. Als

---

[183] Heike Buchter (2015). – Werner Rügemer (2018), S. 12 – 139 und 149 - 226. - Christian Blees (2019).

[184] Evgeny Morozov (2018), S. 94 – 95. – Vgl. auch Philipp Staab (2019), S. 85 – 87, 97 – 100 und 143 – 149.

[185] Thilo Bode & Stefan Scheytt (2018), S. 123 – 125 (Internetriesen) und 134 (Algorithmen).

Gigant im Online-Handel steigert Amazon noch die Verödung von Städten, deren Erscheinungsbilder ohnehin schon von Handelsketten beeinträchtigt waren. Als historisches Vorbild für seinen weltweiten Onlinehandel diente dem Amazon-Gründer Jeff Bezos übrigens bezeichnender Weise die von der früheren britischen Kolonialmacht gegründete „East-India-Company", die das ausdrückliche Ziel hatte, den Weltmarkt zu monopolisieren.[186]

„Konzerne durchdringen alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche wie nie zuvor." Deren wirtschaftliche Macht vermischt sich durch den Lobbyismus und die Einrichtung von sog. „Drehtüren" zwischen Wirtschaft und Politik mit politischer Macht und höhlt die Demokratie aus. „Gewiss werden noch politische Entscheidungen getroffen, aber nicht mehr gegen die Interessen der Konzerne." Deshalb spricht Thilo Bode geradezu von einer „Diktatur der Konzerne, in der die Demokratie leise verschwindet" – nicht zuletzt auch durch die Verbreitung von Fakenews, Hass und Gewalt in den aSozialen Medien und durch die Überwachungsmöglichkeiten durch Big Data, deren riesige Ausmaße zum Glück von Edward Snowden sichtbar gemacht wurden.[187]

Auch im digitalen Kapitalismus bleibt die menschliche Gesellschaft wie im fossil basierten Kapitalismus in sozialer Hinsicht gespalten und von der Natur entfremdet. Ihre virtuelle Gemeinschaft trägt deshalb – anders als Pseudogemeinschaften von Klassen und Rassen - Züge eines bloß technischen Ersatzes für die fehlende soziale Einheit. Als Instrument zur Vernetzung der Menschen zu einer Weltgemeinschaft bewirkt das Internet zugleich auch deren Vereinzelung als Anhängsel ihrer PCs und Smartphones. Nicht nur bei vielen Erwachsenen, sondern auch schon bei vielen Kindern und Jugendlichen führt dies häufig zu einem kompensatorischen Suchtverhalten. Und ganz besonders auffällig wird die Isolierung und Anonymisierung der Menschen beim Onlinehandel, der den unmittelbaren menschlichen Kontakt zwischen Nachfragern und Anbietern noch unmöglicher macht als das Einkaufen in großen Kaufhäusern.

Weitere Schattenseiten der Digitalisierung sind die von der Mikrowellenstrahlung von Smartphones und Funkmasten ausgehenden Gefahren für die menschliche Gesundheit und schließlich die Cyberkriminalität und Cyberkriege sowie das Darknet als schauerliche Unterwelt des Internets.[188] -

So wie die Reformen der Geld- und Bodenordnung, des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts den herkömmlichen Mono- und Oli-

---

[186] Zum perversen Wachstumswahn von Amazon-Chef Jeff Bezos gehört auch sein „Blue Origin"-Weltraumprojekt, das eine menschliche Besiedelung anderer Planeten zum Ziel hat. Näheres dazu in der am 12.5.2020 gesendeten ARTE-Dokumentation „Der unaufhaltsame Aufstieg von Amazon"; auf der Website https://www.arte.tv/de/videos/058375-000-A/der-unaufhaltsame-aufstieg-von-amazon/ (Zugriff: 13.5.2020).

[187] Thilo Bode und Stefan Scheytt (2018), S. 183 (Diktatur der Konzerne vs. Demokratie). – Yvonne Hofstetter (2014) (Überwachungsmöglichkeiten von Big Data).

[188] Zum Darknet vgl. Stefan Mey (2017), S. 4 – 9.

gopolen den strukturellen Nährboden entziehen sollen[189], so könnten sie auch der Macht der Internetkonzerne entgegenwirken. Angesichts der engen Verflechtung des Finanzmarkt- und des digitalen Kapitalismus könnte eine Zähmung des Finanzmarktkapitalismus nicht ohne Auswirkungen auf den digitalen Kapitalismus bleiben. Die Stilllegung der Kapitalakkumulations- und konzentrationsdynamik und die Herstellung einer echten sozialen Einheit der (Welt-)Gesellschaft könnten den Bedarf an Informations- und Kommunikationstechnologien verringern – auf jeden Fall in den Bereichen der dann gezähmten Finanzmärkte und der staatlich-bürokratischen Reparatur der sozialen Folgen des dysfunktionalen kapitalistischen Geldes. Eine soziale und ökologische Bepreisung von Ressourcen und Energie würde auch für Internetkonzerne die Kostenstrukturen und Absatzmöglichkeiten gravierend verändern. Aber wie weit könnte eine durch gerechte Preise für Arbeit und Natur ausgelöste Reduktion des Digitalen in einer Welt gehen, die nicht mit allen möglichen KI-basierten ‚smarten' Gerätschaften durchdrungen und künstlich neu erschaffen wird? Und bedarf es zusätzlich zu denjenigen Reformen, die im vordigitalen Kapitalismus zur Entkapitalisierung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen konzipiert wurden, noch weiterer Reformen zur Einhegung der von Staab charakterisierten „proprietären Märkte"? Nachdem im vordigitalen Kapitalismus knappe Güter zum großen Teil von herkömmlichen Konzernen in fordistischer Massenproduktion hergestellt und auf monopolisierten Märkten gehandelt wurden, werden Staab zufolge im postfordistisch-digitalen Kapitalismus „unknappe Güter" von den kommerziellen Internetgiganten auf extrem vermachteten Märkten gehandelt, die ihnen auch noch selbst gehören. „Die Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus *sind* Märkte". Und weil die Internetgiganten den Zugang zu ihren Märkten, d.h. zu sich selbst kontrollieren, können sie auch leistungslose Renteneinkünfte erzielen, was in den herkömmlichen Wirtschaftsbereichen wegen der dortigen „Saturierung der Märkte" schwieriger geworden ist. Da sie über „Instrumente der künstlichen Verknappung potenziell unknapper Güter" verfügen, haben proprietäre Märkte die „Fähigkeit, aus eigentlich unknappen Gütern Profit zu schöpfen." Damit „tut sich ein Feld für die Generierung leistungsloser Einkommen, also ökonomischer Renten auf. … Im Kern sind proprietäre Märkte Strukturen zur Extraktion ökonomischer Renten. … Die Leitunternehmen des kommerziellen Internets sind weniger Produzenten, die auf Märkten agieren, als Märkte, auf denen Produzenten agieren. … Als Marktbesitzer wachen sie in wachsenden Bereichen der Ökonomie darüber, wer Zugang zum Markt erhält und unter welchen Bedingungen dies geschieht. Ihr Profitmodell liegt in der Erwirtschaftung ökonomischer Renten aus eben diesem Privileg." Aus diesem Grund

[189] Zu den herkömmlichen Konzernen vgl. Thilo Bode & Stefan Scheytt (2018), S. 11 – 60 (außer Kontrolle geratene Konzerne).

hält Staab den digitalen Kapitalismus auch nicht nur für einen bloßen „Wiedergänger des klassischen Monopolkapitalismus".[190]

Zwar bleibt auch der digitale Kapitalismus weiterhin gleichsam als Basis auf die Verfügung über menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen angewiesen, aber darüber hinaus hat er sich als Überbau eine eigene virtuelle Welt erschaffen, zu deren Regulierung es als Ergänzung zu den Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts möglicherweise weiterer Reformen bedarf. Doch wie könnten solche weiteren Reformen aussehen? Würden gesetzliche Regulierungen im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes vor Werbung ausreichen, die Möglichkeiten der Machtausübung und Überwachung durch private Konzerne und staatliche Geheimdienste einzuschränken?

Und wie könnte das Internet – wenn seine positiven Seiten erhalten bleiben sollen – nach der Ära des digitalen Kapitalismus in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus überhaupt aussehen? Da es sich nicht von kleinen und mittleren Unternehmen betreiben lässt, können Internetdienste nur von großen Unternehmen angeboten werden. Von daher könnte „eine viel ambitioniertere Denkweise" notwendig werden, die auch im IT-Bereich die „Eigentumsfrage" neu stellt und Möglichkeiten einer „anderen Eigentumsordnung für Daten" sondiert.[191] Internetfirmen sollten dann nicht mehr in der Rechtsform von privaten Aktiengesellschaften betrieben werden, sondern als öffentlich-rechtliche Körperschaften ähnlich wie Rundfunk- und Fernsehanstalten. Könnte eine solche Entwicklung von Europa ausgehen? Und welche Rolle könnten die Vereinten Nationen spielen?[192]

13.6 Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive" und das „Vorsorgende Wirtschaften" zu einem egalitären Geschlechterverhältnis

Ein qualitativer Wandel der Erwerbsarbeit von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Mitwirkung der Arbeitenden in den Unternehmen bei selbstbestimmt flexibler Arbeitszeit könnte auch zu ihrer besseren Vereinbarkeit mit der Familienarbeit, mit Subsistenztätigkeiten oder mit Nachbarschaftshilfen führen. Insofern könnte er beiden Geschlechtern zugutekommen. Aber wird er

---

190 Philipp Staab (2019), S. 28 (digitaler Kapitalismus kein bloßer Wiedergänger des klassischen Monopolkapitalismus), 30 (digitale Leitunternehmen als Märkte), 32 (Zugangskontrollen), 34 (proprietäre Märkte), 151 - 152 (Saturierung der herkömmlichen Märkte und säkulare Stagnation), 162 (Fordismus und Postfordismus), 173 – 175 (Vermachtung), 205 – 210 (proprietäre Märkte und künstliche Verknappung unknapper Güter), 210 (Extraktion von ökonomischen Renten) und 222 – 223 (Profitmodell).

191 Evgeny Morozov (2018), S. 95 – 96 und 103 (Eigentumsfrage).

192 Philipp Staab (2019), S. 287 – 296 (Europa). – Werner Rügemer (2018), S. 236 – 237 (Vereinte Nationen). Vgl. hierzu auch den Schluss von Abschnitt 13.8.2 in diesem Buch.

schon ausreichen, um auch die Geschlechterhierarchie gleichsam automatisch mit einzuebnen? Zusätzlich zu einem strukturellen Wandel der Erwerbsarbeitswelt dürften weitere Maßnahmen zur Angleichung der Chancen beider Geschlechter auf eine gleiche Teilhabe am Erwerbsleben erforderlich sein. Um sie zu konzipieren, könnte es hilfreich sein, sich der engen Verflechtung von Kapitalismus und Patriarchat und des bisherigen Kampfes um die Rechte von Frauen zumindest in knappen Umrissen zu erinnern.

Frauen vom aktiven und passiven Wahlrecht sowie vom Zugang zu Bildung und Berufen auszuschließen und ihr Leben auf Küche & Kinder zu beschränken, war ein großes historisches Unrecht, dem Olympe de Gouges (1748-1793) frühzeitig entgegentrat, als sie im Jahr 1791 - zwei Jahre nach der Proklamation der männlich verstandenen Menschenrechte in der Französischen Revolution - die Menschenrechte auch für Frauen proklamierte und dafür ihr Leben auf dem Schafott lassen musste.[193] Seitdem mussten sich Frauen ihre Würde und ihre Rechte erst mühsam gegen die Übermacht von Männern erkämpfen. Gleichwohl hat die ihnen nach dem Ersten Weltkrieg (in der Schweiz erst 1971) zugestandene Mitwirkung in der Politik, wo sie noch immer unterrepräsentiert sind, bislang zu keiner grundlegenden Änderung der kapitalistischen Grundstrukturen der Wirtschaft geführt. Im Gegenteil, auch Politikerinnen trugen zu deren Konservierung bei.[194]

Trotz der in den Artikeln 1 und 2 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 und im Artikel 3.2 des deutschen Grundgesetzes von 1949 verankerten rechtlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern erhielten Frauen in Deutschland erst seit den 1970er Jahren ihr Recht auf die Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre von Männern unabhängige Geschäftsfähigkeit. Und noch immer steht die Verwirklichung ihrer ökonomischen Gleichberechtigung aus. In unzähligen Fällen hat das gleiche Recht von Frauen auf Bildung und Zugang zu Berufen vorerst nur zu ihrer Doppelbelastung durch oftmals noch traditionelle Familien und durch ihre vielfach in Teilzeit ausgeübten Berufe geführt. Zwar gibt es inzwischen gesetzliche Elternzeitregelungen, Kindertagesstätten und viele Unternehmen bieten auch familienfreundliche Arbeitszeitregelungen an, aber im Großen und Ganzen haben Frauen dennoch die Doppelbelastung sowie eine schlechtere Bezahlung, weniger Aufstiegschancen und Nachteile bei ihrer späteren Alterssicherung zu tragen. Für gleiche abhängige Beschäftigungen erhalten Frauen im Durchschnitt etwa 20 Prozent weniger Löhne und Gehälter als Männer. Und im Jahr 2014 „erhielten Frauen ... im Durchschnitt 40 Prozent weniger Altersrente als Männer." Daran ändert sich auch trotz der Einführung einer Grund-

---

[193] Olympe de Gouges (1791/1995).

[194] Zum Frauenwahlrecht vgl. Isabel Rohner & Rebecca Beerheide (2017) und zur Geschichte der Frauenbewegung vgl. Herrad Schenk (1983) und Elisabeth Meyer-Renschhausen (1998).
Vgl. auch die Website https://www.lpb-bw.de/12_november.html (Zugriff: 26.7.2019)

rente für Geringverdiener (deutlich mehr als die Hälfte aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt) nichts. [195]

Im Großen und Ganzen sind Frauen in der Wirtschaft gegenüber Männern noch immer stark benachteiligt. Es gibt zwar auch Unternehmerinnen, aber vom gesamten Eigentum am Geld-, Boden- und Realkapital befindet sich nur ein verschwindend geringer Teil in den Händen von Frauen. Bereits 1980 stellte ein „United Nations Report" fest: „Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung, sie leisten fast zwei Drittel der Arbeitsstunden - sie erhalten ein Zehntel des Welteinkommens und sie besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums der Welt."[196] Die Führungsetagen von Unternehmen sind nach wie vor Männerdomänen, in denen Frauen wie überall deutlich unterrepräsentiert sind und weniger verdienen als Männer. „In knapp 34 Prozent der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland war Ende 2018 mindestens eine Frau im Vorstand vertreten. ... Die Vorstandsvorsitze wurden jedoch zu fast 99 Prozent von Männern eingenommen." Nachdem seit 2016 in Deutschland eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten gilt, haben Frauen darin mittlerweile 27 Prozent der Sitze inne.[197] Gleichwohl bleibt nach den Erfahrungen in der Politik zumindest ungewiss, ob zu gleichen Teilen aus ‚Lehman Brothers & Sisters' zusammengesetzte Vorstände und Aufsichtsräte von Großunternehmen ‚ganz anders' handeln würden.

Nicht zuletzt haben Trennungen bzw. Scheidungen oft zur Folge, dass Alleinerziehende auf den zweiten Arbeitsmarkt geraten. Darüber hinaus gibt es noch immer eine hohe Dunkelziffer von Gewalt in Ehen sowie erschreckende Ausmaße von sexuellem Missbrauch, Handel mit Frauen/Mädchen und (Zwangs-) Prostitution als Symptome massiver Störungen im Verhältnis zwischen den Geschlechtern.[198]

In seinem tieferen strukturellen Kern enthält der Kapitalismus offenbar einen patriarchalischen Zwillingsbruder, der sich allein durch gleiche politische und wirtschaftliche Frauen- und Männerrechte nicht bezwingen lässt. Zudem stellen die zweifellos berechtigten Forderungen nach einem „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" vorerst ‚nur' realpolitische Forderungen nach einer gleichen Entlohnung

---

[195] Vgl. hierzu Janine Bernhard (2017), S. 28 - 33, bes. S. 31. - Zum Gender Wage Gap vgl. Mustafa Coban & Selina Foshag (2018), S. 34 - 44. - Zur vorwiegend weiblichen Altersarmut vgl. Kristina Vaillant (2016). – Vgl. auch die Oxfam-Studie zur „systematischen Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge (2020a).

[196] United Nations Report 1980, zitiert nach Hannelore Schröder (1986, Teil 1), S. 7. - Dieses Hundertstel das in der Hand von Frauen befindlichen Vermögens ist ähnlich ungleich verteilt wie das in den Händen von Männern befindliche Vermögen und konzentriert sich zum großen Teil auf Frauen wie früher Grete Schickedanz (Quelle) oder Susanne Klatten-Quandt (BMW).

[197] Über Unternehmerinnen vgl. Thomas Dobler (1998). - Zum Frauenanteil in Aufsichtsräten vgl. Elke Holst & Katharina Wrohlich (2019), S. 20 - 34. Vgl. hierzu auch eine IAB-Studie „Oberste Chefetage bleibt Männerdomäne" von Susanne Kohaut & Iris Möller auf der Website http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb2417.pdf (Zugriff: 26.7.2019).

[198] Janine Bernhard (2017), S. 31 (Alleinerziehende). - Margret Karsch (2016), S. 262 - 275 (Gewalt gegen Frauen).

für die von Frauen und Männern geleistete kapitalistische Erwerbsarbeit dar. Dasselbe gilt für die Forderung nach mehr Einfluss von Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten von großen Unternehmen. Im Hinblick auf deren ‚Restlaufzeit' im Übergang von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft behält sie selbstverständlich vorläufig noch ihre Berechtigung. Aber die gleiche Teilhabe an der kapitalistische Erwerbsarbeit in großen Konzernen stellt weder für Frauen noch für Männer eine über die Systemtransformationsphase hinausgehende Zukunftsperspektive dar, denn in regionalen kleineren und mittleren Unternehmen könnten Frauen auch deutlich bessere Chancen auf eine gleiche Teilhabe an leitenden und ausführenden Arbeiten und auf ihre eigene Vermögensbildung haben.

Allerdings könnte auch eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" mit einer strukturell gewandelten Erwerbsarbeit die hierarchische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern noch nicht ganz überwinden. Es bliebe immer noch ein zu Lasten von Frauen gehender ‚Rest' an Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Er muss ausgeräumt werden, wenn Männer nicht mehr die sog. „Familienernährer" und die Frauen nicht mehr „nur Hausfrauen" bzw. Hinzuverdienerinnen bleiben sollen und wenn die Entwicklung aufbauend auf den bislang schon erreichten Frauenrechten in die Richtung einer vollständig geschlechtergerechten egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern weitergehen soll. Wie also ließe sich eine nicht nur politische, sondern auch vollständige ökonomische Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreichen?

13.6.1 Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit - Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Mariarosa Dalla Costa & Selma James)

Als ein wesentlicher neuralgischer Aspekt der ökonomischen Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern wurde in der neueren Frauenbewegung seit den 1970er Jahren die Tatsache diskutiert, dass die häusliche Familienarbeit zum allergrößten Teil von Frauen und obendrein auch noch unentgeltlich geleistet wird - gleichsam als ein ehrenamtlicher Liebesdienst an ihre Männer und Kinder sowie an die gesamte Gesellschaft. Angestoßen wurde diese sog. „Hausarbeitsdebatte" 1973 in Italien durch das Buch „Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft", in dem sich Mariarosa Dalla Costa & Selma James kritisch mit dem Verhältnis zwischen der überwiegend männlichen bezahlten Erwerbsarbeit und der überwiegend weiblichen unbezahlten Hausarbeit auseinandersetzten. Hierin sahen sie im Gegensatz zum Marxismus mehr als nur einen Nebenwiderspruch neben dem vermeintlichen Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Wer nur die industrielle Fabrikarbeit als Weg zur Befreiung der Frauen ansehe, habe die Geschlechterfrage nicht verstanden. „Die Sklaverei des Fließbandes ist keine

Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens." Wer das nicht verstehe, verstehe keine der beiden Sklavereien.[199]

Der moderne Kapitalismus löste frühere Familienstrukturen auf, warf die Männer als ‚freie' Lohnarbeiter auf den Arbeitsmarkt und verbannte die Frauen, spätestens wenn sie Kinder bekamen, in die Häuser, wo sie isoliert waren und ihre gesellschaftlich unsichtbare Hausarbeit leisteten, während die ausgebeutete Erwerbsarbeit der Männer immerhin durch ihre Bezahlung sichtbar war. So entstand Costa & James zufolge auch die moderne Kleinfamilie. Selbst der auf die männliche Erwerbsarbeit fixierte Marx habe nicht erkannt, dass auch die Hausarbeit produktiv sei. Die auch von ihm nicht problematisierte Ausbeutung der Hausfrauen sei die eigentliche Grundlage für die Reproduktion der Lohnarbeiter und damit die Grundlage für die gesamte sichtbare kapitalistische Mehrwertproduktion.

Für Costa & James wurden die Frauen zum eigentlichen revolutionären Subjekt. Allerdings zogen sie noch nicht den Schluss, einen Lohn für die von Frauen geleistete Hausarbeit zu fordern, um sie sichtbar zu machen. Ihr Buch entfachte jedoch zuerst in Italien und danach auch in anderen Ländern eine höchst kontroverse Diskussion über genau diese Forderung. Neben zahlreichen unterstützenden Stimmen, dass die Hausarbeit auch Arbeit und die Frauen nicht „nur Hausfrauen" seien, blieb umstritten, ob und wie ein Lohn für die Hausarbeit finanziert werden könnte. Und es gab auch vehement vorgebrachte Einwände wie die Befürchtungen, dass im Falle einer nur geringen Bezahlung der Hausarbeit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigt werden könnte oder dass überhaupt durch einen Lohn für die Hausarbeit auch noch die privaten Haushalte als gewissermaßen letzte vom Kapitalismus noch nicht durchdrungene Inseln marktförmig monetarisiert und kommerzialisiert werden könnten. „Anders als das Schlagwort vermuten ließ, war das zentrale Anliegen nicht eine Geldleistung für Hausfrauen, sondern vielmehr die Politisierung der Arbeitsteilung und der geschlechtsspezifischen Zuweisung der privaten, unbezahlten Sorgearbeit an Frauen – Stichwort: Das Private ist politisch." Die Haushaltsdebatte wurde bald zum „vergessenen Stiefkind beiderlei Geschlechts" und verebbte schließlich bzw. fand ihre inhaltliche Fortsetzung mit anderen Themenschwerpunkten.[200] So blieb es mehr oder weniger ungewollt bei der Unsichtbarkeit der Familienarbeit, bei nur begrenzten Modifikationen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und bei einer in der Tat fragwürdigen Kommerzialisierung billiger, wenig qualifizierter Pflegearbeiten.

---

[199] Mariarosa Dalla Costa & Selma James (1973), S. 41. - Zur aktuellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern vgl. die 2017 von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebene Studie „Wer leistet unbezahlte Arbeit? - Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich" von Dietmar Hobler, Christina Klenner u.a. auf der Website https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_35_2017.pdf (Zugriff: 27.7.2019).

[200] Almut Bachinger (2011), S. 36.

13.6.2 Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)

Im Anschluss an die „Hausarbeitsdebatte“ wandten sich in Deutschland die Soziologinnen Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies sowie die Politologin Claudia von Werlhof gegen eine Verengung des Arbeitsbegriffs auf die männliche lohnabhängige Erwerbsarbeit. Vor dem Hintergrund ihrer Forschungen in Lateinamerika und Indien wollten sie die Kapitalismusanalyse von Marx & Engels und Luxemburg erweitern und zeigen, dass nicht nur die männliche Erwerbsarbeit in den Industrieländern und in den Fabriken und Plantagen des globalen Südens produktiv war und ausgebeutet wurde, sondern auch die in Nord und Süd vorwiegend von Frauen geleisteten häuslichen und kleinbäuerlichen Arbeiten. Deshalb veranschaulichten Mies & Bennholdt-Thomsen die globale Arbeitswelt als Eisberg, von dem nur die aus Kapital und Lohnarbeit bestehende Spitze oberhalb des Meeresspiegels zu sehen ist, während alle anderen unter dem Meeresspiegel liegenden Arbeiten einen noch viel größeren Gesamtumfang haben, aber unsichtbar bleiben.

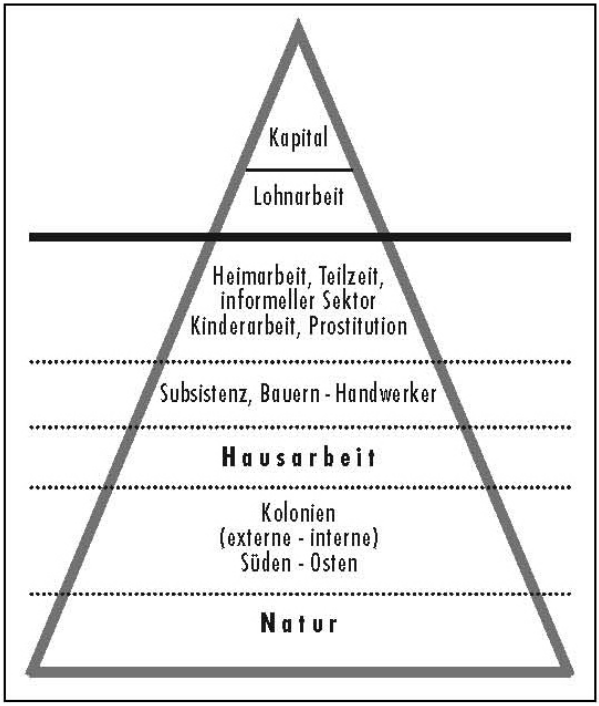


Abb.: Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft (Maria Mies[201])

[201] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 38, und Maria Mies (1998), S. 57.

Um die „Unter-Wasser-Ökonomie" mit ihren unsichtbaren Arbeiten und Naturleistungen ins Bewusstsein zu heben, entwickelten Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof eine „Subsistenzperspektive", die sie nicht nur dem Marxismus, sondern auch der neoklassischen Ökonomie gegenüberstellten. „Das gesamte moderne Industriesystem - sowohl in seiner kapitalistischen wie in seiner sozialistischen Variante baut ... auf der Kolonisierung von Natur, Frauen und hinunter entwickelten Völkern auf."[202]

Innerhalb der neoklassischen „New Home Economics" war damals der US-amerikanische Ökonom Gary Becker gerade dabei, die Ehe bzw. Paarbeziehung von Mann und Frau als „Zwei-Personen-Firma" zu interpretieren, die ihre Entscheidungen über die Einteilung ihrer Zeit auf Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Freizeit rational trifft wie der von der Neoklassik als geschlechtsneutral unterstellte homo oeconomicus. Auch gesamtwirtschaftlich sei es rational, dass Männer überwiegend die Erwerbsarbeit und Frauen überwiegend die Haus- und Familienarbeit leisten.[203] Dem Marxismus hielten Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof entgegen, dass in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur die männliche Erwerbsarbeit unterbezahlt und damit teilweise ausgebeutet werde. Sie analysierten deshalb die Totalausbeutung der vorwiegend weiblichen Haus- und Familienarbeit als „letzte Kolonie" (Werlhof), in der die Reproduktion der erwerbstätigen und Mehrwert produzierenden Arbeitskräfte kostenlos erfolgt, und weitere Formen der „Hausfrauisierung"[204] im globalen Süden.

Bei einem solchen „Eisberg" lassen sich oben und unten allerdings nicht auf revolutionärem Weg vertauschen. „Es geht nicht darum, die Pyramide umzukehren. Wir müssen ein ganz anderes Paradigma erfinden." Nach dem Auseinanderbrechen und Schmelzen des Eisbergs „brauchen wir zum Überleben so etwas wie ein Floß, das uns wieder an Land, vielleicht auf eine Insel bringt." Grundelement einer solchen „Überlebenswirtschaft" müsse eine „Moral Economy" sein. Anstelle von Egoismus und Konkurrenz sollen die bislang „im kapitalistischen Patriarchat den Frauen zugewiesenen und darum ‚entwerteten'" Potentiale der „gegenseitigen Fürsorge und Hilfe, Liebe, Mitmenschlichkeit und zweckfreier Lebensfreude ... , Kooperation und Gegenseitigkeit" die ausschlaggebenden Antriebskräfte der Wirtschaft werden. „Ziel ist nicht die Befriedigung künstlich geschaffener Nachfrage, sondern die Erhaltung des Lebens, der Subsistenz. ... Unbegrenztes Wachstum von Geld und Waren kann es nicht geben." Maßgebend sollen auch die „Prinzipien der Regionalisierung (Lokalisierung) und Dezentralisierung" werden und die Wirtschaft soll dann „nicht mehr auf dem globalen Handel beruhen. ... Der Han-

---

[202] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 17.

[203] Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 16 - 41 (Kritik an der männlichen Ökonomie) und 60 - 85 (Kritik am homo oeconomicus).

[204] Claudia von Werlhof (1983 / „letzte Kolonie). - Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 40 - 41 (Hausfrauisierung).

del sollte dem Austausch von Gütern dienen, nicht der Akkumulation von Kapital."[205]

Die Kritik der „Subsistenzperspektive" an den großen Agrarkonzernen und deren Patentierung von Saatgut und Genen, die auch im Gedankenaustausch mit der indischen Naturwissenschaftlerin und Philosophin Vandana Shiva (der Trägerin des Alternativen Nobelpreises von 1993) entstand, beinhaltete keineswegs die vom Begriff Subsistenz geweckte falsche Vorstellung, dass alle Menschen wieder von der Industrie- zur Agrargesellschaft zurückkehren sollten. Vielmehr ging es um eine Regeneration der Landwirtschaft in ökologischen, familien- und kleinbäuerlichen Formen bzw. in Form von Genossenschaften und Landkooperativen. Eine solche Landwirtschaft sollte die Grundlage von lediglich verringerten Sektoren der Industrie und Dienstleistungen werden, um „die Haut unserer Erde zu schützen". Sie sollte auch um Formen der „urbanen Subsistenz" ergänzt werden. Dennoch wurde die „Subsistenzperspektive" innerhalb der Linken als „Rückkehr auf's Land" kritisiert und absurder Weise sogar einer Nähe zur nationalsozialistischen „Blut- und Boden"-Ideologie bezichtigt.[206]

In Wirklichkeit wollten Bennholdt-Thomsen & Mies & Werlhof den damals schon wieder entpolitisierten und auf individuelle Befreiungen der Frauen von Benachteiligung, Sexismus und Gewalt reduzierten Feminismus erneut über eine „Gleichberechtigung mit den Männern *im* System" hinaus politisieren. Schwierig blieb jedoch nach ihrem eigenen Bekunden noch immer die Lösung der durch den nationalsozialistischen Mutterkult belasteten „Mütterfrage", die in Teilen der Frauenbewegung sogar zu einer „Ablehnung von ... Mütterlichkeit als solcher" führte. „Mutterschaft und die direkte Überlebensarbeit, Hausfrauenarbeit eben, galten als unfeministisch. So gab es Frauen, die sich deshalb sterilisieren ließen."[207] Wie sollten sich also Schwangerschaft, Geburt und die Fürsorge für kleine Kinder in Emanzipationsbestrebungen integrieren lassen, ohne in konservative oder gar reaktionäre Frauenbilder zurück zu verfallen oder sich in „biotechnologische Entwicklungen" zu verirren?[208]

Ebenso wie die ihr vorausgegangene „Haushaltsdebatte" hatte auch die „Subsistenzperspektive" nicht das Ziel, die unsichtbaren Leistungen von Frauen und der Natur in der Weise über den Meeresspiegel zu heben und dadurch sichtbar zu

---

[205] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 65 - 68 (Charakteristika einer „Überlebenswirtschaft").

[206] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 19 - 20 (Kritik an der Subsistenzperspektive), 21 (Gewerkschaften und Wachstum), 87 (Haut der Erde) - 90 (Agrarkonzerne), 137 - 150 (urbane Subsistenz) und 174 (Patente auf Saatgut und Gene). - Im nordindischen Bundesstaat Sikkim konnte übrigens während der vergangenen 20 Jahre die Landwirtschaft komplett auf den Öko-Landbau umgestellt werden. Vgl. Bernward Geiger (2018), Willkommen in Sikkim, in: Schrot und Korn Nr. 3, S. 41 - 47; auf der Website https://www.rapunzel.de/besuch-bio-paradies-sikkim-1217.html (Zugriff: 31.7.2019). - Vgl. auch Elisabeth Meyer-Renschhausen (2002).

[207] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 203 (nicht nur Gleichberechtigung im System), 207 (Problem Mütterlichkeit)

[208] Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 210 (biotechnologische Entwicklungen).

machen, dass ihre Inanspruchnahme mit gerechten Preisen belegt wird. Die Übertragung der auf Märkten vorherrschenden Tauschlogik des „do ut des" („ich gebe, damit du gibst") auf die Fürsorge für Kinder, Menschen mit Handicaps, Kranke und Alte wäre ihnen als unangemessen erschienen. Mies & Bennholdt-Thomsen & Werlhof zogen auch noch keine Transformation der kapitalistischen Lohnarbeit in selbstbestimmte Erwerbstätigkeiten in einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" in Betracht, obwohl sie der „Ideologie des Lohnarbeitsregimes" sehr kritisch gegenüberstanden. Zunächst erstrebten sie ähnlich wie Fritjof Bergmann und Jeremy Rifkin eine quantitative Reduktion der Lohnarbeit und eine gleichzeitige quantitative Ausdehnung der nicht monetär bewerteten „Nicht-Lohnarbeiten": „Innerhalb einer solchen Gesellschaft werden Menschen ihren Lebensunterhalt sowohl durch Lohnarbeit als auch durch Nicht-Lohnarbeit erwerben. ... Damit die Nicht-Lohnarbeit einen zentralen Wert in der Gesellschaft bekommt, muss sie anders bewertet werden als jetzt, da Geld der einzige Wertmaßstab ist. Das kann geschehen, wenn Männer die Hälfte aller notwendigen Nicht-Lohnarbeit tun und die Gemeinwesen diese Arbeit höher schätzen als die Arbeit für Geld" und wenn außerdem die Gemeinwesen „wieder die Kontrolle über ihre natürlichen, lebenswichtigen Ressourcen gewinnen - über Wasser, Land, Wälder, Artenvielfalt - und diese weder privatisiert noch verstaatlicht werden."[209]

Eine gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an sichtbaren außerhäuslichen Arbeiten und an unsichtbaren innerhäuslichen Arbeiten war gewiss ein erstrebenswertes Ziel der „Subsistenzperspektive"; jedoch blieb im Unklaren, wie die Bedeutung des Geldes als Wertmaßstab herabgesetzt und wie die Wertschätzung der „Nicht-Lohnarbeit" so erhöht werden könnte, dass sich mehr Männer an der „lohnlosen Hausarbeit"[210] beteiligen. Gleichwohl ergaben sich einige Berührungspunkte zwischen der „Subsistenzperspektive" und der Geld- und Bodenrechtsreform.

- Ohne auf die von Oppenheimer, Gesell und dem frühen Ordoliberalismus vorgenommene Unterscheidung zwischen der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und dem Zukunftsbild einer von jeglichen Mono- und Oligopolen befreiten Marktwirtschaft zurückzugreifen, hoben auch Bennholdt-Thomsen & Mies hervor, dass „Markt nicht gleich Markt ist", weil es auch schon in vorkapitalistischen Zeiten Tauschhandel und Märkte als „wichtige soziale Akte" gegeben habe. „Es hat niemals Gesellschaften ohne Tauschverhältnisse gegeben; was es allerdings gegeben hat, sind Tauschbeziehungen, die einer

---

[209] Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 66 - 67 (Reduktion der Lohnarbeit), 188 und 198 (Lohnarbeitsregime) und 243 (Reduktion der Lohnarbeit). Mit weder privatisierten noch verstaatlichten Ressourcen meinten die Autorinnen der „Subsistenzperspektive" möglicherweise Gemeingüter (Commons), die zu der Zeit bereits von der späteren Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom erforscht wurden. Sie stellten sich auch eine Dezentralisierung der politischen Strukturen vor, ließen es aber offen, wie eine „Grassroots-Demokratie" als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie aussehen könnte. (S. 67)

[210] Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 26 (lohnlose Hausarbeit).

anderen Moral als in der Maximierungsgesellschaft gehorchen." Da es Märkte also - wie schon Karl Polanyi dargestellt hat - nicht nur in den modernen, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Zerrbildern gegeben habe, müsse der gängige „Marktbegriff revidiert" und eine „Verbindung von Markt und Subsistenz wiedergewonnen" werden. „Das Tauschen ist für sich genommen ein wichtiger sozialer Akt. ... Markt und Tausch ... können ... anders als konkurrenzbetont und auf Verdrängungswettbewerb gerichtet sein", wie Bennholdt-Thomsen am konkreten Beispiel von Juchitan, einer „Stadt der Frauen" im Süden Mexikos, zeigte, die wie eine Insel im Meer der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft Mexikos liegt und wo sich der Handel größtenteils in der Hand von Frauen befindet.[211]

- Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Großgrundbesitz sowie der Lage von Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Landlosen in Indien und Lateinamerika brachten Bennholdt-Thomsen & Mies den Gedanken in die „Subsistenzperspektive" ein, dass im Interesse eines „Gesellschaftsentwurfs, der nicht mehr auf der fortgesetzten Kolonisierung der Natur, der Frauen und fremder Völker basiert ... , der Kampf der Frauen auch darum gehen müsste, dass Land in Frauenhand kommt, nicht notwendigerweise in der Form von Privatbesitz, sondern in der Form eines den Frauen zustehenden Verfügungsrechts." Leider blieb dabei noch offen, wem das Land letztlich gehören und wie die private Nutzung generell in Stadt und Land und im globalen Süden insbesondere durch Kleinbäuerinnen und Landkooperativen geregelt werden sollte. Immerhin nahm die „Subsistenzperspektive" die von der neoklassischen Ökonomie verdrängte Bodenfrage wieder in den Blick - allerdings ohne eine Auswertung von Erfahrungen mit bisherigen Landreformen im globalen Süden. Sie knüpfte vielmehr an die früher in Mitteleuropa weit verbreiteten Allmenden an, setzte sich kritisch mit Garrett Hardins „Tragedy of the Commons" auseinander und entwickelte Vorstellungen von einer „globalen Allmende" - rund 20 Jahre, bevor Elinor Ostroms Forschungen über Gemeingüter mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet und in Deutschland durch Silke Helfrich popularisiert wurden.[212]
- Schließlich wandte sich die „Subsistenzperspektive" auch gegen den „Mythos des Geldes. Nicht des Geldes als einfachem Tauschmittel oder Wertmesser, sondern des Geldes, das immer mehr Geld gebiert. ... Das Geld, das aus sich neues Geld ‚gebiert' (z.B. qua Zinsen), ist ein Mythos." Während allein Frauen Kinder

---

[211] Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 122 - 136, besonders S. 124 und 130 sowie 134 - 135 (Handel in Juchitan). Über Juchitan vgl. Veronika Bennholdt-Thomsen (1997). Juchitan liegt im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, in dessen benachbartem Bundesstaat Chiapas sich 1994 Landkonflikte so sehr zuspitzten, dass die indigenen Zapatisten unter Subcommandante Marcos einen Aufstand gegen die mächtigen Großgrundbesitzer und Politiker unternahmen, der von der mexikanischen Armee mit blutiger Gewalt niedergeschlagen wurde. - Zur Verbindung von Markt und Eigenarbeit im Ordoliberalismus vgl. Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247.

[212] Maria Mies (1992), S. 276 und 290, sowie Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 159 (Allmenden), 167 (globale Allmenden) - 181. - Vgl. Silke Helfrich (2012).

und Enkelkinder hervorbringen können, beansprucht Geld bzw. Geldkapital, durch Zinsen und Zinseszinsen ‚fruchtbar' und ‚schöpferisch' zu sein. Auch die feministische Ökonomin Mascha Madörin aus der Schweiz sah im herkömmlichen Geld einen „männlichen Maßstab" und in der Finanzwelt eine „phallokratische Ordnung", in der sich „männliche Unsterblichkeits-, Machbarkeits-, Schöpfer-, Potenz- und Allwissenheitsphantasien" ausleben. Außerdem sei der „Börsenjargon stark sexistisch aufgeladen", ebenso die Werbung.[213]

Im Gegensatz dazu sollte die kapitalistische Wachstumsspirale G-W-G' in einen nachkapitalistischen Ware-Geld-Kreislauf W-G-W transformiert werden. Bennholdt-Thomsen & Mies äußerten auch Sympathien für Tauschringe und lokale bzw. regionale Komplementärwährungen. Und sie erinnerten an das Erfolg versprechende kommunale Experiment mit einem Freigeld 1932/33 in Wörgl/Tirol. „In Deutschland sind die Ideen Silvio Gesells 1990 von Margrit Kennedy und 1993 von Helmut Creutz popularisiert worden."[214] Dennoch gingen weder Bennholdt-Thomsen & Mies noch Madörin der Überlegung nach, dass sich Gesells „rostende Banknoten" als ein Mittel erweisen könnten, dem Geld seine zinszeugende Kraft (grch. tokos = das Neugeborene und der Zins) zu nehmen, und dass es in reformierter Gestalt eine Chance eröffnen könnte, den „Mythos des Geldes" zu entzaubern, die Wirtschaft an die Rhythmik des Werdens und Vergehens von allem Leben anzupassen und sie von der Wachstumsspirale in eine Kreislaufwirtschaft übergehen zu lassen.

Bennholdt-Thomsen wollte ausdrücklich „nicht an die bei uns geläufigere Diskussion der Ideen, Erfahrungen und Theorien der Freiwirtschaftler und verwandter Richtungen anknüpfen". Stattdessen verwies sie auf den anderen Umgang mit dem herkömmlichen Geld in der ‚matriarchalen' Gesellschaft in Juchitan/Mexico. Als ihre „Zweifel am Tauschparadigma des Nehmens statt am Paradigma des Gebens" noch stärker wurden, wandte sie sich schließlich den soziologisch-ethnologischen Forschungen von Marcel Mauss und der „Schenkökonomie" von Geneviève Vaughan zu. Im Gegensatz zum Tauschparadigma der Ökonomie sollte es in der Wirtschaft nicht nur um das Produzieren, Leihen und Tauschen, sondern auch viel mehr als bisher um das Schenken gehen. „Geben ist das Grundmuster der Kommunikation." Anstelle des homo oeconomicus postulierte Bennholdt-Thomsen einen „homo donans" und verabschiedete sich sogar ganz von der Vorstellung einer anzustrebenden Reziprozität von Geben und Nehmen, indem sie den „Mythos vom Äquivalent" zurückwies und fragte: „Wie kann eine komplexe Gesellschaft entlang der Prinzips des bedingungslosen Gebens funktionieren? ... Der Weg ins Freie liegt dort, wo wir die Teilhabe am Geldmechanismus aufkün-

---

[213] Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 23 und 27 (Mythos des Geldes). - Mascha Madörin (1991), S. 4. - Mascha Madörin (1997), S. 86.

[214] Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 61 (G-W-G' und W-G-W), 86 (Tauschringe und LETS) und 149 (Freigeld in Wörgl, Gesell, Kennedy und Creutz). Über das Freigeldexperiment von Wörgl entstanden 2018 ein Spielfilm „Das Wunder von Wörgl" und ein Dokumentarfilm „Der Geldmacher".

digen."[215] Gewiss haben die Neoklassik und der Marxismus in ihrer Fixierung auf das Produzieren, Leihen und Tauschen das Phänomen des Schenkens völlig ausgeblendet; aber die Anerkennung einer größeren Bedeutung des Schenkens müsste nicht zu ihrer Verabsolutierung im Sinne einer nunmehrigen Verdrängung des Tauschens führen, zumal auch dem Schenken ein Gespür für die Reziprozität der Gaben innewohnt.[216]

13.6.3 „Vorsorgendes Wirtschaften" (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)

Als die Debatten über die „Subsistenzperspektive" ihren Höhepunkt überschritten hatten, drang das Nachdenken über das Geschlechterverhältnis und den patriarchalen Charakter der kapitalistischen Marktwirtschaft zu guter Letzt auch noch in die Ökonomie vor, die bis dahin - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen[217] - eine Männerdomäne geblieben war. Einer der Auslöser war dafür eine von der Ökonomin Elisabeth Allgöwer und anderen im Oktober 1995 an der Universität St. Gallen/Schweiz veranstaltete Tagung „Ökonomie weiterdenken", bei der es um die Lage von Frauen in der Ökonomie und auf dem Arbeitsmarkt sowie um das Verhältnis von Frauen zur Natur ging.[218] Bei dieser Tagung stellte die Ökonomin Adelheid Biesecker ohne Anknüpfung an die „Subsistenzperspektive" auch erste Grundzüge eines „Vorsorgenden Wirtschaftens" vor, die sie in den folgenden Jahren zusammen mit Sabine Hofmeister und anderen weiterentwickelte und zur Grundlage eines wissenschaftlichen „Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften" machte.

Als Ziel des Wirtschaftens sollte nicht mehr wie in der Neoklassik die größtmögliche individuelle Nutzenmaximierung auf der Basis einer geschlechtsspezifischen Trennung von Markt- und Versorgungsökonomie gelten, sondern eine beide Geschlechter miteinander verbindende „vorsorgende Wirtschaft", die „durch ein von vornherein als soziales Handlungsprinzip verstandenes ‚Sorgen für mich und andere'" charakterisiert ist. Nachdem sich „sorgendes Wirtschaften" früher „traditionell im Familien- und Nachbarschaftsnetz" abgespielt habe, „bedeutet die Erweiterung des traditionellen Sorge-Prinzips zum Vorsorgen, dass in diese ‚anderen' nicht nur die Mitglieder der Familie bzw. des Haushalts einbezogen werden, sondern alle ‚Betroffenen' des heutigen Wirtschaftens, insbesondere die natürliche

---

[215] Veronika Bennholdt-Thomsen (1999), S. 40 - 48 (Distanz zur Geldreform). - Veronika Bennholdt-Thomsen (2010), S. 47 - 54, hier: S. 49 (homo donans), 50 (Paradigma des Gebens), 72 (Ausstieg aus dem Geldmechanismus) und 88 - 89 (Geld als ein Baustein im Imperium der Schande).

[216] Der Begriff des Schenkens war bei Vaughan und Bennholdt-Thomsen sehr viel weiter und allgemeiner gefasst als bei Rudolf Steiner, der in seiner „Dreigliederung des sozialen Organismus" das Schenken hauptsächlich im Sinne des sozialen Unternehmertums als ein Spenden von Gewinnanteilen für kulturelle Zwecke verstand.

[217] Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 16 - 41. - Elisabeth Allgöwer (2018).

[218] Elisabeth Allgöwer u.a. (1997).

Mitwelt und die zukünftigen Generationen. Damit ist die Wertebasis dieser Wirtschaftsweise eine andere: Im Mittelpunkt steht nicht mehr das den Eigennutz maximierende Individuum, sondern die Gewährleistung der Lebens- und Entwicklungsbedingungen der in einem solchen Zusammenhang (Netzwerk) eingebetteten heute lebenden Menschen, der zukünftigen Generationen sowie der natürlichen Mitwelt. ... Die dauerhafte Handlungsweise im vorsorgenden Wirtschaften ist dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen nicht individualistisch-eigeninteressiert, sondern sozialinteressiert handeln, indem eben alle Betroffenen einbezogen werden. ... Im Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens wird das Prinzip der Vorsorge mit dem der Orientierung am Lebensnotwendigen kombiniert." Es steht also auch im Widerspruch zum Glauben der Moderne an ein immerwährendes Wirtschaftswachstum.[219]

Da vorsorgendes Wirtschaften „Verständigungsprozesse zwischen den Beteiligten über ihr gemeinsames Handeln notwendig" mache, entwickelte Biesecker anknüpfend an das Werk von Karl Polanyi eine „Kombination der Theorie der sozialen Konstruktion von Institutionen mit dem Begriff des kommunikativen Handels" von Jürgen Habermas und stellte sich die Teilnahme der nachfolgenden Generationen und der Natur an diesem gesellschaftlichen Diskurs in Form seiner Ergänzung durch „eine Art fiktiven Diskurs" vor, „über den ihren Interessen Geltung verschafft wird." Unklar blieb, ob und wie dieser Gesamtdiskurs die dezentrale Selbstorganisation der Märkte ersetzen oder ergänzen sollte. Bieseckers Abneigung gegen Märkte war jedenfalls sehr stark ausgeprägt. Die Geschlechterhierarchie war für sie ein „elementarer Bestandteil der marktvermittelten Ökonomie", ohne dass sie wie die „Subsistenzperspektive" wenigstens ansatzweise eine Transformierbarkeit der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft in Erwägung zog.[220]

Auf der Tagung 1995 in St. Gallen warf Biesecker auch die Frage nach den zu einem vorsorgenden Wirtschaften passenden Institutionen auf. Eine „neue Geldverfassung, neue Formen von Eigentum, Nutzungsrechte statt Eigentum, Einheit von Versorgungsökonomie und Erwerbsökonomie, neue Formen der Güterverteilung, Neuregelung des Zinses, Diskurs, Kooperation, neue Unternehmen, neue Formen des Haushaltens und dezentralisierte Verwaltungen (gelebte Subsidiarität)" sollten dazu gehören. Damals konkretisierte Biesecker allerdings nur erst ihre Vorstellungen von einer „Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft", die mit einem „Prozess der kommunikativen Kreditvergabe" gleichermaßen ein „Element einer vorsorgenden Wirtschaftsweise und deren Wegbereiterin" sein sollte.[221] -

---

[219] Adelheid Biesecker (1997), S. 62 - 63.

[220] Adelheid Biesecker (1997), S. 53 (Polanyi), 59 (soziale Konstruktion, Habermas' kommunikatives Handeln) und 63 (Verständigungsprozesse). Zum Zusammenhang zwischen dem Markt und der Geschlechterhierarchie vgl. Adelheid Biesecker & Sabine Wolf (1995), S. 139 und 140 - 141 (Habermas).

[221] Adelheid Biesecker (1997), S. 66 (neue Institutionen) und 67 - 74 (Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft).

Die in den folgenden Jahren hinzugekommenen Resultate weiterer Forschungen legte das „Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften" im Jahr 2013 gleichsam als ein Kompendium vor, um weiterhin feministisch-kritische Blicke auf die Wirtschaft zu ermöglichen, denn „die Menschen sind zwar besorgter geworden, aber das Wirtschaften nicht sorgsamer" - auch nicht nach dem Beginn der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten im Herbst 2008. Unter anderem wurde in diesem Sammelband eine „Ethik des Vorsorgenden Wirtschaftens" entfaltet und Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister stellten ihr Konzept „(Re)Produktivität als Kategorie Vorsorgenden Wirtschaftens" dar. Damit erhoben sie den Anspruch, „die Trennung von Produktion und Reproduktion, die in den Marktökonomien der Moderne festgeschrieben ist, kritisch analytisch aufzudecken und praktisch zu unterlaufen".[222]

Mit dem Ziel eines egalitären statt hierarchischen Geschlechterverhältnisses vor Augen suchten Biesecker & Hofmeister nach einer „Verbindung von Produktion mit Reproduktion - wie kann das gelingen?" Wie könnten die bisher von der Neoklassik „als ‚reproduktiv' abgespaltenen Bereiche der unbezahlten Tätigkeiten, von denen ein großer Teil sozial Frauen zugewiesene Sorge- oder Care-Arbeit ist, und der Natur" auf gleicher Ebene mit der bezahlten Produktion verbunden werden? „Kapitalistische Produktion für den Markt setzt die ‚reproduktiven' Leistungen von Frauen wie die der ökologischen Natur immer schon voraus." Deshalb bedürfe es der „Kategorie (Re)Produktivität" als Ausdruck eines „erweiterten Begriffs von Arbeitsproduktivität", damit die Produktion und die „aus dem Ökonomischen ausgegrenzte und unsichtbar gehaltene" Reproduktion eine „nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft" werden und ein neues „Ganzes" der Arbeit bilden können.[223]

Die von Biesecker & Hofmeister als ein hierarchisierende „Trennungsverhältnisse" überwindendes Bindeglied zwischen Produktion und Reproduktion konzipierte „Kategorie (Re)Produktivität" besteht im Wesentlichen - auch wenn dies in ihrer „Vision von einem nachhaltigen Wirtschaften" nicht explizit zum Ausdruck gebracht wird - aus der Vorstellung, die dezentrale Selbstorganisation der Wirtschaft mit Hilfe von Marktpreisen abzuschaffen, weil das „(Markt-)Ökonomische" eine „paradoxe Funktionsweise" hat und „im Akt des Bewertens ausgrenzt (externalisiert), was es im Akt des Verwertens umfassend vereinnahmt (internalisiert): die sog. reproduktiven Leistungen der lebendigen Natur und der lebendigen Menschen." Anstelle des Marktes stellten sich Biesecker & Hofmeister im Rahmen ihrer „Kategorie (Re)Produktivität" eine „Vielzahl aufeinander abgestimmter produktiver Prozesse (vor), deren stofflich qualitative und wertmäßige Dimensionen ... durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen der gesell-

---

[222] Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften Hrsg. (2013), S. 9 (Motivation des Netzwerks), 21 - 42 (Ethik) und 134 (Anspruch des Konzepts von Biesecker & Hofmeister).

[223] Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister (2013), S. 137 - 143 (Ausgangsfrage, Verbindung von Produktion und Reproduktion als „Ganzes" der Arbeit, ungetrennte Einheit).

schaftlichen (Re)Produktion bestimmt werden." Diese „Aushandlungsprozesse" sollen „auf vielen Ebenen stattfinden: auf der einzelwirtschaftlichen eines Haushalts oder eines Unternehmens, auf der regionalen, auf der gesamtwirtschaftlichen, auf der globalen." In diesen „Aushandlungsprozessen" sollen produktive und reproduktive Arbeiten nicht mehr ungleich bewertet werden. Zudem sollen sie am „für das gute Leben Notwendigen und auf Kooperation" ausgerichtet werden. „Verfahrensregeln ... für demokratisch verfasste gesellschaftliche Aushandlungsprozesse" sollen Biesecker & Hofmeister zufolge „Kooperation, Partizipation und Diskursivität" statt Konkurrenz werden, wobei sie hinsichtlich der „sozial-ökologischen Kriterien" für Bewertungs- und Aushandlungsprozesse unkonkret blieben. Es bestünden noch „Forschungs- und Konkretisierungsbedarfe". Aber man könne davon ausgehen, dass dann nach einer „Erweiterung des Begriffs Arbeit ... nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch nicht-erwerbliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit" als gleichwertige Arbeiten angesehen würden. Die Gesamtheit der Arbeiten werde dann in das Ganze der sozialen und ökologischen Lebenswelten eingebettet sein.[224] -

In einem anderen, von Adelheid Biesecker gemeinsam mit Uta von Winterfeld verfassten Beitrag zu diesem Sammelband erscheint eine „Rückgewinnung von Souveränität gegenüber Geld und Wachstumszwang (als) eine Voraussetzung für ein gutes Leben". Von den verschiedenen Funktionen des Geldes problematisierten sie am meisten seine „Tendenz zur Grenzenlosigkeit" und stellten in Anlehnung an die Kritik von Karl Marx, Hans Christoph Binswanger und Margrit Kennedy am „Vermehrungs- bzw. Anhäufungszwang" des Geldes die gewiss berechtigte Forderung nach einer „Relativierung des Geldes" auf. Es genüge nicht, wenn Frauen nur „gleichberechtigt Anteil ... an der Geschichte des Geldes" bekämen. „Ebenso wenig kann das Geld bleiben, wie es ist und was es ist und dadurch ‚gut' werden, dass es fortan von Banken nach ethischen Kriterien der Geldanlage verwaltet werden würde. Nicht, dass dies unwichtig wäre. Aber es genügt nicht." Vor allem die Sorge-/Carearbeit mit ihrer „Hinwendung zum konkreten Menschen erfordert in Teilen die Abwendung vom abstrakten Geld ... und seiner Tendenz zur Sorglosigkeit, zur Schrankenlosigkeit bis hin zum autistischen Kreisen um die eigene Selbstvermehrung. ... Das heißt, der Dynamik des Geldes müssen an Sorge und Vorsorge orientierte Grenzen gesetzt werden. Nur so kann Geld die Funktion erhalten, die ihm in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise zukommt: die dienende, unterstützende Funktion für sozialökologische Wirtschaftsprozesse. Aus Geld als Gewalt wird so Geld als Lebensmittel."[225]

---

[224] Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister (2013), S. 144 (paradoxe Funktionsweise des Marktökonomischen), 146 (Vision, Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen), 152 (gutes Leben) und 155 (Forschungsbedarf). - Eine ideengeschichtliche Parallele könnten die Aushandlungsprozesse auch in den „Assoziationen" in Rudolf Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus" gehabt haben.

[225] Adelheid Biesecker & Uta von Winterfeld (2013), S. 258 (Geld und Wachstumszwang), 260 - 266 (Grenzenlosigkeit des Geldes; Marx, Binswanger und Kennedy; Relativierung des Geldes).

Die Forderung nach einer Umgestaltung des Geldes von einem Medium der Ungerechtigkeit und der Ausübung von struktureller Gewalt zu einem lebensdienlichen Vermittler von gerechten gesellschaftlichen Austausch- und Kreditprozessen hat ohne jeden Zweifel ihre Berechtigung. Aber Biesecker & Winterfeld legten leider nicht dar, wie eine generelle „Abwendung vom abstrakten Geld" und seiner Logik der Renditemaximierung erreicht werden könnte. Sie begnügten sich mit kurzen Hinweisen auf Herman Dalys Plädoyer für „andere Maße", womit ein anderes Wohlstandsmaß als das Bruttoinlandsprodukt gemeint sein könnte, das auch die bislang unsichtbaren Sorge-/Carearbeiten einschließt, und auf „lokale und regionale Währungen", die „das Geld erneut an konkrete Lebensbedürfnisse rückbinden".[226] Schließlich äußerten sich Biesecker, Hofmeister und Winterfeld auch nicht zu der letztlich entscheidenden Frage, welche Rolle ein wie auch immer verändertes Geld bei den gesellschaftlichen „diskursiven Aushandlungsprozessen" einnehmen soll. Soll es dabei als bloße Verrechnungseinheit zum Einsatz kommen? Oder soll es vielleicht doch auch die Qualität der Produktion und des Marktes verändern?

13.6.4 Nach „Subsistenzperspektive" und „Vorsorgendem Wirtschaften" - Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?

Bei aller Sympathie für die feministischen Ansätze der Ökonomiekritik lässt sich nicht leugnen, dass sie sich derzeit in einer Sackgasse befinden. Wenn es gemäß der Grundorientierung von „Haushaltsdebatte" und „Subsistenzperspektive" dabei bleibt, dass die Haus- und Reproduktionsarbeit auch weiterhin nicht bezahlt wird, dann wird damit auch der Fortbestand der patriarchalisch-kapitalistischen Geschlechterhierarchie mit den Männern als sog. ‚Familienernährern' und den Frauen als doppelt belasteten ‚Hinzuverdienerinnen' zementiert. Im „Vorsorgenden Wirtschaften" sollen zwar Produktion und Reproduktion gleich bewertet werden, aber erstens gibt es die erforderlichen Bewertungskriterien nicht und es wird sie auch in Zukunft nicht geben und zweitens droht neben vielem anderen auch das große Ziel einer gleichen Teilhabe von Männern und Frauen an außerhäuslichen Erwerbsarbeiten und innerhäuslichen Sorgearbeiten an der Undurchführbarkeit einer Steuerung der Wirtschaft durch „diskursive Aushandlungsprozesse" zu scheitern. Im Interesse einer Erreichbarkeit dieses Ziels führt also kein Weg daran vorbei, sich dem bislang ungelösten „Dauerbrenner Haus- und Reproduktionsarbeit und unbezahlte Arbeit" (Haidinger & Knittler[227]) erneut zu stellen und zu versuchen, die Anliegen der bisherigen Ansätze einer feministischen Ökonomiekritik gleichsam mitzunehmen und zugleich bei der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma auch über sie hinauszudenken. Dabei sei hier vorab in einer ideengeschichtlichen Rückblende noch einmal kurz an die Überlegung von

---

[226] Adelheid Biesecker & Uta von Winterfeld (2013), S. 263.
[227] Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 14.

Silvio Gesell vor rund 100 Jahren erinnert, die Bodenrente als Gehalt für die innerhäusliche Haus- und Sorgearbeit zu verwenden, um danach auch über diese Überlegung hinauszudenken.

- Obgleich Silvio Gesell noch in patriarchalen Denkgewohnheiten gefangen war und sich obendrein auf darwinistische Abwege begeben hatte, ist ihm zugute zu halten, dass er wie vor ihm Charles Fourier im Frühsozialismus und wie John Stuart Mill als letztem großen Vertreter der klassischen Ökonomie immerhin schon die von der klassischen und neoklassischen ebenso wie von der marxistischen Ökonomie ausgeblendete innerhäusliche Reproduktionsarbeit im Blick hatte. Er hatte erkannt, dass ihre Unentgeltlichkeit eine erhebliche Benachteiligung gegenüber bezahlten Erwerbsarbeiten in der Produktion darstellte, und wollte deshalb die vergesellschaftete Bodenrente als „Mütterrente" an die Mütter entsprechend der Zahl ihrer minderjährigen Kinder auszahlen. Ohne die zwischenzeitlich überwundenen darwinistischen Ideologeme wurde die Idee eines solchen Gehalts für die innerhäusliche Sorgearbeit noch bis in die 1990er Jahre innerhalb von Gesells Anhängerschaft von Wera Wendnagel und Margrit Kennedy vertreten. Helmut Creutz versuchte eine erste Quantifizierung eines solchen Entgelts für die Sorgearbeit.[228]

Bei einer Tagung im Rahmen der Reihe „Mündener Gespräche" diskutierte Wera Wendnagel mit der feministischen Politologin Hannelore Schröder, die als Alternative zu Gesells „Mütterrente" eine 1979 von Galinka Ehrenfest in den Niederlanden konzipierte „Kindheitsversicherung" als Weg zur Überwindung der „Nicht-Emanzipation" von Frauen mit kleinen Kindern ins Gespräch brachte. Anstelle eines Lohns bzw. Gehalts für Sorgearbeit könne durch die Einführung einer Kindheitsversicherung analog zur Altersversicherung ein Weg zur Überwindung der „ungeheuerlichen Ausplünderung von Frauen durch Männer" gebahnt werden, insbesondere der Ausplünderung von Alleinerziehenden. „Das größte essentielle Handicap ist die ökonomische Tatsache, dass jedes Mädchen eine potenzielle Mutter ist, die als Versorgerin, Mutter eines kleinen abhängigen Kindes selbst ökonomisch abhängig wird und damit unsicher in ihrer gesamten Existenz. ... Selbstverwirklichung, Lohnarbeit außer Haus - also Doppelarbeit für Frauen, Kindergärten, gleicher Lohn und individuelle Besteuerung treffen den Kern des Problems nicht." Solange an der patriarchalisch-kapitalistischen Grundkonstel-

---

[228] Zu Gesells „Mütterrente" vgl. das Kap. 7.3 des vorliegenden Buches und außerdem Margrit Kennedy (1984), S. 64 - 71. - Helmut Creutz (1986), S. 30 - 33. - Wera Wendnagel (1987), S. 8 - 15, und dies. (1990). - Zur Aufarbeitung von Gesells darwinistischen Verirrungen vgl. Werner Onken (2007b). Es genügt aber nicht, nur Gesells problematische Vorstellungen von einer „Hochzucht" des gesamten Menschengeschlechts aufzugeben. Ebenso fragwürdig sind die neueren Entwicklungen in der Humangenetik, durch die die frühere Eugenik gleichsam durch eine Hintertür zurückgekommen ist. Vgl. hierzu die Vorbehalte der „Subsistenzperspektive" gegenüber modernen Biotechnologien; Anm. 206. - Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, die Pränataldiagnostik und technische Möglichkeiten zur Hervorbringung von ‚neuen Menschen' oder das sog. Social Freezing, also das Einfrieren und Wiederauftauen von Eizellen zur besseren Karriereplanung wären Gesell vermutlich als Ausdrucksformen der „irrenden Vernunft des Menschen" erschienen; vgl. ders. (1920/1991a), S. XX).

lation der Wirtschaft nichts geändert werde, „werden Frauen nicht die gleichen Chancen haben, Kinder, Familie und Beruf so selbstverständlich wie Männer zu vereinigen. Sozialisierung der sogenannten Produktion und Kollektivierung der Hausarbeit sind keine Garantie."[229]

In ihrer Darstellung der von Ehrenfest vorgeschlagenen Kindheitsversicherung nahm Schröder keinen Bezug zur „Mütterrente" und ihrem geld- und bodenreformerischen Hintergrund, so dass offen blieb, innerhalb welcher Rahmenbedingungen sie sich die Einführung einer solchen Kindheitsversicherung vorstellte. „Eine Regelung über die Staatskasse ist unvermeidlich. Und Kinderlose müssen sich an der Finanzierung beteiligen. ... Die Altersversicherung gilt auch allgemein. Und die Kindheitsversicherung kann als Finanzierung der Kosten für die eigene Jugend - im Nachhinein betrachtet werden." Wichtiger noch als Details zu erörtern war es Schröder zu betonen, dass „ökonomische Verhältnisse ... prinzipiell von allen anderen getrennt werden: Sexuelle und persönliche Beziehungen einerseits und Bezahlung für bestimmte Arbeiten andererseits sind damit entkoppelt. Die Familie ist keine ökonomische Einheit mehr", sondern eine allein auf liebevoller Zuneigung beruhende freiwillige Verbindung von zwei wirtschaftlich eigenständigen und voneinander unabhängigen Menschen. Im Hinblick auf das weltweite Bevölkerungswachstum habe Ehrenfest Schröder zufolge erwogen, die Leistungen aus der Kindheitsversicherung auf Zahlungen für zwei Kinder zu begrenzen. „Das langsam abnehmende Einkommen während des Heranwachsens des ersten Kindes wird wieder auf volle Höhe angefüllt bei der Geburt des zweiten Kindes. Für ein eventuelles drittes Kind wird der Versorger-Lohn nicht mehr angefüllt, sondern nach der Geburt von zwei Kindern wieder angebaut, so dass sich die Mutter / der Vater schrittweise wieder auf die außerhäusliche Lohnarbeit vorbereitet und eingliedert." Für die Dauer der Leistungen für Familien aus der Kindheitsversicherung könne man sich unterschiedlich lange Zeiten bis zur Einschulung oder dem 12. Lebensjahr oder noch länger vorstellen. Noch zu Hause bei ihren Eltern lebende Jugendliche sollten sich Schritt für Schritt durch Eigenleistungen an der Familienarbeit beteiligen. Letztlich sei es „keine christliche oder sozialistische, sondern eine zynische Auffassung, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass durch diese neue Versicherung die heilige Ehe bedroht wird. Menschliche Beziehungen können nur gewinnen, wenn sie nicht mehr an ökonomische Interessen gekoppelt sind, was in vielen Ehen der Fall ist. ... Ein vergoldeter Käfig bleibt ein Käfig, auch dann, wenn das Elend erst sichtbar wird bei Verlust des Ehemannes (durch Scheidung z.B.). Väter müssen nicht mehr als ‚Verdiener' betrachtet werden und können in Zukunft genauso wie Mütter ihre

---

[229] Galinka Ehrenfest (1910-1979) war eine in Estland geborene niederländische Kinderbuchautorin und -illustratorin. Nachdem ihr Partner Jaap Kloots 1943 im Vernichtungslager Sobibor ermordet worden war, war ihr als schwangerer Frau die Flucht in die Niederlande gelungen. - Hannelore Schröder (1986, Teil 1), S. 8, und (1986, Teil 2), S. 12.

uneigennützige Liebe der Familie widmen. ... Die Abschaffung der ökonomischen Abhängigkeit von Müttern darf niemals zulasten von Kindern gehen."[230]

Durch die Ablehnung einer Kindheitsversicherung nicht nur vonseiten konservativer Kräfte, sondern auch vonseiten „wortführender Emanzipatricen" würden Frauen mit kleinen Kindern „einfach im Stich gelassen". Ebenso dürften außer Haus arbeitende Mütter mit Kindern nicht durch ein „Trinkgeld" wie das damals von der CDU in Deutschland geforderte Erziehungsgeld „wieder zurückgelockt werden ... auf das Niveau von Kinder-Küche-Kirche, um damit Arbeitsplätze frei zu machen für Familienväter. Die Kindheitsversicherung ... ist mit solcher Rückwärtspolitik nicht zu verwechseln. ... Das ausschlaggebende Kriterium bei der Erörterung der Höhe dieses Einkommens ist, dass es so hoch wird, dass ein Mann die Arbeit dafür übernehmen würde." Eine entsprechende Höhe der Kindheitsversicherung und ihrer Leistungen sei auch finanzierbar, denn sie „bedeuten genau wie die Altersversicherung lediglich eine Verschiebung, Umverteilung von Lasten. ... Und außerdem oder gerade deshalb würden sie nivellierend wirken." Im Wissen um die in der Frauenbewegung verbreitete Ablehnung des Lohns für Hausarbeit stellte Schröder noch ausdrücklich klar, dass sie in der Kindheitsversicherung keine dem Erwerbseinkommen vergleichbare Bezahlung von Haushaltsdienstleistungen sah, sondern ein solidarisches Sorgen der gesamten Gesellschaft für ihre Kinder.[231] -

Den Ausführungen von Schröder konnte Wendnagel „in weiten Teilen nur zustimmen. ... Wir sind uns einig, dass die biologische Funktion die Ursache von ‚Nicht-Emanzipation' von Frauen ist, und wir haben das gleiche Ziel: Wir wollen die ökonomische Abhängigkeit der Mütter von Familienvätern überwinden." Allerdings bestünden „hauptsächlich in zwei Punkten noch unterschiedliche Auffassungen: Zum einen im Selbstverständnis dieses Erziehungsgeldes und zum anderen in der Frage, aus welcher Quelle es zu finanzieren wäre." Wendnagel hatte keineswegs die Absicht, die größtenteils männlichen Erwerbstätigen vor Beiträgen in eine Kindheitsversicherung zu bewahren und die These einer Unbezahlbarkeit dieser Kindheitsversicherung zu unterstützen, aber sie erinnerte daran, dass das gesamte Sozialversicherungssystem seit seiner Entstehung in der Ära Bismarck eine Zwangsinstitution geblieben ist, die der vordergründigen Reparatur des von Ungerechtigkeit und Inflation gekennzeichneten kapitalistischen Systems dient. Sie „ist ja auch besser als der vorige Zustand oder die Lage in solchen Ländern, die diese (Zwangs-)Versicherung nicht haben." Eine zusätzliche Kindheitsversicherung stelle also nur die Erweiterung einer problematischen Zwangsinstitution dar. „Eine staatliche Kindheitsversicherung wäre ohne Zweifel im Augenblick besser als gar nichts, in Deutschland vielleicht sogar denen einsichtig zu machen, die selbst keine Kinder haben. Wenn sie heute eingeführt würde, wäre das sicher eine große Erleichterung für alle Mütter und Kinder und ein Fortschritt für die Frauen insge-

---

230 Hannelore Schröder (1986, Teil 2), S. 14 und 16.

231 Hannelore Schröder (1986, Teil 2), S. 15 - 16 und 19.

samt. ... Aber die Kindheitsversicherung ... würde als weitere Sozialversicherung in die ansonsten weiterbestehende kapitalistische Unordnung hineingestellt. Unter den Bedingungen einer durch und durch ungerechten Einkommensverteilung würde sie durch eine Umverteilung der Einkommen von der Allgemeinheit aufzubringen sein ... , während fraglich ist, in wie weit auch Bezieher von Vermögenseinkommen zahlen sollen." Aus diesen Gründen blieb für Wendnagel unverständlich, warum auf die Bodenrente als Finanzierungspotenzial für den ökonomischen Ausgleich der Geschlechterhierarchie verzichtet werden sollte.[232]

So blieb es innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung vorerst bei ihrer traditionellen Präferenz für eine Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente" - obwohl auch Dieter Suhr 1990 unabhängig von Ehrenfest & Schröder Gedanken über die Einführung einer Kindheitsversicherung analog zur Altersversicherung als Weg zur Überwindung der „transferrechtlichen Ausbeutung von Familien, Müttern und Kindern" entwickelte. Sie erschienen kurz vor seinem Tod in der juristischen Fachzeitschrift „Der Staat"[233], so dass sie zunächst von der Geld- und Bodenreformbewegung nicht wahrgenommen wurden. Bei einer Tagung 1998 in Birkenwerder bei Berlin kam es zu einem Dialog zwischen ihr und der „Subsistenzperspektive", bei dem es im Rahmen eines Bemühens, sich die Geschichte der älteren und neueren Frauenbewegungen zumindest in ihren Grundlinien zu vergegenwärtigen und die „Subsistenzperspektive" zu rezipieren, weiterhin um den Versuch ging, den Gedanken einer Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente" in den feministisch-ökonomiekritischen Diskurs einzubringen.[234]

- Die Gedanken von Suhr fanden erst Beachtung, als Fritz Andres sie 1998 in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" nachdruckte und sie wenige Jahre danach in eine eigene kritische Auseinandersetzung mit einem schon während der 1950er Jahre von Wilfried Schreiber vorgelegten, aber von der Politik nur teilweise umgesetzten Vorschlag für einen Drei-Generationen-Vertrag einbezog.[235]

Vor dem Hintergrund öffentlicher Diskussionen über die zunehmende Kinderarmut und die Zukunft der Altersrenten und in Anknüpfung an Veröffentlichungen von Ferdinand Oeter und Jürgen Borchert über Ungerechtigkeiten in den Verhältnissen zwischen den drei Generationen sowie zwischen Eltern und Kinderlosen erhob Suhr starke verfassungsrechtliche Bedenken „gegen die komplexen familien-, steuer- und sozialrechtlichen Transfersysteme, deren Effekte den Geboten eines sozialen Rechtsstaates und ganz besonders dem Schutz der Familie und Mutter in Art. 6 GG Hohn sprechen. ... Erfüllen Eltern ihre verfassungsrechtlichen Pflichten, bleiben kaum Ressourcen für zwei Einkommen und damit für zwei

---

232 Wera Wendnagel (1987), S. 8 - 9. - Helmut Creutz (1986), S. 30 - 33.

233 Dieter Suhr (1990), S. 69 - 86.

234 Elisabeth Meyer-Renschhausen (1998), S. 3 - 14. - Maria Mies (1998), S. 15 - 25. - Wera Wendnagel (1998), S. 26 - 36. - Renate Börger (1998), S. 37 - 47.

235 Wilfried Schreiber (1955/2004), S. 5 - 46. – Fritz Andres (2004b), S. 47 – 64; auch in ders. (2004/2020b), S. 452 – 468. - Den von Hannelore Schröder 1986 in der „Zeitschrift für Sozialökonomie" vorgestellten „Ehrenfest-Plan" haben offenbar weder Suhr noch Andres bewusst wahrgenommen.

eigenständige Rentenansprüche, ganz zu schweigen von allen anderen drastischen Einschränkungen. Steht die Mutter gar allein, bleibt ihr praktisch nichts außer ihren Pflichten und der Sozialhilfe. ... Die kapitalistische Struktur unserer sozioökonomischen Welt selbst ist familien- und kinderfeindlich: Kinder kosten ihre Eltern Gegenwartsgeld; das kapitalistische System jedoch prämiert den Ausgabenaufschub in die Zukunft mit Kapitalerträgen. Wer sein Gegenwartseinkommen für Kinder ausgibt, ist nicht nur sein Geld los. Außerdem wird er durch entgangene Erträge benachteiligt. Wer gar Geld für Ausbildung aufnimmt, wird mit Zinsen bestraft. Der Kinderlose dagegen erwirbt – dank Zins und Zinseszins –mit verhältnismäßig wenig Gegenwartsgeld unverhältnismäßig viel Zukunftsgeld. Und ‚Zukunftsgeld', das sind Ansprüche an die Kinder! Er erwirbt gegen die fremden Kinder diskontierte bzw. wachsende Zukunftsforderungen, deren Wachstum ein exponentiell wachsender Transfereffekt ist. Denn jede Forderung ist eine Schuld, jeder Abstrom ein Zustrom. Die Summe aller Geldvermögen und Transfers ist Null. Geldvermögensbildung zur Alterssicherung läuft ganz überwiegend darauf hinaus, dass soziale Asymmetrien zu Lasten der Familien und Kinder aufgebaut bzw. verschlimmert werden." Das Steuerrecht, das Suhr für ebenso „ehefreundlich wie familienfeindlich" hielt, bringe „keinen echten Familienlastenausgleich. ... Der Denkfehler liegt schon darin, dass die Kosten der Kinderaufbringung nach wie vor als private Einkommensverwendung angesehen werden." Außerdem würden Eltern auch noch mehr indirekte Steuern zahlen, indem sie für ihre Kinder Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen und Artikel für die Schule anschaffen müssen.[236] Hinzu kommt der größere Bedarf an Wohnraum für Familien.

An die Stelle des vorindustriellen „Dreigenerationenverbundes", bei dem die mittlere Generation für die Kinder und Alten sorgte, ist im modernen Kapitalismus die bürgerliche Kleinfamilie getreten und die mittlere Generation ist über die Sozialversicherung nur noch mit der alten Generation verbunden, während die mittlere Generation und besonders die Mütter und Alleinerziehenden die Kosten für die junge Generation als eine Privatangelegenheit ohne Rückhalt durch eine Sozialversicherung zu tragen haben. Besiegelt wurde dieses Unrecht in Deutschland durch die Rentenreform von 1957, bei der die damalige CDU-Regierung unter der Leitung von Bundeskanzler Adenauer einen vom katholischen Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning unterstützten Vorschlag von Wilfried Schreiber vom „Bund Katholischer Unternehmer" für einen Drei-Generationen-Vertrag abwehrte und stattdessen den Generationenvertrag ohne Berücksichtigung der Jungen auf die mittleren und alten Generationen beschränkte. „Seitdem täuschten sich viele Sozial-, Familien- und Rentenpolitiker, viele ihrer juristischen Berater sowie der Verfassungsjuristen des Sozialstaates über die wirklichen Befunde hinweg. ... Im schroffen Kontrast zu dieser Fiktion steht die Wirklichkeit: Zwangstransfers, Ungerechtigkeit, Ausbeutung. ... Die Idee vom ‚Generationenvertrag' fungierte bei alledem ... als schiere Harmonisierungsoptik bei der Verschleierung von Wirklichkeit im All-

[236] Dieter Suhr (1990/1998), S. 4 - 6.

gemeinen sowie von Zwang und von Ungerechtigkeit im Besonderen. ... Heute kumulieren alle Lasten nach wie vor typischerweise bei der Mutter: Sie, die gemäß Art. 6 Abs. 4 GG besonders geschützt sein soll, ist die am meisten transferausgebeutete von allen. Mir ist" - wie Suhr als Verfassungsrechtler beklagte - „bislang kein Verstoß gegen das Grundgesetz bekannt geworden, der so evident und so weitreichend ist wie dieser."[237]

Die „blinde Vorstellung, Kinderaufbringungskosten gingen niemanden etwas an außer die Eltern", hielt Suhr für einen Ausdruck „patriarchalischer Wahrnehmungsweisen". Deshalb erscheine es uns „auch heute noch richtig, wenn Mütter in Erfüllung heiliger familiärer Opferpflichten gegenüber den Kindern ihren Dienst und Sachaufwand für Gotteslohn erbringen." Dieses große Unrecht, dass „die Mütter leer ausgehen", müsse durch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen allen *drei* Generationen und einen „Geldstrom z. B. in Form eines ‚Müttergehalts' und Aufwandsausgleichs" aus einer erweiterten Sozialversicherung überwunden werden. „Die ‚Mutter' wäre dann so gestellt wie andere Lohn- und Gehaltsempfänger auch, die ein Äquivalent für ihre Leistung bekommen, und zwar nicht nur fiktiv und nach ihrem Tode mit Bezug auf die Witwerrente, sondern real, zu Lebzeiten und zu eigenen Gunsten. Wie bei anderen Arbeitseinkommen müsste dann auch ein Teil des Müttergehalts als Beitrag zur Alterssicherung (und – in einem gerechten Generationenverbund – ein anderer Teil als finanzieller Beitrag zur Kinderaufbringung) einbehalten werden. Der Rest würde ihr – ausbezahlt! ... Wenn wir heute die Reproduktion des Humankapitals arbeitsteilig organisieren wie andere Produktionen auch, dann muss man daraus die transferrechtlichen Konsequenzen ziehen: Man muss die arbeitsteilige Aufbringungsleistung anerkennen und im Wesentlichen ausgleichen, um dann die anteilsmäßige Beteiligung an Kinderaufbringung und Altersversorgung (und an den Steuern) durch faire Beiträge zu verwirklichen. Der Ausgleich der Kinderaufbringungsdienste von Familien schließt nicht aus, sondern ermöglicht überhaupt erst, dass Eltern ihren genuin familiären Pflichten nachkommen können, ohne durch eine ständige Überlastquote an Aufbringungsleistungen überfordert zu werden."[238] Das Wort „Mutter" setzte Suhr in Anführungszeichen, um damit möglicherweise anzudeuten, dass er sich jenseits traditioneller Geschlechterrollen auch vorstellen konnte, dass Väter die Sorgearbeit nach der Stillzeit ihrer Kinder in größerem Umfang übernehmen.

Seine Überlegungen über einen Ausweg aus der ökonomischen Diskriminierung von Müttern rundete Suhr mit einem Hinweis ab, der Wendnagels durchaus berechtigte Einwände gegen eine Sozialversicherungslösung zumindest auf längere Sicht entkräften könnte. Er verwies nämlich auf den „bisher kaum durchschauten" Zusammenhang zwischen der bisherigen Sozialversicherung und dem „Komplex Geld, Monetisierung, Kapital" und den damit einhergehenden „kapitalistischen Täuschungen". Damit meinte Suhr besondere die „vergeblichen Hoffnungen, die

---

[237] Dieter Suhr (1990/1998), S. 7 - 9 und 19.

[238] Dieter Suhr (1990/1998), S. 17 - 19.

an Kapitaldeckungskonzepte für die Rentenversicherung geknüpft werden". In der kapitalistisch verzerrten Marktwirtschaft wird nämlich der Zusammenhang zwischen den Generationen dadurch schwer gestört, dass das kapitalistische Geld unterschiedliche Gegenwarts- und Zukunftspräferenzen in den Kreislauf von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hineintragen und Zeit zu Geld machen kann. Dies lasse sich durch die Einführung eines „Geldes ohne Mehrwert" unmöglich machen. „Tatsächlich lässt sich ein Geld einrichten, das in dem Sinne ‚neutral' ist, dass es nicht schon kraft seiner eigenen Kosten-Nutzen-Struktur die Zeitpräferenzen durch Prämien und Strafen mit unsozialen und familienfeindlichen Effekten verfälscht. ... Unter neutralem Geld werden Gegenwartstransaktionen nicht mehr künstlich verteuert, Transaktionsaufschübe nicht mehr künstlich belohnt. Man kann dann z. B. im idealtypischen Fall sein Lebenseinkommen optimal auf der Zeitachse verteilen, ohne von den real besten Entscheidungen durch monetäre Prämien oder Strafen abgedrängt zu werden." Bei einer Nullinflation und einem durchschnittlichen Nullzins werden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ökonomisch gleichwertig, was eine elementare Voraussetzung für ein „vorsorgendes Wirtschaften" ist. Mit Hilfe eines neutralisierten Geldes lasse sich Suhr zufolge also indirekt auch die „familienfeindliche Struktur des monetären Systems" korrigieren und in Verbindung mit einem echten Drei-Generationen-Vertrag auch ein qualitativer Wandel der Sozialversicherung von einem kapitalistischen Reparaturbetrieb zu einem nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Solidarverbund der Generationen einleiten.[239] -

Nachdem Suhr sich weder zustimmend noch ablehnend zur Idee einer Verwendung der Bodenrente als Entgelt für die Sorgearbeit geäußert hatte, brachte Andres ein Argument gegen die „Mütterrente" und für die Überwindung der Geschlechterhierarchie im Rahmen eines echten Drei-Generationen-Vertrags in die Debatten ein, dessen Berechtigung sich kaum anzweifeln ließ. Auch wenn Gesells Vorschlag „zu seiner Zeit" eine Bedeutung gehabt habe, war er Andres zufolge durch „die Idee eines richtig verstandenen Generationenvertrags, bei dem die Kosten der Kinderaufbringung ebenso wie die Renten der Alten von der mittleren Generation im Umlageverfahren aufgebracht werden, überholt, so dass sich erneut die Frage nach der Verwendung der Bodenrente stellt." Und hier hatte Andres eine eindeutige Präferenz für eine „gleichmäßige Rückverteilung ... der Bodenrente" in gleichen pro-Kopf-Beträgen an *alle* Menschen, „weil sie allein das Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden garantiert. Jemand, der nicht mehr

---

[239] Dieter Suhr (1990/1998), S. 4 (familienfeindliche Struktur des herkömmlichen Geldes) und 19 - 22 (Sozialversicherung im Kapitalismus und danach). - Entsprechend dem auf zwei Generationen verkürzten Rentensystem bestehe in der Politik „auch auch nur ein Zweigenerationen-Wahlsystem, in dem die Kinder ein demokratisches Nichts sind". Suhr plädierte deshalb für ein „volles Dreigenerationen-Wahlsystem", damit bei politischen Entscheidungen ihre zukünftigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt besser mitberücksichtigt werden. (S. 23) - Suhrs Gedanken zum Dreigenerationenvertrag wurden vom Sozialrichter Jürgen Borchert vom Hessischen Landessozialgericht aufgegriffen; vgl. Jürgen Borchert (2013).

oder weniger Boden nutzt als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen, hat diese Nutzung im Ergebnis kostenlos, weil er als Entgelt dafür so viel bezahlen muss, wie er im Wege der Rückverteilung wiedererhält. Wer mehr Boden nutzt als der Durchschnitt aller anderen, wäre Nettozahler; wer weniger nutzt, Nettoempfänger."[240]

Es gibt also ein menschenrechtlich fundiertes Argument für einen endgültigen Abschied von Gesells „Mütterrente" und zugleich besteht die Aussicht, dass sich die ökonomische Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern auf einem anderen Weg im Rahmen einer reformierten Sozialversicherung überwinden lässt. Dabei ist nicht nur die unmittelbare Erweiterung ihrer bestehenden Form zu einer „durchgängigen Ganzheit des Drei-Generationen-Umlageverfahrens" von Bedeutung (Andres[241]), sondern mittel- und langfristig auch ein qualitativer Wandel der Sozialversicherung vom bisherigen Instrument einer notdürftigen Reparatur des ungerechten kapitalistischen Systems zu einem Solidarverbund von Frauen und Männern, Kindern und Alten innerhalb einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. Als Fundament eines echten Drei-Generationen-Vertrags kann eine zu Nullzins und Nullinflation führende Reform der Geldordnung in Verbindung mit einer gleichzeitig einsetzenden Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Menschen und mit einer Beseitigung aller weiteren Arten von Vermögenseinkünften zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen aus außerhäuslichen Erwerbstätigkeiten führen. Aus diesen tendenziell gleicher verteilten Erwerbseinkommen der mittleren Generation, von Männern wie von Frauen, lassen sich dann - auch aufgrund der Entlastung der Sozialversicherung von den Kosten der Arbeitslosigkeit - ausreichend hohe Beiträge für die Kindheits- und Jugendversicherungen aufbringen. Auf diese Weise wäre den Vorbehalten der Frauenbewegung gegen eine Ökonomisierung der Sorgearbeit Rechnung getragen, ohne dass deshalb die Sorgearbeit weiterhin umsonst und unsichtbar bleiben müsste. Ihr struktureller Nachteil der Unentgeltlichkeit gegenüber entgeltlichen Erwerbsarbeiten ließe sich durch Leistungen aus der Kindheitsversicherung kompensieren.

Nebenbei bemerkt, würde der nicht mehr durch Vermögenseinkommen geschmälerte volle Ertrag aus Erwerbstätigkeiten neben den Beiträgen für die Kindheits- und Altersversicherung[242] auch Steuern zur Finanzierung öffentlicher Güter tragen können[243], falls diese vielleicht doch nicht aus der Single Tax kommen

---

[240] Fritz Andres (2001a), S. 48 (Drei-Generationen-Vertrag statt Mütterrente); auch in ders. (2001/2020a), S. 108.

[241] Fritz Andres (2004), S. 63; auch in ders. (2004/2020b), S. 467.

[242] Zur Sozialversicherung würde selbstverständlich auch weiterhin die gemeinschaftliche Sorge für Menschen mit Handicaps sowie mit akuten und chronischen Erkrankungen gehören. Zur gesetzlichen Krankenversicherung vgl. Dieter Suhr (1989/1996).

[243] Außerdem entfällt dann auch die bislang in großem Stil betriebene Flucht in Steueroasen, durch die die Staaten als Sozialstaaten in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt und als demokratische Rechtsstaaten stark beschädigt wurden.

sollten. Wenn Gesells „Mütterrente" nicht mehr als Verwendungsmöglichkeit für die Bodenrente in Betracht kommt, bleibt nämlich noch zu klären, ob die Bodenrente im Sinne von Andres an alle Menschen zurückverteilt wird oder ob sie gemäß dem „Single Tax"-Vorschlag von Henry George und Dirk Löhr für die Finanzierung öffentlicher Güter verwendet wird. Rein rechnerisch dürften beide Varianten in etwa auf dasselbe Ergebnis hinauslaufen. Es geht aber um richtige funktionale Zuordnungen der Geldströme, die sich möglicherweise nicht durch eine Entweder-Oder-Entscheidung zwischen Rückverteilung oder „Single Tax" erreichen lassen, sondern im Sinne von Löhr und Tideman durch eine Aufteilung der Boden- und Ressourcenrenten in Lage- und Naturrenten. Dann könnten die Lagerenten zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur herangezogen und die Naturrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurückverteilt werden.[244]

Davon abgesehen setzte sich Andres im Rahmen seiner Variante Rückverteilung und Drei-Generationen-Vertrag in einem weiteren Aufsatz nochmals detailliert mit dem „Schreiber-Plan" aus den 1950er Jahren auseinander und beklagte nicht nur die Tatsache, dass die damalige CDU-Bundesregierung die Kinder und Jugendlichen aus der Rentenreform ausgeklammert und nur einen Zwei-Generationen-Vertrag zwischen den Erwerbstätigen und Rentnern beschlossen hat. Auch in dem alle drei Generationen einschließenden „Schreiber-Plan" habe es schon eine „merkwürdige Inkonsequenz" gegeben, die der politischen Fehlentscheidung Vorschub geleistet habe. Im Ergebnis blieb der „elementare Sachverhalt" unbeachtet, „dass wir nämlich in unserer Kindheit und Jugend durch die empfangene Versorgung und Pflege Schuldner der Elterngeneration werden und diese Schuld in unserer Lebensmitte gegenüber denen, von denen wir die Leistungen empfangen haben, nämlich der Generation der dann Alten, durch deren Versorgung abtragen." Auf der Grundlage eines bloßen Zwei-Generationen-Vertrags „werden Kinder - ökonomisch gesehen - zu einer reinen Last." Damit hat die „Politik eine echte Halbheit realisiert, deren ökonomische Konsequenzen wir jetzt in Gestalt von Kinderarmut und Finanzierungsproblemen des Rentensystems zu spüren bekommen."[245] -

- In der Reform der Geld- und Bodenordnung und ihrer Verbindung mit einem qualitativen Strukturwandel der Erwerbsarbeit und einem Drei-Generationen-Vertrag liegt trotz mancher noch zu lösender Detailfragen ein großes Potential zur Herstellung einer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen. Es birgt schließlich auch Chancen für eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern sowohl an der außerhäuslichen, strukturell gewandelten, arbeitszeitlich geregelten und bezahlten Erwerbsarbeit als auch an der von der ganzen Gesell-

---

[244] Vgl. hierzu den Abschnitt 13.1.4 in diesem Buch und die Anm. 37.

[245] Fritz Andres (2004b), S. 59 (Inkonsequenz) und 62 - 63 (politische Halbheit); auch in ders. (2004/2020b), S. 463 und 466 - 467. - Gegenwärtig sind in Deutschland nach Schätzungen des Kinderschutzbundes etwa 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen - 1,4 Millionen mehr als in den offiziellen Statistiken; vgl. die Wochenzeitung „Das Parlament" Nr. 8/2019, S. 1.

schaft solidarisch mitgetragenen innerhäuslichen, zeitlich weniger begrenzten Sorgearbeit.[246]

Um traditionelle Geschlechterrollen und soziale Geschlechtskonstrukte in größerem Umfang als bisher zu verändern[247], ist es freilich notwendig, dass die Leistungen aus der Kindheitsversicherung so hoch bemessen werden, dass sie - was schon Ehrenfest & Schröder hervorgehoben haben - auch die Bereitschaft von Männern wecken, innerhäusliche Sorgearbeiten zu übernehmen und damit für Frauen größere Freiräume für außerhäusliche Erwerbstätigkeiten zu öffnen. Dann könnte sich die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern auf mittlere und längere Sicht dem großen Ziel aller Strömungen innerhalb der neueren Frauenbewegung annähern, nämlich der Verwirklichung ihres „Anspruchs auf Anerkennung und Gleichverteilung von Sorgearbeit" (Barbara Holland-Cunz[248]) - und auch von Erwerbsarbeit. Die Höhe der Leistungen aus der Kindheitsversicherung soll allerdings auch jene Grenze nicht überschreiten, über der Kinder zu einer Geldquelle werden könnten. Diese Leistungen sollen nur die Kosten des Lebens mit Kindern aufwiegen, also die Zahl der Kinder ökonomisch neutralisieren.

- Sobald Mütter und Väter gleiche Möglichkeiten bekommen, neben ihren solidarisch von der Gesamtgesellschaft mitgetragenen Sorgearbeiten zum Beispiel vier oder fünf Stunden täglich ohne Doppelbelastung bezahlten außerhäuslichen Erwerbstätigkeiten nachzugehen, d.h. wenn das ‚Risiko' des Schwangerwerdens und des Kinderbekommens zu annähernd gleichen Teilen auf beide Geschlechter entfällt, wird aus der Sicht von Unternehmen das Geschlecht der Mitarbeiter/innen und Stellenbewerber/innen unerheblich. Der sog. „Gender Wage Gap" kann dann von derzeit etwa 20 % nach und nach gegen null sinken und damit wird eine Angleichung der Einkommen für die Erwerbstätigkeiten von Männern und Frauen möglich. Die soziale Gleichheit der Geschlechter macht ihre biologischen Unterschiede so bedeutungslos wie die individuellen Unterschiede zwischen Frauen oder zwischen Männern.
- Unter solchen Umständen stellen Kinder für ihre Eltern kein Armutsrisiko mehr dar, sondern in vollem Umfang geschenktes Leben. Und die Kinder bekommen eine Chance auf eine ausgewogene Nestwärme von ihren beiden Elternteilen. Zwischen den Extremen des ‚männlichen Ernährers' und der ‚Nur-Hausfrau-und-Mutter' sowie zwischen rechtskonservativen Weiblichkeits- und Mütterlichkeits-

---

[246] In einem Artikel von Pia Ratzesberger in der „Süddeutschen Zeitung" vom 29.4.2016 über Studien der feministischen Ökonomin Katharina Mader hieß es: „Die Deutschen verbringen im Jahr 89 Milliarden Stunden mit unbezahlter Arbeit. Viel mehr Zeit als die 69 Milliarden Stunden, die Geld einbringen." Demnach habe bereits der Ökonom Simon Kuznets vor mehreren Jahrzehnten eine Aufnahme der unbezahlten Sorgearbeiten in die Sozialproduktsberechnungen gefordert. Vgl. auch Luise Gubitzer & Katharina Mader (2008).

[247] Zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Deutschland vgl. die OECD-Studie „Dare to Share" (2017) und die Gleichstellungsberichte der deutschen Bundesregierung.

[248] Barbara Holland-Cunz (2018), S. 4 - 11, hier: S. 9.

mythen[249] und dem linken Emanzipationsideal von Vollzeit-Arbeiterinnen, die entweder kinderlos bleiben oder ihre Kinder außerhalb ihrer Familie erziehen lassen, kann es die verschiedensten Lebensmodelle geben, zwischen denen sich Eltern je nach ihren Lebenslagen, Ausbildungen und Berufschancen frei entscheiden können. Ebenso frei können Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie ihre (Teilzeit-)Erwerbstätigkeiten und Sorgearbeiten unter Einbeziehung außerfamiliärer Kinderbetreuungen miteinander vereinbaren.[250]

- Unter diesen Umständen erhalten Männer und Frauen auch ohne Quotenregelungen gleiche Chancen, sich aus ihrem Erwerbseinkommen Anwartschaften auf spätere Altersrenten zu erarbeiten, und auch gleiche Chancen, eigene Ersparnisse zu bilden. D.h. sie können entweder kleinere und mittlere (Frauen-)Unternehmen betreiben oder sich an Genossenschaften oder sozialen und kulturellen Einrichtungen beteiligen.[251]
- In Verbindung mit der Geld- und Bodenreform verwandelt der Drei-Generationen-Vertrag die ganze Gesellschaft einschließlich der Zuwander/innen gleichsam in eine Großfamilie, in der sich im Kleinen die verschiedensten Familienformen entfalten können. Auf der Basis der Gleichwertigkeit von Erwerbs- und Sorgearbeiten sowie von nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Gleichberechtigung können sich Frauen und Männer unabhängig von finanziellen Erwägungen zu ehelichen und anderen Lebensgemeinschaften verbinden. Gegenwärtig sind in Deutschland etwa 70 % aller Familien sog. Kernfamilien mit Müttern, Vätern und Kindern. „Weitere Familienformen ... sind Einelternfamilien mit etwa 15 % und Stieffamilien mit etwa 14 %. Adoptiv- und Pflegefamilien kommen im Vergleich dazu mit insgesamt etwa 0,4 % sehr selten vor. Nur der Anteil von gleichgeschlechtlichen Familien ist mit weniger als 0,05 % noch geringer. Wie viele Inseminationsfamilien es in Deutschland gibt, ist nicht bekannt. Schätzungen gehen aber von einem Anteil von nicht mehr als etwa 0,01 % aus."[252] Die ökonomische Neutralisierung der Geschlechterdifferenz und die damit einhergehende Befreiung von existenziellen Sorgen wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit könnte Lebensgemeinschaften mit und ohne Trauschein stabiler machen und die Lage von Alleinerziehenden erleichtern. Und beim Übergang von der alten Geschlechterhierarchie zur neuen egalitären Geschlechterbeziehung verlieren schließlich auch noch (Zwangs-)Prostitution und Gewalt gegen Frauen ihren strukturellen Nährboden.[253]

---

[249] Waren nicht auch Männer im patriarchalen Kapitalismus ihrer „Väterlichkeit" entfremdet?

[250] Anregungen geben hierfür Karin Jurczyk & Ulrich Mückenberger (2016), S. 1 - 2, mit ihren Überlegungen zu „atmenden Lebensläufen".

[251] Über Unternehmerinnen und Frauenbetriebe vgl. Sibylle Plogstedt (2006) und Friederike Welter & Jutta Gröschl (2016), S. 6 – 7.

[252] Anja Steinbach (2017), S. 5.

[253] Zu aktuellen feministischen Debatten vgl. die Übersicht von Ilse Lenz (2018), S. 20 - 27.

13.7 Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie

Sobald die Geschlechter parallel zu einem qualitativen Wandel der Erwerbsarbeit und einer gerechteren Aufteilung der Sorgearbeit ihr Verhältnis zueinander auf eine neue Ebene gebracht haben, bleibt ihnen noch die gemeinsame Aufgabe, auch ihr Verhältnis zur Natur neu zu bestimmen. Sowohl die „Subsistenzperspektive" als auch das „Vorsorgende Wirtschaften" enthalten deutliche Mahnungen, die kapitalistische Wachstumsspirale in eine sozialökologische Kreislaufwirtschaft zu transformieren. Aber ist dieses Ziel mit einer Geldreform vereinbar, die für eine stetige Zirkulation des Geldes sorgen soll? Könnte sie vielleicht die Zirkulation sogar noch beschleunigen und damit den Konsum noch stärker als bisher anheizen, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Otto Schily es von ihr erwarteten?[254]

Gesells häufig gebrauchte Formulierung, „neben jedem Haus, jeder Fabrik noch ein Haus, noch eine Fabrik" bauen zu wollen, um „den Zins in einem Meer von Kapital zu ersäufen" und ein Gleichgewicht zwischen Real'kapital'angebot und -nachfrage zu erreichen[255], erweckt vordergründig den Eindruck, dass es das Ziel einer Geldreform sein könnte, die Wirtschaft zu einem unaufhörlichen Wachstum anzutreiben. Diesen Eindruck könnte Gesells mit der Neoklassik übereinstimmende Ansicht noch bestätigen, dass die Bedürfnisse der Menschen unbegrenzt seien.[256] Und auch mit seiner Bodenreform strebte Gesell erst einmal ‚nur' einen gleichen Zugang für alle Menschen zum Boden und den Ressourcen an; aber er dachte vor rund 100 Jahren noch nicht die Notwendigkeit, diesen Zugang zu Boden und Ressourcen aus ökologischen Gründen auch zu begrenzen.

Entgegen diesem ersten Eindruck könnte sich eine Geld- und Bodenreform bei näherem Hinsehen dennoch als ein Mittel zur mittel- und langfristigen Herbeiführung eines schon von John Stuart Mill für eine spätere Zeit erwarteten stationären Wirtschaftens erweisen. Sobald der „tendenzielle Fall der Profitraten" (Marx) mit dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage von bzw. nach Real'kapital' bei null ankommt, könnte nämlich infolge der Marktsättigung der Bau von noch mehr Häusern und Fabriken aufhören. Trotz der Zinslosigkeit von Krediten wären dann darüberhinausgehende Investitionen nicht kostenlos, sondern mit weiteren Materialkosten, Löhnen, Instandhaltungskosten, Abschreibungen, Versicherungen und Steuern verbunden. „Die Kapitalanlagen kosten Unterhaltskosten und diese sind regelmäßig, namentlich bei industriellen Anlagen, sehr hoch. ... Die Zinsfreiheit wird einen Unternehmer nicht reizen, eine grenzenlose Nachfrage nach zinsfreien

---

[254] Ernst Ulrich von Weizsäcker (1993), S. 52. – Otto Schily (1994), S. 79 – 89, bes. S. 85. – Vgl. auch das Kap. 11.5.8 in diesem Buch.

[255] Silvio Gesell (1915/1990), S. 213 (Senkung des Zinses auf null während einer Übergangszeit von 10 - 20 Jahren) und (1920/1991a), S. 3 - 6 und 241 (Meer von Kapital).

[256] Silvio Gesell (1906/1989), S. 165.

Darlehen zu halten. Diese Grenze ist durch die Lohnforderungen der Arbeiter gezogen, denen ganz allein die Zinsfreiheit zugutekommt."[257]

Hätte es überhaupt einer Verdoppelung der Anzahl der Wohnungen und Fabriken bedurft, um das Zinsniveau gegen Null zu senken? Gesell stellte sich deren Vermehrung ‚nur' während einer einmaligen, etwa 10 bis 20 Jahre andauernden Übergangsphase vor und nicht etwa als eine endlos fortzusetzende Kapitalvermehrung. Entgegen der falsche Vorstellungen weckenden Formulierung „Meer von Kapital" ging es ihm nicht darum, den zinsträchtigen Kapitalmangel in einen permanenten Überfluss an Kapital umzukehren - der das Kapital entwertet hätte! - , sondern um eine Balance zwischen einem Mangel und einem Überfluss an Real'kapital'. Es sollte also gerade so viel, d.h. *genug* Real'kapital' geschaffen werden, dass es seinen Wert behält, aber sich nicht mehr aus sich heraus vermehren kann. Wenn Gesell damals schon über diesen Übergangszeitraum bis zum Erreichen eines Gleichgewichts zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach Wohnungen und Produktionsmitteln hinausgedacht und auch den Abschnitt über die „Stationäre Wirtschaft" in John Stuart Mills „Grundsätzen der Politischen Ökonomie" gekannt hätte, dann hätte er schon selbst wie nach ihm Keynes mittel- und langfristig in die Richtung eines stationären Wirtschaftens weiterdenken und sich fragen können, ob die menschlichen Bedürfnisse wirklich unendlich sind.

Im Übrigen hätte eine die Knappheit überwindende Vermehrung des Real'kapitals' - bei seiner gleichzeitigen Dezentralisierung! - im frühen 20. Jahrhundert noch eine Sättigung auf einem Niveau des Boden- und Ressourcenverbrauchs herbeigeführt, das erst einen Bruchteil der später entstandenen naturzerstörerischen Kapitalfülle darstellte. Zudem wurde die den Zins sichernde (relative) Knappheit des Kapitals nicht nur durch seine fortwährende Konzentration, sondern auch durch kriegerische und zivile Zerstörungen konserviert.

Trotz aller sinnlosen Zerstörungen durch Rüstungsproduktion und Kriege sowie durch häufigen Modewechsel und die geplante Obsoleszenz ist mittlerweile eine so große, mit Null- und Negativzinsen einhergehende globale Kapitalfülle entstanden, dass nicht nochmals eine absolute Verdopplung des weltweit vorhandenen Real'kapitals' erforderlich wäre, um den Geld- und Real'kapital'zins noch weiter sinken zu lassen. Wichtiger wäre es, das aufgrund der hohen Konzentration *relativ* verknappte Kapital mit Hilfe des Gesamtpakets der Reformen der Geld- und Bodenordnung, der Unternehmensverfassung, des Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts sowie des Generationenvertrags zu dezentralisieren und in kleineren Teilen für diejenigen zugänglich zu machen, die davon bislang ausgeschlossen waren.

Der im Vergleich zu Gesells Zeiten im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts exorbitant gestiegene Boden- und Ressourcenverbrauch muss im Rahmen einer Reform der Boden- und Ressourcenordnung aus ökologischen Gründen dringend

---

[257] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 353 - 354.

reduziert werden. Es lässt sich jedoch nicht völlig ausschließen, dass eine Geld- und Bodenrechtsreform tatsächlich noch einen weiteren letzten Wachstumsschub im Sinne einer homöopathischen Erstverschlimmerung auslöst. Das hängt ganz von der Höhe des Zinsniveaus bei ihrer Einführung ab. Neben einem vorübergehenden Mehr vom Falschen könnte dann auch der Um- und Rückbau der Realwirtschaft noch einmal mit einem die Erde belastenden Verbrauch an Ressourcen und Energie einhergehen. Um diesen letzten Schub zu dämpfen, wäre es unerlässlich, sich beim „Rostenlassen" des Geldes behutsam an die optimale Höhe heranzutasten. Parallel dazu müsste die zirkulierende Geldmenge auf das Maß verringert werden, das bei einem stabilisierten Preisniveau für die Abwicklung realwirtschaftlicher Transaktionen erforderlich ist. Wenn Geld nur noch für realwirtschaftliche Transaktionen verwendet werden und generell nicht mehr aus dem Kreislauf entweichen kann, genügt eine deutlich kleinere Geldmenge und der darüberhinausgehende Teil der Geldmenge, der bislang für spekulative Zwecke missbraucht wurde, kann schrittweise abgebaut werden. -

Zusätzlich zur Möglichkeit einer Reduktion der Geldmenge spricht ein weiterer Umstand gegen die Befürchtung, dass eine Geld- und Bodenrechtsreform ein unbegrenztes Wachstum der Wirtschaft auslösen könnte. Sobald sich nämlich das Zinsniveau um seine neue Gleichgewichtslage bei null einpendelt und auch die Reformen der Bodenordnung, der Unternehmensverfassung und des Generationenvertrags ihre Wirkungen entfalten, kommt der bisherige Drang konzentrierten Geldkapitals zum Erliegen, fortwährend neue rentable Anlagemöglichkeiten zu suchen. Es bedarf dann keines Innovationswettlaufs um „schöpferische Zerstörungen" (Schumpeter) und auch keiner Weckung neuer Bedürfnisse mehr, um die Wirtschaft auf einem sog. Wachstumspfad zu stabilisieren. Die überdrehte und zugleich immer wieder krisenhaft gestörte ‚Reproduktion des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter' (G-W-G' bzw. G-G') könnte bei einem sinkenden und schließlich einem in geringer Bandbreite um Null pendelnden Zins in eine ‚Reproduktion auf gleich bleibender, einfacher Stufenleiter' (W-G-W) übergehen. Hinzu kommt, dass im Zuge eines Übergangs von großen Aktiengesellschaften in viele mittlere und kleinere Genossenschaften auch noch die einstmals von Hilferding gefeierte „Wachstumsenergie der Aktiengesellschaften" nachlässt.[258] Durch eine Dezentralisierung des Real'kapitals' könnte sich die Wirtschaft wieder innerhalb jener ökologischen Grenzen in die natürlichen Kreisläufe integrieren, die sie im Zuge der Kapitalkonzentration und der Monopolisierung insbesondere in den fossil basierten Industrien durchbrochen hat.

Je nach dem Umfang der dann nicht mehr von Kapitalinteressen beeinflussten Bedürfnisse der Menschen ließe sich eine von einer dynamischen Spirale zum stationären geschlossenen Kreislauf gewordene Wirtschaft durch eine Anpassung der verlässlich zirkulierenden Geldmenge an den Umfang der Bedürfnisse auf

---

[258] Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 165 - 169 und 173. - Zur Rolle der Aktiengesellschaften als Wachstumstreiber vgl. auch Hans Christoph Binswanger (2009), S. 150 - 160.

einem stationären, wachsenden oder auch schrumpfenden Pfad stabilisieren. Zudem könnte eine allgemeine Zustimmung zu ökologischen Begrenzungen auf demokratischem Weg leichter erreichbar werden, wenn die Menschen nicht mehr als Privilegierte und Benachteiligte nur um ihre jeweiligen eigenen Lebensgrundlagen rivalisieren, sondern sich auf der Grundlage ihrer gleichen Teilhabe am Boden und anderen Ressourcen auch für das Ganze mitverantwortlich fühlen.[259] Schon allein aufgrund der Überlegung, dass die Boden- und Ressourcenrenten wegen der natürlichen Knappheit von Boden und Ressourcen niemals bis auf null fallen können, ist die Einsicht in ihre natürliche Knappheit und Begrenztheit schon in der Bodenrechtsreform angelegt bzw. lässt sich nachträglich vertiefen.

So wie die Reformen der Geld- und Bodenordnung sich bereits in sozialer Hinsicht als einheitliches Ganzes erwiesen haben, so können sie auch in ökologischer Hinsicht als solches vollendet werden. Die Geld- und Bodenreformen arbeiten also nicht in dem Sinne gegeneinander, dass die ökologisch erweiterte Reform der Boden- und Ressourcenordnung das Wachstum hemmt und die Reform der Geldordnung das Wachstum forciert. Vielmehr können sie beide dazu beitragen, dass die Wirtschaft aus ihrer bisherigen schon von Aristoteles als „Chrematistik" bezeichneten Geldvermehrungswirtschaft in eine der eigentlichen Bedeutung des Wortes ‚Ökonomie' entsprechende „Hausverwaltungskunst" übergehen kann, die mit den menschlichen und natürlichen Ressourcen wirtschaftlich haushält, sie aber nicht mehr als Durchlauferhitzer für eine Maximierung der Rentabilität von Geld- und Realkapital benutzt.

Gegen den Eindruck von einer Geldreform als permanent wirkendem Wachstumsmotor spricht auch Gesells mehrfach angedeuteter Ausblick auf eine dezentralisierte Wirtschaft mit einer Vielfalt von kleineren, mittleren und auch größeren, aber nicht überdimensionierten Unternehmen. Gegenüber dem technischen Fortschritt und dem Einsatz von Maschinen war er positiv eingestellt und sah auch noch nicht den Zusammenhang zwischen der Kapitalkonzentration und konkreten Formen der Technik. So wollte er mit einer dezentralisierten Wirtschaft keineswegs zurück zu einer romantisch verklärten Natur oder gar in die Steinzeit.[260] Aber er war nicht so sehr auf eine schrankenlose Steigerung der Produktivkräfte durch den technischen Fortschritt bedacht wie die Neoklassik und Marx, und technische Höchstleistungen hielt er nicht unbedingt für erstrebenswert. „Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe

---

[259] Vgl. Silvio Gesell (1906/1989a), S. 46: Durch „die Verstaatlichung der Grundrente sollen alle Bürger ein gleiches persönliches Interesse am wirtschaftlichen Gedeihen des Landes erhalten." - Fritz Andres (2001a), S. 56 (Erde als Gemeinschaftsgut und Menschheit als Gutsgemeinschaft); auch in ders. (2001/2020a), S. 115.

[260] Ein Indiz hierfür ist eine Passage in Gesells Hauptwerk: „Mit Salpeter füllt man Granaten und düngt man die Felder. Soll man zum Zwecke der Abrüstung auch die technischen Hochschulen eingehen lassen, weil man dort zeigt, wie man den Salpeter aus der Luft gewinnt für die Landwirtschaft u n d für den Krieg? Aus den Tiegeln deutscher Farbwerke kommt Pulver oder Ostereierfarbe zum Vorschein, je nach dem man den Hahn A oder B dreht." (1920/1991a, S. 60) – Einen Zusammenhang zwischen Technik und Herrschaft wie später Otto Ullrich erkannte Gesell noch nicht.

Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen betrieben wird." Und obwohl Gesell noch keine Bedenken gegen die Anwendung von künstlichen Düngemitteln in der Landwirtschaft hatte, verwies er zugleich auf die Möglichkeit, Klauseln zur Verhinderung eines Raubbaus am Boden in die Pachtverträge aufzunehmen. Wie in der früheren Dreifelderwirtschaft erschien ihm ein zeitweises Brachliegenlassen von Anbauflächen als eine gute Methode, „um erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen".[261]

Hinsichtlich der Erzeugung von Energie stellte sich Gesell neben der Kohle als Energiequelle besonders die Nutzung von Wasserkräften vor, die er wie den Boden und die übrigen Ressourcen als ein Gemeinschaftsgut betrachtete. „Ein Bodenerzeugnis eigener Art bilden die Wasserkräfte, die in vielen Gegenden schon jetzt eine große Rolle spielen und deren Bedeutung mit den Fortschritten der Technik nur wachsen kann." In kleineren und mittleren Unternehmen wie Mühlen und Sägewerken könnten die Anlagen zur Nutzung der Wasserkräfte zu den jeweiligen Unternehmen gehören, während „größere Kraftwerke, die der Stadt Licht und Kraft für die Straßenbahnen liefern" bzw. die Haushalte mit Strom und Wärme versorgen, von den Gemeinden oder vom Staat betrieben werden sollten.[262] Im Blick auf die zunehmende Bedeutung des Auto- und Luftverkehrs wiederholte Gesell seine Forderung nach einer „Internationalisierung der Rohstoffe, vor allem der Kohle, des Eisens, des Kalis, des Petroleums". Und wenn es bei einem Sinken des Zinsniveaus gegen Null nicht mehr auf die Rentabilität, sondern auf die Wirtschaftlichkeit von Investitionen ankomme, könnte auch die „Ausnutzung der Flut- und Ebbegefälle zwecks Ersparnis der Kohle" wirtschaftlich werden.[263]

Alles in allem betrachtete Gesell ähnlich wie Thorstein Veblen einen über einen annähernd gleichmäßig verteilten Wohlstand hinausgehenden Luxus- und Prestigekonsum von „allem möglichen dummen Tand" als abwegig und „wünschte den Tag zu sehen, wo all dem Unsinn ein Ende gemacht wird."[264] Und ohne dass Gesell dies schon mitbedacht hätte, könnte eine Geld- und Bodenrechtsreform, welche die soziale Spaltung durch eine Schließung des Wirtschaftskreislaufs überwindet und die innere Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren herstellt, auch dazu beitragen, die bislang übertriebene Teilung und Spezialisie-

---

[261] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV (technische Leistungen). Zu den künstlichen Düngemitteln und Pachtklauseln zur Verhinderung eines Raubbaus am Boden vgl. ders. (1906/1989a), S. 47 - 48, und (1920/1991a), S. 13 (Dreifelderwirtschaft) und 77 (Pachtklauseln). - „Die Interessen der Jagd, der Fischerei, des Vogelschutzes sind mit den reinen Grundsätzen des Privatgrundeigentums unverträglich." (1920/1991a, S. 80)

[262] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 85 (Wasserkräfte und sowohl private, genossenschaftliche als auch staatliche Wasserwerke) und S. 168 (kommunale Energieversorgung der Haushalte).

[263] Silvio Gesell (1921/1992d), S. 146 (Internationalisierung der Ressourcen) und 150 - 151 (Wirtschaftlichkeit statt Rentabilität von Gezeitenkraftwerken).

[264] Silvio Gesell (1891/1988), S. 41 (unrichtige Bahnen der Produktion) und 61 (Ende des unsinnigen Konsums von Luxus- und Prestigegütern) sowie (1892/1988b), S. 159 (unproduktive Kapitalanlagen wie Luxusbauten und Militär).

rung der menschlichen Arbeit auf ein menschliches Maß zu reduzieren. Letztlich könnte also der Einbau eines kontinuierlichen Verschleißes in das Geld[265] anstelle der „geplanten Obsoleszenz" bei Waren dazu beitragen, die sich selbst beschleunigende Dynamik der Wirtschaft zu bremsen und diese Dynamik in einer gebändigten Form zu stabilisieren, so dass Güter ohne Rentabilitätszwänge wirtschaftlich, d.h. haltbarer und reparierbar hergestellt werden können.

Postwachstumsökonomie als quasi-stationärer Zustand mit monopolfreiem Wettbewerb und mittleren Technologien

Bei näherer Betrachtung der Geld- und Bodenreform erweist sich also, dass sie entgegen ihrem vordergründigen ‚wachstumsfreundlichen' Eindruck sehr wohl mit dem gedanklich verbunden werden kann, was John Stuart Mill und John Maynard Keynes schon um 1848 bzw. 1936 in ersten Ansätzen als „stationäre Wirtschaft" bzw. als „quasi-stationäres Gemeinwesen" voraus gedacht haben. Im Gegensatz zur geradezu stürmischen Entwicklung im Frühkapitalismus charakterisierte Mill eine zukünftige stationäre Wirtschaft als einen „stillen See". Damit waren keineswegs nur ein Stillstand und eine bloße ständige Wiederholung von Altbekanntem gemeint. Aber Mill sah das Ende „des fortwährenden Kampfes gegeneinander" voraus, wenn Kapital nicht mehr akkumuliert und konzentriert wird. „Das Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen Treten, das heute das Kennzeichen unserer gesellschaftlichen Zustände ist", werde in einer stationären Wirtschaft aufhören. Ausdrücklich sprach Mill dabei von einem nur *„anscheinend* stillstehenden See. Ein Stillstand in der Kapital- und Bevölkerungszunahme ... schließt ... nicht notwendig auch einen Stillstand des menschlichen Kulturfortschritts in sich." Eine „bessere Eigentumsverteilung" könne eine „Verschönerung der Lebenshaltung" für breite Bevölkerungsschichten ermöglichen und einen weiten „Spielraum für alle geistige Kultur, für alle sittlichen und gesellschaftlichen Fortschritte" eröffnen.[266]

Wie Fließgleichgewichte in der Natur nach außen ruhig wirken, aber im Inneren sehr viel Bewegung aufweisen, so kann auch Ruhe statt Hektik im Ganzen einer stationären Wirtschaft mit sehr viel Bewegung ihrer Teile einhergehen. Ein stabiles Preisniveau spiegelt ja auch keine statische Erstarrung wider, sondern nur das ruhende Gesamtbild einer pulsierenden Dynamik unzähliger Einzelpreisbewegungen.

Im Anschluss an Marx & Engels hatte Rosa Luxemburg die Kapitalakkumulation und Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter zwar mit Recht als Ausbeutung angeklagt, aber sie hielt sie dennoch für eine unverzichtbare Voraussetzung von

---

[265] Vgl. den Vergleich des „Rostens" von Geld mit einer geplanten Obsoleszenz bei Otto Schily (1994), S. 79.

[266] John Stuart Mill (1848/1924), S. 388 (anscheinend stillstehender See), 391 (Verdrängungswettbewerb), 393 (bessere Eigentumsverteilung) und 395 (kulturelle Fortschritte).

wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Fortschritt. In der „einfachen Reproduktion" sah sie bloß ein „sicheres Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Stillstands."[267]

Im Gegensatz zu Schumpeter und seinem Plädoyer für „schöpferische Zerstörungen" und Innovationswettläufe - die im Übrigen nicht nur von dynamischen Unternehmern, sondern durchweg von Großkonzernen und vom Militär angetrieben werden - hat Keynes im Rahmen seiner Überlegungen zu einem „quasistationären Gemeinwesen" sehr viel klarer erkannt, dass bei Geldzinsen und einer Grenzleistungsfähigkeit des Real'kapitals' von durchschnittlich null große Freiräume für unternehmerisches Handeln erhalten bleiben.[268] Und wenn sich wirtschaftliche Aktivitäten in der Zukunft vielleicht mehr von der Produktion materieller Güter für den Prestigekonsum von „feinen Leuten" (Veblen) zur 'Produktion' immaterieller sozialer und kultureller Güter verlagern, kann dies der Regeneration der geschundenen Natur nur dienlich sein.

Ebenso entsprach die vom frühen Ordoliberalismus entwickelte Vorstellung einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleineren und mittleren Unternehmen dem Ideal einer resilienten ökonomischen ‚Biodiversität' sehr mehr als die real existierenden ‚Monokulturen' der mono- und oligopolistisch vermachteten kapitalistischen Marktwirtschaft. Jedenfalls war sie keineswegs so „schlafmützig" und fortschrittsfeindlich, wie der (pseudo-)liberale Ökonom Friedrich A. Lutz behauptete.[269] Warum sollten in einer Wirtschaft, in der es nur noch um Wirtschaftlichkeit, aber nicht mehr um die unwirtschaftliche Renditemaximierung und um zu Lasten der Natur gehende Produktivitätsfortschritte geht - scheinheilig Effizienz genannt - , Phantasie und technischer Fortschritt erlahmen? Stattdessen könnte eine Verbindung der Gedanken von Mill und Keynes mit der Geld- und Bodenrechtsreform und dem frühen Ordoliberalismus jene ökonomisch-wachstumskritische Grundlage legen, auf der sich im Sinne der „Small is beautiful"-Bewegung der Natur angepasste „mittlere Technologien" (Schumacher) entwickeln lassen. Zu Ende wäre damit nur das schon frühzeitig von Ordoliberalen wie Röpke und Rüstow sowie von den „Small is beautiful"-Vordenkern Kohr, Schumacher und Illich kritisierte Zeitalter der Gigantomanie und der „Elefantiasis" der Wirtschaft mit multinationalen Mega-Super-Stars, die oftmals in Skandale verwickelt sind und die Welt mit neuzeitlichen Pyramiden überziehen, indem sie völlig überdimensionierte Agrarfabriken, Container- und Kreuzfahrtschiffe, Großflughäfen und vielerlei andere zweifelhafte Großprojekte in der Energie-, Verkehrs- Rüstungs- und Informationswirtschaft oftmals gegen den Widerstand der Menschen durchsetzen.[270]

---

[267] Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 12.

[268] John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 – 185.

[269] Friedrich A. Lutz (1956), S. 30 und 34.

[270] Leider unterstützen bislang auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften noch die Strategie von Konzernen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für industrielle Großprojekte durch eine verbesserte Kommunikation zu erhöhen, um dadurch, wie es immer heißt, den Standort Deutschland zu stärken.

Wenn die Geld- und Bodenreform in den gesamten postwachstumsökonomischen Diskurs Eingang findet[271] und dabei immer auch ihre Erweiterung um einen Drei-Generationen-Vertrag mit bedacht wird, kann schließlich auch die von Christine Bauhardt und anderen feministischen Autorinnen beklagte bisherige „Geschlechterblindheit" dieses Diskurses überwunden werden. Alle Ansätze einer Postwachstumsökonomie „schweigen sich aus zur Frage der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern wie auch zur feministischen Debatte über die Organisation von Ökonomie und Gesellschaft." Indem der Forderung nach einer Gleichverteilung der unbezahlten Sorgearbeit die ihr gebührende Beachtung geschenkt wird, kann auch eine „systematische Integration feministisch-ökonomischer Ansätze" in die Debatten über eine Postwachstumsökonomie erfolgen.[272]

13.8 Europa und die übrige Welt

Seit mehr als 500 Jahren kämpfen Groß- und Mittelmächte, die sich für entwickelt und zivilisiert halten, um die Vorherrschaft in Europa und um Einflussgebiete in anderen Erdteilen, in denen sie sich im Interesse ihrer Akkumulation und Konzentration von Kapital als Basis für ihren modernen Lebensstil den Zugang zu billigen Arbeitskräften und Ressourcen mit struktureller und offener Gewalt sichern.

Nach einer langen Reihe von innereuropäischen Kriegen und zwei großen Weltkriegen begann in (West-)Europa der Bau eines „Gemeinsamen Hauses Europa" als großes Friedensprojekt und auf globaler Ebene sollten die Vereinten Nationen und die bei der berühmten Konferenz in Bretton Woods (1944) konzipierten Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und des GATT als Vorläufer der späteren WTO für einen ausgeglichenen, die Völker friedlich miteinander verbindenden freien Welthandel sorgen. Jedoch wurde die Neuordnung Europas und der Welt nach 1945 auf dem nicht tragfähigen Fundament der restaurierten kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen vorgenommen. Die Folge waren Verwerfungen im gemeinsamen europäischen Haus und innerhalb der Weltwirtschaft entstand anstelle der kolonialen Hierarchie von „Zivilisation" und „Unterentwicklung" ein post-/neokoloniales Nord-Süd-Gefälle mit Schuldenkrisen in zahlreichen sog. Entwicklungsländern und einer Serie von Stellvertreterkriegen zwischen West und Ost um knapper werdende Ressourcen im globalen Süden.

Der sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiter wie ein Knoten zusammenziehende Konflikt zwischen West und Ost, Nord und Süd erfordert zu seiner Lösung innerhalb Europas und auch weltweit die Entwicklung einer freiheitlichen Alternative sowohl zum bisherigen „kapitalistischen Weltsystem" (Immanuel Wal-

---

Vgl. dazu Anna-Lena Schönauer von der Friedrich-Ebert-Stiftung (2013) und Andreas Schulte von der Hans-Böckler-Stiftung (2013). – Zu einer auch ordoliberal begründeten Wachstumskritik, die obendrein noch die Boden-/Ressourcenproblematik einbezieht, vgl. Oliver Richters & Andreas Siemoneit (2019), S. 117 – 128.

[271] Vgl. die Übersicht von Matthias Schmelzer & Andrea Vetter (2019).

[272] Christine Bauhardt (2013a), S. 31 und 33, dies. (2013b), S. 18 - 23, und (2015).

lerstein) als auch zu Protektionismus und Totalitarismus jedweder Couleur. Die Erde und alle auf ihr lebenden Menschen bilden ein großes unteilbares Ganzes und die sozialen und ökologischen Globalisierungskrisen lassen sich nicht mit nationalen oder kontinentalen Abschottungen, Handelskriegen und Mauerbauten bewältigen, sondern nur mit einer „Weltinnenpolitik". Deren Aufgabe ist die Entwicklung eines gerechten Fundaments sowohl für das „Gemeinsame Haus Europa" als auch für die Weltwirtschaft, damit auf den einzelnen Kontinenten und auf der ganzen Erde egalitäre Gemeinschaften von freien, gleichen und solidarisch miteinander verbundenen Weltbürgerinnen und Weltbürgern entstehen können. Sobald die Akkumulation und Konzentration von Kapital in dessen allgemeine Dezentralisierung übergehen, kann die Selbstüberhöhung und die Erniedrigung von Menschen aufhören und ein „kollektiver Aufstieg zum Menschsein" beginnen. „Dann gibt es", wie es der kamerunische Philosoph und Kolonialismuskritiker Achille Mbembe ausdrückte, „weder Schwarz noch Weiß mehr. ... Es gibt nur noch eine Welt, die endlich von der Last der Rasse befreit ist und deren Erbe nun jeder wird ... - eine Welt jenseits der Rassen, die alle an ihren Tisch einlädt."[273]

13.8.1 Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa"

Wenige Jahre nach der Französischen Revolution hatte Immanuel Kant seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass auf die Kriege zwischen rivalisierenden europäischen Feudalmächten nunmehr ein Zeitalter des „ewigen Friedens" zwischen den zu freiheitlichen Republiken gewandelten europäischen Staaten anbrechen könne. Zwischen diesen europäischen und auch außereuropäischen Republiken könne eine „föderative Vereinigung" entstehen. Sogar einen weltweiten „Friedensbund" stellte sich Kant schon vor. „Auf diese Art können entfernte Weltteile miteinander friedlich in Verhältnisse kommen, die zuletzt öffentlich gesetzlich werden und so das menschliche Geschlecht endlich einer weltbürgerlichen Verfassung immer näherbringen können."[274]

---

[273] Achille Mbembe (2014), S. 307, 322 und 325 (Welt ohne Rassismus, Aufstieg zum Menschsein). – Zu Mbembes derzeit umstrittenen israelkritischen Äußerungen aus dem Jahr 1992 hat sich die israelische Soziologin Eva Illouz in bemerkenswert differenzierter Weise geäußert; vgl. das Interview mit ihr unter dem Titel „Die Doppelmoral macht mir Sorgen" in: Die Zeit Nr. 20(2019, S. 47, und Mbembes eigene Stellungnahme unter dem Titel „Gigantische Diffamierungskampagne" in der taz vom 11.5.2020; auf der Website https://taz.de/Mbembe-zum-Antisemitismusvorwurf/!5684094/ (Zugriff: 20.7.2020).

[274] Immanuel Kant (1795/2008), S. 18 - 19 und 22. – 20 Jahre vorher hatte Kant in seiner Schrift „Über die verschiedenen Rassen der Menschen" (1775; Neuauflage Berlin 2015) noch rassistische Ansichten vertreten, von denen er sich im Laufe der Zeit in die Richtung einer weltbürgerlichen Haltung entfernte; vgl. dazu Patrick Spät (2014) und Micha Brumlik (2020).

Der Verwirklichung von Kants großer Vision standen jedoch das ökonomisch-politische West-Ost-Gefälle innerhalb Europas und der Kampf der westlichen Groß- und Mittelmächte um die kontinentale Vorherrschaft und um koloniale Eroberungen in den anderen Erdteilen entgegen. „Wenn Frankreich und England weiterhin Rivalen bleiben" - so warnte der französische Frühsozialist Claude Henri Saint-Simon unmittelbar vor dem Wiener Kongress 1815 - , „dann werden für beide und für Europa die schlimmsten Übel entstehen." Europa bräuchte ein gemeinsames Parlament, „das über alle nationalen Regierungen gestellt und mit der Macht versehen wäre, ihre Streitigkeiten zu entscheiden. ... So gilt der oft wiederholte Grundsatz: ‚Man kann nur wahrhaft glücklich sein, wenn man sein Glück im Glück des anderen sucht.'" Eine „anglo-französische Föderation" solle auch die in Deutschland sich regenden „Freiheitsideen" und eine bürgerliche Revolution fördern. „Sobald der Zeitpunkt eintreten wird, an dem die anglo-französische Gesellschaft sich durch den Zusammenschluss mit Deutschland vergrößert haben und ein gemeinschaftliches Parlament der drei Nationen geschaffen sein wird, wird die Reorganisation des übrigen Europas rascher und leichter gelingen. ... Zweifellos wird die Zeit kommen, in der alle Völker Europas erkennen werden, dass sie Fragen von allgemeinem Interesse gemeinsam regeln müssen, bevor sie sich den nationalen Interessen zuwenden. Dann wird das Unheil allmählich nachlassen, die Zwietracht wird weichen und Kriege werden aufhören."[275]

Entgegen den Hoffnungen von Kant und Saint-Simon oder auch entgegen Proudhons Vorstellungen von einer „Dezentralisation der Großstaaten und einer allgemeinen Abrüstung" sowie einer breiten Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe"[276] kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts zu weiteren Kriegen um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt - bis hin zum ersten großen, vom deutschen Kaiserreich verursachten Weltenbrand von 1914 bis 1918, bei dem erstmals großindustriell hergestellte Waffensysteme ein verheerendes Leid für Menschen und für die Natur anrichteten.

- Am Vorabend des Ersten Weltkriegs warnte der von dem Philosophen Karl Christian Planck[277] beeinflusste Theologe Otto Umfrid (1857-1920) vor dem nationalistischen Großmachtstreben Deutschlands. Sein Eintreten für eine den Frieden sichernde Einigung Europas entsprang allerdings gemäß dem damaligen Zeitgeist auch der Sorge, dass ein Europa, das sich durch „Militärdespotismus und Rüstungssklaverei" selbst zerfleischt, gegenüber der aufstrebenden Weltmacht USA und gegenüber der sog. ‚gelben Gefahr' aus Asien ins Hintertreffen geraten

---

[275] Claude Henri Saint-Simon, Über die Reorganisation der europäischen Gesellschaft oder über die Notwendigkeit und die Mittel, die Völker Europas unter Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit in einer einzigen Körperschaft zu vereinigen, in: ders. (1814/1977), S. 139 - 141 (Frankreich und England), 157 - 158 (europäisches Parlament), 172 und 187 - 193 (anglo-französische Föderation, deutsche Revolution und gesamteuropäischer Frieden).

[276] Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242.

[277] Karl Christian Planck hatte schon 1852 die Idee zur Bildung einer internationalen Staatengemeinschaft und zur Bildung einer Weltregierung, welche den Frieden sichern sollte.

könnte. Einerseits hielt Umfrid „die Westmächte für berechtigt, an einer Erschließung des chinesischen Reiches zu arbeiten"; andererseits fürchtete er die „ungeahnte Mächtigkeit und Gefährlichkeit", die China als bevölkerungsreichstes Land der Erde erlangen könnte, wenn dieses „Riesenreich … in den stürmischen Verkehrskreislauf der Westländer einbezogen würde".[278]

Auch war Umfrid noch nicht frei von geringschätzigen Ansichten über die romanischen und slawischen Völker Europas; gegenüber rassentheoretischen Konstrukten von Housten Stewart Chamberlain nahm er sie aber in Schutz und verurteilte jegliche „Herrenmoral und den gefährlichen nationalen Verfolgungswahn" von sich selbst überhöhenden Deutschen. Ebenso verurteilte Umfrid den Antisemitismus als „krasseste Barbarei". Erst wenn die Deutschen „gelernt haben werden, die Menschheit über die Nation zu stellen, werden sie auch die Juden als ihre Brüder begrüßen."[279]

Im Interesse einer gesamteuropäischen Einigung postulierte Umfrid schließlich eine „germano-romano-slawische Gesamtkultur". Weitblickendes und zeitgeistbedingt Problematisches lagen bei ihm noch nah beieinander. So verurteilte er gewaltsame Eroberungen von Kolonien, hielt aber die Pachtung von Gebieten zum Beispiel an der chinesischen Ostküste (Kiautschou/Tsingtao, Hongkong und Macao) und einen „Abstrom vom Bevölkerungsüberschuss aus Deutschland" zum Beispiel in den dünn besiedelten Süden Brasiliens für legitim. Wenn die Arbeitslosen aus den Industrieländern in „überseeische Kulturländer abgeführt werden könnten", gäbe es „keine industrielle Reservearmee mehr im Land".[280]

Solche Vorstellungen zeigen das Fehlen von Einsichten in die strukturellen Ursachen von ökonomischer und sozialer Ungleichheit und von Arbeitslosigkeit. So ging Umfrids weitblickende Überzeugung, dass Deutschland mit „Vernunft und Kultur statt Gewalt und Krieg" und mit einer „deutsch-russisch-französischen Annäherung" als „Hort des Rechts … den Kristallisationspunkt für ein völkerbeglückendes Föderationssystem" bilden sollte, „in dem jedem Volk Ruhe und Sicherheit garantiert wäre", noch einher mit ganz unzureichenden wirtschaftlichen Grundlagen eines „Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten zu einem großen, durch erhöhten Zollschutz gegen außen abgegrenzten Wirtschaftsgebiet". In einer mitteleuropäischen Zollunion sah Umfrid einen „dritten Weg" als Alternative sowohl zum Freihandel auf der Basis einer „rücksichtslosen Durchführung des manchesterlichen Systems", in dem „Riesensyndikate" die Märkte beherrschen und „fremde Länder mit Waren überschwemmen", als auch zu einem protektionistischen System, in dem alle Länder mehr ex- als importieren wollen und sich mit sog. Schutzzöllen vor ausländischer Konkurrenz abschotten. „Wir

---

[278] Otto Umfrid (1913), S. 1 – 2, 5 (Militärdespotismus und Rüstungssklaverei) sowie 186 – 189 und 193 (China als „gelber Gefahr").

[279] Otto Umfrid (1913), S. 92 (Rüstungsfieber und Verfolgungswahn in Deutschland), 110 (Herrenmoral), 112 und 117 (Chamberlain), 118 – 120 (Antisemitismus) und 195 (Romanen und Slawen).

[280] Otto Umfrid (1913), S. 2 (europäische Gesamtkultur), 62 und 69 („Abstrom" zum Beispiel nach Brasilien) und 136 (industrielle Reservearmee).

leiden unter der Hyperthrophie des Außenhandels. Eine spätere Zeit wird es einsehen, wie unnatürlich das Bestreben war, den fremden Markt mit Produkten zu überschwemmen, die man dort selber herzustellen fähig war."[281]

Vorerst erinnerte Umfrid an Gustav Schmoller, der „Großbritannien, Russland und Nordamerika (als) die drei riesenhaften Eroberungsreiche" betrachtet habe, gegen „deren aggressive Politik der Weltmächte" einzelne und sich zudem noch gegenseitig bekämpfende europäische Länder nichts ausrichten könnten. Schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert habe es vom Beispiel des innerdeutschen Zollvereins angeregte Überlegungen zu einem handelspolitischen Zusammenschluss mehrerer europäischer Länder gegeben, um sich gemeinsam der Weltmächte zu erwehren. 1878 habe Frankreich dem deutschen Reichskanzler Bismarck die „Gründung einer Zollunion zwischen Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Schweiz, Holland, Belgien und Dänemark" vorgeschlagen, was Bismarck aber abgelehnt habe. Umfrid hoffte, dass eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zum „Kristallisationspunkt für die Vereinigten Staaten Europas werden könnte", und sah darin auch schon „eine Etappe auf dem Weg zur Friedfertigung der Erde".[282] Jedoch erkannte er noch nicht, dass eine europäische Zollunion das Grundproblem der monopolkapitalistischen Vermachtung der Weltmärkte und der damit einhergehenden „Hypertrophie des Außenhandels" noch nicht lösen würde. Es hätte die Rivalitäten zwischen den Großmächten und den schwächeren europäischen Einzelstaaten nur auf eine höhere Stufe des Kampfes zwischen den Großmächten und einem vergleichsweise stärkeren europäischen Staatenbund oder Bundesstaat angehoben. Insofern blieb das im Titel seines Buches zum Ausdruck gebrachte Motto „Europa den Europäern" auf höherer Ebene im alten Denkmuster „Deutschland den Deutschen" verhaftet, obwohl Umfrid in weiten Teilen seines Buches längst darüber hinaus ging und weltoffen dachte. Übrigens ahnte er bereits, „dass der Weltmarkt nicht ewig aufnahmefähig bleiben wird, dass eines Tages sämtliche Kulturländer industrialisiert sein werden, dass dann unsere Waren im Ausland keine lohnende Abnahme mehr finden werden, weil die Ausländer imstande sein werden, ihren Bedarf selbst zu decken."[283]

Es hätte also gerechter ökonomischer Strukturen als Grundlage für einen sozialen und internationalen Frieden bedurft, in denen sich sowohl binnen- als auch außenwirtschaftliche Beziehungen frei von jeglichem aggressiven Expansionsdrang und ebenso frei von hierarchischen Herrschaftsverhältnissen in einem gleichgewichtigen Geben und Nehmen befinden. Ein solches ökonomisches

---

[281] Otto Umfrid (1913), S. S. 92 – 111 (Vernunft, Krieg und Recht), 145 (europäische Zollunion), 147 (manchesterliches System), 156 (Hypertrophie des Außenhandels), 160 (Manchestertum), 165 (Deutschland als Hort des Rechts und der Kultur anstelle von Gewalt) und 171 – 175 (Deutschland, Russland und Frankreich).

[282] Otto Umfrid (1913), S. 148 (französischer Vorschlag einer Zollunion), 150 (Zollunion als Keimzelle von Vereinigten Staaten Europas), 155 (Friedfertigung der ganzen Erde).

[283] Otto Umfrid (1913), S. 135 (begrenzte Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts).

Fundament fehlte Umfrid für sein politisches Ziel, das schon weit über eine bloße Einigung Europas hinausging. Er dachte nämlich schon an eine von einseitigen Interessen freie weltweite Rechtspolitik, die im Dienst „des uns angeborenen Menschenrechts ... das Recht des Stärkeren, das Faustrecht auf dem Gebiete des Völkerlebens beseitigt. ... Die Gerechtigkeit verlangt, dass wir in allem, was Menschenantlitz trägt, die Menschenwürde ehren und das Gute anerkennen, das die Fremden für sich haben." Alle Völker der Erde waren für Umfrid „Glieder eines Leibes der Menschheit", die auf dem Weg zu einer „allumfassenden Gesamtordnung" sei. Besonders bedeutsam sei die „Zusammengehörigkeit der Völker" auf „dem Gebiet des Handels und des Verkehrs, der Geldwirtschaft und des Kreditwesens". Dort gelte es, „international und solidarisch zu denken". Als einziges Mittel der Regelung von Konflikten kam für Umfrid eine „internationale Gerichtsbarkeit" in Frage.[284]

Bald nach dem Erscheinen von „Europa den Europäern" schlug die berühmte Pazifistin Bertha von Suttner Otto Umfrid für den Friedensnobelpreis 1914 vor. Es gab noch fünf weitere Vorschläge; aber als der Erste Weltkrieg begann, wurde das Auswahlverfahren zur Vergabe des Friedensnobelpreises abgebrochen. Danach spielte Umfrid noch eine bedeutende Rolle in der „Deutschen Friedensgesellschaft"; jedoch geriet er nach seinem Tod im Jahr 1920 in Vergessenheit.[285]

- Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die damaligen Siegermächte sogleich eine machtpolitische Neuaufteilung der Welt vor – nicht zuletzt im Nahen und Mittleren Osten, um sich den Zugriff auf Erdöl, Erdgas und andere natürliche Ressourcen als Treibstoffe für ihre ‚moderne Zivilisation' zu sichern. Um einen weiteren großen Krieg zu verhüten, setzten auch bald wieder Bestrebungen zur Einigung Europas ein. Bedeutsam wurde nunmehr die Vorstellung einer „Paneuropa-Union", die der österreichisch-japanische Philosoph Richard Coudenhove-Kalergi (1894-1972) 1923 in einem gleichnamigen Buch beschrieb. Ein Jahr später gründete er eine „Paneuropa-Union" mit dem Ziel, nach dem „Niedergang Europas" und seiner „Weltherrschaft ... die europäische Anarchie" und seine politische und wirtschaftliche Zersplitterung auch angesichts der „wachsenden außereuropäischen Weltmächte" durch einen „Zusammenschluss Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband" zu überwinden. Zu den „Vereinigten Staaten von Europa" sollten alle europäischen Staaten „von Polen bis Portugal" gehören, aber nicht das „britische Weltreich" mit seinen Gebieten in Übersee und auch nicht das bolschewistische „russische Reich". Nur die politisch vereinigten kontinentaleuropäischen Staaten sollten nach den Vorstellungen von Coudenhove-Kalergie zum einen eine „paneuropäische Zollunion" bilden, d.h. sie sollten beim Handel mit „Panamerika" und den britischen, russischen und asiatischen Staatenbünden

---

[284] Otto Umfrid (1913), S. 9 – 25 (Rechts- statt Interessenpolitik), besonders S. 24 (angeborene Menschenrechte), 119 – 124 (Menschenwürde aller Menschen, weltweite Zusammengehörigkeit und Solidarität) und 157 (internationale Gerichtsbarkeit).

[285] Zu Otto Umfrid vgl. Helmut Donat (2020).

weiterhin Außenzölle erheben, aber die Binnenzölle allesamt abschaffen. Und zum anderen sollten sie das innereuropäische „Währungschaos" überwinden, indem eine „paneuropäische Konferenz" unter anderem einen „Ausschuss für die Währungsfrage" bildet."[286] Ob Coudenhove-Kalergi schon an eine kontinentaleuropäische Gemeinschaftswährung dachte, geht aus seinem Buch allerdings nicht hervor.

Im Gefolge der „Bildung eines Paneuropäischen Staatenbundes ... wäre Europa fähig und berufen, durch seine Mittellage zwischen England und Amerika einerseits - Russland und dem Orient andererseits sowie durch die Tradition und Begabung seiner Einwohner noch lange Kulturzentrum der Erde zu sein." Diese noch eurozentrische Sicht Coudenhove-Kalergis ging mit einer eindeutigen Ablehnung nationalistischer und rassistischer Ideologien einher. In Anbetracht zahlreicher Völkerwanderungen in der Geschichte Europas hielt er es für einen „dilettantischen Trugschluss", dass es in Europa romanische, germanische und slawische Menschenrassen gebe. „Alle Völker Europas (mit Ausnahme vielleicht der Isländer) sind Mischvölker." Hinzu komme, dass die moderne Nachrichten- und Verkehrstechnik die Völker Europas und der ganzen Welt so eng miteinander verwebe, dass die Vorstellung ihrer voneinander getrennten Existenz obsolet werde.

Davon abgesehen gebe es im Großen und Ganzen „fünf Kraftfelder der Erde: 1. das amerikanische, 2. das britische, 3. das russische, 4. das ostasiatische, 5. das europäische." Der Frieden zwischen ihnen sollte durch die Schaffung von supranationalen Schiedsgerichten und durch Abrüstungsmaßnahmen gesichert werden. Allerdings fehlte Afrika in Coudenhove-Kalergis Aufzählung der fünf koexistierenden „Weltmächte statt Großmächte" als eigenständiges Kraftfeld. Große Teile Afrikas stellte er sich als koloniales Hinterland von Paneuropa vor - er sprach von der „Westhälfte Afrikas von Tripolis und Marokko bis Kongo und Angola" - , während die übrigen Teile Afrikas als Kolonialgebiete zum britischen Weltreich gehören sollten. Afrika spielte also in den geostrategischen Überlegungen von Coudenhove-Kalegi eigenartiger Weise nur eine Rolle als Ressourcenlieferant. „Durch einheitliche Organisation und rationelle Erschließung seines afrikanischen Kolonialreiches ... könnte Paneuropa alle Rohstoffe und Nahrungsmittel, die es braucht, selbst erzeugen und so auch wirtschaftlich unabhängig werden."[287] Die Vorstellung einer Einteilung der Erde in fünf „Kraftfelder" mit zollfreien Binnenmärkten und ihrer Trennung durch Außenzölle war jedoch ebenso

---

[286] Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 7 - 8 (Zweckverband) und 14 - 15 Niedergang Europas), 22 und 25 (europäischer Staatenbund von Polen bis Portugal) sowie 30, 34 und 36 (Paneuropa); S. 38 - 46 (England), 49 - 56 (Russland), 65 - 70 (Panamerika), 100 und 140 (Währungschaos) , 103 und 141 (Zollunion).

[287] Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 20 (fünf Kraftfelder der Erde), 21 (Afrika als Kolonie), 36 (Europas Mittellage und halb Afrika als Kolonie Europas), 87 - 95 (Schiedsgerichte und Abrüstung), 123 - 130 (Nationalismus und Rassismus) und 145 (Afrika als „künftige Kornkammer und Rohstoffquelle Europas").

widersprüchlich wie die Annahme, dass sich Europa mit Hilfe von Ressourcen aus Afrika ‚selbst' versorgen könne.

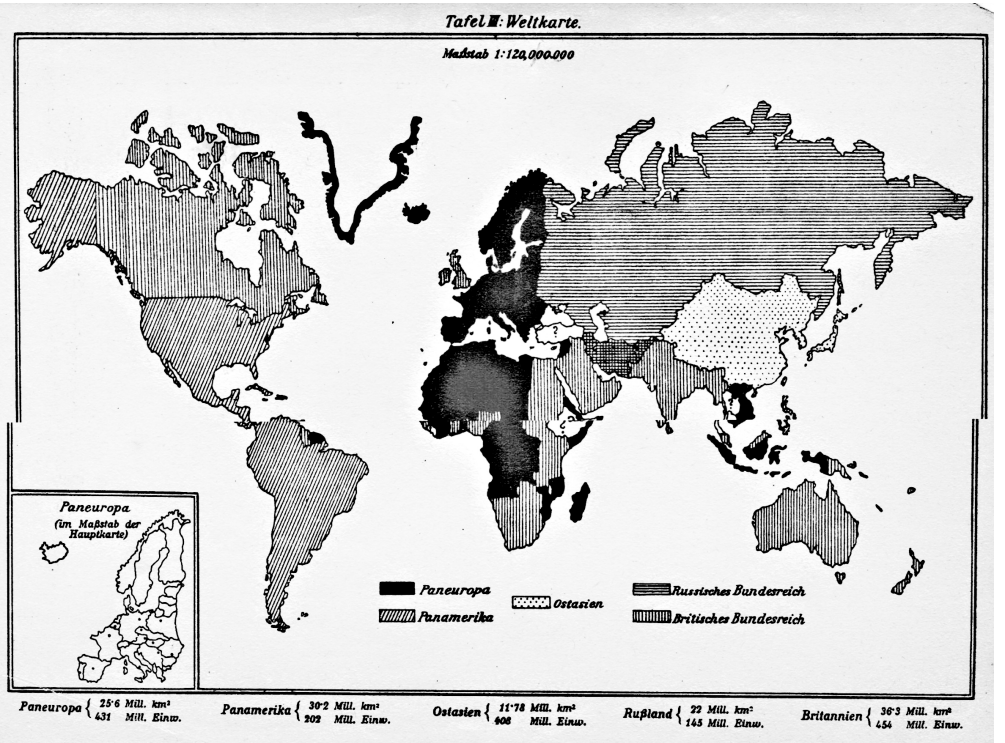


Abb.: Coudenhove-Kalergis Aufteilung der Welt in „fünf Kraftfelder"[288]

Trotz seiner weitgehend weltoffenen und pazifistischen Grundhaltung war Coudenhove-Kalergi also noch weit entfernt von Kants Kritik am „inhospitalen Verhalten" von Europäern in Übersee und an dessen weltbürgerlichem Ziel eines erdumspannenden „Föderalismus freier Staaten". Ebenso weit entfernt war sein Konzept auch von Henry Georges Ziel eines „Bundes der Menschheit" und von Gustav Landauers Vision einer „die Volksschranken übersteigenden Erdgesellschaft", die mit föderalen Strukturen als „Republik von Republiken" entstehen sollte.[289] Die politische Einigung des europäischen Kontinents ging bei Coudenhove-Calergi ebenso wie bei Umfrid auch noch nicht mit einer gleichzeitigen Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen einher. Dementsprechend waren die zu

[288] Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 177 (Abb. Aufteilung der Welt).

[289] Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 - 24. - Henry George (1887/1968), S. 293 – 295 (Bund der Menschheit). - Gustav Landauer (1911/1967), S. 152 - 153 (Erdgesellschaft) und 166 (föderaler Aufbau von Wirtschaft und Staat).

vereinigenden europäischen Staaten bei ihm noch keine reinen Rechtsstaaten, sondern Staaten in ihrer bisherigen Gestalt als in sich widersprüchliche und darum auch noch nicht friedfertige Rechts- und Machtstaaten. Dasselbe galt auch für den 1920 bei den Friedensverhandlungen in Paris gegründeten Völkerbund, der seinen Sitz in Genf erhielt. Unabhängig davon sah Coudenhove-Kalergi im Völkerbund sogar eine „dauernde Gefahr für die Selbstständigkeit Europas". „Außereuropäische Mächte" würden die Möglichkeit bekommen, auf dem Weg über den Völkerbund „in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen". Im Zusammenhang mit seiner Furcht vor einer „Bevormundung Europas durch den Völkerbund" betrachtete Coudenhove-Kalergi sogar die sog. Monroedoktrin, mit der die USA die Einwanderung beschränkten, als ein Vorbild für Europa und rief die Devise „Europa den Europäern" aus - was nichts anderes war als die nationalistische, nur räumlich ausgeweitete Devise „Deutschland den Deutschen". Zudem ließ sich vor allem in Grenzgebieten zwischen den einzelnen „Weltmächten" nur über die Köpfe der dort lebenden Minderheiten hinweg entscheiden, zu welchem „Kraftfeld" sie gehören wollten. So waren auf Coudenhove-Kalergis Weltkarte Fragezeichen bei der Türkei und in Ostafrika eingetragen.[290]

Trotz dieser gravierenden Mängel unterstützten auch berühmte Wissenschaftler wie Albert Einstein, Schriftsteller wie Thomas Mann und Politiker wie der französische Außenminister Aristide Briand oder der tschechoslowakische Staatspräsident Tomáš Masaryk die „Paneuropa"-Bewegung. Auch die meisten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler sahen in der Einigung Europas einen Schlüssel zu seiner Selbstbehauptung gegenüber den zur Weltmacht aufstrebenden USA und einer zunehmenden Konkurrenz aus Asien. So gab es für Rudolf Hilferding „keinen Zweifel ... , dass wir der amerikanischen Konkurrenz nur gewachsen sein können, wenn sich Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenschließt."[291]

- Aber es gab auch Europaskeptiker innerhalb der Arbeiterbewegung, denen es nicht so sehr um eine Selbstbehauptung Europas auf dem zunehmend monopolisierten Weltmarkt ging. Nach Ansicht des österreichischen Sozialisten Otto Bauer lief „Paneuropa" nur darauf hinaus, „dass über die Schutzzöllnerei der einzelnen Staaten des europäischen Festlandes noch eine gesamteuropäische Überschutzzöllnerei aufgebaut würde, die gegen England und das britische Weltreich, gegen die Sowjetunion und gegen Nord- und Südamerika gerichtet wäre." Bauers Einwände gegen eine Vereinigung kapitalistischer Staaten von Europa als Ziel der Arbeiterbewegung waren berechtigt; andererseits wären auch die von ihm stattdessen geforderte Erringung der politischen Macht durch das Proletariat und

---

[290] Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 37 - 41 (unklare Zugehörigkeiten), 74 - 75 (Völkerbund, Monroedoktrin und „Europa den Europäern") und 177 (Fragezeichen).

[291] Rudolf Hilferding in: Freie Presse vom 29.5.21925, zitiert nach Willy Buschak (2014), S. 85.

eine anschließende zentralistische Neuorganisation der Wirtschaft Europas und der ganzen Welt kein erstrebenswertes Ziel gewesen.[292]

Zu den vehementen Kritikern des „Vereinigten Unsinns von Europa" gehörte auch Silvio Gesell – aber nicht etwa, weil er kein friedliches Miteinander der Völker in Europa gewollt hätte, sondern weil er die Aufteilung der Erde in fünf große Zollunionen für den Keim eines neuen, noch größeren Weltkrieges hielt. Für ihn stellte „die *ganze* Erde ein unteilbares einheitliches Wirtschaftsgebiet" dar und darin sollten die Menschen und Völker sich unabhängig von ihrer Größe selbst und nicht zu willkürlich konstruierten Gebilden wie Paneuropa, Panamerika oder Panasien ‚gehören'. „Machen wir uns keine Illusionen. Europäische Zollunion heißt auf Deutsch nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. ... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden. ... Wer daher den Frieden wirklich will, der lehne die Formel Paneuropa ab und fordere gleich das Ganze, die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel" - und zwar nicht auf der von Bauer angestrebten Grundlage einer ins Globale gesteigerten zentralistischen Organisation der Wirtschaft, sondern auf der Grundlage einer in allen Staaten mittels einer Geld- und Bodenrechtsform freiheitlich und gerecht geordneten Marktwirtschaft ohne kapitalistische Mono- und Oligopole und ohne Zölle. „Lassen wir den vollen Freihandel nur einige Jahrzehnte sich frei entwickeln und entfalten, und wir werden bald sehen, wie innig das Wohl der Völker mit der Förderung und Aufrechterhaltung dieses Handels verknüpft ist, mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen großen Gesellschaft verketten wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Einzelbestrebungen immer nur inniger und fester schnüren." Unter solchen Umständen würden dann die Grenzen ihren Charakter als Trennlinien verlieren und zu „einfachen Verwaltungsgrenzen" werden. Auch die Begriffe Import und Export würden ihre Bedeutung verlieren. Und eine „Internationale Valuta-Assoziation" sollte schließlich die Wirtschaft aller einzelnen Länder zu einer in sich ausgeglichenen monopol- und zollfreien Weltwirtschaft vernetzen.[293] Auch von Coudenhove-Kalergis Sympathie für die US-amerikanische Monroe-Doktrin und ihrer Übertragung auf Europa hielt Gesell nichts. „Wir fordern die Beseitigung jeder Einwanderungskontrolle. Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen - alle

---

[292] Otto Bauer, zitiert nach Willy Buschak (2014), S. 100 - 101.

[293] Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 (Erde als unteilbares Wirtschaftsgebiet); ders. (1920/1991a), S. 69, 72 (Grenzen als reine Verwaltungsgrenzen, Im- und Export) und 94 (Verschmelzung der Völker zu einem großen Völkerbund); ders. (1920/1992c), ders. (1924/1994c), S. 240 (Menschheitsbund) und ders. (1926/1995h), S. 76 – 77 (Weltfreihandel statt Paneuropa). – Vgl. auch das Kap. 7.3, S. 113 – 115.

sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz' und Freude zur freien Verfügung stellen wollen. ... Die Rassen werden dann die Welt nicht mehr nebeneinander, sondern durcheinander bewohnen." Anstelle des Völkerbundes, der den einzelnen Staaten nicht das Recht absprach, Zölle zu erheben, sprach sich Gesell „für einen Menschheitsbund" aus, „d.h. für Gleichberechtigung aller, die Menschenantlitz tragen".[294]

- Im Widerstand gegen die NS-Tyrannei und ihr schauerliches Ziel, ganz Europa zu germanisieren, entwickelte der „Kreisauer Kreis" um Helmuth James Graf von Moltke und Yorck von Wartenburg Vorstellungen von einem friedlich geeinten Nachkriegseuropa, die Ähnlichkeiten mit Coudenhove-Kalergis „Paneuropa" aufwiesen. Während Moltke sich für eine Übertragung von nahezu allen nationalstaatlichen Souveränitätsrechten auf einen europäischen Gesamtstaat aussprach, wollten andere Mitglieder des Kreisauer Kreises die Souveränität der Nationalstaaten nur in geringerem Umfang einschränken. Unterschiedliche Vorstellungen gab es auch über die Verläufe der zukünftigen innereuropäischen Grenzen. Eine europäische Gesamtregierung sollte aus Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Planungs- sowie Verteidigungsministerien bestehen. Für den Bereich der Wirtschaft stellte sich der Kreisauer Kreis einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit einer europäischen Kontrolle von Kartellen und Schwerindustrien sowie mit einem Abbau von Binnenzöllen und mit einer europäisch koordinierten Steuer-, Kredit- und Verkehrspolitik vor. Ein vereinigtes Europa sollte - vorerst ohne Großbritannien und sein Empire - ein Gegengewicht zu den USA und zur Sowjetunion und zugleich eine Brücke zwischen ihnen werden. Der „Kreisauer Kreis" diskutierte auch über Außenhandelsbeziehungen mit der übrigen Welt und registrierte im Rahmen seiner Gedanken über einen „Weltbund der Großräume" offenbar auch schon die damals gerade von John Maynard Keynes ganz neu entwickelten Gedanken über eine „International Clearing Union".[295]
- Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt Coudenhove-Kalergi an seinem Ziel einer Bildung von „Vereinigten Staaten von Europa" fest. In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des „Internationalen Karlspreises zu Aachen" (1950) bedauerte er, dass „der Weg zu einem einigen Europa von Island bis zur Türkei und darüber hinaus von Finnland bis Portugal weit" ist und dass „die Mehrzahl der dort vertretenen Regierungen die Idee eines europäischen Bundesstaates ablehnt und Europa organisieren will als losen Staatenbund souveräner Völker." Nach der Jahrhunderte langen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland sprach sich Coudenhove-Kalergi für einen „föderativen Zusammenschluss der beiden Staaten" als Kern der europäischen Einigung „mit gemeinsamer Außen- und Rüstungspolitik, gemeinsamer Wirtschaftspolitik und gemeinsamer Währung" aus. Zusammen mit Italien und den Benelux-Staaten sollten Frankreich

---

[294] Silvio Gesell (1924/1994b), S. 245 - 249, hier. S. 248.
[295] Jan Kubišta (2004), S. 3 - 14, hier: S. 8 - 9.

und Deutschland eine „Erneuerung des Karolinger-Reiches auf demokratischer, föderalistischer und sozialer Grundlage" vorantreiben und sich dabei nicht von der Sorge aufhalten lassen, dass eines dieser Länder eine Hegemonie innerhalb ihrer Föderation anstreben könnte. „Ein neues Weltreich würde entstehen, dessen Bevölkerung größer wäre als die Vereinigten Staaten von Amerika und dessen Territorium, von der Ostsee bis Katanga, nur der Sowjetunion an Größe nächstehen würde." Auch eine „gemeinsame Armee" fehlte nicht in Coudenhove-Kalergis Vorstellungen von einem zukünftigen europäischen Bundesstaat, der zusammen mit Amerika und dem „Britischen Reich als Brücke zwischen Amerika und Europa ... eine Atlantische Union" bilden könne.[296]

- Während der Nachkriegsjahrzehnte wurde die Einigung Europas schrittweise vorangetrieben - allerdings auf der instabilen Grundlage des in den einzelnen europäischen Ländern restaurierten kapitalistischen, auf der Kapitalakkumulation und -konzentration aufgebauten Wirtschaftssystems und einer dementsprechend demokratiefernen EU-Bürokratie in Brüssel. Bereits die Gründung der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OEEC, später OECD) im Jahr 1948 erfolgte mit dem ausdrücklichen Ziel einer Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in (West-)Europa.[297] Die Montanunion (1951) schuf zwar eine transparente Zusammenarbeit hinsichtlich der auch für die Rüstung relevanten Kohle- und Stahlindustrien; ein erster kleiner Schritt in die Richtung einer Bewirtschaftung der Ressourcen als europäische Gemeinschaftsgüter im Sinne der Bodenreform war die Montanunion jedoch nicht. Auch die 1957 gegründete „Europäische Atomgemeinschaft" (EURATOM) diente ausdrücklich dem Ziel, einer wachsenden Wirtschaft eine breitere fossile Energiebasis zu verschaffen und den Lebensstandard innerhalb der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) zu steigern.

Nach mehreren Jahren einer „Eurosklerose"[298] wurden 1993 mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags die innereuropäische Zollunion und der europäische Binnenmarkt vollendet. Mit der Zollunion grenzte sich die „Europäische Gemeinschaft" (EG) fortan von der übrigen Welt ab und der europäische Binnenmarkt blieb wie die Märkte innerhalb ihrer Mitgliedsländer von der strukturellen Macht des Geldes und der großen Mono- und Oligopole beherrscht. Insbesondere die Agrarpolitik der sich weiter entwickelnden „Europäischen Union" (EU) schuf gemäß ihrem Leitbild „Wachsen oder Weichen" mit gigantischen Subventionen an größer werdende Agrarfabriken die Voraussetzungen für eine Industrialisierung der Landwirtschaft auf Kosten der bäuerlichen Familienbetriebe. Mehr als ein Drittel der EU-Haushaltsmittel floss Jahr für Jahr in die fragwürdige EU-Agrarpolitik und mit EU-Geldern werden nach wie vor Exporte von landwirtschaftlichen Produkten nach Afrika subventioniert. Auf den dortigen lokalen Märkten stellen

---

[296] Richard Coudenhove-Kalergi (1950).
[297] Matthias Schmelzer (2015), S. 1 - 37.
[298] Gerhard Brunn (2002/2017), S. 230 - 231.

sie eine unlautere Konkurrenz dar, die die Existenz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern Afrikas untergräbt. Mehr und mehr soll die Verwendung der EU-Haushaltsmittel auch der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den Bereichen der Industrie, der Dienstleistungen und der Digitalisierung dienen. Die europäische Integration wurde also vom Friedensprojekt zum Instrument der Wachstumspolitik und der Förderung der den europäischen Binnenmarkt beherrschenden exportorientierten Großunternehmen. Dementsprechend ließen sich Heerscharen von Lobbyisten in Brüssel nieder, um den Einfluss der Konzerne auf die Entscheidungsorgane der EU sicherzustellen.

Im Großen und Ganzen lässt sich nicht in Abrede stellen, dass Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit Ausnahme der Erschütterung durch den Balkankrieg während der 1990er Jahre eine mittlerweile 75-jährige Friedenszeit erlebt und dies sicherlich auch der europäischen Integration zu verdanken hat. Dennoch wurde das „Gemeinsame Haus Europa" auf dem Treibsand einer die Freiheit pervertierenden und die Demokratie beschädigenden monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft erbaut, deren innere Unordnung einen gigantischen bürokratischen Regelungsbedarf hervorgebracht hat. So hat die Integration Europas während der Nachkriegsjahrzehnte die schon älteren Grundtendenzen zur Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlichem Kapital sowie zur Bildung von politisch großen Mächten nicht überwunden, sondern ihnen nur einen größeren europäischen Raum gegeben, der mit anderen Großräumen der Welt konkurriert. Statt sich auf die weitblickenden Ziele von Kant und Saint-Simon, Proudhon, George, Landauer und Gesell zuzubewegen und sich an Leopold Kohrs Ideal einer Föderation von vielen kleineren und mittleren Staaten und Regionen zu orientieren, hat sich die europäische Integration davon immer nur noch weiter entfernt. Mittlerweile befindet sich Europa in einer höchst komplexen und störanfälligen weltpolitischen Gemengelage zwischen den Großmächten USA, Russland und China, die sich in zunehmendem Maß in Handelskriege verstricken.

- Mit der 1998/2002 eingeführten europäischen Gemeinschaftswährung „Euro" wurde die kapitalistische Struktur der einzelnen europäischen Landeswährungen schließlich unverändert in die „Europäische Währungsunion" übernommen. Seitdem konnte sich die bisherige soziale Zerklüftung innerhalb der einzelnen europäischen Länder weiter vertiefen. Und obendrein verfestigte sich entgegen den vielbeschworenen „Konvergenzkriterien" noch ein wirtschaftliches Gefälle zwischen sog. Hart- und Weichwährungsländern im Norden und Süden Europas, weil seit der Euro-Einführung innereuropäische Ungleichgewichte nicht mehr wie vorher durch Anpassungen der Wechselkurse zwischen den einzelnen Landeswährungen abgefedert werden konnten.

In der Abschaffung dieser innereuropäischen Wechselkursanpassungen sahen viele Kritiker/innen der Einführung des Euro einen entscheidenden ökonomischen Konstruktionsfehler der europäischen Gemeinschaftswährung. Aus diesem Grund und auch weil mit der Euro-Einführung keine politische Vereinigung Europas einherging, kritisierte auch Dirk Löhr die Euro-Einführung aus Sicht der Geldreform

als eine „Niederlage der Vernunft", bei der „sachfremde politische Aushandlungsprozesse ... eine entscheidende Rolle spielten". Dabei ließ sich Löhr keineswegs von einem historisch rückwärtsgewandten DM-Nationalismus leiten und er sah durchaus einen „währungspolitischen Integrationsbedarf in Europa". Nur erschien ihm Europa als Ganzes wegen der stark differierenden Verhältnisse in den einzelnen Ländern (noch) nicht als ein optimaler Währungsraum, der Europa erst werden könne, wenn die soziale Spaltung innerhalb der einzelnen europäischen Länder und innerhalb ganz Europas nach einer Geldreform überwunden werde. Anstelle der voreiligen Einführung einer europaweiten Einheitswährung zog Löhr als Zwischenschritt die Bildung mehrerer „Währungsclubs" mit ökonomisch und politisch zueinander passenden Ländern und deren gesamteuropäische Vernetzung im Sinne von Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation" in Erwägung. Ebenfalls in Anknüpfung an Gesells IVA verwies Thomas Betz auf die Möglichkeit, den Euro nicht als europäische Einheitswährung einzuführen, sondern ihn im Sinne von Keynes' 1944 bei der Konferenz in Bretton Woods nicht zum Zug gekommenen „Bancor-Plans" als einen europäischen „Bancor" zu konzipieren.[299]

Statt die Lebensbedingungen überall in Europa einander anzugleichen - was die EU mit regionalpolitischen Maßnahmen vergeblich anstrebte - , verschaffte die mit Hilfe des Euro erhöhte freie Mobilität von Menschen, Waren und Kapital innerhalb der EU vor allem dem Kapital rentable Verwertungsmöglichkeiten, u.a. durch die Verlagerung von Produktionen an die Billiglohn-Peripherien Europas oder durch die Anziehung billiger Arbeitskräfte von dort in die reicheren Zentren, wo zum Beispiel Rumänen und Bulgaren unter menschenunwürdigen Umständen in der Fleischindustrie ausgebeutet werden.

Als die Euphorie über den Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums und die EU-Osterweiterung verflogen war, geriet der Euro im Zuge der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten ab dem Herbst 2008 in eine tiefe Krise, die die Risse im Fundament des „Gemeinsamen Hauses Europa" sichtbar machte. Zur ersten großen Belastungsprobe wurde die Schuldenkrise in den Euro-Ländern Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland. Über sie wurde ein sog. „Euro-Rettungsschirm" aufgespannt, wobei die „Troika" aus Vertretern der EU-Kommission, der EZB und des IWF besonders Griechenland sehr schmerzhafte Strukturanpassungen auferlegte.

Die milliardenschweren ‚Rettungspakete' für die von der Krise am härtesten betroffenen peripheren Euroländer lösten nicht nur rechtspopulistische Proteste gegen eine ‚Rettung' der angeblich ‚faulen' Südeuropäer wie diejenige von Thilo Sarrazin aus[300], sondern auch eine linksintellektuelle Euro-Kritik. Sie richtete sich vor allem dagegen, dass den südeuropäischen Ländern als Gegenleistung für

---

[299] Dirk Löhr (1998), S. 21 – 34, insbesondere S. 23 (sachfremde politische Erwägungen), 25 und 29 (Großunternehmen), 31 (fehlende politisch-wirtschaftliche Fundierung des Euro) und 32 (suboptimaler Währungsraum und Bildung mehrerer, durch eine IVA verbundener Währungsclubs). – Vgl. auch Thomas Betz (1998), S. 35 – 43.

[300] Werner Onken (2012), S. 83 – 87 (Rezension zu Sarrazins Euro-Kritik).

‚Euro-Rettungsmaßnahmen' äußerst harte Einschnitte in deren Sozialsysteme auferlegt wurden und dass es bei dieser drastischen Austeritätspolitik letztlich um die ‚Rettung' von Gläubigerbanken in den europäischen Zentren ging.

In Anbetracht der sozialen Härten der Euro-Rettungspolitik in Griechenland und anderen peripheren Euro-Ländern kritisierte der Soziologe Wolfgang Streek die Einführung des Euro wegen der Abschaffung flexibler Wechselkurse geradezu als ein „frivoles Experiment", das in erster Linie einer „Vollendung des europäischen Binnenmarkts" gemäß „dem Ideal einer durch Politik von Politik befreiten Marktwirtschaft" gedient habe. „Der Euro war und ist auch ein Geschöpf der Globalisierungseuphorie der 1990er Jahre." Demnach war die Einführung des Euro Bestandteil der Strategie einer weitgehenden Deregulierung der europäischen und internationalen Finanzmärkte und einer Stärkung der Dominanz von Großunternehmen auf dem ‚freien', aber de facto monopolistisch vermachteten europäischen Binnenmarkt. Streek sprach von einer „politischen Ökonomie ohne Parlament und Regierung", also eigentlich von einer entpolitisierten europäischen Ökonomie, „zusammengesetzt zwar aus nach wie vor formal unabhängigen Nationalstaaten, die aber für immer auf eine eigene Währung und damit auf die Möglichkeit verzichtet hatten, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ihrer Bürger das Mittel der Abwertung einzusetzen".[301]

Gerade nicht aus nationalistischen, sondern aus ökonomischen und sozialen Erwägungen empfahl Streek als Antwort auf die sog. Euro-Krise ein Nachdenken über eine „Rückkehr zu einem geordneten System flexibler Wechselkurse in Europa", um die Dominanz der nördlichen gegenüber den südlichen Euro-Ländern zu überwinden und Debatten über einen Austritt Griechenlands oder anderer europäischer Länder aus Europa zu beenden. Mit einer Wiederherstellung der früheren Landeswährungen verband er zwar nicht die Vorstellung, ihre herkömmliche kapitalistische Grundstruktur durch eine Geldreform zu überwinden. Bemerkenswert war jedoch, dass auch Streek wie Löhr und Betz, aber unabhängig von ihnen, an die unverfälschte Originalversion von Keynes' „Bancor-Plan" als Modell für eine europäische Währungsintegration erinnerte. Eine Wiedereinführung von DM, Franc, Lira, Peseta usw. sollte Streek zufolge nämlich keineswegs auf eine Abschaffung des Euro hinauslaufen, sondern auf seinen Umbau nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor". „Die dem System eigene Weisheit lag darin, dass es auf eine erzwungene Konvergenz der inneren Ordnung der Mitgliedstaaten und ein ‚Durchregieren' der stärkeren in die schwächeren Länder verzichtete." Indem ein nach dem Vorbild des „Bancor" umgebauter Euro die einzelnen Landeswährungen auf europäischer Ebene locker miteinander verbinde, könne er sich vom „gesellschaftlich rücksichtslosem technokratischem Modernisierungsprojekt" zu einer „denationalisierten Leit- und Ankerwährung" wandeln. Als neutrale supranationale Gemeinschaftswährung würde sie die demokratische Souveränität der National- bzw.

---

[301] Wolfgang Streek (2013), S. 237 (frivoles Experiment), 246 – 250 (aufgegebene Abwertungsmöglichkeiten) und 254 (Globalisierungseuphorie).

Rechtsstaaten respektieren und zu einem echten europäischen Integrationsmittel werden. Allerdings ließ Streek am Ende offen, „wie teuer eine Abkehr vom Euro als Einheitswährung werden würde."[302]

Vor dem Hintergrund der sich besonders in Griechenland zuspitzenden Euro-Krise entwickelten Eckhard Behrens & Fritz Andres & Jobst von Heynitz aus geldreformerischer Perspektive noch einen anderen Ausweg, wobei sie diese Krise nicht für ein spezifisches Problem des Euro hielten, sondern für einen sich auf den Euro auswirkenden Teilaspekt der internationalen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Um Griechenland einen Austritt aus dem Euro („Grexit") zu ersparen, empfahlen Behrens & Andres & Heynitz einen „ordnungspolitischen Dreischritt" – bestehend aus

a) einer geordneten Staatsinsolvenz, um die „nie erklärte, aber faktische und ungeregelte Staatsinsolenz" und die damit verbundene „Entmündigung des Schuldners" zu beenden und eine Grundlage für einen „demokratisch gestaltbaren Neuanfang" in Griechenland zu legen,
b) Strukturreformen zur Überwindung von Privilegien der griechischen Oberschicht und der verbreiteten Korruption sowie
c) einer Einführung einer mit „künstlichen Durchhaltekosten" (Keynes) ausgestatteten nationalen Parallelwährung, mit deren Hilfe sich die griechische Binnenkonjunktur beleben und stabilisieren ließe.

Durch diese drei Maßnahmen sollten sich „die nationalistisch-emotionalen Aufwallungen zwischen einzelnen EU-Ländern wieder beruhigen und zugleich eine Ausuferung der EU zu einem Superstaat verhindert werden".[303]

Der Vorschlag, den Verbleib Griechenlands im Euro-Raum mit Hilfe einer zur nationalen Parallelwährung ausgedehnten Regionalwährung zu sichern, fand durchaus eine Resonanz in der Politik - auch bei dem damaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis, der allerdings nur eine konventionelle Parallelwährung ohne ihre Ausstattung mit „künstlichen Durchhaltekosten" erwog.[304] Wenige Jahre danach übernahmen zeitweise auch rechtspopulistische Politiker wie Le Pen in Frankreich und Berlusconi in Italien die Forderung nach einer Einführung von nationalen Parallelwährungen. Auch ihnen blieb der Gedanke ihrer Ausstattung mit „künstlichen Durchhaltekosten" fremd und zudem waren Parallelwährungen für sie gerade kein Mittel zum Verbleib einzelner gestärkter Binnenwirtschaften im Euro-Raum. Im Gegensatz zum ursprünglichen Selbstverständnis von Regionalwährungen als „Ergänzung zum Euro" stellten nationale

---

[302] Wolfgang Streek (2013), S. 251 – 255 (lockere Kopplung der europäischen Landeswährungen durch eine denationalisierte Ankerwährung). – Ähnliche Überlegungen entwickelte auch Sahra Wagenknecht; vgl. dies. (2016), S. 228 – 229, und das Kap. 12 dieses Buches, S. 71, Anm. 166. – Thomas Betz (1998), S. 35 – 43.

[303] Eckhard Behrens (2011), S. 3 - 9. – Eckhard Behrens & Fritz Andres / Jobst von Heynitz (2012); Wiederabdruck in: Fritz Andres (2020), S. 394 – 397. – Vgl. außerdem Christian Gelleri & Thomas Mayer (2012) sowie Christian Gelleri (2015).

[304] Vgl. hierzu Andreas Oswald (2015).

Parallelwährungen für Rechtspopulisten gleichsam Hintertüren zu einem Ausstieg aus dem Euro dar.[305]

Da die finanziellen Kosten und politischen Folgen des Austritts eines Landes wie Griechenland aus dem Euro oder gar eines Auseinanderbrechens des Euro und einer Rückkehr zu den früheren europäischen Landeswährungen unkalkulierbar waren und weil sich mit einer bloßen Rückkehr zu den kapitalistisch strukturierten Landeswährungen ohnehin nichts für gerechtere Verhältnisse innerhalb der einzelnen europäischen Länder hätte erreichen lassen, blieben Behrens & Andres & Heynitz bei ihrer grundsätzlichen Befürwortung des Euro und sie hofften, dass sich ein über Krisen hinweg geretteter Euro als Ganzes noch nachträglich gemäß den Geldreformgedanken mit „künstlichen Durchhaltekosten" (Keynes) versehen lassen könnte. Dann könne der Euro für ganz Europa zu einem gemeinschaftlichen neutralen Tausch- und Kreditmittel werden, das innereuropäische Ungleichgewichte und räumliche Disparitäten im Laufe der Zeit zum Ausgleich bringt. Im Gegensatz zur Theorie optimaler Währungsräume von Robert Mundell war für Behrens & Andres & Heynitz nicht so sehr die Größe eines Währungsraums entscheidend, sondern die kapitalistische oder eben nicht kapitalistische Struktur des Euro und anderer Währungen.[306]

In Ergänzung zu den geldpolitischen Vorschlägen der Geldreformbewegung zur Optimierung der Eurorettungspolitik brachten Dirk Löhr & Fred Harrison noch eine bodenreformerische Überlegung ins Gespräch. Und zwar verwiesen sie darauf, dass die Bodenrenten in den europäischen Zentren im Durchschnitt deutlich höher sind als in der Peripherie Europas. Anstelle der der Peripherie von der Troika auferlegten Austeritätspolitik könne eine auf der EU-Ebene erhobene Bodenwertabgabe zur Sanierung und Stabilisierung der Peripherieländer beitragen. „Nach dem Henry-George-Theorem ist jedoch die in den Kernstaaten Europas reichlich sprudelnde Bodenrente die Abgabenquelle der Wahl. Deren teilweise Abschöpfung mittels einer auf EU-Ebene verankerten Bodenwertabgabe und ihre solidarische Rückverteilung an die Mitgliedstaaten nach Zahl der Einwohner könnte die Staaten der Peripherie entlasten, ohne die ökonomische Effizienz der übrigen EU-Staaten zu beeinträchtigen."[307]

Brexit und Separatismus in Schottland und Katalonien

Aufgrund der durch die innere soziale Spaltung der europäischen Länder bedingten Fragilität von EU und Euro kam es im Zuge von deren erster großer Zerreißprobe nicht nur zu Debatten über einen Ausschluss einzelner Länder aus dem

---

[305] Margrit Kennedy & Bernard Lietaer (2004) und Christian Gelleri (2009) (Regionalwährungen als Ergänzungen zum Euro). – Anne-Barbara Luft (2017) (Le Pens Forderung einer Parallelwährung). – FMW-Redaktion (2017) (Berlusconis Forderung einer Parallelwährung).

[306] Eckhard Behrens (2004), S. 31 - 42.

[307] Dirk Löhr & Fred Harrison (2013), S. 702 – 709, hier: S. 709.

Euro, sondern auch zum Bestreben einzelner Länder, von sich aus die EU zu verlassen. In Großbritannien wurde die Abneigung gegen die EU sogar so stark, dass eine knappe Mehrheit der Bevölkerung sich 2016 bei einem Referendum für einen Austritt aus der EU entschied.[308] Jedoch ist dieser „Brexit" eine lediglich nationalistisch motivierte Halbheit, da er in keiner Weise mit dem Bestreben einherging, die soziale Ungleichheit in Großbritannien zu überwinden und die Demokratie über die bestehende Herrschaft von Parteien und Lobbyverbänden hinaus zu einer interessenneutralen Selbstregierung der Bevölkerung weiterzuentwickeln.

Parallel zum Brexit kam es auch noch zu innerstaatlichen Auflösungserscheinungen in einzelnen europäischen Ländern – insbesondere in Großbritannien/Schottland und Spanien/Katalonien. Doch was hätte eine Abspaltung Schottlands von Großbritannien vielleicht bewirkt, wenn das Referendum im September 2014 erfolgreich gewesen wäre? Würden Abspaltungen Kataloniens von Spanien oder des Baskenlandes von Spanien und Frankreich, Flanderns von Belgien oder Südtirols von Italien mehr bewirken als nur die Erfüllung separatistisch-nationalistischer Hoffnungen und das Gefühl einer Befreiung von Zentralmächten in London, Paris, Madrid oder Rom? Da damit noch keine Herstellung einer gleichen Teilhabe der Menschen in den betreffenden Gebieten an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen verbunden wäre, würden aus den größeren Einheitsstaaten bloß mehrere kleinere Nationalstaaten hervorgehen, die genauso in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten blieben, wie es vorher die größeren Staaten waren. Nach einer Abspaltung von Großbritannien hätte Schottland - wenn es sich dann konsequenter Weise auch vom britischen Pfund gelöst hätte - eine Mitgliedschaft in der EU und im kapitalistisch strukturierten Euro anstreben können oder es hätte – wie die Karibikinsel Anguilla, deren Unabhängigkeit Leopold Kohr in den 1960er Jahren unterstützte, entsprechend dem „Anguilla Liberty Dollar" ein eigenes ebenfalls kapitalistisch strukturiertes Geld eingeführt, das genauso wie der Euro die soziale Spaltung innerhalb ihres nunmehr kleineren eigenen Rechts- und Machtstaates fortsetzen würde.[309] Und wäre ein unabhängiger schottischer Staat bereit gewesen, die jahrhundertelange Konzentration von Land in den Händen von Großgrundbesitzern aufzugeben und einen neuen bodenpolitischen Weg mit Nutzungs- statt Eigentumsrechten zu gehen?[310] Und hätte er das vor seiner Nordseeküste lagernde ‚schottische' Erdöl als Erbe der gesamten Menschheit mit der Weltgemeinschaft geteilt? Regionalismus sollte also keine

---

[308] Vgl. hierzu Rudolf G. Adam (2019).

[309] Erst mehr als 20 Jahre nach Kohrs Tod (1994) wandte sich die in Salzburg ansässige Leopold-Kohr-Akademie - möglicherweise angeregt durch das räumlich nicht sehr weit entfernte „Chiemgauer"-Regionalgeld" - auch der Geldproblematik zu; vgl. hierzu Michael Breisky (2015), S. 117 - 141.

[310] Nach einer Schätzung befindet sich die Hälfte des privaten Landes in Schottland von den fruchtbaren Lowlands im Süden bis zu den kargen Highlands im Norden und den einsamen Hebrideninseln in der Hand von 432 Familien - bei einer Gesamtzahl von 5,3 Millionen Einwohnern. Vgl. hierzu Marcus Theurer (2015).

Umetikettierung des Nationalismus sein, sondern eine Stärkung von Rechtstaatlichkeit und Demokratie durch wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Nachdem Tschechen und Slowaken die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Tschechoslowakei nach der Wende vom Herbst 1989 auf unblutige Weise aufgelöst und jeweils eigene Rechts- und Machtstaaten gegründet hatten[311], führten nationale Unabhängigkeitsbestrebungen im ebenfalls 1918 gegründeten Vielvölkerstaat Jugoslawien im weiteren Verlauf der 1990er Jahre zu einem langen Balkankrieg, bei dem neben wieder virulent gewordenen historischen Rivalitäten auch das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem vergleichsweise reicheren Norden und dem ärmeren Süden eine Rolle spielte. Und auch in der Ukraine trug neben historischen Konflikten das spannungsreiche Gefälle zwischen den stärker nach Westen orientierten Landesteilen und den mit Russland verbundenen östlichen Landesteilen zum Bürgerkrieg bei. Um die frühere ‚Kornkammer' mit Krediten vom IWF modernisieren zu können, beschloss die ukrainische Regierung kürzlich eine ‚Bodenreform', die den privaten Handel mit Agrarflächen zulässt und auch Umgehungsmöglichkeiten für ihren verbotenen Verkauf an ausländische Investoren offen lässt.[312]

Nach den Jahrzehnten der auf kapitalistischen Grundlagen begonnenen europäischen Integration ist noch unklar, ob sich Europa in die Richtung eines Staatenbundes oder eines Bundesstaates weiterentwickeln wird. Für den Historiker Gerhard Brunn „bleibt offen, welche Form und welche politische Finalität das Konstrukt ‚Europa' letztlich haben soll." Bis auf Weiteres bleibe Europa, wenn es denn noch mehr Zerreißproben übersteht, ein „unvollendetes Projekt ohne klare Zielbestimmung".[313]

Eine nicht von ökonomisch-machtpolitischen Interessen, sondern nur noch von ‚eigenen' Interessen der Menschen geprägte Staatenlandschaft dürfte sich in Europa und in der übrigen Welt erst in ferner Zukunft ganz allmählich entwickeln können, wenn die im Kapitalismus entstandenen großen, mittleren und kleinen Rechts- und Machtstaaten im Zuge einer einzelstaatlichen und internationalen Neuordnung des Boden- und Ressourcenrechts sowie des Geldwesens in privilegien- und machtfreie Rechtsstaaten übergehen. Dann wird sich sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Welt wie zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika - wo europäische Kolonialmächte oftmals willkürliche Staatsgrenzen festgelegt haben - zeigen, ob aus den aus machtpolitischen Erwägungen entstandenen größeren Staaten tatsächlich einmal mittlere und kleinere Staaten hervorgehen – wie Leopold Kohr es erhoffte – oder ob es sich als möglich erweist, Konflikte zwischen Nationalitäten und Minderheiten durch eine

---

311 Auf eine ähnlich gewaltlose Weise ist schon 1905 Norwegen im Wege einer Volksabstimmung aus der Union mit Schweden ausgeschieden und hat danach einen eigenen Rechts- und Machtstaat gegründet.

312 Ohne Verfasser (2020b).

313 Gerhard Brunn (2002/2017), S. 340.

Schaffung von gerechten wirtschaftlichen Strukturen und regionalen Autonomiegebieten zu befrieden.

Auf dem Weg dorthin sollten große Staaten ihren Minderheiten eine weitestgehende regionale Autonomie zugestehen, um sowohl aktuelle Konflikte zu entschärfen als auch den Übergang in eine zukünftige internationale Friedensordnung zu erleichtern. Die bisherige Größe von Groß- und Mittelmächten könnte wahrscheinlich schon *vor* ihrer etwaigen Aufteilung allein dadurch an Brisanz verlieren, dass sie mit der Überwindung der inneren sozialen Spaltung in reine Rechtsstaaten übergehen. Unabhängig von ihrer dann an Bedeutung verlierenden Größe könnten sich die Staaten in Zukunft primär zu Verfassungen garantierenden Rechtsstaaten entwickeln, die mehr auf gleichen universalen Rechten ihrer Bürger/innen, Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie beruhen als auf ‚nationalen' Eigenheiten, zumal die sog. ethnopluralistische Vorstellung von abgeschlossenen Staaten für unvermischte Ethnien ohnehin abwegig ist und Grenzen ihren Charakter als Trennlinien verlieren. Auch als kleiner Staat ist beispielsweise die Schweiz ein gutes Vorbild für einen funktionierenden Mehr- bzw. Vielvölkerstaat. Gleichwohl bleibt Kohrs Hinweis beachtenswert, dass kleinere und mittlere Staaten weniger Möglichkeiten haben als große Staaten, Unheil durch industrielle zivile wie militärische Großprojekte anzurichten. Und wie die Beispiele Dänemarks und Schwedens zeigen, könnten kleine und mittlere Staaten vielleicht auch eher politische Gestaltungsmöglichkeiten für Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens haben als große Staaten.[314] Bei alledem wird es schließlich nicht nur um eventuelle macht- und gewaltfreie Veränderungen von Staaten und ihrer Grenzverläufe gehen, sondern auch um ihre über eine europäische Integration hinausgehende freie Assoziation zu einem „Menschheitsbund" (Gesell), in dem offene Grenzen nur noch den Stellenwert von Verwaltungsgrenzen haben.[315]

Ulrike Guérots Utopie einer Republik Europa

Wenn das instabile und bürgerferne „Gemeinsame Haus Europa" nicht in jeder weiteren Krise nur mit milliardenschweren Rettungspaketen notdürftig ausgebessert werden und wenn es nicht eines Tages trotzdem auseinanderbrechen, sondern den Menschen in Europa tatsächlich einen „ewigen Frieden" (Kant) bringen soll, dann muss die EU ein sozial gerechtes und demokratieförderliches Fundament bekommen. In diese Richtung weist die Kritik der Politologin Ulrike Guérot am „Ausverkauf Europas an die Finanzmärkte" mit einer „Währungsunion, die den europäischen Staaten ohne demokratische Einbettung aufgepfropft wurde". Ihrer Utopie eines sozialen „Europas der Bürger, nicht der Banken", „eines

---

[314] Zum Bodenrecht in Dänemark vgl. Beate Dieterich (1991), S. 39 - 43, und dies. (1997), S. 94 - 108. – Schweden war Vorreiter beim Übergang zu Null- und leicht negativen Leitzinsen.

[315] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 69 und 72. - Zu gegenwärtigen Unabhängigkeitsbestrebungen vgl. Marc Engelhardt Hrsg. (2015).

europäischen Gemeinwesens in Form eines flachen, horizontalen, dezentralen Netzwerks aus Regionen und Städten unter dem gemeinsamen Dach einer Republik"[316] fehlt allerdings noch ein tragfähiges ökonomisches Fundament, auf dem alle Menschen in Europa gemäß dem Text der Europahymne zu Geschwistern werden können.

An der real existierenden EU bemängelt Guérot deren „Gerinnung in ein System von Nationalstaaten", in dem sich alles primär um Macht, Markt und Geld dreht. „Das Ökonomische hat sich in Europa verselbstständigt." Hinzu kommt, dass „die nationalen Parlamente nicht mehr ausreichend zuständig sind und das Europäische Parlament noch nicht ausreichend zuständig ist." Auf der EU-Ebene gebe es noch keine Gewaltenteilung im Sinne von Montesquieu, sondern eher eine von Colin Crouch beschriebene „Postdemokratie", die auch noch von einer „mächtigen EU-Lobby" umlagert wird.[317] Der Euro ist für Guérot „ein weitgehend industriegetriebenes Projekt, ein Herzensanliegen vor allem der deutschen Exportindustrie und Banken ... , ohne innereuropäisch für sozialen Ausgleich Verantwortung zu übernehmen". Zu den „systemischen Mängeln des Euro" gehört für sie, dass „über Währung und Wirtschaft auf europäischer Ebene, über Steuer- und Sozialpolitik hingegen weiter auf nationaler Ebene entschieden wird."[318] Das könne auf die Dauer nicht gutgehen.

Mit der Eurorettungspolitik wurde nach Auffassung von Guérot „ein abgewirtschaftetes und pervertiertes Finanzsystem zu Lasten der Steuerzahler gerettet" – mit der Folge, dass sich vor allem rechts-, aber auch linkspopulistische Bewegungen gegen die europäische Integration erhoben. Aufgrund der Konstruktionsfehler von EU und Euro schaffe Europa selbst den Nährboden für den Aufstieg seiner nationalistischen Gegner. Folglich bestehe die eigentliche Gefahr für Europa darin, dass die „politische Mitte diese Situation kollektiv verdrängt". Guérot befürchtet, dass es auch bereits „zu spät" sein könnte, „den Euro systemisch so zu korrigieren, dass er sozial verträglich und demokratisch wird". Deshalb ist es für sie an der Zeit, Europa radikal neu zu denken". Es gebe eine weit verbreitete „Sehnsucht nach einem anderen Europa", nach einem „Europa der Bürger, nicht der Banken. ... Europa muss umgestülpt und vom Gleichheitsgrundsatz der Bürger her neu gedacht werden."[319]

Ausgangspunkt ihrer Suche nach Wegen zu einem anderen Europa ist für Guérot als Politologin nicht so sehr eine ökonomisch-kritische Analyse des „pervertierten

---

316 Ulrike Guérot (2016), S. 21 (Euro, republikanische Utopie) - 24 (anderes Europa) und 28 (Finanzmärkte).

317 Ulrike Guérot (2016), S. 19 und 66 (Nationalstaaten), 27 (Verselbstständigung des Ökonomischen in Europa), 30 (EU-Lobby), 34 (unklare parlamentarische Zuständigkeiten).

318 Ulrike Guérot (2016), S. 21 (Demokratiedefizit des Euro), 27 (systemische Mängel) und 31- 32 (fehlender sozialer Ausgleich).

319 Ulrike Guérot (2016), S. 24 (anderes Europa der Bürger statt der Banken), 28 (pervertiertes Finanzsystem), 39 (Gleichheitsgrundsatz), 41 – 44 (Rechts- und Linkspopulismus), 50 (kollektive Verdrängung), 75 (systemische Korrektur des Euro) sowie 81 und 84 (Europa neu denken).

Finanzsystems" einschließlich der Konstruktionsfehler des Euro, sondern ihr Bestreben, „Europa von den Nationalstaaten freizukratzen". An die Stelle der herkömmlichen Nationalstaaten soll ihr zufolge ein „horizontales Netzwerk aus europäischen Regionen und Städten" treten, „über die das schützende Dach einer Europäischen RePublik gespannt wird". Unter diesem Dach solle die politische Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger Europas verwirklicht werden. „Die Neuordnung des europäischen Kontinents muss notwendigerweise eine politische und demokratische sein. Sie muss darum dem allgemeinen Grundsatz der politischen Gleichheit aller europäischen Bürger und dem Prinzip der Gewaltenteilung genügen."[320]

Manches davon erinnert an Pierre Proudhons Vorstellung einer breiten Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe" und an Leopold Kohrs „Europa der Regionen". Guérot erinnert auch ausdrücklich an Kohrs Vorstellung eines Europas mit „etwa 50 – 60 alten, historischen Regionen auf dem Territorium der heutigen EU." Mit jeweils etwa 7 - 15 Millionen Einwohnern hätten diese Regionen eine „optimale Betriebsgröße". Und Guérot schließt sich auch Kohrs und Schumachers Leitbild „Small is beautiful" an.[321] Das Ziel einer dezentral aus vielen kleineren und mittleren Regionen und Städten (bei den Städten dachte sie an die oberitalienischen Stadtstaaten während der frühen Neuzeit und vielleicht auch an große Hansestädte) zusammengefügten RePublik Europa ist gewiss erstrebenswert. Aber ist die Existenz von Nationalstaaten das eigentliche Hindernis auf dem Weg zu seiner Erreichung? Sind es nur die Nationalstaaten, von denen Europa auf seinem Weg zu einer RePublik der Regionen „freigekratzt" werden müsste?

In *National*staaten wie zum Beispiel in der Schweiz und Belgien leben keine in sich homogenen ‚Völker', sondern jeweils drei oder vier Bevölkerungsgruppen. Andere Ethnien wie zum Beispiel die Basken oder Tiroler leben jeweils in zwei ‚National'staaten wie Frankreich und Spanien bzw. Österreich und Italien. Insofern ist der Begriff ‚National'staat fragwürdig. Die tiefere Ursache für die bisherige Schieflage der europäischen Integration könnte nicht so sehr die diffuse Eigenschaft der EU-Mitgliedstaaten als ‚National'staaten sein, sondern eher die Tatsache, dass die europäischen ‚National'staaten in den Jahrhunderten des Feudalismus und Kapitalismus durch eine von der Akkumulation und Konzentration von Kapital und ökonomisch-politischer Macht angetriebene Heirats- und Eroberungspolitik entstanden sind - oftmals ohne Rücksicht auf unterschiedliche Sprachen, Religionen und Kulturen oder auf topografische ‚Grenzen' wie Flüsse und Gebirge.

---

[320] Ulrike Guérot (2016), S. 14 – 15 (europäische Republik), 21 – 22 (Europa freikratzen von Nationalstaaten, politische Gleichheit der Bürger, Gewaltenteilung, Netzwerk aus Regionen und Städten), 99 (Republikanismus), 110 (Republikanismus), 119 – 146 (erste postnationale Demokratie) und 149 (horizontales Netzwerk).

[321] Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242. – Zu Kohrs Europa der Regionen vgl. das Kap. 10.1 in diesem Buch. – Ulrike Guérot (2016), S. 152 – 156 (Kohr und Small is beautiful).

Das Nachdenken über eine neue Einheit Europas als Europäische RePublik von offenen und fließend ineinander übergehenden Regionen sollte also nicht primär in Abgrenzung von der Fiktion von ‚National'staaten fortgesetzt werden. Vielmehr sollte es um die Suche nach Auswegen aus den historisch gewachsenen, zu Expansionen drängenden feudalistisch-kapitalistischen Machtstrukturen gehen, in denen sich die modernen Staaten nur vordergründig als ‚National'-staaten entwickelt haben. In erster Linie sind sie in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten mit mehr oder weniger unterschiedlichen Ethnien (Mehr- und Minderheiten), die allesamt in die gleichen ungerechten ökonomischen Strukturen verstrickt sind. Solange die Staaten als sowohl Rechts- als auch Machtstaaten nicht durch eine Überwindung der ökonomischen Machtstrukturen in reine, Verfassungen garantierende Rechtsstaaten übergehen, könnten diese ökonomischen Machtstrukturen eine voreilige und vermutlich auch sehr konfliktreiche „politische und territoriale Neuordnung der europäischen RePublik" (Guérot) in ähnlicher Weise für sich selbst instrumentalisieren und deformieren, wie sie in der Vergangenheit schon einzelne ‚nationale' Republiken in Europa und die EU nach ihren eigenen Machtinteressen deformiert haben. Und wenn im Zuge einer Überwindung der ökonomischen Machtstrukturen alle europäischen Staaten zu reinen Rechtsstaaten werden, verlieren auch die Größenunterschiede zwischen ihnen an Bedeutung. Entscheidungen über die Beibehaltung von großen Rechtsstaaten oder ihre Aufgliederung in mehrere Regionen werden dann zumindest nicht mehr von Machtkalkülen beeinflusst.

Der Schlüssel für einen Übergang der herkömmlichen Staatenkarte Europas zu einer europäischen RePublik, die zumindest vorläufig noch aus den bisherigen großen, mittleren und kleinen, aber allesamt entkapitalisierten Staaten weiterbesteht oder sich allmählich behutsam zu einer „RePublik der Regionen und Städte" (Guérot) wandelt, könnte demnach vorrangig in ökonomischen Strukturreformen innerhalb der einzelnen europäischen Rechts- und Machtstaaten sowie in einer Strukturreform der europäischen Gemeinschaftswährung Euro liegen. Diese Reformen könnten das bisherige Bemühen beenden, ein einheitliches gemeinsames Haus Europa aus in sich selbst sozial gespaltenen Staaten zu bauen und es in Zeiten größerer Krisen notdürftig mit teuren Rettungspaketen zu stützen. Außerdem könnten sie der politischen Gleichheit aller Europäer/innen ein dazugehörendes ökonomisches Fundament in Gestalt ihrer sozialen Gleichheit geben.

Auch Guérot sieht die Notwendigkeit, als Alternative zur „neoliberalen Marktordnung ... über neue Ökonomien nachzudenken". Besonders bemerkenswert ist dabei ihr Vorbehalt gegen einen „falsch verstandenen Liberalismus", bei dem der „Liberalismus absolut gesetzt (wird) und nicht mehr ans Gemeinwohl gebunden (ist)", denn er öffnet den Blick für die Frage nach einem sozial gebundenen Liberalismus in Wirtschaft und Politik. Und tatsächlich empfiehlt Guérot, „nachzuschauen, was die deutschen ordoliberalen Klassiker denn gemeint und gewollt haben. Zurück an die Quellen – und darüber nachdenken, welche Elemente man sich für eine wirkliche ordoliberale Neuordnung in Europa zunutze machen

könnte." Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack hätten frühzeitig „vor einer Hypostasierung des Marktdenkens gewarnt, die den Liberalismus in eine gefährliche Ideologie oder gar in eine ‚Religion' verwandeln könnte." Dabei hatten sich schon Erhard und Müller-Armack von den von Böhm und Eucken, Rüstow und Röpke formulierten Quellen des Ordoliberalismus entfernt und nach Euckens Tod (1950) hatten alle Ordoliberalen aufgehört, sich der monopolkapitalistischen Vermachtung der angeblich ‚freien' Märkte entgegenzustellen.[322] Unabhängig davon erinnert Guérot im Rahmen ihrer Überlegungen über eine „Re-Organisation des eigenen Marktes" nicht nur an den Ordoliberalismus, sondern auch daran, dass Menschen auf den Märkten keine bloßen Nutzenmaximierer sind, und daran, dass bereits Karl Polanyi nach einer sozialen Einbettung der Logik von Märkten gesucht habe. „Anstelle der Idee von Märkten als natürlicher Ordnungsform hat die moderne ethnologische Forschung gezeigt, dass die ‚ursprüngliche' Organisation der materiellen Grundlage einer Gesellschaft auf den Prinzipien der Reziprozität, der Redistribution und/oder des Haushaltens beruhten."[323]

Allerdings kommt weder bei Polanyi und in den neueren Forschungen noch in den daraus von Guérot gezogenen Schlussfolgerungen eine Unterscheidung zwischen dem real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Markt und einem in eine gerechte Rahmenordnung eingebetteten monopolfreien Markt vor, auf dem ein gerechtes Geld den Austausch auf der Grundlage einer strukturellen Reziprozität ermöglicht. Insofern entfaltet Guérot noch kein ordnungspolitisches Gesamtkonzept für einen zugleich freiheitlichen und gerechten Ordnungsrahmen einer nicht mehr von kapitalistischen Machtstrukturen verfälschten Marktwirtschaft, in der ein im Sinne des frühen Ordoliberalismus und darüber hinaus der Bodenrechts- und Geldreformer aufgeklärter Liberalismus an das Gemeinwohl gebunden und die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, sich innerhalb einer strukturell gerechten Rahmenordnung auf dezentrale Weise selbsttätig zu steuern und in ihrem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht zu stabilisieren.[324]

Am nächsten kommt Guérot bei ihrer „archäologischen Suchbewegung (nach) einer Wiederentdeckung klassischen Wissens" einem solchen Gesamtkonzept mit ihrem Eintreten für „neue Formen der Allmende", in denen sie eine Chance sieht, „über den Begriff des Eigentums neu nachzudenken" und eine „Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums" zu entwickeln. Sie unterscheidet zwischen dem privaten Eigentum am Boden einschließlich der darunter befindlichen Ressourcen und der darüber befindlichen Atmosphäre einerseits und andererseits dem Besitz im Sinne eines privaten Nutzungsrechts an einem Grundstück („Jeder hat für seine Lebensspanne nur ein Stückchen von Mutter Erde ‚gepachtet'") und einer „Teilhabe aller an der globalen Allmende". Diese Ansätze weisen eindeutig in die Rich-

---

322 Ulrike Guérot (2016), S. 51 – 52 (absolut gesetzter, nicht an das Gemeinwohl gebundener Liberalismus) und 181 (Ordoliberalismus). Zum Ordoliberalismus vgl. des Kap. 9 dieses Buches.

323 Ulrike Guérot (2016), S. 183 – 185 (Re-Organisation des Marktes, Smith und Polanyi).

324 Ulrike Guérot (2016), S. 16 (neue Ökonomien), 29 (neoliberale Marktordnung), 51 – 52 (falsch verstandener Liberalismus), 98 - 103 (pervertiertes Verständnis von Liberalismus).

tung einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts. „Die gemeinsame Nutzung, nicht das private Eigentum von öffentlichen Gütern ist das zentrale Element des Republikgedankens." Die ideengeschichtlichen Wurzeln des an „soziale Verpflichtungen gebundenen ... Besitzes" sieht Guérot in der katholischen Soziallehre, obwohl diese nicht genügend klar erkannt habe, „wie stark der innere Widerspruch des Kapitalismus ist". Außerdem spricht sie sich für genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens aus. „Die Gemeinwohlökonomien, genossenschaftliches Denken oder die katholische Soziallehre, aus der übrigens originär der Begriff der Subsidiarität entstammt, sind darum im Kern dezentrale Konzepte zur gesellschaftlichen Organisation der öffentlichen Güter." Am Rande erwähnt Guérot auch das Grundeinkommen, ohne es detailliert in ihre Überlegungen einzubeziehen. Ausdrücklich betont sie, dass es ihr bei allem auch um das Ziel einer Gendergerechtigkeit geht. „War Europa nicht eine Frau?"[325]

In Verbindung mit dem Allmende-Gedanken adaptiert Guérot von der neueren Postwachstumsökonomie schließlich noch die Kritik am „Wachstumszwang des Kapitals" und die Vorstellung einer „Stärkung regionaler Produktionsketten" innerhalb einer „europäischen Manufaktur als Antipode zur ruinösen Globalisierung". Dabei will sie keineswegs das Eingebundensein Europas in die Weltwirtschaft ignorieren, aber die weltweiten Wertschöpfungs- und Lieferketten nach Möglichkeit abkürzen. Dementsprechend geht es ihr auch „nicht um Technik- und Fortschrittsverzicht". Stattdessen plädiert sie für die Entwicklung eines eigenen europäischen „dritten Wegs zwischen Sozialismus und Kapitalismus". Von den Weltmächten USA und China solle sich Europa unter anderem durch ein „eigenes europäisches Internet" unabhängiger machen. Wie Europa sollten – so Guérots Hoffnung - auch die USA, China und Indien eines Tages zur Bildung von „regionalen Netzwerkstrukturen" übergehen.[326]

Darüberhinaus bietet Guérot noch keinen konkreten Gegenentwurf zur „pervertierten Finanzordnung". Zwar sieht sie im „Akkumulationsimperativ (aus Geld mehr Geld machen)" und in der „Kapitalüberakkumulation" ein zentrales Problem; aber sie lässt noch offen, ob der Euro in seiner bestehenden Form weiterhin das ökonomische Steuerungselement der europäischen Wirtschaft bleiben soll, ob und wie sich eventuell die „systemischen Mängel des Euro" überwinden lassen oder ob er wieder durch mehrere Landeswährungen ersetzt werden soll.[327]

---

[325] Ulrike Guérot (2016), S. 16 (Grundeinkommen), 178 und 186 - 187 (Allmenden), 189 – 190 (katholische Soziallehre) sowie 191 - 193 (Eigentum vs. Besitz/Nutzung, Genossenschaften und katholische Soziallehre), 215 – 227 (Europa auf dem Stier, Gendergerechtigkeit) und 248 (Teilhabe aller an der globalen Allmende).

[326] Ulrike Guérot (2016), S. 180 (dritter Weg), 192 (regionale statt globale Lieferketten), 194 (Wachstumszwang), 195 (kein Technik- und Fortschrittsverzicht), 204 - 206 (europäische Manufaktur und europäisches Internet) 210 (Europa, USA und China) und 247 (regionale Netzwerke in den USA, China und Indien).

[327] Ulrike Guérot (2016), S. 27 (systemische Mängel des Euro), 191 und 198 (Kapitalakkumulation),

Schließlich belässt es Guérot bei der Suche nach einer „postkapitalisitischen Produktionsweise", obwohl es im weiteren Sinne um die Suche nach einer ‚postkapitalistischen Produktions- und Zirkulationsweise' gehen müsste, wenn die unheilige Allianz von ökonomischer Kapitalkonzentration und politischem Zentralismus dezentralen Strukturen in Wirtschaft und Politik weichen soll und wenn dann ein „Nebeneinander der Andersartigkeit unter den Bedingungen gleichen Rechts für alle" und eine „unmittelbare Bürgerbeteiligung in einer nachnationalen europäischen Demokratie" möglich werden sollen. Guérot redet nicht darum herum, dass es auf mancherlei Fragen „derzeit noch keine plausible Antwort" gibt; aber sie ermutigt dazu, „sokratische Fragen" zu stellen und sich einer zukünftigen europäischen Realität über Entwürfe einer Utopie zu nähern. „Utopien sind ein Kompass für gesellschaftliche Entwicklungen".[328]

Für Europa sollte es keine erstrebenswerte Utopie sein, neben den USA und China ein weiteres großes „Kraftfeld der Erde" (Coudenhove-Kalergie) sein zu wollen und zu versuchen, in der weltweiten Hierarchie von Groß- und Mittelmächten sowie von Ohnmächtigen möglichst weit oben auf den monopolisierten Weltmärkten mitzuhalten. Vielmehr könnte Europas Utopie darin bestehen, Vorreiter einer Überwindung des „kapitalistischen Weltsystems" (Wallerstein) zu werden und im Sinne von Braudels „Reliefkarte"[329] eine wirtschaftliche und politische ‚Landschaft' zu entwickeln - und der übrigen Welt vorzuleben - , in der es keine hohen Berge und tiefen Täler, also kein hierarchisches Macht- und Ohnmachtsgefälle mehr gibt, sondern eine weite, leicht hügelige Ebene, d.h. ein egalitäres, nach innen und außen weltoffenes Netzwerk von europäischen Rechtsstaaten/ Regionen mit jeweils dezentralisiertem Kapital und monopolfreien, nachkapitalistischen Märkten, auf denen sich Menschen aus allen Himmelsrichtungen auf gleicher Augenhöhe begegnen können und das sich ebenfalls auf gleicher Augenhöhe mit anderen kontinentalen Netzwerken zu einer globalen „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" verknüpfen lässt.

13.8.2 Neuordnung der Weltwirtschaft - Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles

Nachdem sich Adam Smith noch kritisch zum Großgrundbesitz, zur „Plünderung wehrloser Eingeborener" und zur Sklaverei geäußert hatte, formulierte David Ricardo zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine weniger kritische Theorie der sog. komparativen Kostenvorteile als Grundlage der klassischen Außenhandelstheorie. Sie rückte allein Vergleiche der Höhe der Produktionskosten und Preise von bestimmten Gütern in verschiedenen Ländern in den Mittelpunkt – zum Beispiel von Tuch und Wein als Grundlage für die Entscheidung, wo was produziert wird.

---

[328] Ulrike Guérot (2016), S. 196 – 197 (Produktionsweise), 221 (sokratische Fragen), 253 – 254 (Bürgerbeteiligung, gleiches Recht für alle), 254 (keine plausible Antwort) und 256 (Utopien).

[329] Vgl. hierzu das Kap. 12.1 in diesem Buch, S. 3.

„Dieses Verfolgen des individuellen Nutzens ist wunderbar mit der allgemeinen Wohlfahrt der Gesamtheit verbunden", glaubte Ricardo, wobei er nur erst die „Universalgesellschaft der Nationen der zivilisierten Welt" vor Augen hatte. „Dieser Grundsatz ist es, welcher bestimmt, dass Wein in Frankreich und Portugal, Getreide in Amerika und Polen angebaut und Metall und andere Waren in England verfertigt werden sollen." In seinen Ausführungen zum „Kolonialhandel" relativierte Ricardo einige von Smiths Ausführungen über Nachteile von Monopolen im Kolonialhandel und er fragte auch nicht nach den Umständen, unter denen die Preise von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen in den Kolonien zustande kamen.[330]

Die klassische und neoklassische Ökonomie kannte und kennt bis heute keine differenzierten Abwägungen der Licht- und Schattenseiten der internationalen Arbeitsteilung geschweige denn Zweifel am ‚freien' Welthandel als Garanten eines weltweit steigenden Wohlstands und der Überwindung von Armut und Hunger. „Angesichts der durchgreifenden Veränderungen, die der internationale Handel seit Ricardos Zeit erlebt hat, stellt sich die Frage, ob diese Ideen aus der Vergangenheit heute noch von Bedeutung sind." In ihrem Standardlehrbuch über die Theorie und Politik der Außenwirtschaft beantworteten Paul Krugman & Maurice Obstfeld diese Frage mit einem „klaren Ja. Obwohl sich der internationale Handel stark verändert hat, sind die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, welche die Wirtschaftswissenschaften bei Anbruch der globalen Ökonomie entdeckt haben, nach wie vor in Kraft." Im Zusammenhang mit den starken Veränderungen des internationalen Handels spielte bei Krugman & Obstfeld die Entwicklung des Kapitalismus von der ‚freien Konkurrenz' zu Lebzeiten Ricardos zum späteren organisierten Monopolkapitalismus keinerlei Rolle. In ihren Ausführungen über die Vergrößerung der Absatzmärkte durch den Außenhandel unterstellten sie von vornherein als Selbstverständlichkeit, dass auf den Weltmärkten „Bedingungen des allgemeinen Oligopols" vorherrschen.[331]

Die Realität der internationalen Arbeitsteilung und des vermeintlich ‚freien' Welthandels entsprach von Anfang an nicht den Gleichgewichtsmodellen der klassischen und neoklassischen Ökonomie. Schon seit den Anfängen der ersten Moderne entfernten sich Westeuropa und die USA nicht nur im Inneren von ihrem eigenen Ideal einer Bürgergesellschaft von Freien und Gleichen, indem sie der Kapitalakkumulation und -konzentration und der Monopolisierung der Märkte

---

[330] Adam Smith (1776/1978), 319 (Großgrundbesitz und Sklavenarbeit), 470 („Plünderung wehrloser Eingeborener") sowie 471 (unstillbarer Hunger nach Gold) und 494 („Torheit und Ungerechtigkeit" als Motive bei der Eroberung von Kolonien und der Unterwerfung von „harmlosen Eingeborenen, die weit davon entfernt waren, jemals einen Europäer zu beleidigen. Vielmehr haben sie die ersten Abenteurer mit allen Zeichen von Gutherzigkeit und Gastfreundschaft aufgenommen.") – David Ricardo (1817/1972), S. 107 – 123, bes. S. 111 (Außenhandel) und 249 – 255 (Kolonialhandel).

[331] Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 51 und 57 – 58 (bleibende Gültigkeit von Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile) sowie S. 173 – 186 (Modell des monopolistischen Wettbewerbs), hier: S. 178 (Oligopolisierung der Märkte).

freien Lauf ließen. Auch nach außen hin verstießen sie gegen ihre eigenen Ideale, indem sie für den Fernhandel Großunternehmen in der Rechtsform von Aktiengesellschaften bildeten und indem sie den feudalen Großgrundbesitz auf ihre gewaltsam eroberten Kolonien übertrugen. Dort eigneten sie sich zum einen das Land und die Ressourcen an und beuteten zum anderen indigene Völker (sofern sie sie nicht ermordeten) und Menschen aus Afrika als Sklaven aus - in riesigen Plantagenbetrieben, die mit Zwangsarbeit, Folter und Hinrichtungen bereits wesentliche Merkmale von späteren Arbeitslagern aufwiesen. Insofern hat der kamerunische Philosoph Achille Mbembe völlig recht, wenn er „das Plantagen- und das Kolonialsystem geradezu (als) Fabriken der Rasse und des Rassismus" bezeichnet. „Der europäische Liberalismus entsteht parallel zum imperialen Streben. ... Die ‚Moderne' ist in Wirklichkeit nur der andere Name für das europäische Projekt grenzenloser Expansion."[332]

Schon der Philosoph Immanuel Kant hatte deutlicher noch als Smith das „inhospitale Betragen der gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils" in Übersee verurteilt. Auch der Naturforscher Alexander von Humboldt beklagte die von Europäern in den Kolonien verübten Grausamkeiten gegen Mensch und Natur als großes Unrecht und unterstützte den Befreiungskampf von Simon Bolívar in „Neuspanien".[333]

Während sich die Länder Lateinamerikas schon seit dem frühen 19. Jahrhundert ihre politische Unabhängigkeit von den spanischen und portugiesischen Kolonialmächten erkämpfen konnten, aber wirtschaftlich in Abhängigkeiten von ihnen blieben und oftmals unter die Herrschaft von Militärdiktaturen gerieten, begann die politische Befreiung des afrikanischen Kontinents von den europäischen Kolonialmächten erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Anders als in Indien, wo Gandhi die Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstands herbeiführen konnte, erreichten die „Verdammten dieser Erde" (Frantz Fanon) in den Ländern Afrikas ihre staatliche Selbstständigkeit erst nach blutigen Befreiungskriegen.[334] Gleichwohl blieben auch sie in neokolonialen Abhängigkeiten gefangen und der rassistischen Willkür von Apartheidregimen wie in Südafrika oder brutalen Diktaturen wie in Zimbabwe noch lange ausgeliefert.

Als ein u.a. an Rosa Luxemburgs Kolonialismuskritik anknüpfender Gegenpol zur wachstumsorientierten Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Modernisierungstheorie war die Unterentwicklung von Ländern der sog. Dritten Welt gemäß der Dependenztheorie (das spanische Wort „dependencia" bedeutet „Abhängigkeit und Unterordnung") eine zwangsläufige Kehrseite der kapitalistischen Überentwicklung in den Industrieländern der Ersten Welt. Diese Theorie blieb aber insofern unvollständig, als sie die Rolle von korrupten Eliten und eigenen Entwick-

---

[332] Achille Mbembe (2014), S. 19, 55, 78 – 79 (Fabriken des Rassismus) und 110 (europäische Expansion).

[333] Immanuel Kant (1795), S. 22. – Zu Humboldt vgl. das Kap. 13.2.3 in diesem Buch und Andrea Wulf (2015), S. 188 – 209 (Simon Bolívar).

[334] Frantz Fanon (1961/1968), S. 27 – 83 (Gewalt).

lungshemmnissen in Drittweltländern bei deren Unterentwicklung ausblendete und auch nicht erklären konnte, weshalb sich einige asiatische Entwicklungsländer schließlich doch als Schwellenländer auf den Weg einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung begeben konnten. Vor allem aber fehlte der Dependenztheorie noch jede Vorstellung von einer autonomen, d.h. nicht länger auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital, sondern auf deren Dezentralisierung beruhenden Entwicklung sowohl von Dritt- als auch von Erstweltländern.[335]

Während der Jahrzehnte des Kalten Kriegs, in denen die USA mörderische Kriege zunächst in Korea und danach in Vietnam führten, gerieten die Befreiungsbewegungen in Afrika, Arabien und auch Asien zwischen die Fronten des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus. Gefangen in neokolonialen und auch ideologischen Abhängigkeiten gelang es weder in lateinamerikanischen noch in afrikanischen, arabischen oder asiatischen Ländern, mit jeweils eigenen Varianten eines Sozialismus eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erreichen. Nirgendwo in den Ländern der sog. Dritten Welt wurden rechtlich gesicherte private Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden und an den Ressourcen geschaffen, obwohl die Vorstellungen zum Beispiel des tansanischen Präsidenten Julius Nyerere in diese Richtung gingen.[336] Und nirgendwo entstand eine gerechte Ordnung des Geldwesens als Grundlage einer autonomen Entwicklung mit einer Dezentralisierung statt einer Konzentration von Geld- und Realkapital. Auch Kuba war davon weit entfernt, als Che Guevara in den Jahren von 1956 bis 1965 zuerst das „Nationale Institut für Agrarreform", danach die Nationalbank und schließlich das Industrieministerium leitete. Wie Che Guevara und der 1973 durch einen Militärputsch gestürzte und ermordete chilenische Präsident Salvador Allende, der den Großgrundbesitz aufteilen, Ressourcen verstaatlichen und ausländische Großunternehmen enteignen wollte, orientierten sich auch Leopold Senghor im Senegal oder Julius Nyerere in Tansania trotz ihrer Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion bei ihren Vorstellungen von einem „Afrikanischen Sozialismus" mehr oder weniger an Marx' Ziel einer staatlichen Planung der Wirtschaft.[337]

Das Scheitern des kubanischen, afrikanischen und arabischen Sozialismus begünstigte – erst recht nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums und dem Aufstieg des kommunistisch-kapitalistischen Chinas zur neuen Großmacht – ein Streben von Schwellenländern und sog. Tigerstaaten, vor dem Frantz Fanon schon während der 1960er Jahre gewarnt hatte, nämlich ein Streben, „Europa nachzuäffen" und die kapitalistische Entwicklung des globalen

---

335 Zur Dependenztheorie vgl. Dieter Senghaas (1974).

336 Julius Nyerere (1979).

337 Stephan Lahrem (2005), S. 90 – 93 (Kuba und Che Guevara). - Leopold Senghor (1964) und Rainer Tetzlaff (2018), S. 129 - 139 (Afrikanischer Sozialismus). – Wolfgang G. Schwanitz (1993) (Arabischer Sozialismus). 1953 war bereits die im Iran demokratisch gewählte Regierung von Premierminister Mohammad Mossadegh vom Westen gestürzt worden, als sie die „Anglo-Iranian Oil Company" verstaatlichen wollte; vgl. dazu Michael Lüders (2015), S. 12 – 22 (Sturz der Regierung Mossadegh).

Nordens einschließlich der USA ‚nachzuholen'.[338] Die globale Verallgemeinerung dieser kapitalistischen Fehlentwicklung verschärfte jedoch die sozialen Gegensätze innerhalb der Länder und weltweit und sie kollidierte obendrein mit den ökologischen Grenzen des Planeten Erde.

Im Rückblick auf die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kann man nur zutiefst bedauern, dass es in keinem Land der sog. Dritten Welt und auch nicht auf der Ebene der Vereinten Nationen gelungen ist, mit Reformen der Boden-, Ressourcen- und Klima- sowie der Geldordnung und Unternehmensverfassung eine für alle Menschen gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen herzustellen. Stattdessen grassiert weltweit das Landgrabbing und es werden erbitterte Kriege um die abnehmenden Ressourcenvorräte der Erde geführt.[339] IWF, Weltbank und GATT/WTO zementierten die Kluft zwischen den Industrieländern und dem globalen Süden, auch wenn sich einige Tigerstaaten/Schwellenländer und Boom-Regionen in Ländern des globalen Südens auf den Weg einer den westlichen Kapitalismus nachholenden Entwicklung begaben. Den armen und ärmsten Ländern wurden ihre Schulden in einem viel zu geringen Umfang erlassen und die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen unterblieb ganz.

Das alles hinderte Krugman & Obstfeld nicht daran zu behaupten, dass „Humanressourcen und von Menschen geschaffene Ressourcen wie zum Beispiel Maschinen und andere Arten von Kapital wichtiger sind als Rohstoffe". Hinweise auf die Problemfelder des Großgrundbesitzes und der Landlosigkeit, der überdimensionierten Megastädte und der Slums an ihren Rändern sowie der Verfügungsmacht über endliche Ressourcen und die Marktmacht der multinationalen Konzerne sucht man vergeblich in ihrem Standardlehrbuch der Außenwirtschaft. Stattdessen wiesen Krugmann & Obstfeld allen Ernstes die Auffassung als „Irrtum" zurück, „dass Handel nur dann gut ist, wenn man hohe Löhne erhält". Und das Argument, dass „ein Land durch Handel ausgebeutet wird, wenn seine Arbeiter viel geringere Löhne erhalten als Arbeiter in anderen Ländern", war für sie lediglich „emotionsgeladen". Die Resultate des Welthandels ließen sich nicht nach moralischen Kriterien bewerten. „Man muss vielmehr beurteilen, ob es ihnen und ihrem Land aufgrund des Exports von auf niedrigen Löhnen basierenden Gütern schlechter geht, als wenn sie sich diesem entwürdigenden Tausch verweigern würden." Die Monopolisierung des Außenhandels fanden Krugman & Obstfeld nicht nur unproblematisch, sondern geradezu wünschenswert. Und im Hinblick auf die Globalisierungskritik der 1990er Jahre verwiesen sie darauf, dass „die meisten Ökonomen die Globalisierungskritiker bestenfalls für irregeleitet … hal-

---

[338] Frantz Fanon (1961/1968), S. 239.

[339] Zu fehlgeschlagenen Landreformen in Lateinamerika vgl. Tobias Lambert (2011). - Zum Landgrabbing vgl. Wilfried Bommert (2012). – Solveig Richter (2018).

ten. Aus der Standardanalyse des komparativen Vorteils geht hervor, dass Außenhandel für alle beteiligten Länder günstig ist."[340]

Im Windschatten dieser globalisierungseuphorischen und völlig unkritischen, reale Probleme ausblendenden Außenwirtschaftstheorie haben sich multinationale Konzerne in den Bereichen der Agrar-, Chemie- und Pharma-, Energie- und Transportwirtschaft ihre vernetzten Werkbänke in vielen Ländern rund um den Globus eingerichtet, wo sie die zu den einzelnen Produktionsabschnitten am besten passenden niedrigen Sozial- und Umweltstandards vorgefunden haben. Nachdem im Zeitalter der „ersten Globalisierung", das um 1870 begonnen hatte, „der Ort der Produktion und der Ort des Verbrauchs für eine immer größere Zahl von Waren weit voneinander entfernt" gelegen waren, wurde für die um 1980 einsetzende „zweite Globalisierung" eine weltweite „Fragmentierung der Wertschöpfungsketten" kennzeichnend. Die einzelnen Glieder dieser Wertschöpfungsketten wurden durch das Internet, die satellitengestützte Mobiltelefonie sowie Flugzeuge und Containerschiffe verbunden. „Die Veränderung der Informations- und Kommunikationstechnologie hat außerdem zu einer enormen Aufwertung von Banken und Finanzmärkten geführt, welche die globale Fragmentierung der Produktion finanzieren und länderspezifische Risiken absichern. ... Prägnanter noch als die ‚Kette' erlaubt es der Netzwerkbegriff, der Koexistenz unterschiedlicher ‚Knoten' und dem Nebeneinander divergenter Produktionsweisen, Beschäftigungsformen und Regulierungen Rechnung zu tragen."[341]

Obwohl die Global Player die Weltwirtschaft geradezu umschlungen haben, spielten Krugman & Obstfeld deren Bedeutung mit dem Hinweis herunter, „dass multinationale Unternehmen für die Weltwirtschaft wahrscheinlich ein weniger wichtiger Faktor sind, als ihre auffallende Allgegenwärtigkeit vermuten ließe". Obendrein beklagten sie, dass sie dennoch „gern als Inkarnation des Bösen oder (seltener) des Guten dargestellt" werden.[342]

Weltwirtschaft in der „Globalisierungsfalle" (Martin & Schumann)

Entgegen solchen Beteuerungen der Unschuld der kapitalistischen Form der Globalisierung wiesen die beiden Journalisten Hans-Peter Martin & Harald Schumann schon um die Mitte der 1990er Jahre darauf hin, dass die Weltwirtschaft in der Ära des neoliberalen Turbokapitalismus und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte in eine „Globalisierungsfalle" geraten war. Aus der Sicht von Martin & Schumann waren es besonders zwei Ereignisse in den Jahren 1973/74, die den

---

[340] Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 52 (Kapital wichtiger als Rohstoffe), 72 (unproblematisches Lohndumping) und 75 (niedrige Löhne besser als gar keine Löhne) sowie 179 (monopolistischer Außenhandel), 206 („Ressourcen sind im internationalen Handel von nachgeordneter Bedeutung.") und 369 (Globalisierungskritik).

[341] Nikolaus Wolf (2013), S. 9 – 15, hier: S. 11 und 14 – 15 (erste und zweite Globalisierung). – Klaus Dörre (2013), S. 29 (Produktionsnetzwerke).

[342] Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 233.

„Freiheitskampf für das Kapital" entschieden hatten: zum einen die Ablösung des postkeynesianischen Staatsinterventionismus durch die neoliberalen Lehren von Friedman und Hayek und zum anderen auf internationaler Ebene der Übergang vom Bretton-Woods-System mit den im US-Dollar verankerten, festen Wechselkursen zu frei floatenden Wechselkursen und zur weltweiten Freiheit des Kapitalverkehrs. „In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals ganze Staaten und deren bisherige gesellschaftliche Ordnung aus den Angeln. ... Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten, während Löhne und Gehälter sinken." Die entgrenzte Mobilität des Kapitals mache Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile beim Welthandel vollends zur Farce und das neoliberale Versprechen einer Wohlstandssteigerung für alle Menschen durch die Globalisierung erweise sich insofern als ein leeres Versprechen, als sie die Menschheit in eine 20:80-Gesellschaft spalte. Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte habe für die wohlhabenden 20 % der Menschheit eine weltweite „Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit" und auch die Entstehung einer „Offshore-Anarchie" ermöglicht, also Steueroasen geschaffen, wo multinationale Konzerne ihre Firmensitze anmelden, um sich dadurch ihrer Steuerpflicht in denjenigen Ländern zu entziehen, in denen sie produzieren und in denen sie ihre Gewinne realisieren. Mit ihrer im buchstäblichen Sinne entgrenzten Konzentration wirtschaftlicher Macht in multinationalen Konzernen und Steueroasen untergrub die Globalisierung das Recht und die Demokratie in den ‚National'staaten – was sogar bis zur selbstgerechten Vorstellung ging, zum Schutz von weltweiten Investitionen eine privatwirtschaftliche Gerichtsbarkeit zu schaffen, um Ansprüche gegen Staaten durchsetzen zu können. „Wieviel Markt hält die Demokratie aus?" fragten Martin & Schumann besorgt, wobei die Frage eigentlich hätte lauten müssen: Wie viel monopolkapitalistisch vermachteten Markt hält die Demokratie aus? Unabhängig davon war ihre Kritik am „Verfall der staatlichen Lenkungsmöglichkeiten im Weltmarkt" vollauf berechtigt. „Anhaltende Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten, gekürzte Sozialleistungen, in den Vereinigten Staaten sogar der Verzicht auf ein Sozialsystem sollen die Völker ‚fit machen' für den globalen Wettbewerb", d.h. für den monopolkapitalistisch vermachteten Wettbewerb auf dem Weltmarkt, dessen weitere „unaufhaltsame" Expansion als eine historische Gesetzmäßigkeit hingestellt wurde.[343]

Mehr als ein Jahrzehnt vor dem Beginn der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 sahen Martin & Schumann auch bereits die Gefahr voraus, dass im „Guerillakrieg im Finanzdschungel ... die Tage der globalen Finanzanarchie gezählt" sein könnten - auch weil sich gegen den Widerstand der Finanzmärkte keine Devisentransaktionssteuer (Tobin-Tax) hatte einführen lassen und weil die internatio-

[343] Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 9 (20:80-Gesellschaft), 17 (Internationale des Kapitals), 74 (Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit), 91 – 95 (Offshore-Anarchie), 152 (Freiheitskampf für das Kapital), 156 (Ricardo) und 311 – 312 (Markt vs. Demokratie). - Zu den Investitionsschutz-Abkommen MAI und TTIP & Co. vgl. Maria Mies & Claudia von Werlhof (1998) und Harald Klimenta & Andreas Fisahn (2014).

nale Bankenaufsicht versagen könnte. Deshalb warnten sie eindringlich vor einem „Supergau im staatsfreien Cyber-Space der Weltfinanz: ... So wächst Jahr für Jahr die Wahrscheinlichkeit, dass die wild gewordene Finanzmaschine weltweite Krisenwellen auslöst, die allein mit dem Glauben an die ordnende Kraft des Marktes nicht zu beherrschen sind." Als einzigen Ausweg aus der „Globalisierungsfalle" betrachteten Martin & Schumann ein durch seine politische Einigung gestärktes Europa mit einer Gemeinschaftswährung. „Die Beseitigung von Europas monetärer Zersplitterung durch den gemeinsamen Euro kann das Kräfteverhältnis zwischen den Finanzmärkten und den europäischen Staaten vom Kopf auf die Füße stellen." Unabdinglich seien auch eine gemeinsame europäische Steuer- und Sozialpolitik sowie eine Tobin-Tax.[344]

Zwei Stimmen aus dem globalen Süden: Amartya Sens Hoffnung auf „geeignete Institutionen" zur Bändigung der kapitalistischen Marktwirtschaft und Hernando de Sotos Plädoyer für eine Kapitalisierung des Bodens

Neuere Entwicklungen wie der „Brexit", die Devise „America first" und die Verbreitung weiterer rechtspopulistischer Desorientierungen in zahlreichen Ländern deuten darauf hin, dass die Globalisierungseuphorie ihren Zenit bereits überschritten hat. Der zunehmende Protektionismus ist jedoch nur eine Art Zwillingsbruder der kapitalistischen Globalisierung und kein Ausweg aus den falschen Strukturen, in denen sie beide gleichermaßen gefangen sind. Könnte es als Alternative zu ihnen beiden eine nichtkapitalistische, aber dennoch marktwirtschaftliche Form einer zukünftigen Globalisierung geben?

Außerhalb Europas gab es Versuche wie diejenigen von Amartya Sen und Hernando de Soto, aus der Perspektive des globalen Südens Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung zu finden.

- Der aus Indien stammende und in den USA lehrende Ökonom Amartya Sen (*1933) hatte einen klareren Blick als die meisten anderen Ökonomen für den Gegensatz zwischen Fortschritt bis hin zum Überfluss einerseits und Armut, Hunger und Elend sowie politischer Despotie andererseits.[345] Längere Zeit hatte er an dem von den Vereinten Nationen herausgegebenen Berichten „Index of Human Development" mitgearbeitet. Eines seiner Werke, das Buch „Ökonomie für den Menschen", beruhte auf Vorträgen, die Sen in den 1990er Jahren vor der Weltbank gehalten hatte, obwohl oder gerade weil „die Weltbank ... nicht immer ... zu den von mir besonders geschätzten Organisationen gezählt ... hat."[346] 1998 erhielt

[344] Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 109 (Guerillakrieg), 118 (Tobin-Tax), 123 (globale Finanzanarchie) und 127 – 136 (Super-GAU).

[345] Amartya Sen (1999/2000), S. 13, 27 und 335 („fürchterliche Zustände, von denen wir uns umgeben sehen").

[346] Amartya Sen (1999/2000), S. 11.

er als einer von wenigen nicht ausschließlich neoliberal denkenden Ökonomen sogar den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und im Jahr 2020 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Obwohl Sen anders als der vorherrschende neoliberale Zeitgeist den kapitalistischen Markt nicht nur unter dem Aspekt seiner Effizienz, sondern nach dem Vorbild von Adam Smith auch unter den Aspekten der Freiheitsrechte aller Menschen und der Fairness zwischen ihnen betrachtete, blieben für ihn wegen der historisch erwiesenen Ineffizienz der staatlichen Zentralplanung der Wirtschaft - auch unter dem Einfluss von Hayek - die „Freiheit oberstes Ziel der Entwicklung" und der kapitalistische Marktmechanismus das entscheidende Instrument zur Überwindung von Unterentwicklung. „Wir müssen im System der kapitalistischen Moral sehr viel mehr sehen als nur einen Kodex, der die Habsucht verherrlicht und das Gewinnstreben bewundert." Immerhin ging es Sen nicht nur um eine pauschale Verteidigung oder Ablehnung des bestehenden Marktes, sondern im Gegensatz zum neoliberalen Marktfundamentalismus um eine „breitere und reichere Perspektive" auf ihn und um ein Nachdenken über eine soziale Bändigung der weiterhin auf Wachstum eingestellten kapitalistischen Marktwirtschaft durch „geeignete Institutionen", denn „individuelles Handeln und soziale Einrichtungen sind zwei Seiten einer Medaille."[347]

Sen zufolge sollte die globale Entwicklung nicht als ein „grimmiger Prozess" weitergehen, sondern als ein „im wesentlichen freundlicher Prozess", in dem auch Frauen dieselben Rechte bekommen sollten wie Männer und in dem es neben der Privatwirtschaft auch in größerem Umfang öffentliche Güter in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und einer „richtigen Sozialpolitik" geben sollte.[348] Jedoch fragte Sen nur ein einziges Mal und das auch nur eher unauffällig danach, ob der Markt „wettbewerbsorientiert oder monopolistisch bzw. sonst wie wettbewerbsfeindlich" organisiert sei, und die weltwirtschaftlichen Machtstrukturen stellte er nicht grundsätzlich in Frage. „Die Probleme, die auftreten, entspringen regelmäßig anderen Quellen, nicht der Existenz des Marktes an sich. ... So groß die Reichweite des Marktmechanismus auch ist, er muss um den Gerechtigkeit willen durch die Schaffung elementarer sozialer Chancen ergänzt werden."[349]

Zwar stellte Sen auch ganz kurz die Fragen nach dem „Zugang zu Geldmitteln" und dem „Zugang zu Ressourcen ... , z.B. Land für den Ackerbau". Aber er ging diesen Fragen nicht weiter nach und beließ es bei der generellen Akzeptanz der Marktwirtschaft in ihrer herkömmlichen kapitalistischen Form und seiner Vorstellung, diese mit Hilfe einer „guten Wohlfahrtspolitik" erträglicher gestalten zu

---

[347] Amartya Sen (1999/2000), S. 9 (individuelles Handeln und soziale Institutionen), 15 (Freiheit) und 17 (Markt und Wachstum) -18, 41 (Markt) sowie 55 (Wachstum) und 69 (Institutionen). S. 304 - 310 (Hayek) und 317 (kapitalistische Moral).

[348] Amartya Sen (1999/2000), S. 49 (grimmiger vs. freundlicher Prozess), 230 - 246 (Frauenrechte), 156 - 158 (öffentliche Güter) und 176 (Sozialpolitik).

[349] Amartya Sen (1999/2000), S. 145 (Wettbewerbsmärkte und Monopole) und 175.

können. So genügte ihm nach der Überwindung von Sklaverei und feudalen Abhängigkeitsverhältnissen anstelle einer Überwindung der kapitalistischen Lohn- und Gehaltsabhängigkeit auch die bloße Durchsetzung eines „Zugangs zum freien Arbeitsmarkt" für alle Menschen. Sen sprach ausdrücklich von einem „Grundrecht ... , Lohnarbeit zu suchen" und er problematisierte weder die Hierarchie zwischen Kapital und Arbeit noch die Marktmacht von multinationalen Konzernen geschweige denn überhaupt die Existenz von Großunternehmen und die Zwiespältigkeit der besonders von Muhammad Yunus propagierten Mikrokredite.[350]

Sens Verständnis von Landreform beschränkte sich auf die bloße Forderung, dass sich Menschen in Verbindung mit der „freien Wahl des Arbeitsplatzes ... auch das Eigentum an dem Land erkämpfen" können, also auf die Forderung nach einer Aufteilung des ländlichen Großgrundbesitzes in kleineres Privateigentum.[351] Darüber hinaus nahm Sen aber bei seinen Studien in keiner Weise auf Henry Georges „Fortschritt und Armut" Bezug, obwohl die Bodenproblematik in seinem Herkunftsland Indien eine große Rolle spielte. Einmal erwähnte Sen Gandhis Fastenaktion, ging aber ansonsten weder auf dessen Vorstellungen über eine autonome Entwicklung noch auf die Bodenreformbewegung „Bhudan" von dessen Mitarbeiter Vinoba Bhave und auch nicht auf Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful" und dessen „mittlere Technologien" ein, obwohl er wie Schumacher an buddhistischen Vorstellungen über die Wirtschaft durchaus interessiert war.[352] Und schließlich nahm Sen auch von Keynes' Bancor-Plan keinerlei Notiz.

Ohne eine grundlegende Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und leistungslosen Einkommen aus Boden- und Ressourcenrenten, Kapitalzinsen[353] usw., die es leider auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht gibt, blieben Sens Vorstellungen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit in einer sozialpolitisch gebändigten kapitalistischen Marktwirtschaft letztlich diffus. Die Gerechtigkeitstheorien des Utilitarismus und Liberalismus sowie von John Rawls hätten alle ihre „spezifischen Vorzüge" und „signifikanten Beschränkungen" und in seiner Auseinandersetzung mit diesen Theorien kam Sen unter Ausblendung der Rolle von Privilegien bei der Einkommensverteilung schließlich zu der Ansicht, dass „die Verschiedenheit der Menschen vermutlich das größte Problem für jeden Ansatz" sei, „der das Realeinkommen als Maßstab für Wohlergehen wählt." Mit Verschiedenheiten meinte Sen „disparate physische Eigenschaften, die mit Behinderung, Krankheit, Alter oder Geschlecht verbunden sind", wie auch

---

350 Amartya Sen (1999/2000), S. 18 („freier" Arbeitsmarkt); vgl. dazu auch S. 10, 15, 36, 53 (Zugang zu Geld, Mikrokredite, Großunternehmen), 141 (Lohnarbeit) - 142, 153 (Wohlfahrtspolitik) und 176 (Boden und Ressourcen, Wohlfahrtspolitik).

351 Amartya Sen (1999/2000), S. 141 - 142 und 176 (Landreform als Privatisierung des Bodens).

352 Amartya Sen (1999/2000), S. 281 (Buddhismus und Wirtschaft) und 346 (Gandhi). – Vinoba Bhave (1976) und Jean Lanza del Vasto (1988).

353 Adam Smith's Kritik am kanonischen Zinsverbot hatte für Sen ihre selbstverständliche Berechtigung; vgl. dazu Amartya Sen (1999/2000), S. 154.

unterschiedliche soziale oder klimatische Lebensbedingungen. Unter diesen Umständen seien „interpersonelle Vergleiche" schwierig und „das Realeinkommen ist daher ein dürftiger Indikator der verschiedenen Komponenten des Wohlergehens und der Lebensqualität, die Menschen vernünftigerweise anstreben." Sen hielt es deshalb für erforderlich, „den verschiedenen Komponenten der Lebensqualität (oder des Wohlergehens) ausdrücklich wertende Gewichtungen beizumessen."[354]

Abgesehen von der unlösbaren Frage, wer nach welchen Kriterien solche „wertende Gewichtungen" vornehmen sollte bzw. dürfte, geht die globale Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen weit über den Umfang hinaus, der sich auf die Verschiedenheit der Menschen zurückführen ließe. Trotz ihrer „Fixierung auf Effizienz" nahm Sen die Ökonomie sogar noch gegen den Vorwurf in Schutz, „sie würde Ungleichheit als ein Thema ignorieren". Angesichts der „drückenden Armut in einer Welt nie gekannten Wohlstands" sah er die eigentliche Aufgabe der Ökonomie nur darin, die kapitalistische Marktwirtschaft in dem Sinne zu „erweitern", dass „Institutionen" geschaffen werden, „die jenseits der kapitalistischen Marktwirtschaft angesiedelt sind" und die Ergebnisse des Marktmechanismus modifizieren.[355]

- In eine völlig falsche Richtung gingen die entwicklungspolitischen Vorstellungen des peruanischen Ökonomen Hernando de Soto (*1941), der zeitweise bei der Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO tätig gewesen war. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde der westliche Kapitalismus für ihn zur „einzigen ernsthaften Option für Entwicklung". Die den Ländern des globalen Südens im Zuge der Schuldenkrise und die den früheren kommunistischen Ländern des Ostens nach der großen Wende vom Herbst 1989 auferlegten Strukturanpassungen hielt de Soto für „gut und schön", aber für „nicht ausreichend". Um der Wirtschaft des Südens und Ostens „Leben einzuhauchen", empfahl er, den bislang „extralegalen Boden" zur Ware und zum Kapitalgut zu machen, mit dem sich Handel treiben lässt.[356]

Mit dem „extralegalen Boden" meinte de Soto gerade nicht den Armut, Hunger und Landflucht erzeugenden Großgrundbesitz, den er als ein Phänomen abtat, das es nur in der Zeit vor 1950 gegeben habe. Vielmehr dachte er an die übrigen 40 - 53 % des ländlichen Bodens und an rund 85 % des städtischen Bodens mit den Slums und Favelas außerhalb der Zentren der Megastädte. Bislang seien alle diese Flächen unproduktives „totes Kapital", weil es keine klaren Eigentumsverhältnisse gebe. Dieses „extralegale" Immobilienvermögen könnte nach Ansicht von de Soto weltweit einen Wert von rund 9 Billionen Dollar haben und es sollte ihm zufolge im Interesse einer nachholenden Entwicklung des Südens und des

---

[354] Amartya Sen (1999/2000), S. 71 - 109, hier: S. 89 (Verschiedenheit der Menschen), 98 (interpersonelle Vergleiche), 101 - 102 (Realeinkommen und wertende Gewichtungen) und 108 (Gerechtigkeitstheorien).

[355] Amartya Sen (1999/2000), S. 134 (Effizienz, Ökonomie) und 317 (Institutionen jenseits des Marktes).

[356] Hernando de Soto (2002), S. 29, 81, 239 – 240 und 259.

Ostens nach westlichem Vorbild kapitalisiert werden. Er forderte die Schaffung von privaten Eigentumsrechten an diesem „extralegalen Boden", damit er zur Kreditsicherung beliehen und mit Hypotheken belastet werden könne, denn der kapitalisierte Boden sei „das Lebensblut des kapitalistischen Systems". Nach dem Vorbild der USA solle dem Boden durch seine Kapitalisierung die Fähigkeit verliehen werden, „Mehrwert zu produzieren", damit sich auch im Süden und Osten ein „umfassendes kapitalistisches System" entfalten könne. Das auf diese Weise induzierte wirtschaftliche Wachstum solle nicht nur den Eliten und Mittelschichten, sondern auch den Armen und Ärmsten der Armen zugutekommen.[357]

Gleichwohl schien de Soto unterschwellig schon geahnt zu haben, dass die auf den Süden und Osten ausgedehnte kapitalistische Marktwirtschaft die Polarisierung von Reichtum und Armut noch weiter vertiefen könnte. Sonst hätte er wohl nicht befürchtet, dass die Gedanken von Marx, der die innere Widersprüchlichkeit „klar gesehen" habe, früher oder später „wieder auferstehen" könnten.[358]

Zweifellos bedarf es rechtstaatlich gesicherter Beziehungen der Menschen zum ländlichen und städtischen Boden. Doch wäre die Privatisierung und Kapitalisierung des Bodens hierfür die einzig mögliche Form? Trotz mancherlei falsch gehandhabter Landreformen in Lateinamerika oder in Afrika wäre es notwendig, bei der Überwindung des feudal-kolonialen Großgrundbesitzes das kapitalistische Zwischenstadium zu überspringen und entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung des auf öffentliche Hände übergehenden Großgrundbesitzes einzuführen. Das entspräche nicht nur den Bodenreformvorstellungen, die in Europa und in Nordamerika im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstanden und seitdem weitgehend verdrängt wurden, sondern auch den Zielen der brasilianischen Landlosenbewegung MST und anderen Agrarreformbewegungen wie La Via Campesina, die – in Verbindung mit Ausbildungs- und Kreditprogrammen – in Ländern der sog. Dritten Welt eine vom Land ausgehende kleinbäuerliche Entwicklung des globalen Südens ermöglichen wollen.[359]

Machtkampf zwischen den Giganten USA und China

Trotz einer weltweit verbreiteten Globalisierungskritik zeichnet sich bislang noch keine grundsätzliche Kurskorrektur in die Richtung einer ausgleichenden Entwicklung der Weltwirtschaft ab, die auf eine Einebnung des aus den Zeiten des Kolonialismus und Neokolonialismus stammenden Nord-Süd-Gegensatzes hinauslaufen könnte. Die sich mittlerweile verstärkende protektionistische Gegenbewegung zur Hyperglobalisierung stellt die Kapitalakkumulation und -konzen-

---

357 Hernando de Soto (2002), S. 20 – 21 und 27 (totes Kapital), 32 (Großgrundbesitz vor 1950), 46 sowie 217, 223 und 235 (Boden als Mehrwert).

358 Hernando de Soto (2002), S. 243 – 244 (Marx).

359 Vgl. hierzu Werner Onken (2004), S. 63 – 80. – Zu Südafrika vgl. Farai Mtero (2020) und zu Namibia vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020).

tration als die tiefere Antriebskraft der globalen Expansion der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft noch überhaupt nicht in Frage. So verharren sowohl der neoliberale sog. Freihandel als auch der Protektionismus mit seinen handelsbeschränkenden Zöllen und Boykotten im Teufelskreis von Kämpfen zwischen wenigen, sich auf der Konzentration wirtschaftlicher Macht stützenden kontinentalen „Kraftfeldern" (Coudenhove-Kalergie) um eine absolute Vormachtstellung in der Welt. Nachdem Russland infolge des Niedergangs des Sowjetimperiums an Macht und Einfluss verloren hat, spitzt sich der Kampf um die Vormachtstellung in der Welt mittlerweile zwischen den USA, die rund 100 Jahre die unangefochtene Nr. 1 auf der Welt waren, und China zu, das sich nach dem Tod des kommunistischen Diktators Mao (1976) unter der weiterbestehenden Herrschaft der Kommunistischen Partei „in den stürmischen Verkehrskreislauf der Westländer" integrierte (Otto Umfrid) und dabei ist, die USA zu einzuholen.

Dass China, als sich nach dem Ende der kaiserlichen Feudalzeit vor allem an seiner Ostküste eine bürgerliche Gesellschaft zu entwickeln begann, keinen eigenen weder kapitalistischen noch kommunistischen Weg in die Moderne gehen konnte, hat seine Ursachen u.a. darin, dass das Land a) seit den beiden um die Mitte des 19. Jahrhunderts verlorenen Opiumkriegen und nach dem im Jahr 1900 niedergeschlagenen Boxeraufstand von westlichen, russischen und japanischen Kolonialmächten gedemütigt worden war und dass es b) dem 1912 zum ersten provisorischen Präsidenten der Republik China gewählten Arzt Sun Yat-sen (1866-1925) nicht gelang, gegen in- und ausländische Widerstände eine zu seinen demokratischen Zielen passende Bodenreform mit einer Umverteilung des bis dahin feudalen Großgrundbesitzes und mit einer Bodenwertsteuer vor allem auf Grundstücke in den städtischen Handelszentren zu verwirklichen. Der Sinologin Helga Stahl zufolge war die „nicht verwirklichte Bodenreform" ein „gravierender politischer Fehler", durch den „das dringendste und am schwersten wiegende Problem der Zeit den Kommunisten überlassen wurde".[360] Nach einer im Sinne von Sun Yat-sen, der sich u.a. an Henry George und Adolf Damaschke orientierte, durchgeführten Bodenreform hätte die KPCh kaum jene Massenbasis innerhalb der chinesischen Landbevölkerung bekommen, auf die die Partei in den nächsten Jahrzehnten ihre Macht stützen konnte. Deren Macht ließ sich dauerhaft festigen, als Mao Zedong 1949 nach dem Bürgerkrieg mit der Gründung der Volksrepublik die nationale Einheit Chinas herstellen konnte – nur ohne die Insel Taiwan. In Verbindung mit der Einführung von Volkskommunen betrieb Mao während der 1950er Jahre eine brutale Politik des als „großer Sprung nach vorn" bezeichneten Aufbaus von Schwer-, Chemie- und Rüstungsindustrien, bei der rund 30 Millionen Menschen verhungerten.[361]

---

[360] Helga Stahl (2014/2018), S. 189 (nicht realisierte Bodenreform). – Zu Sun Yat-sens Bodenreformzielen vgl. Johannes Chang (1965). – Zur Bodenreform auf der Insel Taiwan in den Jahren 1949 – 1953 vgl. Sven Hansen (2005).

[361] Helga Stahl (2014/2018), S. 200 – 201 (großer Sprung nach vorn mit 30 Millionen Toten).

Erst nach der sog. Kulturrevolution und Maos Tod (1976) und etwa zeitgleich mit der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte in den westlichen Ländern setzte in China eine schrittweise Politik der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Reformen und der Öffnung für westliche Investitionen ein, wobei die KPCh ihr totalitäres Regime 1989 und danach gewaltsam gegen alle Demokratisierungsbestrebungen verteidigte. Die liberalsozialistischen Gedanken von Proudhon, Mill, George, Gesell und Keynes wurden in China bislang nur von dem Ökonomen Zhiyuan Cui wissenschaftlich rezipiert.[362] Während im Westen Marktwirtschaft und Demokratie gleichsam als Zwillinge begannen, bis die kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft die Demokratie schließlich immer mehr aushöhlte, gingen die ursprüngliche und fortgesetzte Akkumulation von Kapital in der staatskapitalistischen Marktwirtschaft Chinas von Anfang an mit einer politischen Diktatur einher.

Mittlerweile stehen sich mit China und den USA zwei hochgerüstete Supermächte[363] mit unterschiedlichen Wachstumsdynamiken gegenüber, die neben ihren Handelsverflechtungen auch Handelskriege mit Strafzöllen und Sanktionen gegeneinander führen und um die Hegemonie in der Welt ringen. Angesichts schnell verlaufender weltpolitischer Gewichtsverschiebungen und neuer interessenpolitischer Konstellationen, wie sie sich zum Beispiel durch den von China betriebenen Ausbau einer ‚neuen Seidenstraße' ergeben, wird mittlerweile wieder wie schon vor einhundert Jahren über die Frage diskutiert, welche Rolle Europa bei der Neujustierung der weltwirtschaftlichen und -politischen Kräfte spielen könnte. Könnten die USA, die sich gemäß der Devise „America first" aus mehreren internationalen Zusammenhängen zurückgezogen haben, das diktatorisch regierte China und das zwar demokratische, aber trotz EU und Euro noch sehr inhomogene Europa ein „strategisches Dreieck" bilden, um die wechselnden Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten innerhalb einer multipolaren Weltpolitik annähernd in der Balance zu halten? Das Konfliktlösungspotenzial der EU ist offenbar sehr begrenzt, weil sie weder von den USA noch von China als gleich starkes Gegenüber empfunden wird. Außerdem gelten die Eurozone als nicht ausreichend stabil und die Kompetenzen der Länder- und EU-Parlamente als nicht genügend klar geregelt, weshalb der EU ein „strukturell sinkendes weltpolitisches und wirtschaftliches Gewicht" beigemessen wird.[364]

---

[362] Zhiyuan Cui (2006) und (2011). – Unter der Leitung von Eiichi Morino entstand in Yokohama/Japan übrigens eine „Gesell Research Society", die von 1995 – 2000 dreißig Ausgaben einer Zeitschrift „Jiyuu Keizei Kenkyuu" herausgab. Außerdem erschien 2015 in Japan noch eine Studie von Tsuyoshi Yuki, in der Gesells Kritik an Marx geprüft wurde.

[363] „Die weltweiten Militärausgaben werden für 2018 auf 1.822 Mrd. US-Dollar … geschätzt. … Die USA, China, Saudi-Arabien, Indien und Frankreich tätigten 2018 zusammen 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben. … Erstmals seit sieben Jahren erhöhten die USA ihre Militärausgaben auf insgesamt 649 Mrd. US-Dollar, was 36 Prozent der weltweiten Militärausgaben entspricht. Diese waren 2,6-mal so hoch wie die des zweitgrößten Ausgabenträgers China. … China hat 2018 schätzungsweise 250 Mrd. US-Dollar für sein Militär bereit-gestellt." (Stockholm International Peace Research Institute 2019, S. 6)

[364] Hanns W. Maull (2014/2018), S. 841 – 887, bes. S. 861 (strategisches Dreieck) und 882 (Europas Schwächen).

Nicht nur aus solchen Erwägungen, sondern weil es bei diesen Debatten überhaupt wie selbstverständlich nur um realpolitische Abwägungen von Machtverhältnissen und Einflussmöglichkeiten geht, könnte es aus europäischer Sicht angebracht sein, sich nicht darauf zu fixieren, ein dritter mächtiger Faktor und Gegengewicht zu den USA und China im weltweiten Kampf um Macht und Einfluss sein zu wollen. Zusätzlich zur vorerst noch weiterlaufenden herkömmlichen *Machtpolitik* könnte es sich Europa in Zukunft verstärkt zur Aufgabe machen, eine freiheitliche und zugleich gerechte, herrschaftsfreie *Rechtsordnung* für die Wirtschaft und die Politik zu entwickeln. Sie könnte zunächst nur für seine einzelnen Staaten bzw. Regionen gelten und bräuchte sich in keiner Weise gegen die USA, China, Russland und andere Länder zu richten – als Zukunftsmodell könnte sie aber eine gewaltfreie Ausstrahlungskraft entfalten und sowohl Groß- und Mittelmächte als auch kleine Länder zu einem allmählichen Übergang von der Macht- und geostrategischen Interessenpolitik zu einer das Recht und die Demokratie stärkenden Ordnungspolitik anregen.

Bislang ist allerdings auch Europa noch allzu sehr in herkömmlichen Denkmustern verhaftet und müsste sich erst einmal auf eigene in Vergessenheit geratene Ansätze eines macht- und interessenfreien ordnungspolitischen Denkens besinnen und sie zeitgemäß weiterentwickeln. Nach den Jahrzehnten der entfesselten Globalisierung der westlich-monopolkapitalistisch pervertierten Marktwirtschaft und des rasanten chinesischen Hineinwachsens in diese kapitalistische Weltökonomie sind Europa und die Welt noch weit entfernt von dem von Neoliberalen verheißenen zunehmenden und gerechter verteilten Wohlstand für die gesamte Menschheit. Noch weiter haben sie sich von dem Traum von Martin Luther King[365] und Nelson Mandela von einer gerechten und friedlichen Welt entfernt, in der es überall gleichmäßig verteilte Lebenschancen gibt.

Flucht und Vertreibung als dramatischer Ausdruck der anhaltenden Schieflage der Weltwirtschaft

Noch in einer anderen Hinsicht hat sich Europa vorerst vom Ziel einer freiheitlichen und zugleich gerechten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens entfernt. Als seit dem Herbst 2015 mehrere Hunderttausend geflüchteter Menschen aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten über die Balkan-Route und über das Mittelmeer nach Europa kamen, geriet die fortschwelende Euro- und Finanzmarkt-/Staatsschuldenkrise in den Hintergrund. Die anfängliche Willkommenskultur schlug jedoch bald in ihr Gegenteil um und die weit verbreitete Europa- und Euroskepsis steigerte sich zu einem fremdenfeindlichen Rechtspo-

[365] Martin Luther King kannte offenbar den „Single Tax"-Bodenreformvorschlag von Henry George und sympathisierte damit; vgl. ders. (1967).

pulismus.[366] Alsbald schotteten die Regierenden die „Festung Europa" gegen Flüchtende ab, so dass viele von ihnen ihr Leben auf der Flucht durch die Sahara und über das Mittelmeer verloren, und aus Angst vor einem weiteren Erstarken des Rechtspopulismus beschränkten sie die Zuwanderung auf woanders gut ausgebildete Fachkräfte.[367] Sowohl durch die Kriminalisierung von Seenotretter/innen und Abschiebungen in vermeintlich sichere Herkunftsländer, durch die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Herrschern bei der Abwehr von Fliehenden und das unermessliche Leid in Flüchtlingscamps als auch durch die selektive Zuwanderungspolitik stellt sich Europa als westliche Wertegemeinschaft selbst in Frage – ebenso wie die USA, die an ihrer Grenze zu Mexiko Flüchtende aus Mittel- und Südamerika abwehren.

Zweifellos ist es weder möglich noch sinnvoll, größere Teile der Weltbevölkerung auf einem Kontinent zu konzentrieren; aber zum einen sind Völkerwanderungen ein ‚normaler' Teil der Menschheitsgeschichte und zum anderen hatten Wanderungsbewegungen oftmals ökonomische Ursachen. Statt von persönlichen Motiven wurden sie von wirtschaftlich-politischen Machtinteressen, Unterdrückung und Armut ausgelöst. Gerade die Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital in Europa und in den USA sowie Eroberungen und Kriege in anderen Erdteilen waren in der Vergangenheit sehr häufig die treibenden Kräfte hinter unfreiwilliger Migration, Flucht und Vertreibung.[368]

Nicht nur fremdenfeindliche Rechtspopulisten, sondern auch sog. Normalbürger in Europa und in den USA verdrängen häufig historische Erinnerungen an das große, bis heute nicht gesühnte Unrecht, das ihre Vorfahren als Siedler in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien den indigenen Völkern und den als Sklaven aus Afrika deportierten Menschen zugefügt haben, als sie ihre kolonialen Fremdherrschaften errichteten, Land und Ressourcen raubten und Großplantagen für den Export von Kaffee, Zucker, Tabak, Baumwolle usw. nach Europa anlegten. Während der Jahre des westdeutschen Wirtschaftswunders war es das Interesse des Kapitals an billigen Arbeitskräften, das Millionen von Menschen aus südeuropäischen Ländern als sog. ‚Gastarbeiter' anzog. Wenige Jahrzehnte später waren es abermals Kapitalinteressen, die zur Verlagerung von Produktionen in ferne Länder mit Billiglöhnen und geringen Umweltstandards führten.

---

[366] Eine Ausnahme bildet das nicht so stark wie Spanien, Italien und vor allem Griechenland von der Krise betroffene Portugal, das unter der Regierung des sozialistischen Präsidenten Costa einen vergleichsweise erfolgreichen Ausweg aus der Krise fand und keinen Nährboden für den Rechtspopulismus bot; vgl. dazu Steffen Vogel (2017), S. 15 – 18.

[367] Zur Migrationsabwehr vgl. Richard Klasen (2018), S. 6 – 9.
Zur selektiven Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt vgl. die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2020; auf der Website https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Zuwanderungsbedarf_aus_Drittstaaten_in_Deutschland_bis_2050_2015.pdf (Zugriff: 8.6.2020).

[368] Zur Geschichte der Migration vgl. Patrick Manning (2007), Dirk Hoeder (2016) und Jochen Oltmer (2017).

Sind es nicht geradezu Anzeichen einer schizophrenen westlichen Doppelmoral, einerseits beispielsweise

- Fleischreste nach Afrika zu exportieren und damit die dortige lokale kleinbäuerliche Landwirtschaft zu zerstören
- Textilien zu tragen, die in asiatischen Billiglohnländern unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden,
- das für die Herstellung von Mobiltelefonen nötige Coltan in kongolesischen Bergwerken von Kinderhänden fördern zu lassen,
- Elektroschrott nach Afrika und Asien zu transportieren, um dort den Müll von den Ärmsten der Armen trennen zu lassen, die dabei giftige Dämpfe einatmen,
- Rüstungs'güter' in Krisengebiete zu exportieren und Kriege um Ressourcen zu führen[369]

und andererseits die EU-Außengrenzen und die Grenze zwischen den USA und Mexiko mit paramilitärischen Mitteln für Flüchtende zu schließen?[370]

Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR befinden sich derzeit weltweit rund 80 Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger und Elend, Vertreibung und Krieg. Fast 70 Prozent von ihnen kommen aus nur fünf von Kriegen besonders betroffenen Ländern: Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar.[371] Das Sterben von Tausenden von Geflüchteten auf dem Mittelmeer, in der Sahara und an anderen Brennpunkten ist ein erschütterndes Symptom für die Schieflage, in die die Welt als Ganze durch den Kapitalismus in den industriell ‚entwickelten' Zentren und den (Neo-)Kolonialismus in der ‚unterentwickelten' Peripherie geraten ist. Und die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt so lange unglaubwürdig, wie sie nicht mit der Bereitschaft von Menschen auf den europäischen, US-amerikanischen und anderen Wohlstandsinseln einhergeht, eigene Privilegien zugunsten von weltweit gleichen Lebenschancen aufzugeben. Die Absicht der Industrieländer, mindestens 0,7 % ihres jährlichen Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, ist nicht umgesetzt worden. Stattdessen steigen Militärausgaben, Waffenexporte und Ausgaben für die Sicherung der EU-Außengrenzen. Die EU stellt damit ihr Selbstverständnis als Zivilmacht in Frage. „Ein Staatenbund, der angetreten war, die blutigen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts zu überwinden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu fördern, positioniert sich zu Anfang des 21. Jahrhunderts als Förderer von Rüstungsindustrie und Grenzfeste zu ihren Nachbarregionen im Nahen Osten und Nordafrika."[372]

---

[369] Vgl. Michael Lüders (2015) über die westliche Interessenpolitik im Nahen und Mittleren Osten sowie Nils Ole Oermann & Hans-Jürgen Wolff (2020) über die Geschichte und Gegenwart von Wirtschaftskriegen. Zum internationalen Waffenhandel vgl. Stockholm International Peace Research Institute (2019), S. 8 – 9 (USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China als größte Waffenexporteure).

[370] Vgl. hierzu Mark Akkerman (2019).

[371] Dietrich Karl Mäurer (2020).

[372] Richard Klasen (2018), S. 6 – 9, hier: S. 9.

Wie sehr sich parallel zur Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital in Geschichte und Gegenwart auch Menschenrechtsverletzungen ‚akkumuliert' haben, wie sehr große Teile der Menschheit dadurch traumatisiert sind und wie schnell vernarbte Wunden durch scheinbar ‚kleine' Ereignisse wieder aufreißen können, zeigen aktuell die weltweiten Proteste gegen rassistische Gewalt nach der Tötung des schwarzen US-Bürgers George Floyd durch einen weißen Polizisten („Black lives matter") und die kontroversen Debatten um Denkmäler aus den Zeiten des Kolonialismus und der Sklaverei. Die Auseinandersetzungen mit der Geschichte ungerechter (welt-)wirtschaftlicher Strukturen und den davon ausgegangenen vielfältigen Formen von struktureller und offener Gewalt fördern hoffentlich eine allgemeine Einsicht in das Unrecht, das weiße Europäer sich lange Zeit gegenseitig und anderen Menschen in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien und das auch andere Menschen in aller Welt sich gegenseitig zugefügt haben. Und es fördert hoffentlich auch die Einsicht in die Notwendigkeit eines weitweiten Versöhnungsprozesses, als dessen Resultat die europäischen und weltwirtschaftlichen Institutionen neu zu ordnen wären - und zwar so, dass anstelle der auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhenden Über-/Unterentwicklung und der ‚nachholenden' Entwicklung des globalen Südens eine das Kapital weltweit dezentralisierende, ausgleichende Entwicklung beginnen kann.

Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen: Verwaltung der globalen Ressourcen und Neuorganisation des Weltwährungssystems

Wie könnten die Grundzüge einer zukünftigen internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung aussehen, welche die einzelnen Staaten bzw. Währungsräume, die eine Transformation zu einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" in Gang setzen, nach und nach integriert und den Nord-Süd-Gegensatz allmählich im Laufe einer ausgleichenden Entwicklung einebnet? Und von wo könnte eine Transformation der kapitalistischen Globalisierung zu einem offenen „Weltmarkt ohne Kapitalismus" ausgehen?

Auf dem Höhepunkt der neoliberalen Globalisierungseuphorie stellte der Soziologe Ulrich Beck (1944-2015) die Frage, ob es nach der „neoliberalen Destruktion des Nationalstaats" – er sprach geradezu von einem „Denationalisierungsschock" - notwendig werden könnte, mit einer Renationalisierung der Politik zu antworten, um die sich in die mehr oder weniger rechtsfreien supranationalen Räume ausdehnende Macht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne wieder einzufangen und die Souveränität der Nationalstaaten wiederherzustellen. Oder könnte – so fragte Beck für den Fall, dass es kein Zurück zu einer „nationalstaatlichen Idylle" geben sollte – die Schaffung eines Weltstaates und einer Weltregierung notwendig werden, die so mächtig wäre, dass sie die

erdumspannende Wirtschaftsmacht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne bändigen könnte?[373]

Schon die frühen Ordoliberalen hatten geahnt, dass es ein schwerwiegender Fehler sein würde, die Entstehung von wirtschaftlichen Machtballungen überhaupt zuzulassen und sie nur nachträglich mit politischen Mitteln kontrollieren zu wollen. Könnte sich also die seitdem ins Grenzenlose gesteigerte Macht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne in die ‚Flasche falscher ökonomischer Strukturen, aus der ihr Geist entwich', zurückdrängen lassen? Oder geht es bei Überlegungen zur Renationalisierung der Politik nur darum, dieser prinzipiell fortbestehenden Macht der Finanzmärkte und Konzerne analog zur früheren Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit eine etwas stärkere Gegenmacht gegenüberzustellen – in der Hoffnung, dass es der Gegenmacht einer renationalisierten Politik in einzelnen ‚National'staaten - oder einer Weltregierung - gelingen könnte, die Macht der Finanzmärkte und Konzerne wenigstens teilweise einzugrenzen?

Wenn es auf der globalen Ebene nur um einen Wechsel vom angelsächsischen zu einem rheinischen Kapitalismus und um die Herstellung einer Sozialpartnerschaft zwischen Macht und Gegenmacht gehen sollte, bliebe es bei dem zaghaften Versuch, die Souveränität der wirtschaftlichen Macht etwas zu beschränken und im Gegenzug die Souveränität der einzelnen ‚National'staaten etwas zu stärken, also Macht und Gegenmacht im günstigsten Fall annähernd in eine Balance zu bringen. Die ‚National'staaten würden dabei allerdings ihren widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaaten behalten und zusammen mit den kapitalistisch globalisierten Finanzmärkten und multinationalen Konzernen im Dickicht von Recht und Macht gefangen bleiben. Ebenso behielte ein Weltstaat, wenn er denn entstünde, unter diesen Umständen ein Doppelgesicht als Rechts- und Machtstaat – möglicherweise mit einem stark schwindenden Anteil des Rechts. Die bisherigen Erfahrungen mit der europäischen Einigung lassen allerdings keine Entstehung eines weltweiten Einheitsstaates erwarten.

Besser als ein solches in sich widersprüchliches Konglomerat aus Recht und Macht wäre eine völlige Zurückdrängung derjenigen Souveränität, die sich das kapitalistische Geld, die internationalen Finanzmärkte und die multinationalen Konzerne angemaßt haben, durch die Herstellung einer uneingeschränkten Souveränität des Rechts – und zwar auf mehreren, keineswegs nur ‚nationalen' Funktionsebenen der Politik:

- Auf der *unteren Ebene* wird es Aufgabe der einzelnen Rechtsstaaten einschließlich ihrer föderalen Untergliederungen, allen ihren Einwohner/innen
  - mittels einer Reform des Bodenrechts einen für alle gleichen Zugang zu Grundstücken als elementarste Voraussetzung für das Leben auf der Erde zu verschaf-

[373] Ulrich Beck (1997), S. 26 – 27 (Dekonstruktion der Nationalstaaten), 32 (Weltstaat), 34 (Denationalisierungsschock) und 35 (nationalstaatliche Idylle).

fen und mit den der Allgemeinheit zufließenden Entgelten für die private Nutzung von Grundstücken den Rechtsstaat und die Bereitstellung öffentlicher Güter zu finanzieren.

- Mittels einer Reform der Geldordnung sowie der Unternehmensverfassung, des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts können einzelne Rechtsstaaten die Voraussetzungen für eine Dezentralisierung von Geld- und Real'kapital' und einen Übergang in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft ohne mono- und oligopolistische Verfälschungen des Wettbewerbs durch Global Player schaffen.

● Auf der *mittleren kontinentalen Ebene* bleibt für Europa bei dieser Transformation der Rechts-/Machtstaaten zu reinen Rechtsstaaten die Aufgabe einer Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik ebenso von Bedeutung wie koordinierte Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte, u.a. eine Größenbegrenzung bei Geschäfts- und Schattenbanken, die Erhöhung der Eigenkapitalquoten von Banken, die Einführung eines Trennbankensystems, eines Verbots von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (Swaps) usw.[374] Außerdem sollte Europa bei diesem Transformationsprozess mit Russland sowie den Kontinenten Afrika und Australien kooperieren – selbstverständlich auch mit den USA und China oder, wenn die beiden Großmächte sich zurückhalten sollten, vorerst nur mit den kleineren und mittleren Rechtsstaaten Mittel- und Südamerikas und Asiens.

● Der Übergang von der Akkumulation und Konzentration des Geld- und Realkapitals innerhalb einzelner Rechtsstaaten und des Euro-Währungsraums zu seiner Dezentralisierung könnte in ihnen selbst eine ausgleichende Entwicklung einleiten, die sich schließlich auch auf der *globalen Ebene* fortsetzen lässt und auf längere Sicht zu einem nachkapitalistischen Weltmarkt ohne Monopole und ohne Protektionismus, ohne Billiglohnländer und ohne Steueroasen führt.

Bislang sind die Vereinten Nationen wie vormals der Völkerbund nur ein ‚Dach' über den in sich strukturell ungerecht und unfriedlich bleibenden, hoch gerüsteten kapitalistischen Rechts-/Machtstaaten. Schon vor 100 Jahren bedauerte Silvio Gesell gerade deshalb, dass der Völkerbund nur eine „taube Nuss" und noch kein auf wirtschaftlicher Gerechtigkeit gegründeter „Menschheitsbund" war.[375] Auch die Vereinten Nationen, insbesondere der Weltsicherheitsrat, konnten – wenn sie nicht durch Veto-Mächte blockiert wurden - immer nur mit Resolutionen die Einhaltung der Menschenrechte anmahnen oder sie konnten mit Blauhelmeinsätzen reagieren und militärischen, sog. ‚humanitären' Auslandseinsätzen von Staaten bzw. der NATO zustimmen, wenn wieder irgendwo ein gewaltsamer Konflikt ausgebrochen war. Auf diese Weise blieben die UN jedoch Gefangene im Labyrinth der geostrategischen Machtpolitik der Groß- und Mittelmächte und immer wieder

---

[374] Vgl. den im Kap. 12.5, S. 19 - 25 dargestellten Maßnahmenkatalog gemäß den Vorschlägen von Helge Peukert.

[375] Silvio Gesell (1921/1992j), S. 304 (Völkerbund), und ders. (1921/1992a), S. 280 – 281 (Menschheitsbund).

wurden sie zum Spielball widerstreitender Interessen. Ein ums andere Mal wie in Somalia, Ruanda und Bosnien oder in Afghanistan, im Irak, in Syrien oder in Libyen konnten die UN ihren Auftrag, für Frieden und kollektive Sicherheit zu sorgen, nicht erfüllen.[376] Zudem haben dabei auch die Potenziale der zivilen Konfliktlösung noch längst nicht die ihnen gebührende Bedeutung erlangt. Ebenso konnten die Vereinten Nationen auch immer nur wie zum Beispiel mit dem Brundtland-Report (1987) sowie auf Konferenzen von Rio, Kyoto und vielen weiteren Konferenzen eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft einfordern und Jahr für Jahr eindringlich vor dramatischen Folgen der Erderhitzung warnen. Sie konnten die Politiker in den Mitgliedstaaten zum Handeln auffordern, hatten aber selbst keinerlei eigene Handlungsmöglichkeiten.[377]

So betrachteten es die Vereinten Nationen in ihrer „Milleniums-Erklärung" vom September 2000 als zentrale Herausforderung der Staats- und Regierungschefs der Welt, „sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Welt wird". Jedoch bedachten sie dabei nicht, dass die kapitalistische, auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhende „grimmige" Form der Globalisierung (Amartya Sen) gar nicht für *alle* Menschen gleichermaßen eine „positive Kraft" werden kann, sondern dass es dafür einer anderen nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Form der Globalisierung bedürfte, bei der das entkapitalisierte Geld- und Real'kapital' weltweit in kleineren und mittleren Dimensionen breit gestreut wird und bei der der Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgüter aller Menschen behandelt werden. Erst auf einer solchen strukturell veränderten ökonomischen Grundlage können sämtliche Mitgliedstaaten der UN jene „souveräne Gleichheit" erlangen, die sie gemäß Artikel 2.1 der UN-Charta haben sollen.[378]

Mithin sollten die Vereinten Nationen in Anknüpfung an bisherige Gedanken zu einer Weltinnenpolitik[379] parallel zur Transformation ihrer Mitgliedstaaten zu herrschaftsfreien Rechtstaaten auch zu einer „Weltföderation" (Kant) weiterentwickelt werden, die zur weltweiten Sicherung von Menschenrechten und Frieden auch eigene konstruktive wirtschaftspolitische Gestaltungsaufgaben erhält. ‚Oberhalb' der einzelnen sich zu reinen Rechtsstaaten wandelnden Staaten könnte diese „Weltföderation" für die Weltmärkte eine gerechte Rahmenordnung schaffen, in denen Menschen aus aller Welt auf gleicher Augenhöhe, d.h. ohne neokoloniale

---

[376] Zu neuen Formen von Kriegen vgl. Monika Heupel (2009), S. 9 – 14.

[377] Zur Entstehung und gegenwärtigen Lage der Vereinten Nationen vgl. Manuela Scheuermann (2014), S. 15 – 20 (Völkerbund), 44 – 56 (UN-Sicherheitspolitik) und 63 – 86 (Sicherheitsrat), sowie Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 87 – 176 (Schaffung kollektiver Sicherheit). – Zu den Möglichkeiten der zivilen Konfliktlösung vgl. die Website https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/faq-fragen-und-antworten (Zugriff: 7.7.2020)

[378] Zitiert nach Manuela Scheuermann (2014), S. 36 (Milleniums-Erklärung); vgl. dazu auch die Website http://www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/erklaerung/millenniumerklaerung.pdf (Zugriff: 11.7.2020). – Manuela Scheurmann (2014), S. 42 – 43 (souveräne Gleichheit).

[379] Vgl. United Nations – Committee for Development Policy (2014) und Jürgen Habermas (2006).

Abhängigkeiten und ohne rassistische Ressentiments wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegen können.

Zentrale Elemente einer Rahmenordnung eines nachkapitalistischen mono- und oligopolfreien sowie zollfreien Weltmarkts und Garanten einer gleichen Teilhabe aller Menschen an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen könnten eine auf der Ebene der Vereinten Nationen institutionalisierte internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen und der Erdatmosphäre sowie eine neue internationale Währungsordnung werden. Im „Planetensystem" der UN und ihrer Zweigorganisationen bräuchte es möglichst in unmittelbarer Nähe zur Vollversammlung zwei neue UN-Organisationen für den Aufbau von internationalen Ressourcen- und Klima- sowie Währungs- und Wirtschaftsordnungen, die in Zukunft den Stellenwert erhalten, den bislang der Sicherheitsrat als das vermeintlich „wirkmächtigste Organ der Vereinten Nationen" hatte.[380]

- Im Anschluss an die bisherigen Diskussionen über Global Common Goods[381] sollten Zweigorganisationen der UN wie der „Weltressourcenrat", die „Internationale Energieagentur" und der „Intergovernmental Panel on Climate Change" (IPCC) zu UN-Institutionen zusammengeführt und ausgebaut werden, die die globalen Ressourcen und die Endatmosphäre als Gemeinschaftsgüter der ganzen Menschheit hüten und die deren entgeltliche private Nutzung organisieren.

Weder sollten multinationale Konzerne noch einzelne Staaten länger frei über globale Ressourcen verfügen und sie ohne Rücksicht auf Menschen und die Natur aus der Erde extrahieren dürfen. Ressourcen sollten also weder Privateigentum sein noch sollten sie verstaatlicht werden, was mehrere Staaten vor allem in der sog. Dritten Welt aus durchaus verständlichen Gründen angestrebt haben. So wie sich Gesell schon vor mehr als 100 Jahren gegen Begriffe wie „englische Kohle, deutsches Kali oder amerikanisches Erdöl" wandte und stattdessen eine „Internationalisierung der Bodenschätze" forderte[382], so sind zum Beispiel die Seltenen Erden nicht Eigentum Chinas, das Kupfer nicht Eigentums Chiles, das für die Produktion von Handys erforderliche Coltan nicht Eigentum des Kongo, das für die keineswegs unproblematische E-Mobilität erforderliche Lithium nicht Eigentum Argentiniens und das Erdöl nicht Eigentum der arabischen Länder, Venezuelas, Norwegens und Schottlands. Auch der ‚brasilianische' Regenwald gehört nicht Brasilien und schon gar nicht der Bolsonaro-Regierung, die die schändliche Rodung des Regenwaldes für den Anbau von Soja-Futtermitteln für die weltweite Agrarindustrie noch dramatisch verschärft. Die in Brasilien, Indonesien und anderen Ländern gelegenen Regenwälder gehören nicht den jeweiligen Ländern, sondern sie gehören wie alle Ressourcen einschließlich derjenigen, die unter den Polkappen lagern, sowie die Weltmeere und die Erdatmosphäre zum gesamten

---

380 Manuela Scheuermann (2014), S. 59 – 63 (von D. Göthel entworfenes Planetensystem der UN), 63 (wirkmächtiger Sicherheitsrat) und 86 – 126 (Vollversammlung und bisherige Generalsekretäre).

381 Vgl. hierzu besonders Inge Kaul (2016).

382 Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72; ders. (1921/1992c), S. 145 - 147, und ders. (1921/1992g), S. 150 – 151 (Internationalisierung der Ressourcen).

Naturerbe der Menschheit einschließlich der zukünftigen Generationen, das die Vereinten Nationen im Interesse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen verwalten sollten. Weder private Konzerne noch einzelne Staaten haben legitime Ansprüche auf diese Gemeinschaftsgüter der Menschheit.

Aufbauend auf regelmäßigen Bestandsaufnahmen der nach mehr als 200 Jahren des Raubbaus noch vorhandenen globalen Ressourcen sollte die UN-Ressourcenverwaltung ökologisch vertretbare Grenzen für weitere jährliche Verbräuche, Arbeitsbedingungen bei der Förderung von Ressourcen und faire Preise für die Förderrechte festlegen – ebenso faire Preise für die private Nutzung der Atmosphäre als Aufnahmespeicher für Abgas-Emissionen.[383] Sodann gehören die bei der privaten Nutzung von Ressourcen und der Atmosphäre entstehenden Ressourcen- und Luftrenten in eine internationale, von den UN zu verwaltende Kasse, von wo aus sie nach Abzug der Verwaltungskosten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die ganze Weltbevölkerung zurückzuzahlen sind. Auf diese Weise wird jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Religion und gesundheitlichen Verfassung zu einer/m gleichen Teilhaber/in an der Erde als einer globalen Allmende und kann unter solchen Bedingungen ein stärkeres Bewusstsein der Mitverantwortung für die Erde entwickeln.[384]

Da die Menschen im ‚entwickelten' globalen Norden bisher und bis auf Weiteres mehr Ressourcen und mehr von der Atmosphäre in Anspruch nehmen als die Menschen im ‚unterentwickelten' globalen Süden, zahlen sie vorläufig noch mehr in die UN-Gemeinschaftskasse ein als der globale Süden, der die Natur noch deutlich weniger nutzt. Nachdem der globale Norden lange Zeit von billiger Arbeit und billigen Ressourcen profitiert und über den Schuldendienst der verschuldeten Länder des globalen Südens auch noch mehr Geld erhalten als er ihnen als sog. ‚Entwicklungshilfe' gegeben hat, fließen in Zukunft also vorerst mehr Ressourcen- und Luftrenten von Nord nach Süd als in umgekehrter Richtung. Zusätzlich zur Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft in Nord und Süd trägt also die Rückverteilung der Ressourcen- und Luftrenten an die ganze Menschheit in gleichen pro-Kopf-Beträgen zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles und zu einer unabhängigen Eigenentwicklung des globalen Südens bei, bis sich eines fernen Tages Nord und Süd, West und Ost in der Mitte zwischen ihnen bzw. auf einem ökologisch vertretbaren einheitlichen Niveau angleichen. Von da an trägt die Rückverteilung ‚nur' noch zur Stabilisierung des Nord-/Süd- und West-/Ost-Gleichgewichts bei.

- Die Transformation der Weltwirtschaft in die Richtung eines Nord- und Süd- sowie Ost- und West-Gleichgewichts ließe sich des Weiteren durch eine großzügigere Entschuldung der armen und ärmsten Länder im globalen Süden voranbringen. Und sie ließe sich auch durch die Schließung von Steueroasen und der weltweiten Einführung einer die Spekulation mit Devisen hemmenden Finanz-

[383] Vgl. den UN-Report über die Entwicklung der globalen Ressourcen in: Vereinte Nationen (2019).
[384] Vgl. hierzu das Kap. 13.1 in diesem Buch.

transaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte („Tobin-Tax") unterstützen[385] - besonders dann, wenn die Einnahmen aus einer solchen Steuer bei den Vereinten Nationen zusammenfließen und deren Finanzierung auf eine breitere Basis stellen.

Ein weiteres ganz besonders wichtiges Instrument zur Stabilisierung einer Weltwirtschaft in einem globalen Gleichgewicht wäre eine Reform der Weltwährungsordnung gemäß den Grundgedanken der von John Maynard Keynes während des Zweiten Weltkriegs entwickelten Konzeption einer „International Clearing Union" (ICU). Bei der ICU als Weltzentralbank sollten alle sich ihr anschließenden Staaten der Erde Konten unterhalten, über die ihre Außenhandelsbeziehungen verrechnet werden – und zwar mittels einer Verrechnungseinheit „Bancor", die die Funktion einer neutralen Weltwährung hätte übernehmen sollen. Außerdem sah Keynes' Bancor-Plan vor, dass Schuldner- und Gläubigerländer gleichermaßen eine ‚Strafgebühr' an die ICU zahlen sollten, wenn sie sich zu sehr verschulden oder auch wenn sie zu hohe Guthaben aufbauen.[386] Damit wären Schuldner- und Gläubigerstaaten gleichermaßen unter einen Anpassungsdruck gesetzt worden, ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen immer wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Dieser besondere Ausgleichsmechanismus fehlte in der Konzeption der von Harry D. White angeführten US-amerikanischen Delegation bei der berühmten Konferenz des Völkerbundes 1944, gegen die sich die britische Delegation unter der Leitung von John Maynard Keynes in den Beratungen über eine Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung für die Nachkriegszeit nicht durchsetzen konnte. Außerdem wurde in Bretton Woods anstelle des neutralen Bancor der US-Dollar in den Rang einer globalen Leitwährung erhoben. Die Wechselkurse aller Landeswährungen wurden fest an den US-Dollar gebunden, der seinerseits bei einem unveränderlichen Preis von 35 US-Dollar pro Feinunze an das Gold gebunden wurde. Keynes' Einwände gegen den US-Dollar als globaler Leitwährung entsprangen übrigens nicht etwa einem antiamerikanischen Ressentiment, sondern seiner tieferen Überzeugung, dass allein eine neutrale, keine einzelne Landeswährung bevorzugende Weltwährung zur wirtschaftlichen und politischen Ebenbürtigkeit aller Menschen in einer egalitären Weltgesellschaft passt.

Im Jahr 1973 brach das System fester Wechselkurse unter dem Druck der zunehmenden Dynamik der Weltwirtschaft zusammen. Bei der Lösung des US-Dollars vom Gold und beim Übergang zu frei beweglichen Wechselkursen sowie zur Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs behielt der US-Dollar aber weiterhin seine Rolle als globale Leitwährung. Nach der Freigabe der Wechselkurse traten die vielfach vom freien Floating befürchteten größeren Turbulenzen auf den Devisenmärkten nicht ein.[387] Jedoch hätte die Wechselkursflexibilität zu mehr

---

385 Zur Tobin-Tax vgl. Paul Bernd Spahn (2002).

386 John Maynard Keynes (1943/1980) und das Kap. 8.4, S. 77 – 80 in diesem Buch.

387 Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 600 – 642 und 684 – 726 (feste und freie Wechselkurse).

weltwirtschaftlicher Stabilität führen können, wenn die einzelnen Staaten schon zu einer wirksamen Stabilisierung ihrer Binnenwirtschaften übergegangen wären.

Wäre die Weltwirtschaft nach 1945 oder spätestens ab 1973 gemäß den Vorstellungen von Keynes neu geordnet worden, hätte die weitere wirtschaftliche Entwicklung vom kolonialen und neokolonialen Nord-/Süd-Gefälle schrittweise in die Richtung eines globalen Ausgleichs weitergehen können. Mexiko und andere sog. Entwicklungsländer des globalen Südens wären vermutlich nicht in große Schuldenkrisen geraten und es wären ihnen die harten Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF erspart geblieben. Ebenso wäre es vielleicht nicht dazu gekommen, dass Deutschland und einige andere Länder im Wettlauf um Exportweltmeisterschaften ihre Arbeitslosigkeit und andere ungelöste Strukturprobleme durch andauernde Exportüberschüsse auf andere Länder abwälzen.

Obwohl sich Keynes auf der Konferenz in Bretton Woods tragischer Weise nicht gegen die konkurrierende US-amerikanische Konzeption hatte durchzusetzen können, galt er später oftmals als geistiger Urheber des Systems von Bretton Woods. Diesem Irrtum widersprachen auch Krugman & Obstfeld nicht in ihrem Lehrbuch über die Außenwirtschaftstheorie und -politik. In ihren Ausführungen über die Entwicklung der internationalen Währungsordnung der Nachkriegsjahrzehnte erwähnten sie weder, dass es in Bretton Woods noch einen Gegenentwurf zu dem gab, was dann tatsächlich beschlossen wurde, noch erinnerten sie in ihren Ausführungen über neuere Ansätze zur Reform des Weltwährungssystems an Keynes' Bancor-Plan.[388]

Während der Nachkriegsjahrzehnte fiel Keynes' Bancor-Plan in einen „Dornröschenschlaf. Lange Zeit war der Plan auch Fachleuten, auch Ökonomen, auch solchen, die sich explizit auf Keynes beriefen, weitgehend unbekannt", bis der Ökonom Jan Kregel schließlich Ende der 1980er für eine deutsche Übersetzung sorgte. Sie erschien aber nicht etwa in einer Fachzeitschrift, sondern im Kultur- und Literaturjournal „Lettre International".[389] Diese Übersetzung trug dazu bei, dass Keynes' Bancor-Plan verschiedentlich wiederentdeckt wurde. 1999 erinnerte die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen" in ihrem „Bericht über die menschliche Entwicklung" in UN-Kreisen an ihn. In den folgenden Jahren griffen auch einige Ökonomen wie Georges Mombiot in England, Elke Muchlinski in Deutschland und Walter Handler in Österreich den Bancor-Plan wieder auf. Auch die US-amerikanische Globalisierungskritikerin Susan George setzte sich für eine erneute Debatte über den Bancor-Plan ein: „Keynes' Plan ist vor 60 Jahren entstanden. Er müsste entstaubt, modifiziert und den Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Aber im Kern ist er auch heute noch höchst re-

---

[388] Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 671 – 731, bes. S. 671 – 673 (Bretton Woods) und 726 – 731 (Reformansätze). – Nach einer Recherche in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK bereitet Thomas Betz eine Studie über die näheren Umstände der Verhandlungen in Bretton Woods vor; vgl. ders. (2020, in Vorbereitung).

[389] Thomas Betz (2018), S. 48.

levant."[390] Ein Jahr nach dem Beginn der großen Weltfinanzkrise von 2008 trat sogar der chinesische Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan für den Bancor-Plan ein. Es folgten noch der italienische Ökonom Luca Fantacci und in Österreich zwei weitere Studien von Paul Klaffenböck und Andrea Thuile, die darauf hindeuten, dass Keynes' Bancor-Plan zum Gegenstand weiterer Forschungen werden könnte. Und genau 100 Jahre nach Keynes' Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs erinnerte Jörg Bibow auf der Jahrestagung der deutschen „Keynes-Gesellschaft" 2019 wieder an den auch von ihr kaum beachteten Bancor-Plan, mit dem Keynes 1944 in Bretton Woods den Grundstein für eine „Weltwährungsordnung ohne Hegemon" legen wollte. „Im Keynes-Plan gibt es weder eine dominante nationale Währung noch ein integriertes globales Finanzsystem. Stattdessen sieht er eine neue internationale Währung vor, die im Mittelpunkt der internationalen Währungsordnung steht, während Finanzsysteme im Kern national organisiert werden. ... Im Keynes-Plan soll die Weltwährungsordnung einerseits nationale Handlungsspielräume sichern und andererseits den internationalen Handel fördern und im Gleichgewicht halten. ... Es wäre heute an der Zeit, sich an die Vorzüge von Keynes' Vision einer Weltwährungsordnung zu erinnern, die auf einer internationalen statt hegemonialen nationalen Währung basiert und in erster Linie dem ausgeglichenen Handel dient."[391] –

Gewiss hatte Susan George Recht mit ihrer Bemerkung, dass Keynes' Bancor-Plan einer Aktualisierung und Weiterentwicklung bedarf. Noch viel Forschungsbedarf besteht auch beim Aufbau einer internationalen Ressourcenverwaltung. Davon abgesehen wäre eine auf den Schultern von Rechtsstaaten und multilateralen Verträgen aufgebaute „Weltföderation" kein zentralistischer Weltstaat, der von oben nach unten durchregiert. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip würden die Rechtsstaaten ‚vor Ort' regeln, was sich am besten in überschaubaren Gebieten demokratisch entscheiden lässt. Sie würden gewissermaßen lokal/regional/global denken und handeln, indem sie nur diejenigen Aufgaben nach ‚oben' verlagern, die sich ‚unten' nicht bewältigen lassen – nämlich die internationale Verwaltung der Ressourcen und der Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgütern aller derzeit Lebenden und kommender Generationen sowie die internationale Vernetzung der in den Händen von Rechtsstaaten bleibenden Währungen incl. des Euro. Zu einer solchen stufenweise aus Regionen, Rechtsstaaten, kontinentalen Organisationen und der Weltföderation zusammengesetzten politischen Ordnung könnte das Kunstwort ‚Glokalisierung' passen – aber gerade nicht in dem Sinne, dass wie bei multinationalen Konzernen die Entscheidungen global getroffen und auf lokale Verhältnisse zugeschnitten werden, sondern in dem Sinne, dass politische

---

[390] Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen Hrsg. (1999), S. 112. – Georges Monbiot (2003), S. 173, 178 – 179, 182 – 186. – Elke Muchlinski (2005), S. 58 – 72. – Susan George (2007), S. 18 – 19. - Walter Handler (2008), S. 1 – 40.

[391] Zhou Xiaochuan (2009). – Luca Fantacci (2012). – Paul Klaffenböck (2008) (Diplomarbeit) und Andrea Thuile (2016) (Masterarbeit) sowie Jörg Bibow (2020), S. 149 – 192, hier: S. 157 und 187 (Weltwährungsordnung ohne Hegemon).

Entscheidungen innerhalb dieses auf Recht statt Macht aufgebauten föderalen Gesamtgefüges mit Blick auf das Ganze jeweils auf der Ebene getroffen werden, wo sie ihren sachlich angemessenen Platz haben.

- Neben diesen beiden neuen zentralen UN-Funktionen, deren Erfüllung selbstverständlich auch einer demokratischen Kontrolle bedarf, könnte eine aus vielen Rechtsstaaten bzw. rechtsstaatlich geordneten Regionen bestehende Weltföderation weitere bislang von den Vereinten Nationen wahrgenommene Aufgaben fortführen. Da der Übergang in eine dezentralisierte und gleichgewichtige Weltwirtschaft nach mehr als 500 Jahren des kapitalistisch-(neo)kolonialistischen Nord-Süd-Gefälles vermutlich lange dauern wird und da die damit verbundenen Konflikte nicht schlagartig gelöst sein werden, wird auf längere Sicht der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag unverzichtbar bleiben und es wird in deutlich größerem Umfang als bisher gewaltfreie Konfliktlösungen brauchen. Auch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Pro Asyl" oder „Seawatch" werden noch längere Zeit unverzichtbar bleiben.

Im Zuge der Transformation der bisherigen kapitalistischen in eine zukünftige nachkapitalisitische Marktwirtschaft innerhalb einzelner Staaten und auf internationaler Ebene kann die „Food and Agricultural Organization" (FAO) den Übergang von der von Agrar- und Pharmakonzernen beherrschten industriellen Landwirtschaft zu einer kleinräumigen bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft begleiten.[392] In den Bereichen der Industrie und Dienstleistungen, der Banken und des Handels können andere UN-Organisationen wie der „Wirtschafts- und Sozialrat" („Economic and Social Council", ECOSOC), die „International Labour Association" (ILO), die „United Nations Industrial Development Organization" (UNIDO), die „United Nations Conference of Trade and Development" (UNCTAD) und das „United Nations Development Programme" (UNDP) – auch in Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem „Internationalen Gewerkschaftsbund" - beim Übergang von den multinationalen Aktiengesellschaften in eine dezentralisierte Arbeitswelt mit vielen kleineren und mittleren Unternehmen und Anbietern von öffentlichen Gütern zusammenarbeiten. In den Bereichen der Gesundheit und des Schutzes von Kindern werden die „World Health Organizsation" (WHO) und das Kinderhilfswerk „United Nations International Children's Fund" (UNICEF) weiterhin ebenso wichtige Aufgaben erfüllen wie im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Kultur die „United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization" (UNESCO).

Als eine neue Aufgabe der Vereinten Nationen könnte schließlich der Aufbau eines im buchstäblichen Sinne internationalen Internets hinzukommen. In den 1990er Jahren gingen bereits entsprechende Bestrebungen von China und Russ-

[392] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass es in Sikkim, einem nordöstlichen Bundesstaat in Indien, gelungen ist, die dortige Landwirtschaft innerhalb einer Generation vollständig auf bäuerliche und ökologische Formen des Pflanzenanbaus und der Tierhaltung umzustellen; vgl. hierzu Bernward Geier (2018).

land aus, die jedoch von den USA mit der Unterstützung von Großbritannien, Kanada und Australien abgewehrt wurden. Im Jahr 2005 unternahm der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan nochmals einen Vorstoß in diese Richtung, der ebenfalls erfolglos blieb.[393] Der Gedanke, vom „Digitalkapitalismus" (Philipp Staab[394]) zu einem nicht mehr privatwirtschaftlich-kommerziellen Internet in der quasi öffentlich-rechtlichen Trägerschaft der UN überzugehen, steht jedoch weiterhin im Raum. Dem Charakter des im Internet gesammelten Wissens und des weltweiten Informationsaustausches als globaler Wissensallmende und auch dem Charakter der zukünftigen wirtschaftsordnungspolitischen Aufgaben der UN entspricht er jedenfalls mehr als die bestehende Verfügungsmacht von privaten und staatlichen Megakonzernen sowie staatlichen Geheimdiensten über das Wissen der Welt und die kommunikative Vernetzung der Weltbevölkerung. Dementsprechend kommen auch Überlegungen über ein eigenes europäisches Internet nicht an der Frage vorbei, ob sich ein etwaiges europäisches Internet qualitativ vom Internet in den USA und China unterscheiden sollte oder ob es bloß darum geht, neben den beiden Internet-Weltmächten eine konkurrierende dritte Internet-Macht zu schaffen.

Unabhängig davon, ob ein europäisches Internet nur als eine konkurrierende Gegenmacht zu den profitorientierten Internetkonzernen der USA und Chinas oder ob es als Vorform eines späteren entkapitalisierten Nonprofit-Internets der UN konzipiert würde, bleibt es zusätzlich zu einem verbesserten Schutz personenbezogener Daten eine vordringliche aktuelle Aufgabe, die vorerst noch weiterbestehenden Internetkonzerne zur Zahlung einer Digitalsteuer zu verpflichten, um die von ihnen in einem gigantischen Umfang generierten „Cyberrenten" (Dirk Löhr[395]) so zu Gunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen, wie dies auch bei den Boden-, Ressourcen- und Luftrenten notwendig wäre. Die internationalen, von mehr als 130 Staaten geführten Verhandlungen über die Einführung einer internationalen Digitalsteuer sind derzeit festgefahren, da vor allem, aber nicht nur die USA Benachteiligungen für Amazon, Google, Facebook & Co. befürchten. Wenn aber die Einnahmen aus einer Digitalsteuer gar nicht den Staaten zugutekämen, in denen die Internetkonzerne ihre Firmensitze haben, und wenn sie stattdessen an eine Internet-Organisation der Vereinten Nationen zu zahlen wären, die sie wie die Ressourcen- und Luftrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die Weltbevölkerung zurückverteilt oder Teile davon für die Erfüllung von Aufgaben der UN erhält, dann ließe sich das schwierige Problem der Verteilung der Einnahmen aus einer internationalen Digitalsteuer zumindest entschärfen. Die Finanzierung der UN könnte dann in einem geringeren Umfang durch nicht mehr so ungleiche Beiträge der Mitgliedstaaten und in größerem Umfang durch die Einnahmen aus einer Tobin-Steuer und einer Digitalsteuer auf eine insgesamt breitere Basis ge-

---

393 Werner Rügemer (2018), S. 236 – 237 (Internet in der der Trägerschaft der Vereinten Nationen).

394 Vgl. Philipp Staab (2019) und den Abschnitt 13.5.9 in diesem Buch.

395 Dirk Löhr (2014).

stellt werden. Und möglicherweise würden den UN auf diese Weise auch finanzielle Mittel zufließen, die dem Aufbau eines nichtkommerziellen Internets unter ihrem Dach dienen könnten. –

Angesichts einer Reihe von Misserfolgen der Vereinten Nationen bei der Sicherung des Weltfriedens gibt es vielerlei Vorschläge zur Reform der UN, um sie für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser aufzustellen. Als Reaktion auf den mit der kapitalistischen Globalisierung einhergegangenen Bedeutungsverlust der ‚National'staaten gehen die Reformbestrebungen bislang allerdings nur in die Richtung einer stärkeren Einbeziehung des Handelns von nichtstaatlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in das Denken und Handeln der UN. „Gerade für die Vereinten Nationen bieten die Regierungsformen jenseits des Staates neue Chancen. Erstens wird die Uno zunehmend als eigenständiger Akteur im Global Governance-Gefüge perzipiert und aus dem engen Korsett der staatlichen Arena befreit. Zweitens hat sie früh die Zeichen der Zeit erkannt und sich der Zivilgesellschaft geöffnet." Großen Wert legen die UN mittlerweile auf eine enge Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Als Kennerin der UN sieht die Politologin Manuela Scheuermann aber auch die Gefahr für die UN, dass sie vor allem durch die „G-isierung der Weltpolitik", also durch den Aufbau eigener internationaler Netzwerke durch die G7-, G8- oder G20-Staaten, noch weiter an Bedeutung verlieren und zu einer Einrichtung werden könnten, die andernorts getroffene Entscheidungen nur noch absegnen soll. „Will die Uno als Akteur Bestand haben, so muss sie die Bewältigung der globalen Herausforderungen pro-aktiv mitgestalten und die globale intellektuelle Agenda weiterhin prägen." Als ein „globaler und quasi-universeller Akteur, der realistische Utopien in die Welt bringt und Visionen umsetzt", sind die UN „gerade heute unersetzlich".[396] Andererseits schätzen Gareis & Varwick die Chancen einer grundlegenden Reform der UN skeptisch ein und befürchten vorerst eher ein „Muddling-Through-Szenario".[397]

Umso mehr sollten die Reformbestrebungen innerhalb der UN und ihre Öffnung für realistische Utopien nicht bei nachnationalen Formen der Politik stehen bleiben, sondern sich auch in die Richtung einer Suche nach einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Form der Globalisierung erweitern, denn im Falle eines Verbleibs in der alten kapitalistischen Form der Globalisierung ist es unvermeidlich, dass auch die Zivilgesellschaft und die NGOs genauso wie die ‚National'staaten unter die Räder falscher Prioritäten des Wirtschaftens geraten.

Gemäß der UN-Charta und der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 sollten die weiteren Reformen der UN und der Wirtschaftspolitik in ihren Mitgliedstaaten zum Ziel haben, dass alle auf der Grundlage

---

[396] Manuela Scheuermann (2014), S. 196 – 204 (Reform der UN, neue Chancen und Gefahren der G-isierung und Unentbehrlichkeit der UN). – Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 295 – 358 (Reformdiskussionen und Perspektiven).

[397] Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 344 – 358, hier: S. 356

einer „gleichen Freiheit" (Dieter Suhr[398]) geschwisterlich miteinander verbundenen Weltbürger/innen in einer egalitären und offenen Weltgesellschaft ohne neokoloniale Abhängigkeiten und ohne rassistische Ressentiments friedlich miteinander leben und weltweit faire Handelsbeziehungen unterhalten können. Und alle ohne Ausnahme sollten sie das Recht bekommen, sich unbedrängt von Existenznöten und Diskriminierungen überall auf der Welt anzusiedeln und/oder weiterzuziehen. Sobald Menschen nicht mehr durch kapitalistische Privilegien in ihrer gleichen Würde strukturell verletzt werden, können auch ‚Fremde' nicht mehr als Gefahr für das eigene Dasein empfunden werden. Vielmehr wird das Leben mit ihnen dann zur Chance für die gemeinsame Entfaltung der jeweiligen eigenen Potenziale.

Silvio Gesell zufolge ist „die Welt nicht ein zoologischer Garten, wo die Völker, durch bunte Eisenstäbe voneinander getrennt, in Einzelhaft leben sollen. Die Kugel, die da im weiten Bogen um die Sonne kreist – das ist des Menschen Heimat." Ohne ein Zusammenwachsen aller Menschen zu einer „Menschheitsfamilie" auf der ganzen Erde, die Gesell als ein „einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet" betrachtete[399], beeinträchtigen zu sollen, könnte der Umfang des globalen Handels nach den ansatzweise dargestellten wirtschaftspolitischen Reformen innerhalb einzelner Rechtsstaaten und auf der Ebene der Vereinten Nationen bzw. einer aus reinen Rechtsstaaten bestehenden „Weltföderation" (Kant) in der Gesamttendenz abnehmen – zu guter Letzt auch noch dadurch, dass fragwürdige Subventionen für die Transportindustrie, welche die Überwindung weiter Entfernungen künstlich verbilligt haben, wegfallen. Aber auch ein weniger umfangreicher Welthandel ohne Mono- und Oligopole und ohne protektionistische Einschränkungen bliebe grundsätzlich offen. Eine solche quantitativ und qualitativ veränderte Form des Welthandels hatte auch John Maynard Keynes schon in ersten Umrissen vor Augen, als er wenige Jahre nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise und noch zehn Jahre vor der Fertigstellung seines Bancor-Plans schrieb, dass er „mit jenen ... sympathisiere, die die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen eher minimieren als maximieren wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - dies sind Bereiche, die aufgrund ihrer Natur international sein sollten. Aber lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist."[400] Damit und mit seinem Bancor-Plan war Keynes ein in seiner Bedeutung nicht zu über-

---

398 Dieter Suhr (1988/2001).

399 Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 (unbeschränkte Ansiedlungs- und Wanderfreiheit) und 229 (Erde als Heimat des Menschen). Ders. (1919/1991b), S. 300 (Erde als einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet) und ders. (1920/1991a), S. 225 (Menschheitsfamilie). – Vereinte Nationen (1948).

400 Vgl. das Kapitel 7.3 in diesem Buch, S. 72 – 79 (Erde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet) und 118 – 120 (Internationale Valuta-Assoziation). – John Maynard Keynes (1933/1982), S. 236 (Regionalökonomie und Weltoffenheit). Unter „Reisen" würde Keynes heute vermutlich etwas anderes verstehen als den modernen Massentourismus mit Billigfliegern und Kreuzfahrtschiffen.

schätzender Vordenker einer neuen Verbindung von Regionalisierung und nachkapitalistischer Globalisierung.

Exkurs „Alles unter dem Himmel" – Das chinesische „Tianxia"-System

Ohne detailliert auf die kapitalistische Globalisierung einzugehen, skizzierte der zeitgenössische chinesische Philosoph Zhao Tingyang (*1961) kürzlich Grundrisse einer posthegemonialen Weltordnung. Die internationale Politik ist ihm zufolge bisher „definiert durch Modelle des Nationalstaaten-Systems, des Imperialismus und des Hegemonialstrebens" von einigen Teilen der Welt über andere Teile. Wie schon von Immanuel Wallerstein beschrieben, habe die herkömmliche internationale Politik im „kapitalistischen Weltsystem" mit ihren „partikularen Kämpfen … keinen einzigen ernsthaften Konflikt gelöst" und damit letztlich nur zu einer weltweiten Unordnung geführt. Insbesondere kritisierte Tingyang das frühere britische Empire und die globale Dominanz der USA mit ihrer 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods besiegelten „Hegemonie über das Finanzwesen", die auch nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems seit den frühen 1970er Jahren fortbestanden habe. Die Kriege der vergangenen drei Jahrzehnte seien zur Stützung der Dollar-Hegemonie und des American Way of Life geführt worden.[401]

Der hierarchischen Schichtung von Macht und Ohnmacht im „internationalen Ausbeutungssystem" stellte Tingyang das aus der Geschichte Chinas überlieferte „Tianxia"-System als ein alle Menschen in einer „Welt universeller Teilhabe" vereinigendes System gegenüber. An die Stelle der bisherigen Exklusion von Teilen der Welt müsse eine „Inklusion der Welt" treten. „Entsprechend dem Prinzip der Allumfassenheit muss die gesamte Welt zur Binnenwelt werden, um Ordnung und Prosperität des Tianxia zu erreichen. … Da der Himmel die Gesamtheit alles Existierenden umfasst, muss auch ‚Alles unter dem Himmel' die Gesamtheit des Existierenden umfassen. … Das wäre die notwendige Voraussetzung für ewigen Frieden, allgemeine Sicherheit bis hin zu universeller Kooperation."[402]

Um das „konfuzianische Optimum" für alle Menschen in einer einheitlichen ungeteilten Welt zu erreichen, müsse die Hierarchie aus unterschiedlich mächtigen souveränen Nationalstaaten eingeebnet werden. Die Aufgabe, sie als horizontales globales Netzwerk mit „reziproken Beziehungen der Begünstigung" zu integrieren, sollten die zu einer „Weltsouveränität" weiterentwickelten Vereinten Nationen übernehmen. Tingyangs Ziel ist eine „Welt im gemeinsamen Besitz und mit gemeinsamer Teilhabe" bzw. eine Welt als „gemeinsame Ressource aller Men-

---

401 Zhao Tingyang (2020), S. 13 (bisherige internationale Politik), 24 – 26 (Kämpfe und ungelöste Konflikte), 120 (Wallerstein) und 206 – 208 (britisches Empire und Dominanz der USA).

402 Zhao Tingyang (2020), S. 14 (Alles unter dem Himmel), 24 – 25 (inklusives .,Tianxia-System), 31 (kooperative Welt ohne abgespaltetes Außen), 71 und 77 (Allumfassenheit) sowie 182 – 185 (internationales Ausbeutungssystem).

schen". Deren Nutzung soll nicht länger nach der einzelwirtschaftlichen „Rationalität der Konkurrenz" erfolgen, sondern nach einer neuen „kooperativen relationalen Rationalität". Allerdings sagte Tingyang noch nicht, wie eine „Änderung der Spielregeln" in Wirtschaft und Politik konkret aussehen könnte.[403]

Der von dem britischen Politologen William Callahan geäußerten Befürchtung, dass hinter der Hoffnung auf eine weitere Verbreitung dieser Grundgedanken des „Tianxia"-Systems ein chinesischer Anspruch auf eine neue Weltherrschaft stecken könnte, begegnete Tingyang mit einer klaren Ablehnung von jeglicher hegemonialer Herrschaft und stellte sich damit nicht nur gegen die USA, sondern auch mutig gegen die kommunistisch-kapitalistische Führung seines eigenen Landes. Eine Schwäche des von Tingyang empfohlenen „Tianxia"-Systems besteht stattdessen darin, dass es noch Spuren seiner Entstehung in der Feudalgesellschaft im frühen China aufweist. Diese Spuren müsste es abstreifen, wenn die in ihrem Kern richtige Vorstellung des Tianxia-Systems von einer hegemoniefreien, egalitären Allverbundenheit aller Menschen mit den Grundgedanken einer machtfreien regionalen und globalen „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" in Einklang kommen soll.

Seine Wurzeln hat das Tianxia-System in den von allem von Konfuzius und Laotse geprägten philosophischen Traditionen im China der Zhou-Dynastie, die vor mehr als 2000 Jahren endete und von „absolutistischer Staatspolitik" abgelöst wurde. Die im Tianxia-System enthaltene durchaus richtige Vorstellung von der Welt als unteilbarer Ganzheit und von einer horizontalen Verbundenheit von 10.000 chinesischen Völkern beruhte trotz der Einflüsse von Laotse allerdings noch nicht auf einer ihr gemäßen gerechten Ordnung, in der sich das gesellschaftliche Leben selbsttätig und dezentral hätte steuern können. Vielmehr beruhte es noch ganz im Sinne der feudalgesellschaftlichen Lehenssystems auf der fraglichen Voraussetzung einer „tugendhaften Herrschaft" des an der Spitze stehenden Regenten. Gemäß dem Prinzip der austeilenden Gerechtigkeit sei im Tianxia-System „das wichtigste Projekt tugendhafter Politik … die Bodenpolitik" gewesen. „Laut Gesetz musste jeder Sippe ein Stück Land von einem bestimmten Umfang zugeteilt werden. Es gewährleistete, dass derjenige, der das Land bestellte, darüber verfügte. Zugleich legte es fest, dass Land weder gekauft noch verkauft oder anderen überlassen werden durfte, um sicher zu stellen, dass niemand seines Landes verlustig ging. Es liegt auf der Hand, dass gesicherter Lebensunterhalt und Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung gewährleistet waren, solange das Nutzungsrecht am Boden erhalten blieb (das Eigentumsrecht lag beim Himmelssohn)."[404]

---

[403] Zhao Tingyang (2020), S. 32 (Spielregeln), 33 (Weltsouveränität), 75 (Welt als gemeinsamer Besitz), 119 (Welt als gemeinsame Ressource aller Menschen), 119 - 120 (individuelle und kooperative Rationalität, konfuzianisches Optimum), 195 – 196 (Vereinte Nationen als Weltsouveränität) und 235 (reziproke Beziehungen).

[404] Zhao Tingyang (2020), S. 50 – 121 (historische Wurzeln des Tianxia-Systems), u.a. S. 57 – 59 (Tugend), 99 (tugendhafte Herrschaft), 102 – 103 (Bodenverteilung), 112 (China der 10.000 Völker) und 116 (absolutistische Staatspolitik).

Das rund 2000 Jahre währende Tianxia-System sei schließlich zusammengebrochen, als die Herrscher den Pfad der Tugend verlassen und begonnen hätten, eine Politik der hegemonialen Machtentfaltung und Eroberung zu betreiben. Eine innere Schwäche des Tianxia-Systems sei es Tingyang zufolge auch gewesen, dass es zwar eine „netzwerkartige Interdependenz, die wechselseitige Begünstigung und gemeinsame Übernahme von Lasten" hervorgebracht habe, dass aber „der gemeinsam geteilte Nutzen umfangmäßig gering" gewesen sei. „Vor allem fehlte ihm ein entsprechendes Netzwerk der Zirkulation von Wirtschaftsgütern und es war kaum in der Lage, öffentliche Güter bereitzustellen, von denen das Gesamtsystem profitierte."[405]

Im Verborgenen habe das Tianxia-System mit seinem Kern des „Alles unter einem Himmel" in den darauffolgenden absolutistischen Dynastien aber weiter existiert, so dass es Tingyang zufolge gleichsam auf einer höheren nachhegemonialen Stufe wiederhergestellt werden könne. Eine solche nichthegemonial-inklusive, auf Kooperation statt Konkurrenz beruhende Neuordnung der Welt mit einer „kompatiblen Koexistenz aller Menschen" kann jedoch keinesfalls in einer quasifeudalen Weise erfolgen. Statt wie Tingyang an der „politischen Methodologie" des Tianxia-Systems festzuhalten, weil es „sich grundsätzlich vom Dominierungssystem des Imperialismus unterscheidet", wäre es angebracht, eine zukünftige Gerechtigkeit nicht von der Tugend eines weisen Herrschers – auch nicht von einem posthegemonialen „Weltsouverän"[406] – zu erwarten. Vielmehr bedarf es der Schaffung freiheitlicher und strukturell gerechter Rahmenordnungen in einzelnen Rechtsstaaten und auf der Ebene der Vereinten Nationen, in denen die wirtschaftlich-kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen aller unter dem einen Himmel auf der gemeinsamen Erde lebenden Menschen sich dezentral selbsttätig steuern und in denen sich Individuelles und Gemeinschaftliches, Wettbewerb und Kooperation wechselseitig ergänzen können.

---

[405] Zhao Tingyang (2020), S. 110 – 118 (Untergang des Tianxia-Systems), u.a. S. 114 (niedriger Standard und fehlende Zirkulation)

[406] Zhao Tingyang (2020), S. 65 (kompatible Koexistenz der Menschen), 118 - 121 (politische Methodologie, Weltsouverän) und 112 – 180 (verborgener Fortbestand des Tianxia-Systems).